Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 08. 04. 2009

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle

A. Problem und Ziel

Die Genfer Fassung des Haager Abkommens über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle vom 2. Juli 1999 (im Folgenden: Genfer Akte) wurde auf einer Diplomatischen Konferenz vom 16. Juni 1999 bis 6. Juli 1999 in Genf beraten und verabschiedet. Sie ist ein weiteres eigenständiges Abkommen des sogenannten Haager Verbandes, der die internationale Registrierung von Geschmacksmustern regelt. Dieser setzte sich bisher zusammen aus den Vertragsparteien des Haager Abkommens über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle vom 6. November 1925 (Haager Abkommen; RGBI. 1928 II S.175, 203) sowie den Fassungen vom 2. Juni 1934 (Londoner Akte; RGBI. 1937 II S. 583, 617) und vom 28. November 1960 (Haager Akte; BGBI. 1962 II S. 774, 775). Zudem regelt die Stockholmer Ergänzungsvereinbarung vom 14. Juli 1967 (BGBI. 1970 II S. 293, 448) die Zuständigkeit der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO). Deutschland ist Mitglied des Haager Verbandes und hat sowohl die Londoner und Haager Fassung als auch die Stockholmer Ergänzungsvereinbarung ratifiziert.

Allerdings sind bisher dem Haager Abkommen zahlreiche Staaten nicht beigetreten. Ziel der Genfer Akte ist daher, das Haager Abkommen attraktiver zu gestalten und damit den Haager Verband gegenüber den beiden älteren Fassungen des Haager Abkommens geografisch bedeutend auszudehnen.

Die Genfer Akte ist seit dem 23. Dezember 2003 in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland hat am 29. Juni 2000 die Genfer Akte sowie eine neue Ausführungsordnung in Genf unterzeichnet.

Diese Ausführungsordnung wurde 2003 durch die Gemeinsame Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 ersetzt (BGBI. 2008 II S. 1341, 1342). Sie trat am 1. April 2004 in Kraft. Zum 1. Januar 2008 wurde sie erneut geändert (BGBI. 2008 II S. 1341, 1389).

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung der am 29. Juni 2000 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Genfer Akte sowie der Gemeinsamen Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 in der zum 1. Januar 2008 gültigen Fassung in Bezug auf die Genfer Akte geschaffen werden.

Bisher sind im Geschmacksmustergesetz zur internationalen Eintragung von gewerblichen Mustern und Modellen keine Vorschriften vorgesehen. Zeitgleich soll daher das nationale Geschmacksmustergesetz um Vorschriften zur internationalen Eintragung gewerblicher Muster und Modelle ergänzt werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Bund, Ländern und Gemeinden entstehen keine Kosten.

Vollzugsaufwand

Es entsteht bei Bund, Ländern und Gemeinden kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Zukünftig haben Anmelder von internationalen Eintragungen nach der Genfer Akte eine Wahlmöglichkeit zwischen direkter und indirekter Einreichung der internationalen Anmeldung. Es entstehen daher dem Deutschen Patent- und Markenamt sowohl Kosten für die Annahme und Weiterleitung der internationalen Anmeldung an das Internationale Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) als auch ein erhöhter Verwaltungsaufwand. Das Deutsche Patent- und Markenamt ist allerdings berechtigt, für internationale Anmeldungen nach Artikel 4 Absatz 2 Ziffer i der Genfer Akte in Verbindung mit Regel 13 Absatz 2 der Gemeinsamen Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 eine sogenannte Weiterleitungsgebühr zu verlangen, die der Höhe nach den Verwaltungskosten entsprechen darf und dem Deutschen Patent- und Markenamt verbleibt.

Gleiches gilt für die Überprüfung internationaler Eintragungen auf Eintragungshindernisse. Das Deutsche Patent- und Markenamt berechtigt, für jede Benennung Deutschlands eine Standardbenennungsgebühr der Stufe 2 (Regel 12 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii, Buchstabe b Ziffer ii der Gemeinsamen Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934) zu verlangen.

Den Anmeldern entstehen keine höheren Kosten. Auch haben sie weiterhin die Möglichkeit, die internationale Anmeldung direkt bei dem Internationalen Büro der WIPO einzureichen. Das Gesetz wird daher kostenneutral sein.

F. Bürokratiekosten

Für Unternehmen sowie für Bürgerinnen und Bürger werden Informationspflichten weder eingeführt noch vereinfacht oder abgeschafft. Dagegen entstehen beim Deutschen Patent- und Markenamt Bürokratiekosten. Das Deutsche Patent- und Markenamt ist verpflichtet, das Internationale Büro über nachträgliche Schutzentziehungen zu informieren, wenn diese endgültig sind und das Deutsche Patent- und Markenamt selbst davon Kenntnis erlangt hat.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, April 2009

An den Präsidenten des Deutschen Bundestages Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert Platz der Republik 1 11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Abs. 1 NKRG ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Bundesrat hat in seiner 857. Sitzung am 3. April 2009 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Col lun

Anlage 1

Entwurf

Gesetz

zu der Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Genf am 29. Juni 2000 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle (bisherige Fassungen: RGBI. 1937 II S. 583, 617; BGBI. 1962 II S. 774, 775) sowie der Gemeinsamen Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934, die auf der 22. Sitzung der Versammlung des Haager Verbandes (Genf, 22. September 2003 bis 1. Oktober 2003) verabschiedet und auf der 24. Sitzung der Versammlung des Haager Verbandes (Genf, 24. September 2007 bis 3. Oktober 2007) geändert worden ist, wird in Bezug auf die Genfer Akte zugestimmt. Die Genfer Akte sowie die Gemeinsame Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Die nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer iv der Genfer Akte erfolgten Änderungen der Gemeinsamen Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 sind vom Bundesministerium der Justiz im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Genfer Akte nach ihrem Artikel 28 Absatz 3 Buchstabe b und die Gemeinsame Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Allgemeines

Die Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 zum Haager Abkommen vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle (im Folgenden: Genfer Akte) wurde auf einer Diplomatischen Konferenz vom 16. Juni 1999 bis 6. Juli 1999 in Genf beraten und verabschiedet. Sie ist ein weiteres eigenständiges Abkommen des sogenannten Haager Verbandes. Der Haager Verband setzt sich zusammen aus den Vertragsparteien des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle (Haager Abkommen; RGBI. 1928 II S. 175, 203) sowie den Fassungen vom 2. Juni 1934 (Londoner Akte; RGBI. 1937 II S. 583, 617), vom 28. November 1960 (Haager Akte; BGBI. 1962 II S. 774, 775) und vom 6. Juli 1999 (Genfer Akte).

Das Haager Abkommen stellt seinen Mitgliedstaaten ein einfaches und bewährtes System zur Verfügung, um ein gewerbliches Muster oder Modell nicht nur national, sondern durch ein zentralisiertes System auch international eintragen zu können. Über eine zentrale internationale Eintragung bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) in Genf kann der Schutz für ein gewerbliches Muster oder Modell in einem oder mehreren Mitgliedstaaten des Haager Abkommens erlangt werden. Allerdings sind bisher zahlreiche für den Welthandel wichtige Staaten dem Haager Verband ferngeblieben. Ein Hauptgrund hierfür wurde darin gesehen, dass die beiden älteren Fassungen darauf ausgerichtet sind, die Anmeldeerfordernisse lediglich von Staaten zu vereinheitlichen, die keine Neuheitsprüfung vornehmen. Neuheitsprüfende Staaten sind Staaten, deren Amt "eingereichte Anmeldungen von Amts wegen zumindest auf Bestehen der Neuheit des gewerblichen Musters oder Modells prüft" (vgl. Artikel 1 Ziffer xvii der Genfer Akte).

Inhaltlich ist die Genfer Akte daher so ausgestaltet, dass sie diese Bedenken berücksichtigt. Durch sie wird nunmehr das Schutzsystem für neuheitsprüfende Staaten weiter geöffnet. Darüber hinaus eröffnet die Genfer Akte zwischenstaatlichen Organisationen, welche ein Amt für die Eintragung von Mustern und Modellen mit Wirkung für das Gebiet der Organisation unterhalten, die Möglichkeit, dem Haager Abkommen beizutreten. Von diesem Recht haben bereits die Europäische Gemeinschaft mit Wirkung zum 1. Januar 2008 und die Afrikanische Organisation für geistiges Eigentum (OAPI) mit Wirkung zum 16. September 2008 Gebrauch gemacht.

Die Genfer Akte ist am 23. Dezember 2003 in Kraft getreten. Am 23. September 2003 hat Spanien seine Ratifikationsurkunde hinterlegt. Spanien ist die elfte Vertragspartei (nach Rumänien, Island, Moldau, Estland, Slowenien, Ukraine, der Schweiz, Kirgisistan, Georgien, Liechtenstein) insgesamt und die dritte (neben Slowenien und der Schweiz), die die von Artikel 28 Absatz 2 der Genfer Akte geforderte Zahl eingereichter Geschmacksmuster aufweist. Gemäß Artikel 28 Absatz 2 ist die Genfer Akte drei Monate später in Kraft getreten.

Die Genfer Akte stellt einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Geschmacksmusterschutzes dar, da mit einem Beitritt des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans zu rechnen ist. Der Beitritt der Europäischen Gemeinschaft mit Wirkung zum 1. Januar 2008 war ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Es liegt im Interesse der deutschen Wirtschaft, durch eine internationale Anmeldung einfach und kostengünstig in einer zukünftig sich vergrößernden Anzahl von Vertragsparteien Geschmacksmusterschutz erlangen zu können.

Für die Bundesrepublik Deutschland wird die Genfer Akte gemäß Artikel 28 Absatz 3 Buchstabe b drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bei der WIPO in Kraft treten.

Die Gemeinsame Ausführungsordnung zu den Fassungen von 1999, 1960 und 1934 des Haager Abkommens (im Folgenden: GAO) wurde im September 2003 auf der 22. Sitzung der Versammlung des Haager Verbandes angenommen und auf der 24. Sitzung im September und Oktober 2007 geändert. Für die Fassungen von 1960 und 1934 trat die GAO bereits am 1. April 2004 in Kraft, die Änderungen wurden am 1. Januar 2008 wirksam. In Bezug auf die Genfer Akte tritt die GAO in der Fassung vom 1. Januar 2008 gleichzeitig mit dieser in Kraft.

Die ergänzende Anpassung des innerstaatlichen Rechts erfolgt durch das Erste Gesetz zur Änderung des Geschmacksmustergesetzes, durch welches – zeitgleich mit dem Inkrafttreten der Genfer Akte in Deutschland – ein weiterer Abschnitt "Schutz gewerblicher Muster und Modelle nach dem Haager Abkommen" in das Geschmacksmustergesetz eingefügt werden wird.

Zu Artikel 1

Auf die Genfer Akte und die GAO in Bezug auf die Genfer Akte ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Satz 2 sieht die Veröffentlichung der zu ratifizierenden Genfer Akte und der GAO im Anschluss an das Ratifikationsgesetz vor.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer iv der Genfer Akte kann die Versammlung die Ausführungsordnung ändern. Diese Änderungen sollen unmittelbar in den Vertragsstaaten wirksam sein. Da die Ausführungsordnung sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht, werden insoweit gemäß Artikel 24 Absatz 1 GG Hoheitsrechte auf die Versammlung übertragen. Die die Ausführungsordnung ändernden Beschlüsse der Versammlung müssen, da diese nicht über ein eigenes Publikationsorgan verfügt, im Bundesgesetzblatt bekannt gemacht werden.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 GG.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die Genfer Akte nach ihrem Artikel 28 Absatz 3 und die GAO in Bezug auf die Genfer Akte für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch die Ausführung des Gesetzes werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Zukünftig haben Anmelder von internationalen Eintragungen nach der Genfer Akte eine Wahlmöglichkeit zwischen direkter und indirekter Einreichung der internationalen Anmeldung. Es entstehen daher dem Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) sowohl Kosten für die Annahme und Weiterleitung der internationalen Anmeldung an das Internationale Büro der WIPO als auch ein erhöhter Verwaltungsaufwand. Das DPMA ist allerdings berechtigt, für internationale Anmeldungen nach Artikel 4 Absatz 2 Ziffer i der Genfer Akte in Verbindung mit Regel 13 Absatz 2 GAO eine sogenannte Weiterleitungsgebühr zu verlangen, die der Höhe nach den Verwaltungskosten entsprechen darf und dem DPMA verbleibt.

Gleiches gilt für die Überprüfung internationaler Eintragungen auf Eintragungshindernisse. Das DPMA ist berechtigt, für jede Benennung Deutschlands eine Standardbenennungsgebühr der Stufe 2 (Regel 12 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii, Buchstabe b Ziffer ii GAO) zu verlangen.

Den Anmeldern entstehen keine höheren Kosten. Auch haben sie weiterhin die Möglichkeit, die internationale Anmeldung direkt bei dem Internationalen Büro der WIPO einzureichen. Das Gesetz wird kostenneutral sein.

Des Weiteren entstehen beim DPMA Bürokratiekosten. Das DPMA ist verpflichtet, das Internationale Büro über nachträgliche Schutzentziehungen zu informieren, wenn diese endgültig sind und das DPMA selbst davon Kenntnis erlangt hat.

Article 15: Invalidation

Artikel 15: Ungültigerklärung

Genfer Fassung des Haager Abkommens über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle

Geneva Act of the Hague Agreement Concerning the International Registration of Industrial Designs

Acte de Genève de l'Arrangement de la Haye concernant l'enregistrement international des dessins et modèles industrials

(Übersetzung) Table of Contents Table des matières Inhaltsverzeichnis Introductory Provisions Dispositions liminaires Einleitende Bestimmungen Article 1: Abbreviated Expressions Article premier: Expressions abrégées Artikel 1: Kurzbezeichnungen Applicability Article 2: Other Article 2: Autre protection découlant Artikel 2: Gewährung eines sonstigen Protection Accorded by Laws Schutzes aufgrund des Rechts des lois des Parties of Contracting Parties and by contractantes et de certains der Vertragsparteien und be-Certain International Treaties traités internationaux stimmter internationaler Verträ-Chapter I: International Application and Chapitre premier: Demande internationale Kapitel I: Internationale Anmeldung und International Registration internationale Eintragung et enregistrement international Article 3: Entitlement to File an Article 3: Droit de déposer une Artikel 3: Berechtigung zur Einreichung International Application demande internationale einer internationalen Anmelduna Article 4: Procedure for Filing Article 4: Procédure de dépôt de la Artikel 4: Verfahren zur Einreichung der International Application demande internationale internationalen Anmeldung Inhalt der internationalen An-Article 5: Contents of the International Article 5: Contenu de la demande Artikel 5: Application internationale melduna Article 6: Priority Article 6: Priorité Artikel 6: Priorität Article 7: **Designation Fees** Article 7: Taxes de désignation Artikel 7: Benennungsgebühren Article 8: Correction of Irregularities Article 8: Régularisation Artikel 8: Mängelbeseitigung Article 9: Filing Date of the International Article 9: Date de dépôt de la demande Artikel 9: Anmeldetag der internationalen Application internationale Anmeldung Article 10: International Registration, Article 10: Enregistrement international, Artikel 10: Internationale Eintragung, Da-Date of the International date de l'enregistrement tum der internationalen Eintra-Registration, Publication and international, publication et gung, Veröffentlichung und ver-Confidential Copies of the trauliche Kopien der internatiocopies confidentielles de International Registration l'enregistrement international nalen Eintragung Article 11: Deferment of Publication Article 11: Ajournement de la publication Artikel 11: Aufschiebung der Veröffentlichuna Article 12: Refusal Article 12: Refus Artikel 12: Schutzverweigerung spéciales con-Article 13: Requirements Article 13: Exigences Artikel 13: Besondere Erfordernisse hin-Special Concerning Unity of Design cernant l'unité de dessin ou sichtlich der Einheitlichkeit des Musters oder Modells modèle Article 14: Effects of the International Article 14: Effets de l'enregistrement Artikel 14: Wirkungen der internationalen Registration international Eintragung

Article 15: Invalidation

nationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle" trägt;

(i) "the Hague Agreement" means the Hague Agreement Concerning the International Deposit of Industrial Designs, henceforth renamed the Hague Agreement Concerning the International Registration of Industrial Designs;		i) «Arrangement de La Haye», l'Arrangement de La Haye concernant le dépôt international des dessins et modèles industriels, désormais intitulé Arrangement de La Haye concernant l'enregistrement international des dessins et modèles		i) "Haager Abkommen" das Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle, das künftig den Titel "Haager Abkommen über die inter- nationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle" trägt;	
For the purposes of this Act:		Au sens du présent Acte, il faut entendre		Im Sinne dieser Fassung bedeutet	
Abbreviated Expressions		Expressions abrégées		Kurzbezeichnungen	
Introductory Provisions Article 1		Dispositions liminaires Article premier		Einleitende Bestimmungen Artikel 1	
Article 34: Depositary		Article 34: Dépositaire		Artikel 34: Verwahrer	
Article 33:	Languages of This Act; Signature	Article 33:	Langues du présent Acte; signature	Artikel 33:	Sprachen dieser Fassung; Unterzeichnung
Article 32:	Denunciation of This Act	Article 32:	Dénonciation du présent Acte	Artikel 32:	Kündigung dieser Fassung
Article 31:	Applicability of the 1934 and 1960 Acts	Article 31:	Applicabilité des Actes de 1934 et de 1960	Artikel 31:	Anwendbarkeit der Fassungen von 1934 und 1960
Article 30:	Declarations Made by Contracting Parties	Article 30:		Artikel 30:	Erklärungen der Vertragspartei- en
Article 29:	Prohibition of Reservations	Article 29:	Interdiction de faire des réserves	Artikel 29:	Verbot von Vorbehalten
Article 28:	Effective Date of Ratifications and Accessions	Article 28:	Date de prise d'effet des ratifications et des adhésions	Artikel 28:	Tag des Wirksamwerdens der Ratifikation und des Beitritts
Article 27:	Becoming Party to This Act	Article 27:	Conditions et modalités pour devenir partie au présent Acte	Artikel 27:	Möglichkeit, Vertragspartei dieser Fassung zu werden
Chapter IV: Final Provisions		Chapitre IV: Clauses finales		Kapitel IV:	Schlussbestimmungen
Article 26:	Amendment of Certain Articles by the Assembly	Article 26:	Modification de certains articles par l'Assemblée	Artikel 26:	Änderung bestimmter Artikel durch die Versammlung
Article 25:	Revision of This Act	Article 25:	Révision du présent Acte	Artikel 25:	Revision dieser Fassung
Chapter III:	Revision and Amendment	Chapitre III	: Révision et modification	Kapitel III:	Revision und Änderung
Article 24:	Regulations	Article 24:	Règlement d'exécution	Artikel 24:	Ausführungsordnung
Article 23: Finances		Article 23:	Finances	Artikel 23:	Finanzen
Article 22:	,		Bureau international	Artikel 22:	Internationales Büro
Article 21:	Assembly	Article 21:	Assemblée	Artikel 21:	Versammlung
Article 20:	Membership of the Hague Union	Article 20:	Appartenance à l'Union de La Haye	Artikel 20:	Mitgliedschaft im Haager Verband
Article 19:	Common Office of Several States	Article 19:	Office commun à plusieurs États	Artikel 19:	Gemeinsames Amt mehrerer Staaten
Chapter II:	Administrative Provisions	Chapitre II:	Dipositions administratives	Kapitel II:	Verwaltungsbestimmungen
Article 18:	Information Concerning Published International Registrations	Article 18:	Informations relatives aux enregistrements internationaux publiés	Artikel 18:	Informationen über veröffent- lichte internationale Eintragun- gen
Article 17:	Initial Term and Renewal of the International Registration and Duration of Protection	Article 17:	Période initiale et renouvelle- ment de l'enregistrement international et durée de la protection	Artikel 17:	Erster Zeitraum und Erneuerung der internationalen Eintragung sowie Schutzdauer
Article 16:	Recording of Changes and Other Matters Concerning International Registrations	Article 16:	Inscription de modifications et autres inscriptions concernant les enregistrements interna- tionaux	Artikel 16:	Eintragung von Änderungen und sonstige Eintragungen in Bezug auf internationale Eintra- gungen

industriels;

- (ii) "this Act" means the Hague Agreement as established by the present Act;
- (iii) "Regulations" means the Regulations under this Act;
- (iv) "prescribed" means prescribed in the Regulations;
- (v) "Paris Convention" means the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, signed at Paris on March 20, 1883, as revised and amended;
- (vi) "international registration" means the international registration of an industrial design effected according to this Act;
- (vii) "international application" means an application for international registration;
- (viii) "International Register" means the official collection of data concerning international registrations maintained by the International Bureau, which data this Act or the Regulations require or permit to be recorded, regardless of the medium in which such data are stored;
- (ix) "person" means a natural person or a legal entity;
- (x) "applicant" means the person in whose name an international application is filed;
- (xi) "holder" means the person in whose name an international registration is recorded in the International Register;
- (xii) "intergovernmental organization" means an intergovernmental organization eligible to become party to this Act in accordance with Article 27(1)(ii);
- (xiii) "Contracting Party" means any State or intergovernmental organization party to this Act;
- "applicant's Contracting Party" (xiv) means the Contracting Party or one of the Contracting Parties from which the applicant derives its entitlement to file an international application by virtue of satisfying, in relation to that Contracting Party, at least one of the conditions specified in Article 3; where there are two or more Contracting Parties from which the applicant may, under Article 3, derive its entitlement to file an international application, "applicant's Contracting Party" means the one which, among those Contracting Parties,

- ii) «le présent Acte», l'Arrangement de La Haye tel qu'il résulte du présent Acte;
- iii) «règlement d'exécution», le règlement d'exécution du présent Acte;

iv)

v)

- «prescrit» et «prescriptions», respectivement, prescrit par le règlement d'exécution et prescriptions du règlement d'exécution;
- «Convention de Paris», la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle, signée à Paris le 20 mars 1883, telle que révisée et modifiée;
- vi) «enregistrement international», l'enregistrement international d'un dessin ou modèle industriel effectué en vertu du présent Acte;
- vii) «demande internationale», une demande d'enregistrement international;
- viii) «registre international», la collection officielle, tenue par le Bureau international, des données concernant les enregistrements internationaux dont l'inscription est exigée ou autorisée par le présent Acte ou le règlement d'exécution, quel que soit le support sur lequel ces données sont conservées;
- ix) «personne», une personne physique ou une personne morale;
- x) «déposant», la personne au nom de laquelle une demande internationale est déposée;
- xi) «titulaire», la personne au nom de laquelle un enregistrement international est inscrit au registre international;
- xii) «organisation intergouvernementale», une organisation intergouvernementale remplissant les conditions requises selon l'article 27.1)ii) pour devenir partie au présent Acte:
- xiii) «Partie contractante», un État ou une organisation intergouvernementale partie au présent Acte;
- xiv) «Partie contractante du déposant», la Partie contractante ou l'une des Parties contractantes dont le déposant tire son droit de déposer une demande internationale du fait qu'il remplit, à l'égard de ladite Partie contractante, au moins une des conditions énoncées à l'article 3; lorsque le déposant peut, en vertu de l'article 3, tirer son droit de déposer une demande internationale de plusieurs Parties contractantes, il faut entendre par «Partie contractante du déposant» celle qui, parmi ces Parties contractantes, est indiquée comme telle dans

- ji) "diese Fassung" das Haager Abkommen in der vorliegenden Fassung;
- iii) "Ausführungsordnung" die Ausführungsordnung zu dieser Fassung;
- iv) "vorgeschrieben" und "Vorschriften" in der Ausführungsordnung vorgeschrieben beziehungsweise Vorschriften der Ausführungsordnuna:
- v) "Pariser Verbandsübereinkunft" die am 20. März 1883 in Paris unterzeichnete Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums in ihrer revidierten und geänderten Fassung;
- vi) "internationale Eintragung" die nach dieser Fassung vorgenommene internationale Eintragung eines gewerblichen Musters oder Modells;
- vii) "internationale Anmeldung" eine Anmeldung zur internationalen Eintragung;
- viii) "internationales Register" die beim Internationalen Büro geführte amtliche Sammlung von Daten über internationale Eintragungen, welche aufgrund dieser Fassung oder der Ausführungsordnung eingetragen werden müssen oder dürfen, ungeachtet des Mediums, in dem die Daten gespeichert sind;
- ix) "Person" eine natürliche oder juristische Person;
- x) "Anmelder" die Person, auf deren Namen eine internationale Anmeldung eingereicht wird;
- xi) "Inhaber" die Person, auf deren Namen eine internationale Eintragung im internationalen Register eingetragen ist;
- xii) "zwischenstaatliche Organisation" eine zwischenstaatliche Organisation, welche die Voraussetzungen des Artikels 27 Absatz 1 Ziffer ii dafür erfüllt, Vertragspartei dieser Fassung zu werden;
- xiii) "Vertragspartei" jeden Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation, der oder die Vertragspartei dieser Fassung ist;
- "Vertragspartei des Anmelders" die xiv) Vertragspartei oder eine der Vertragsparteien, von der oder denen der Anmelder seine Berechtigung zur Einreichung einer internationalen Anmeldung herleitet, da er in Bezug auf diese Vertragspartei mindestens eine der in Artikel 3 aufgeführten Voraussetzungen erfüllt; kann der Anmelder seine Berechtigung zur Einreichung einer internationalen Anmeldung nach Artikel 3 von mehr als einer Vertragspartei herleiten, so bedeutet "Vertragspartei des Anmelders" diejenige dieser Vertragsparteien,

- is indicated as such in the international application;
- (xv) "territory of a Contracting Party" means, where the Contracting Party is a State, the territory of that State and, where the Contracting Party is an intergovernmental organization, the territory in which the constituent treaty of that intergovernmental organization applies;
- (xvi) "Office" means the agency entrusted by a Contracting Party with the grant of protection for industrial designs with effect in the territory of that Contracting Party;
- (xvii) "Examining Office" means an Office which ex officio examines applications filed with it for the protection of industrial designs at least to determine whether the industrial designs satisfy the condition of novelty;
- (xviii) "designation" means a request that an international registration have effect in a Contracting Party; it also means the recording, in the International Register, of that request;
- (xix) "designated Contracting Party" and "designated Office" means the Contracting Party and the Office of the Contracting Party, respectively, to which a designation applies;
- (xx) "1934 Act" means the Act signed at London on June 2, 1934, of the Hague Agreement;
- (xxi) "1960 Act" means the Act signed at The Hague on November 28, 1960, of the Hague Agreement;
- (xxii) "1961 Additional Act" means the Act signed at Monaco on November 18, 1961, additional to the 1934 Act;
- (xxiii) "Complementary Act of 1967" means the Complementary Act signed at Stockholm on July 14, 1967, as amended, of the Hague Agreement;
- (xxiv) "Union" means the Hague Union established by the Hague Agreement of November 6, 1925, and maintained by the 1934 and 1960 Acts, the 1961 Additional Act, the Complementary Act of 1967 and this Act;
- (xxv) "Assembly" means the Assembly referred to in Article 21(1)(a) or any body replacing that Assembly;
- (xxvi) "Organization" means the World Intellectual Property Organization;

- la demande internationale;
- xv) «territoire d'une Partie contractante», lorsque la Partie contractante est un État, le territoire de cet État et, lorsque la Partie contractante est une organisation intergouvernementale, le territoire sur lequel s'applique le traité constitutif de cette organisation intergouvernementale;
- xvi) «office», l'organisme chargé par une Partie contractante d'accorder la protection aux dessins et modèles industriels sur le territoire de cette Partie contractante;
- xvii) «office procédant à un examen», un office qui, d'office, examine les demandes de protection des dessins et modèles industriels déposées auprès de lui afin de déterminer, pour le moins, si ces dessins ou modèles satisfont à la condition de nouveauté:
- xviii) «désignation», une demande tendant à ce qu'un enregistrement international produise ses effets dans une Partie contractante; ce terme s'applique également à l'inscription, dans le registre international, de cette demande;
- xix) «Partie contractante désignée» et «office désigné», respectivement la Partie contractante et l'office de la Partie contractante auxquels une désignation s'applique;
- xx) «Acte de 1934», l'Acte signé à Londres le 2 juin 1934 de l'Arrangement de la Haye;
- xxi) «Acte de 1960», l'Acte signé à La Haye le 28 novembre 1960 de l'Arrangement de La Haye;
- xxii) «Acte additionnel de 1961», l'Acte signé à Monaco le 18 novembre 1961, additionnel à l'Acte de 1934;
- xxiii) «Acte complémentaire de 1967», l'Acte complémentaire signé à Stockholm le 14 juillet 1967, tel que modifié, de l'Arrangement de La Haye;
- «Union», l'Union de La Haye créée par l'Arrangement de La Haye du 6 novembre 1925 et maintenue par les Actes de 1934 et de 1960, l'Acte additionnel de 1961, l'Acte complémentaire de 1967 et le présent Acte:
- xxv) «Assemblée», l'Assemblée visée à l'article 21.1)a) ou tout organe remplaçant cette assemblée;
- xxvi) «Organisation», l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle;

- die als solche in der internationalen Anmeldung angegeben ist;
- "Gebiet einer Vertragspartei" das Hoheitsgebiet eines Staates, sofern die Vertragspartei ein Staat ist, oder das Gebiet, in dem der Gründungsvertrag einer zwischenstaatlichen Organisation gilt, sofern die Vertragspartei eine zwischenstaatliche Organisation ist;
- xvi) "Amt" die von einer Vertragspartei mit der Schutzerteilung für gewerbliche Muster und Modelle im Gebiet dieser Vertragspartei beauftragte Stelle;
- xvii) "prüfendes Amt" ein Amt, das von Amts wegen bei ihm eingereichte Anträge auf Schutz gewerblicher Muster oder Modelle zumindest darauf prüft, ob die gewerblichen Muster oder Modelle die Voraussetzung der Neuheit erfüllen;
- xviii) "Benennung" einen Antrag, dass eine internationale Eintragung bei einer Vertragspartei Wirksamkeit erlangt; "Benennung" bedeutet auch die Eintragung dieses Antrags im internationalen Register;
- xix) "benannte Vertragspartei" und "benanntes Amt" die Vertragspartei beziehungsweise das Amt der Vertragspartei, für die oder das die Benennung gilt;
- xx) "Fassung von 1934" die am 2. Juni 1934 in London unterzeichnete Fassung des Haager Abkommens;
- xxi) "Fassung von 1960" die am 28. November 1960 in Den Haag unterzeichnete Fassung des Haager Abkommens;
- xxii) "Zusatzvereinbarung von 1961" die am 18. November 1961 in Monaco unterzeichnete Zusatzvereinbarung zur Fassung von 1934;
- xxiii) "Ergänzungsvereinbarung von 1967" die am 14. Juli 1967 in Stockholm unterzeichnete Ergänzungsvereinbarung zum Haager Abkommen in der geänderten Fassung;
- xxiv) "Verband" den durch das Haager Abkommen vom 6. November 1925 errichteten und durch die Fassungen von 1934 und 1960, die Zusatzvereinbarung von 1961, die Ergänzungsvereinbarung von 1967 und diese Fassung aufrechterhaltenen Haager Verband;
- (xv) "Versammlung" die in Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a genannte Versammlung oder jedes Gremium, das an die Stelle dieser Versammlung tritt;
- xxvi) "Organisation" die Weltorganisation für geistiges Eigentum;

- (xxvii) "Director General" means the Director General of the Organization:
- (xxviii) "International Bureau" means the International Bureau of the Organization:
- (xxix) "instrument of ratification" shall be construed as including instruments of acceptance or approval.

Applicability of Other Protection Accorded by Laws of Contracting Parties and by Certain International Treaties

- (1) [Laws of Contracting Parties and Certain International Treaties] The provisions of this Act shall not affect the application of any greater protection which may be accorded by the law of a Contracting Party, nor shall they affect in any way the protection accorded to works of art and works of applied art by international copyright treaties and conventions, or the protection accorded to industrial designs under the Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights annexed to the Agreement Establishing the World Trade Organization.
- (2) [Obligation to Comply with the Paris Convention] Each Contracting Party shall comply with the provisions of the Paris Convention which concern industrial designs.

Chapter I

International Application and International Registration

Article 3

Entitlement to File an International Application

Any person that is a national of a State that is a Contracting Party or of a State member of an intergovernmental organization that is a Contracting Party, or that has a domicile, a habitual residence or a real and effective industrial or commercial establishment in the territory of a Contracting Party, shall be entitled to file an international application.

Article 4

Procedure for Filing the International Application

- (1) [Direct or Indirect Filing]
- (a) The international application may be filed, at the option of the applicant, either directly with the International Bureau or through the Office of the applicant's Contracting Party.
- (b) Notwithstanding subparagraph (a), any Contracting Party may, in a declara-

- xxvii) «Directeur général», le Directeur général de l'Organisation;
- xxviii) «Bureau international», le Bureau international de l'Organisation;
- xxix) «instrument de ratification», également les instruments d'acceptation ou d'approbation.

Article 2

Autre protection découlant des lois des Parties contractantes et de certains traités internationaux

- 1) [Lois des Parties contractantes et certains traités internationaux] Les dispositions du présent Acte n'affectent pas l'application de toute protection plus large pouvant être accordée par la législation d'une Partie contractante et n'affectent en aucune manière la protection accordée aux œuvres artistiques et aux œuvres d'art appliqué par des traités et conventions internationaux sur le droit d'auteur ni la protection accordée aux dessins et modèles industriels en vertu de l'Accord sur les aspects des droits de propriété intellectuelle qui touchent au commerce annexé à l'Accord instituant l'Organisation mondiale du commerce.
- 2) [Obligation de se conformer à la Convention de Paris] Chaque Partie contractante se conforme aux dispositions de la Convention de Paris qui concernent les dessins et modèles industriels.

Chapitre premier

Demande internationale et enregistrement international

Article 3

Droit de déposer une demande internationale

Est habilité à déposer une demande internationale tout ressortissant d'un État qui est une Partie contractante ou d'un État membre d'une organisation intergouvernementale qui est une Partie contractante, ou toute personne ayant son domicile, sa résidence habituelle ou un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux sur le territoire d'une Partie contractante.

Article 4

Procédure de dépôt de la demande internationale

- 1) [Dépôt direct ou indirect]
- a) La demande internationale peut être déposée, au choix du déposant, soit directement auprès du Bureau international, soit par l'intermédiaire de l'office de la Partie contractante du déposant.
- b) Nonobstant le sous-alinéa a), toute Partie contractante peut, dans une

- xxvii) "Generaldirektor" den Generaldirektor der Organisation;
- xxviii) "Internationales Büro" das Internationale Büro der Organisation;
- xxix) "Ratifikationsurkunde" zugleich die Annahme- oder Genehmigungsurkunde.

Artikel 2

Gewährung eines sonstigen Schutzes aufgrund des Rechts der Vertragsparteien und bestimmter internationaler Verträge

- (1) [Recht der Vertragsparteien und bestimmte internationale Verträge] Diese Fassung berührt nicht die etwaige Gewährung eines weitergehenden Schutzes nach dem Recht einer Vertragspartei, den Schutz, der den Werken der Kunst und den Werken der angewandten Kunst durch internationale Verträge und sonstige internationale Übereinkünfte über das Urheberrecht gewährt wird, und den Schutz, der gewerblichen Mustern und Modellen nach dem Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums gewährt wird, das dem Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation beigefügt ist.
- (2) [Verpflichtung zur Einhaltung der Pariser Verbandsübereinkunft] Jede Vertragspartei hält die Bestimmungen der Pariser Verbandsübereinkunft betreffend gewerbliche Muster und Modelle ein.

Kapitel I

Internationale Anmeldung und internationale Eintragung

Artikel 3

Berechtigung zur Einreichung einer internationalen Anmeldung

Jeder Angehörige eines Staates, der Vertragspartei ist, oder eines Mitgliedstaats einer zwischenstaatlichen Organisation, die Vertragspartei ist, oder jede Person, die einen Wohnsitz, einen gewöhnlichen Aufenthalt oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet einer Vertragspartei hat, ist berechtigt, eine internationale Anmeldung einzureichen.

Artikel 4

Verfahren zur Einreichung der internationalen Anmeldung

- (1) [Direkte oder indirekte Einreichung]
- a) Die internationale Anmeldung kann nach Wahl des Anmelders entweder direkt beim Internationalen Büro oder über das Amt der Vertragspartei des Anmelders eingereicht werden.
- b) Ungeachtet des Buchstabens a kann jede Vertragspartei dem Generaldirek-

tion, notify the Director General that international applications may not be filed through its Office.

(2) [Transmittal Fee in Case of Indirect Filing] The Office of any Contracting Party may require that the applicant pay a transmittal fee to it, for its own benefit, in respect of any international application filed through it.

Article 5

Contents of the International Application

- (1) [Mandatory Contents of the International Application] The international application shall be in the prescribed language or one of the prescribed languages and shall contain or be accompanied by
- (i) a request for international registration under this Act:
- (ii) the prescribed data concerning the applicant;
- (iii) the prescribed number of copies of a reproduction or, at the choice of the applicant, of several different reproductions of the industrial design that is the subject of the international application, presented in the prescribed manner; however, where the industrial design is two-dimensional and a request for deferment of publication is made in accordance with paragraph (5), the international application may, instead of containing reproductions, be accompanied by the prescribed number of specimens of the industrial design;
- (iv) an indication of the product or products which constitute the industrial design or in relation to which the industrial design is to be used, as prescribed;
- (v) an indication of the designated Contracting Parties;
- (vi) the prescribed fees;
- (vii) any other prescribed particulars.
- (2) [Additional Mandatory Contents of the International Application]
- (a) Any Contracting Party whose Office is an Examining Office and whose law, at the time it becomes party to this Act, requires that an application for the grant of protection to an industrial design contain any of the elements specified in subparagraph (b) in order for that application to be accorded a filing date under that law may, in a declaration, notify the Director General of those elements.

- déclaration, notifier au Directeur général le fait qu'il ne peut pas être déposé de demandes internationales par l'intermédiaire de son office.
- 2) [Taxe de transmission en cas de dépôt indirect] L'office de toute Partie contractante peut exiger que le déposant lui verse, pour son propre compte, une taxe de transmission pour toute demande internationale déposée par son intermédiaire.

Article 5

Contenu de la demande internationale

- 1) [Contenu obligatoire de la demande internationale] La demande internationale est rédigée dans la langue prescrite ou l'une des langues prescrites; doivent y figurer ou y être jointes
- i) une requête en enregistrement international selon le présent Acte;
- ii) les données prescrites concernant le déposant;
- iii) le nombre prescrit d'exemplaires d'une reproduction ou, au choix du déposant, de plusieurs reproductions différentes du dessin ou modèle industriel qui fait l'objet de la demande internationale, présentés de la manière prescrite; cependant, lorsqu'il s'agit d'un dessin industriel (bidimensionnel) et qu'une demande d'ajournement de la publication est faite en vertu de l'alinéa 5), la demande internationale peut être accompagnée du nombre prescrit de spécimens du dessin au lieu de contenir des reproductions;
- iv) une indication du ou des produits qui constituent le dessin ou modèle industriel ou en relation avec lesquels le dessin ou modèle doit être utilisé, de la manière prescrite;
- v) une indication des Parties contractantes désignées;
- vi) les taxes prescrites;
- vii) toutes autres indications prescrites.
- 2) [Contenu supplémentaire obligatoire de la demande internationale]
- a) Toute Partie contractante dont l'office est un office procédant à un examen et dont la législation, au moment où elle devient partie au présent Acte, exige qu'une demande de protection d'un dessin ou modèle industriel contienne un ou plusieurs des éléments spécifiés au sous-alinéa b) pour l'attribution, en vertu de cette législation, d'une date de dépôt à cette demande peut notifier ces éléments au Directeur général dans une déclaration.

tor in einer Erklärung mitteilen, dass internationale Anmeldungen nicht über ihr Amt eingereicht werden können.

(2) [Weiterleitungsgebühr im Fall indirekter Einreichung] Das Amt jeder Vertragspartei kann verlangen, dass der Anmelder ihm eine Weiterleitungsgebühr für jede über es eingereichte internationale Anmeldung entrichtet; diese Gebühr verbleibt dem betreffenden Amt.

Artikel 5

Inhalt der internationalen Anmeldung

- (1) [Zwingender Inhalt der internationalen Anmeldung] Die internationale Anmeldung muss in der vorgeschriebenen Sprache oder in einer der vorgeschriebenen Sprachen abgefasst sein; die Anmeldung muss Folgendes enthalten oder ihr ist Folgendes beizufügen:
- ein Antrag auf internationale Eintragung nach dieser Fassung;
- ii) die vorgeschriebenen Angaben zum Anmelder;
- iii) die vorgeschriebene Anzahl von in der vorgeschriebenen Weise dargestellten Exemplaren einer oder, nach Wahl des Anmelders, mehrerer verschiedener Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells, das Gegenstand der internationalen Anmeldung ist; handelt es sich jedoch um ein zweidimensionales gewerbliches Muster und wird ein Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung nach Absatz 5 gestellt, so kann die internationale Anmeldung entweder Wiedergaben enthalten oder es kann ihr die vorgeschriebene Anzahl von Musterabschnitten beigefügt werden;
- iv) eine den Vorschriften entsprechende Angabe des Erzeugnisses oder der Erzeugnisse, die das gewerbliche Muster oder Modell darstellen oder in Verbindung mit denen das gewerbliche Muster oder Modell verwendet werden soll:
- v) eine Angabe der benannten Vertragsparteien:
- vi) die vorgeschriebenen Gebühren;
- vii) alle sonstigen vorgeschriebenen Angaben.
- (2) [Zusätzlicher zwingender Inhalt der internationalen Anmeldung]
- a) Jede Vertragspartei, deren Amt ein prüfendes Amt ist und nach deren Recht zu dem Zeitpunkt, zu dem sie Vertragspartei dieser Fassung wird, ein Antrag auf Schutzerteilung für ein gewerbliches Muster oder Modell einen der unter Buchstabe b aufgeführten Bestandteile enthalten muss, damit diesem Antrag nach diesem Recht ein Anmeldetag zuerkannt wird, kann dem Generaldirektor diese Bestandteile in einer Erklärung mitteilen.

- (b) The elements that may be notified pursuant to subparagraph (a) are the following:
 - indications concerning the identity of the creator of the industrial design that is the subject of that application;
 - (ii) a brief description of the reproduction or of the characteristic features of the industrial design that is the subject of that application;
 - (iii) a claim.
- (c) Where the international application contains the designation of a Contracting Party that has made a notification under subparagraph (a), it shall also contain, in the prescribed manner, any element that was the subject of that notification.
- (3) [Other Possible Contents of the International Application] The international application may contain or be accompanied by such other elements as are specified in the Regulations.
- (4) [Several Industrial Designs in the Same International Application] Subject to such conditions as may be prescribed, an international application may include two or more industrial designs.
- (5) [Request for Deferred Publication] The international application may contain a request for deferment of publication.

- b) Les éléments qui peuvent être notifiés en vertu du sous-alinéa a) sont les suivants:
 - i) des indications concernant l'identité du créateur du dessin ou modèle industriel qui fait l'objet de la demande;
 - ii) une brève description de la reproduction ou des éléments caractéristiques du dessin ou modèle industriel qui fait l'objet de la demande;
 - iii) une revendication.
- c) Lorsque la demande internationale contient la désignation d'une Partie contractante qui a fait une notification en vertu du sous-alinéa a), elle doit aussi contenir, de la manière prescrite, tout élément qui a fait l'objet de cette notification.
- 3) [Autre contenu possible de la demande internationale] La demande internationale peut contenir tous autres éléments spécifiés dans le règlement d'exécution ou être accompagnée de ceux-ci.
- 4) [Plusieurs dessins ou modèles industriels dans la même demande internationale] Sous réserve des conditions prescrites, une demande internationale peut contenir plusieurs dessins ou modèles industriels.
- 5) [Demande d'ajournement de la publication] La demande internationale peut contenir une demande d'ajournement de la publication.

- b) Folgende Bestandteile können nach Buchstabe a mitgeteilt werden:
 - i) Angaben zur Identität des Schöpfers des gewerblichen Musters oder Modells, das Gegenstand der Anmeldung ist;
 - eine kurze Beschreibung der Wiedergabe oder der charakteristischen Merkmale des gewerblichen Musters oder Modells, das Gegenstand der Anmeldung ist;
 - iii) ein Anspruch.
- c) Enthält die internationale Anmeldung die Benennung einer Vertragspartei, die eine Mitteilung nach Buchstabe a vorgenommen hat, so muss sie außerdem in der vorgeschriebenen Weise jeden Bestandteil enthalten, der Gegenstand der Mitteilung war.
- (3) [Sonstiger möglicher Inhalt der internationalen Anmeldung] Die internationale Anmeldung kann alle sonstigen Bestandteile enthalten oder es können ihr alle sonstigen Bestandteile beigefügt werden, die in der Ausführungsordnung aufgeführt sind.
- (4) [Mehrere gewerbliche Muster und Modelle in einer internationalen Anmeldung] Vorbehaltlich etwaiger vorgeschriebener Bedingungen kann eine internationale Anmeldung mehrere gewerbliche Muster und Modelle enthalten.
- (5) [Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung] Die internationale Anmeldung kann einen Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung enthalten.

Priority

(1) [Claiming of Priority]

- (a) The international application may contain a declaration claiming, under Article 4 of the Paris Convention, the priority of one or more earlier applications filed in or for any country party to that Convention or any Member of the World Trade Organization.
- (b) The Regulations may provide that the declaration referred to in subparagraph (a) may be made after the filing of the international application. In such case, the Regulations shall prescribe the latest time by which such declaration may be made.
- (2) [International Application Serving as a Basis for Claiming Priority] The international application shall, as from its filing

Article 6 Priorité

1) [Revendication de priorité]

- a) La demande internationale peut contenir une déclaration revendiquant, en vertu de l'article 4 de la Convention de Paris, la priorité d'une ou de plusieurs demandes antérieures déposées dans un pays partie à cette convention ou pour un tel pays, ou dans un membre de l'Organisation mondiale du commerce ou pour un tel membre.
- b) Le règlement d'exécution peut prévoir que la déclaration visée au sousalinéa a) peut être faite après le dépôt de la demande internationale. Dans ce cas, le règlement d'exécution prescrit à quel moment, au plus tard, cette déclaration peut être effectuée.
- 2) [Demande internationale servant de base à une revendication de priorité] À compter de sa date de dépôt, la demande

Artikel 6

Priorität

- (1) [Inanspruchnahme von Prioritäten]
- a) Die internationale Anmeldung kann eine Erklärung nach Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft enthalten, mit der die Priorität einer oder mehrerer früherer Anmeldungen in Anspruch genommen wird, die in einem oder für ein Land, das Vertragspartei jener Übereinkunft ist, oder in einem oder für ein Mitglied der Welthandelsorganisation eingereicht worden sind.
- b) Die Ausführungsordnung kann vorsehen, dass die unter Buchstabe a genannte Erklärung nach Einreichung der internationalen Anmeldung abgegeben werden kann. Ist dies der Fall, so wird in der Ausführungsordnung der Zeitpunkt vorgeschrieben, zu dem die Erklärung spätestens abgegeben werden kann.
- (2) [Internationale Anmeldung als Basis für die Inanspruchnahme einer Priorität] Der internationalen Anmeldung kommt ab

date and whatever may be its subsequent fate, be equivalent to a regular filing within the meaning of Article 4 of the Paris Convention.

Article 7

Designation Fees

prescribed fees shall include, subject to

paragraph (2), a designation fee for each

designated Contracting Party.

(1) [Prescribed Designation Fee] The

(2) [Individual Designation Fee] Any

Contracting Party whose Office is an

Examining Office and any Contracting

Party that is an intergovernmental orga-

nization may, in a declaration, notify the

Director General that, in connection with

any international application in which it is

designated, and in connection with the

renewal of any international registration

resulting from such an international appli-

cation, the prescribed designation fee re-

ferred to in paragraph (1) shall be replaced

by an individual designation fee, whose

amount shall be indicated in the declara-

tion and can be changed in further decla-

rations. The said amount may be fixed by

the said Contracting Party for the initial

term of protection and for each term of

renewal or for the maximum period of pro-

tection allowed by the Contracting Party

concerned. However, it may not be higher

than the equivalent of the amount which

the Office of that Contracting Party would

be entitled to receive from an applicant for

a grant of protection for an equivalent peri-

od to the same number of industrial de-

signs, that amount being diminished by the

savings resulting from the international pro-

(3) [Transfer of Designation Fees] The

designation fees referred to in para-

graphs (1) and (2) shall be transferred by

the International Bureau to the Contracting

Parties in respect of which those fees were

cedure.

paid.

internationale a la valeur d'un dépôt régulier au sens de l'article 4 de la Convention de Paris, quel que soit son sort ultérieur.

Article 7

Taxes de désignation

1) [Taxe de désignation prescrite] Les taxes prescrites comprennent, sous réserve de l'alinéa 2), une taxe de désignation pour chaque Partie contractante désignée.

- 2) [Taxe de désignation individuelle] Toute Partie contractante dont l'office est un office procédant à un examen et toute Partie contractante qui est une organisation intergouvernementale peut, dans une déclaration, notifier au Directeur général que, pour toute demande internationale dans laquelle elle est désignée, ainsi que pour le renouvellement de tout enregistrement international découlant d'une telle demande internationale, la taxe de désignation prescrite visée à l'alinéa 1) est remplacée par une taxe de désignation individuelle dont le montant est indiqué dans la déclaration et peut être modifié dans des déclarations ultérieures. Ce montant peut être fixé par ladite Partie contractante pour la période initiale de protection et pour chaque période de renouvellement ou pour la durée maximale de protection qu'elle autorise. Cependant, il ne peut pas dépasser le montant équivalant à celui que l'office de ladite Partie contractante aurait le droit de recevoir du déposant pour une protection accordée, pour une durée équivalente, au même nombre de dessins et modèles industriels, le montant en question étant diminué du montant des économies résultant de la procédure internationale.
- 3) [Transfert des taxes de désignation] Les taxes de désignation visées aux alinéas 1) et 2) sont transférées par le Bureau international aux Parties contractantes à l'égard desquelles elles ont été payées.

Article 8

Correction of Irregularities

- (1) [Examination of the International Application] If the International Bureau finds that the international application does not, at the time of its receipt by the International Bureau, fulfill the requirements of this Act and the Regulations, it shall invite the applicant to make the required corrections within the prescribed time limit.
- (2) [Irregularities Not Corrected]
- (a) If the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the international application shall, subject to subparagraph (b), be considered abandoned.

Article 8

Régularisation

- 1) [Examen de la demande internationale] Si le Bureau international constate que la demande internationale ne remplit pas, au moment de sa réception par le Bureau international, les conditions du présent Acte et du règlement d'exécution, il invite le déposant à la régulariser dans le délai prescrit.
 - 2) [Défaut de régularisation]
- a) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai prescrit, la demande internationale est, sous réserve du sous-alinéa b), réputée abandonnée.

ihrem Anmeldetag die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen Hinterlegung nach Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zu, wobei das spätere Schicksal der Anmeldung ohne Bedeutung ist.

Artikel 7

Benennungsgebühren

- (1) [Vorgeschriebene Benennungsgebühr] Vorbehaltlich des Absatzes 2 schließen die vorgeschriebenen Gebühren eine Benennungsgebühr für jede benannte Vertragspartei ein.
- (2) [Individuelle Benennungsgebühr] Jede Vertragspartei, deren Amt ein prüfendes Amt ist, und jede Vertragspartei, die eine zwischenstaatliche Organisation ist, kann dem Generaldirektor in einer Erklärung mitteilen, dass bei jeder internationalen Anmeldung, in der sie benannt wird, und bei der Erneuerung jeder internationalen Eintragung, die sich aus einer solchen internationalen Anmeldung ergibt, anstelle der in Absatz 1 genannten vorgeschriebenen Benennungsgebühr eine individuelle Benennungsgebühr zu entrichten ist; der Betrag dieser Gebühr wird in der Erklärung angegeben und kann in weiteren Erklärungen geändert werden. Er kann von der betreffenden Vertragspartei für den ersten Schutzzeitraum und für jeden Erneuerungszeitraum oder für die von ihr zugelassene maximale Schutzdauer festgelegt werden. Dieser Betrag darf jedoch nicht höher sein als der Gegenwert des Betrags, den das Amt der betreffenden Vertragspartei bei der Schutzerteilung für einen entsprechend langen Zeitraum und dieselbe Anzahl von gewerblichen Mustern und Modellen vom Anmelder zu erhalten berechtigt wäre, wobei letzterer Betrag um die Einsparungen verringert wird, die sich aus dem internationalen Verfahren erge-
- (3) [Überweisung der Benennungsgebühren] Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Benennungsgebühren werden vom Internationalen Büro an die Vertragsparteien überwiesen, für die sie entrichtet wurden.

Artikel 8

Mängelbeseitigung

- (1) [Prüfung der internationalen Anmeldung] Stellt das Internationale Büro fest, dass die internationale Anmeldung am Tag ihres Eingangs beim Internationalen Büro die Erfordernisse dieser Fassung und der Ausführungsordnung nicht erfüllt, so fordert es den Anmelder auf, die erforderlichen Mängelbeseitigungen innerhalb der vorgeschriebenen Frist vorzunehmen.
 - (2) [Nicht beseitigte Mängel]
- a) Kommt der Anmelder der Aufforderung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt die internationale Anmeldung vorbehaltlich des Buchstabens b als zurückgenommen.

b) Dans le cas d'une irrégularité concer-

nant l'article 5.2) ou une exigence spé-

ciale notifiée au Directeur général par

une Partie contractante conformément

au règlement d'exécution, si le dépo-

sant ne donne pas suite à l'invitation

dans le délai prescrit, la demande

internationale est réputée ne pas

contenir la désignation de cette Partie

(b) In the case of an irregularity which relates to Article 5(2) or to a special requirement notified to the Director General by a Contracting Party in accordance with the Regulations, if the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the international application shall be deemed not to contain the designation of that Contracting Party.

Article 9

Filing Date of the International

Application

(1) [International Application Filed Dir-

ectly] Where the international application

is filed directly with the International Bur-

eau, the filing date shall, subject to para-

graph (3), be the date on which the Inter-

national Bureau receives the international

(2) [International Application Filed Indir-

ectly] Where the international application

is filed through the Office of the applicant's

Contracting Party, the filing date shall be

(3) [International Application with Cer-

tain Irregularities] Where the international

application has, on the date on which it is

received by the International Bureau, an irregularity which is prescribed as an irregu-

larity entailing a postponement of the filing

date of the international application, the fil-

ing date shall be the date on which the cor-

rection of such irregularity is received by

determined as prescribed.

the International Bureau.

application.

contractante.

Article 9 Date de dépôt de la demande internationale

- 1) [Demande internationale déposée directement] Lorsque la demande internationale est déposée directement auprès du Bureau international, la date de dépôt est, sous réserve de l'alinéa 3), la date à laquelle le Bureau international reçoit la demande internationale.
- 2) [Demande internationale déposée indirectement] Lorsque la demande internationale est déposée par l'intermédiaire de l'office de la Partie contractante du déposant, la date de dépôt est déterminée de la manière prescrite.
- 3) [Demande internationale comportant certaines irrégularités] Lorsque, à la date à laquelle elle est reçue par le Bureau international, la demande internationale comporte une irrégularité qui est prescrite comme une irrégularité entraînant le report de la date de dépôt de la demande internationale, la date de dépôt est la date à laquelle la correction de cette irrégularité est reçue par le Bureau international.

Article 101)

International Registration, Date of the International Registration, Publication and Confidential Copies of the International Registration

- (1) [International Registration] The International Bureau shall register each industrial design that is the subject of an international application immediately upon receipt by it of the international application or, where corrections are invited under Article 8, immediately upon receipt of the required corrections. The registration shall be effected whether or not publication is deferred under Article 11.
- (2) [Date of the International Registration]
- (a) Subject to subparagraph (b), the date of the international registration shall be the filing date of the international application.
- 1) When adopting Article 10, the Diplomatic Conference understood that nothing in this Article precludes access to the international application or the international registration by the applicant or the holder or a person having the consent of the applicant or the holder.

Article 10¹)

Enregistrement international, date de l'enregistrement international, publication et copies confidentielles de l'enregistrement international

- 1) [Enregistrement international] Le Bureau international enregistre chaque dessin ou modèle industriel qui fait l'objet de la demande internationale dès qu'il la reçoit ou, lorsque le déposant est invité à régulariser la demande en vertu de l'article 8, dès réception des éléments nécessaires à la régularisation. L'enregistrement est effectué, que la publication soit ajournée ou non en vertu de l'article 11.
- 2) [Date de l'enregistrement international]
- a) Sous réserve du sous-alinéa b), la date de l'enregistrement international est la date de dépôt de la demande internationale.

b) Kommt der Anmelder im Fall eines Mangels in Bezug auf Artikel 5 Absatz 2 oder in Bezug auf ein besonderes Erfordernis, das dem Generaldirektor von einer Vertragspartei in Übereinstimmung mit der Ausführungsordnung mitgeteilt wurde, der Aufforderung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt die internationale Anmeldung als ohne die Benennung der betreffenden Vertragspartei eingereicht.

Artikel 9

Anmeldetag der internationalen Anmeldung

- (1) [Direkt eingereichte internationale Anmeldung] Wird die internationale Anmeldung direkt beim Internationalen Büro eingereicht, so ist der Anmeldetag vorbehaltlich des Absatzes 3 das Datum, an dem die internationale Anmeldung beim Internationalen Büro eingeht.
- (2) [Indirekt eingereichte internationale Anmeldung] Wird die internationale Anmeldung über das Amt der Vertragspartei des Anmelders eingereicht, so wird der Anmeldetag wie vorgeschrieben bestimmt.
- (3) [Internationale Anmeldung mit bestimmten Mängeln] Enthält die internationale Anmeldung am Tag ihres Eingangs beim Internationalen Büro einen Mangel, der nach den Vorschriften zu einer Verschiebung des Anmeldetags der internationalen Anmeldung führt, so ist der Anmeldetag das Datum, an dem die entsprechende Mängelbeseitigung beim Internationalen Büro eingeht.

Artikel 101)

Internationale Eintragung, Datum der internationalen Eintragung, Veröffentlichung und vertrauliche Kopien der internationalen Eintragung

- (1) [Internationale Eintragung] Das Internationale Büro trägt jedes gewerbliche Muster oder Modell, das Gegenstand einer internationalen Anmeldung ist, unmittelbar nach Eingang der internationalen Anmeldung beim Internationalen Büro oder, falls Mängelbeseitigungen nach Artikel 8 angefordert werden, unmittelbar nach Eingang der erforderlichen Mängelbeseitigungen ein. Die Eintragung erfolgt auch bei einer Aufschiebung der Veröffentlichung nach Artikel 11.
- (2) [Datum der internationalen Eintragung]
- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b ist das Datum der internationalen Eintragung der Anmeldetag der internationalen Anmeldung.

Lorsqu'elle a adopté l'article 10, la conférence diplomatique entendait que rien dans cet article n'empêche l'accès à la demande internationale ou à l'enregistrement international par le déposant ou le titulaire ou toute personne autorisée par le déposant ou le titulaire.

¹⁾ Bei der Annahme dieses Artikels ging die Diplomatische Konferenz davon aus, dass dieser Artikel dem Anmelder, dem Inhaber oder einer mit der Einwilligung des Anmelders oder des Inhabers handelnden Person nicht den Zugang zur internationalen Anmeldung oder zur internationalen Eintragung verwehrt.

- (b) Where the international application has, on the date on which it is received by the International Bureau, an irregularity which relates to Article 5(2), the date of the international registration shall be the date on which the correction of such irregularity is received by the International Bureau or the filing date of the international application, whichever is the later.
 - (3) [Publication]
- (a) The international registration shall be published by the International Bureau. Such publication shall be deemed in all Contracting Parties to be sufficient publicity, and no other publicity may be required of the holder.
- (b) The International Bureau shall send a copy of the publication of the international registration to each designated Office
- (4) [Maintenance of Confidentiality Before Publication] Subject to paragraph (5) and Article 11(4)(b), the International Bureau shall keep in confidence each international application and each international registration until publication.
 - (5) [Confidential Copies]
- (a) The International Bureau shall, immediately after registration has been effected, send a copy of the international registration, along with any relevant statement, document or specimen accompanying the international application, to each Office that has notified the International Bureau that it wishes to receive such a copy and has been designated in the international application.
- (b) The Office shall, until publication of the international registration by the International Bureau, keep in confidence each international registration of which a copy has been sent to it by the International Bureau and may use the said copy only for the purpose of the examination of the international registration and of applications for the protection of industrial designs filed in or for the Contracting Party for which the Office is competent. In particular, it may not divulge the contents of any such international registration to any person outside the Office other than the holder of that international registration, except for the purposes of an administrative or legal proceeding involving a conflict over entitlement to file the international application on which the international registration is based. In the case of such an administrative or legal proceeding, the contents of the international registration may only be disclosed in confidence to the parties

- b) Lorsque, à la date à laquelle elle est reçue par le Bureau international, la demande internationale comporte une irrégularité concernant l'article 5.2), la date de l'enregistrement international est la date à laquelle la correction de cette irrégularité est reçue par le Bureau international ou, si la date de dépôt de la demande international est postérieure à ladite date, la date de dépôt de la demande internationale.
 - 3) [Publication]
- a) L'enregistrement international est publié par le Bureau international. Cette publication est considérée dans toutes les Parties contractantes comme une publicité suffisante, et aucune autre publicité ne peut être exigée du titulaire
- b) Le Bureau international envoie un exemplaire de la publication de l'enregistrement international à chaque office désigné.
- 4) [Maintien du secret avant la publication] Sous réserve de l'alinéa 5) et de l'article 11.4)b), le Bureau international tient secrets chaque demande internationale et chaque enregistrement international jusqu'à la publication.
 - 5) [Copies confidentielles]
- a) Immédiatement après que l'enregistrement a été effectué, le Bureau international envoie une copie de l'enregistrement international, ainsi que toute déclaration, tout document ou tout spécimen pertinents accompagnant la demande internationale, à chaque office qui lui a notifié son souhait de recevoir une telle copie et qui a été désigné dans la demande internationale.
- b) Jusqu'à la publication de l'enregistrement international par le Bureau international, l'office garde secret tout enregistrement international dont une copie lui a été envoyée par le Bureau international et ne peut utiliser cette copie qu'aux fins de l'examen de l'enregistrement international et de demandes de protection de dessins ou modèles industriels déposées dans la Partie contractante pour laquelle il est compétent ou pour cette Partie contractante. En particulier, il ne peut divulguer le contenu d'un tel enregistrement international à aucune personne extérieure à ses services autre que le titulaire de cet enregistrement international, excepté aux fins d'une procédure administrative ou judiciaire portant sur un conflit relatif au droit de déposer la demande internationale sur laquelle est fondé l'enregistrement international. Dans le cas d'une telle procédure administrative ou judiciaire, le contenu de l'enregistrement international peut

- b) Enthält die internationale Anmeldung am Tag ihres Eingangs beim Internationalen Büro einen Mangel in Bezug auf Artikel 5 Absatz 2, so ist das Datum der internationalen Eintragung entweder das Datum, an dem die entsprechende Mängelbeseitigung beim Internationalen Büro eingeht, oder der Anmeldetag der internationalen Anmeldung, je nachdem, welches das spätere Datum ist.
 - (3) [Veröffentlichung]
- a) Die internationale Eintragung wird vom Internationalen Büro veröffentlicht. Diese Veröffentlichung gilt in allen Vertragsparteien als ausreichende Bekanntgabe; vom Inhaber wird keine sonstige Bekanntgabe verlangt.
- b) Das Internationale Büro übermittelt ein Exemplar der Veröffentlichung der internationalen Eintragung an jedes benannte Amt.
- (4) [Vertrauliche Behandlung vor der Veröffentlichung] Vorbehaltlich des Absatzes 5 und des Artikels 11 Absatz 4 Buchstabe b behandelt das Internationale Büro jede internationale Anmeldung und jede internationale Eintragung bis zur Veröffentlichung vertraulich.
 - (5) [Vertrauliche Kopien]
- a) Das Internationale Büro übermittelt unmittelbar nach Vornahme der Eintragung eine Kopie der internationalen Eintragung zusammen mit allen einschlägigen Erklärungen, Unterlagen oder Musterabschnitten, die der internationalen Anmeldung beigefügt sind, an jedes Amt, das in der internationalen Anmeldung benannt worden ist und das dem Internationalen Büro mitgeteilt hat, dass es eine solche Kopie zu erhalten wünscht.
- b) Bis zur Veröffentlichung der internationalen Eintragung durch das Internationale Büro behandelt das Amt jede internationale Eintragung, von der ihm das Internationale Büro eine Kopie übermittelt hat, vertraulich; es darf diese Kopie nur zum Zweck der Prüfung der internationalen Eintragung und zur Prüfung von Anträgen auf Schutz gewerblicher Muster oder Modelle verwenden, die in der oder für die Vertragspartei, für die das Amt zuständig ist, eingereicht worden sind. Insbesondere darf es den Inhalt einer solchen internationalen Eintragung keiner Person außerhalb des Amtes mit Ausnahme des Inhabers der internationalen Eintragung offenbaren, es sei denn für die Zwecke eines Verwaltungs- oder Gerichtsverfahrens in Bezug auf eine Streitigkeit über die Berechtigung zur Einreichung der internationalen Anmeldung, auf der die internationale Eintragung beruht. Im Fall eines solchen Verwaltungs- oder

involved in the proceeding who shall be bound to respect the confidentiality of the disclosure.

Article 11

Deferment of Publication

- (1) [Provisions of Laws of Contracting Parties Concerning Deferment of Publication]
- (a) Where the law of a Contracting Party provides for the deferment of the publication of an industrial design for a period which is less than the prescribed period, that Contracting Party shall, in a declaration, notify the Director General of the allowable period of deferment.
- (b) Where the law of a Contracting Party does not provide for the deferment of the publication of an industrial design, the Contracting Party shall, in a declaration, notify the Director General of that fact.
- (2) [Deferment of Publication] Where the international application contains a request for deferment of publication, the publication shall take place.
- (i) where none of the Contracting Parties designated in the international application has made a declaration under paragraph (1), at the expiry of the prescribed period or,
- (ii) where any of the Contracting Parties designated in the international application has made a declaration under paragraph (1)(a), at the expiry of the period notified in such declaration or, where there is more than one such designated Contracting Party, at the expiry of the shortest period notified in their declarations.
- (3) [Treatment of Requests for Deferment Where Deferment Is Not Possible Under Applicable Law] Where deferment of publication has been requested and any of the Contracting Parties designated in the international application has made a declaration under paragraph (1)(b) that deferment of publication is not possible under its law,
- (i) subject to item (ii), the International Bureau shall notify the applicant accordingly; if, within the prescribed period, the applicant does not, by notice in writing to the International Bureau, withdraw the designation of the said Contracting Party, the International Bureau shall disregard the request for deferment of publication;
- (ii) where, instead of containing reproductions of the industrial design, the international application was accompanied by specimens of the industrial design,

seulement être divulgué à titre confidentiel aux parties impliquées dans la procédure, qui sont tenues de respecter le caractère confidentiel de la divulgation.

Article 11

Ajournement de la publication

- [Dispositions législatives des Parties contractantes relatives à l'ajournement de la publication]
- a) Lorsque la législation d'une Partie contractante prévoit l'ajournement de la publication d'un dessin ou modèle industriel pour une période inférieure à celle qui est prescrite, cette Partie contractante notifie au Directeur général, dans une déclaration, la période d'ajournement autorisée.
- b) Lorsque la législation d'une Partie contractante ne prévoit pas l'ajournement de la publication d'un dessin ou modèle industriel, cette Partie contractante notifie ce fait au Directeur général dans une déclaration.
- 2) [Ajournement de la publication] Lorsque la demande internationale contient une demande d'ajournement de la publication, la publication intervient,
- si aucune des Parties contractantes désignées dans la demande internationale n'a fait de déclaration selon l'alinéa 1), à l'expiration de la période prescrite ou,
- ii) si l'une des Parties contractantes désignées dans la demande internationale a fait une déclaration selon l'alinéa 1)a), à l'expiration de la période qui est notifiée dans cette déclaration ou, si plusieurs Parties contractantes désignées ont fait de telles déclarations, à l'expiration de la plus courte période qui est notifiée dans leurs déclarations.
- 3) [Traitement des demandes d'ajournement lorsque l'ajournement n'est pas possible en vertu de la législation applicable] Lorsque l'ajournement de la publication a été demandé et qu'une des Parties contractantes désignées dans la demande internationale a fait, en vertu de l'alinéa 1)b), une déclaration selon laquelle l'ajournement de la publication n'est pas possible en vertu de sa législation,
- i) sous réserve du point ii), le Bureau international notifie ce fait au déposant; si, dans le délai prescrit, le déposant n'avise pas, par écrit, le Bureau international du retrait de la désignation de ladite Partie contractante, le Bureau international ne tient pas compte de la demande d'ajournement de la publication;
- ii) si, au lieu de contenir des reproductions du dessin ou modèle industriel, la demande internationale était accompagnée de spécimens du dessin ou

Gerichtsverfahrens darf der Inhalt der internationalen Eintragung den beteiligten Verfahrensparteien nur vertraulich offenbart werden und diese sind zur Wahrung der Vertraulichkeit des Offenbarten zu verpflichten.

Artikel 11

Aufschiebung der Veröffentlichung

- (1) [Gesetzliche Bestimmungen von Vertragsparteien über die Aufschiebung der Veröffentlichung]
- a) Sieht das Recht einer Vertragspartei die Aufschiebung der Veröffentlichung eines gewerblichen Musters oder Modells um einen kürzeren als den vorgeschriebenen Zeitraum vor, so teilt die Vertragspartei dem Generaldirektor den zulässigen Zeitraum in einer Erklärung mit.
- b) Sieht das Recht einer Vertragspartei keine Aufschiebung der Veröffentlichung eines gewerblichen Musters oder Modells vor, so teilt die Vertragspartei dem Generaldirektor diese Tatsache in einer Erklärung mit.
- (2) [Aufschiebung der Veröffentlichung] Enthält die internationale Anmeldung einen Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung, so erfolgt die Veröffentlichung,
- i) wenn keine der in der internationalen Anmeldung benannten Vertragsparteien eine Erklärung nach Absatz 1 abgegeben hat, bei Ablauf des vorgeschriebenen Zeitraums,
- ii) wenn eine der in der internationalen Anmeldung benannten Vertragsparteien eine Erklärung nach Absatz 1 Buchstabe a abgegeben hat, bei Ablauf des in dieser Erklärung mitgeteilten Zeitraums oder, wenn mehrere benannte Vertragsparteien solche Erklärungen abgegeben haben, bei Ablauf des kürzesten in den Erklärungen mitgeteilten Zeitraums
- (3) [Behandlung von Anträgen auf Aufschiebung, bei denen eine Aufschiebung nach dem anzuwendenden Recht nicht möglich ist] Ist die Aufschiebung der Veröffentlichung beantragt worden und hat eine der in der internationalen Anmeldung benannten Vertragsparteien eine Erklärung nach Absatz 1 Buchstabe b abgegeben, der zufolge eine Aufschiebung der Veröffentlichung nach ihrem Recht nicht möglich ist.
- so teilt das Internationale Büro vorbehaltlich der Ziffer ii dem Anmelder dies mit; nimmt der Anmelder die Benennung dieser Vertragspartei nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist gegenüber dem Internationalen Büro schriftlich zurück, so lässt das Internationale Büro den Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung außer Acht;
- ii) so lässt das Internationale Büro die Benennung dieser Vertragspartei außer Acht und teilt dem Anmelder dies mit, wenn die internationale Anmeldung

the International Bureau shall disregard the designation of the said Contracting Party and shall notify the applicant accordingly.

- (4) [Request for Earlier Publication or for Special Access to the International Registration]
- (a) At any time during the period of deferment applicable under paragraph (2), the holder may request publication of any or all of the industrial designs that are the subject of the international registration, in which case the period of deferment in respect of such industrial design or designs shall be considered to have expired on the date of receipt of such request by the International Bureau.
- (b) The holder may also, at any time during the period of deferment applicable under paragraph (2), request the International Bureau to provide a third party specified by the holder with an extract from, or to allow such a party access to, any or all of the industrial designs that are the subject of the international registration.
 - (5) [Renunciation and Limitation]
- (a) If, at any time during the period of deferment applicable under paragraph (2), the holder renounces the international registration in respect of all the designated Contracting Parties, the industrial design or designs that are the subject of the international registration shall not be published.
- (b) If, at any time during the period of deferment applicable under paragraph (2), the holder limits the international registration, in respect of all of the designated Contracting Parties, to one or some of the industrial designs that are the subject of the international registration, the other industrial design or designs that are the subject of the international registration shall not be published.
- (6) [Publication and Furnishing of Reproductions]
- (a) At the expiration of any period of deferment applicable under the provisions of this Article, the International Bureau shall, subject to the payment of the prescribed fees, publish the international registration. If such fees are not paid as prescribed, the international registration shall be canceled and publication shall not take place.

- modèle industriel, le Bureau international ne tient pas compte de la désignation de ladite Partie contractante et notifie ce fait au déposant.
- 4) [Requête en publication anticipée de l'enregistrement international ou en autorisation spéciale d'accès à celui-ci]
- a) Pendant la période d'ajournement applicable en vertu de l'alinéa 2), le titulaire peut, à tout moment, requérir la publication d'un, de plusieurs ou de la totalité des dessins ou modèles industriels qui font l'objet de l'enregistrement international; dans ce cas, la période d'ajournement pour ce ou ces dessins ou modèles industriels est considérée comme ayant expiré à la date de la réception de cette requête par le Bureau international.
- b) Pendant la période d'ajournement applicable en vertu de l'alinéa 2), le titulaire peut aussi, à tout moment, demander au Bureau international de fournir à un tiers qu'il a désigné un extrait d'un, de plusieurs ou de la totalité des dessins ou modèles industriels faisant l'objet de l'enregistrement international, ou d'autoriser à ce tiers l'accès à ce ou ces dessins ou modèles industriels.
 - 5) [Renonciation et limitation]
- a) Si, à n'importe quel moment pendant la période d'ajournement applicable en vertu de l'alinéa 2), le titulaire renonce à l'enregistrement international à l'égard de toutes les Parties contractantes désignées, le ou les dessins ou modèles industriels faisant l'objet de l'enregistrement international ne sont pas publiés.
- b) Si, à n'importe quel moment de la période d'ajournement applicable en vertu de l'alinéa 2), le titulaire limite l'enregistrement international, à l'égard de toutes les Parties contractantes désignées, à un ou plusieurs des dessins ou modèles industriels faisant l'objet de l'enregistrement international, le ou les autres dessins ou modèles industriels faisant l'objet de l'enregistrement international ne sont pas publiés.
- 6) [Publication et fourniture de reproductions]
- a) À l'expiration de toute période d'ajournement applicable en vertu des dispositions du présent article, le Bureau international publie l'enregistrement international sous réserve du paiement des taxes prescrites. Si ces taxes ne sont pas payées de la manière prescrite, l'enregistrement international est radié et la publication n'est pas effectuée.

- keine Wiedergaben des gewerblichen-Musters oder Modells enthielt, sondern ihr stattdessen Musterabschnitte beigefügt waren.
- (4) [Antrag auf vorzeitige Veröffentlichung oder auf besondere Einsichtnahme in die internationale Eintragung]
- a) Der Inhaber kann innerhalb des nach Absatz 2 geltenden Aufschiebungszeitraums die Veröffentlichung eines, mehrerer oder aller gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, beantragen, wobei der Aufschiebungszeitraum in Bezug auf das oder die betreffenden gewerblichen Muster oder Modelle als am Tag des Eingangs dieses Antrags beim Internationalen Büro abgelaufen betrachtet wird.
- b) Der Inhaber kann innerhalb des nach Absatz 2 geltenden Aufschiebungszeitraums auch beantragen, dass das Internationale Büro einem vom Inhaber angegebenen Dritten einen Auszug aus einem, mehreren oder allen gewerblichen Mustern oder Modellen, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, zur Verfügung stellt oder einem solchen Dritten Einsichtnahme in ein, mehrere oder alle gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, gestattet.
 - (5) [Verzicht und Beschränkung]
- a) Verzichtet der Inhaber innerhalb des nach Absatz 2 geltenden Aufschiebungszeitraums auf die internationale Eintragung in Bezug auf alle benannten Vertragsparteien, so erfolgt keine Veröffentlichung des oder der gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind.
- b) Beschränkt der Inhaber innerhalb des nach Absatz 2 geltenden Aufschiebungszeitraums die internationale Eintragung in Bezug auf alle benannten Vertragsparteien auf ein oder mehrere gewerbliche Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, so erfolgt keine Veröffentlichung des oder der anderen gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind.
- (6) [Veröffentlichung und Vorlage von Wiedergaben]
- a) Bei Ablauf des nach diesem Artikel geltenden Aufschiebungszeitraums wird die internationale Eintragung vorbehaltlich der Zahlung der vorgeschriebenen Gebühren vom Internationalen Büro veröffentlicht. Werden die Gebühren nicht wie vorgeschrieben entrichtet, so wird die internationale Eintragung gelöscht und keine Veröffentlichung vorgenommen.

- (b) Where the international application was accompanied by one or more specimens of the industrial design in accordance with Article 5(1)(iii), the holder shall submit the prescribed number of copies of a reproduction of each industrial design that is the subject of that application to the International Bureau within the prescribed time limit. To the extent that the holder does not do so, the international registration shall be canceled and publication shall not take place.
- b) Lorsque la demande internationale était accompagnée d'un ou de plusieurs spécimens du dessin industriel en application de l'article 5.1)iii), le titulaire remet au Bureau international dans le délai prescrit le nombre prescrit d'exemplaires d'une reproduction de chaque dessin industriel faisant l'objet de cette demande. Dans la mesure où le titulaire ne le fait pas, l'enregistrement international est radié et la publication n'est pas effectuée.

b) Waren der internationalen Anmeldung nach Artikel 5 Absatz 1 Ziffer iii eine oder mehrere Musterabschnitte beigefügt, so muss der Inhaber dem Internationalen Büro innerhalb der vorgeschriebenen Frist die vorgeschriebene Anzahl von Exemplaren einer Wiedergabe jedes gewerblichen Musters oder Modells vorlegen, das Gegenstand dieser Anmeldung ist. Soweit der Inhaber dies versäumt, wird die internationale Eintragung gelöscht und keine Veröffentlichung vorgenommen.

Article 12

Refusal

- (1) [Right to Refuse] The Office of any designated Contracting Party may, where the conditions for the grant of protection under the law of that Contracting Party are not met in respect of any or all of the industrial designs that are the subject of an international registration, refuse the effects, in part or in whole, of the international registration in the territory of the said Contracting Party, provided that no Office may refuse the effects, in part or in whole, of any international registration on the ground that requirements relating to the form or contents of the international application that are provided for in this Act or the Regulations or are additional to, or different from, those requirements have not been satisfied under the law of the Contracting Party concerned.
 - (2) [Notification of Refusal]
- (a) The refusal of the effects of an international registration shall be communicated by the Office to the International Bureau in a notification of refusal within the prescribed period.
- (b) Any notification of refusal shall state all the grounds on which the refusal is based.
- (3) [Transmission of Notification of Refusal; Remedies]
- (a) The International Bureau shall, without delay, transmit a copy of the notification of refusal to the holder.
- (b) The holder shall enjoy the same remedies as if any industrial design that is the subject of the international registration had been the subject of an application for the grant of protection under the law applicable to the Office that communicated the refusal. Such remedies shall at least consist of the possibility of a re-examination or a review of the refusal or an appeal against the refusal.

Article 12

Refus

- 1) [Droit de refuser] L'office d'une Partie contractante désignée peut, lorsque les conditions auxquelles la législation de cette Partie contractante subordonne la protection ne sont pas réunies en ce qui concerne un, plusieurs ou la totalité des dessins ou modèles industriels faisant l'objet d'un enregistrement international, refuser, partiellement ou totalement, les effets de l'enregistrement international sur le territoire de ladite Partie contractante; toutefois, aucun office ne peut refuser, partiellement ou totalement, les effets d'un enregistrement international au motif que la demande internationale ne satisfait pas, quant à sa forme ou son contenu, en vertu de la législation de la Partie contractante intéressée, à des exigences qui sont énoncées dans le présent Acte ou le règlement d'exécution ou à des exigences qui s'y ajoutent ou en diffèrent.
 - 2) [Notification de refus]
- a) Le refus des effets d'un enregistrement international est communiqué dans le délai prescrit par l'office au Bureau international dans une notification de refus.
- b) Toute notification de refus indique tous les motifs sur lesquels le refus est fondé.
- 3) [Transmission de la notification de refus; moyens de recours]
- Le Bureau international transmet sans délai au titulaire une copie de la notification de refus.
- b) Le titulaire dispose des mêmes moyens de recours que si un dessin ou modèle industriel qui fait l'objet de l'enregistrement international avait fait l'objet d'une demande de protection en vertu de la législation applicable à l'office qui a communiqué le refus. Ces moyens de recours comprennent au moins la possibilité d'une révision ou d'un réexamen du refus ou d'un recours contre le refus.

Artikel 12

Schutzverweigerung

- (1) [Recht auf Schutzverweigerung] Sind die Voraussetzungen für die Schutzerteilung nach dem Recht einer benannten Vertragspartei für ein, mehrere oder alle gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand einer internationalen Eintragung sind, nicht erfüllt, so kann das Amt der benannten Vertragspartei die Wirkungen der internationalen Eintragung für das Gebiet dieser Vertragspartei teilweise oder ganz verweigern; jedoch darf ein Amt die Wirkungen der internationalen Eintragung nicht mit der Begründung ganz oder teilweise verweigern, dass die internationale Anmeldung nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei die formellen oder inhaltlichen Erfordernisse, die in dieser Fassung oder der Ausführungsordnung vorgesehen sind, oder zusätzliche oder abweichende Erfordernisse nicht
- (2) [Mitteilung über die Schutzverweigerung]
- Die Verweigerung der Wirkungen einer internationalen Eintragung wird dem Internationalen Büro innerhalb der vorgeschriebenen Frist in einer Mitteilung über die Schutzverweigerung vom Amt mitgeteilt.
- b) In jeder Mitteilung über die Schutzverweigerung sind alle Gründe für die Schutzverweigerung anzuführen.
- (3) [Weiterleitung der Mitteilung über die Schutzverweigerung; Rechtsbehelfe]
- Das Internationale Büro leitet unverzüglich eine Kopie der Mitteilung über die Schutzverweigerung an den Inhaber weiter.
- b) Der Inhaber verfügt über die gleichen Rechtsbehelfe, wie sie ihm offenstünden, wenn das gewerbliche Muster oder Modell, das Gegenstand der internationalen Eintragung ist, Gegenstand eines Antrags auf Schutzerteilung nach dem auf das Amt anzuwendenden Recht wäre, das die Schutzverweigerung mitgeteilt hat. Diese Rechtsbehelfe umfassen mindestens die Möglichkeit der Nachprüfung oder Überprüfung der Schutzverweigerung oder die Beschwerde gegen die Schutzverweigerung.

(4)2) [Rücknahme der Schutzverwei-

gerung] Jede Schutzverweigerung kann

(4)2) [Withdrawal of Refusal] Any refusal may be withdrawn, in part or in whole, at any time by the Office that communicated it.

4)²) [Retrait du refus] Tout refus peut être retiré, partiellement ou totalement, en tout temps par l'office qui l'a communiqué.

jederzeit von dem Amt, das sie mitgeteilt hat, ganz oder teilweise zurückgenommen werden.

Article 13

Special Requirements Concerning Unity of Design

(1) [Notification of Special Requirements] Any Contracting Party whose law, at the time it becomes party to this Act, requires that designs that are the subject of the same application conform to a requirement of unity of design, unity of production or unity of use, or belong to the same set or composition of items, or that only one independent and distinct design may be claimed in a single application, may, in a declaration, notify the Director General accordingly. However, no such declaration shall affect the right of an applicant to include two or more industrial designs in an international application in accordance with Article 5(4), even if the application designates the Contracting Party that has made the declaration.

- (2) [Effect of Declaration] Any such declaration shall enable the Office of the Contracting Party that has made it to refuse the effects of the international registration pursuant to Article 12(1) pending compliance with the requirement notified by that Contracting Party.
- (3) [Further Fees Payable on Division of Registration] Where, following a notification of refusal in accordance with paragraph (2), an international registration is divided before the Office concerned in order to overcome a ground of refusal stated in the notification, that Office shall be entitled to charge a fee in respect of each additional international application that would have been necessary in order to avoid that ground of refusal.

Article 13

Exigences spéciales concernant l'unité de dessin ou modèle

- 1) [Notification des exigences spéciales] Toute Partie contractante dont la législation, au moment où elle devient partie au présent Acte, exige que les dessins ou modèles faisant l'objet d'une même demande satisfassent à une règle d'unité de conception, d'unité de production ou d'unité d'utilisation ou appartiennent au même ensemble d'articles ou à la même composition d'articles, ou qu'un seul dessin ou modèle indépendant et distinct puisse être revendiqué dans une même demande, peut notifier cette exigence au Directeur général dans une déclaration. Toutefois, une telle déclaration n'affecte pas le droit du déposant d'une demande internationale, même si celle-ci désigne la Partie contractante qui a fait cette déclaration, d'inclure plusieurs dessins ou modèles industriels dans cette demande conformément à l'article 5.4).
- 2) [Effet de la déclaration] Cette déclaration permet à l'office de la Partie contractante qui l'a faite de refuser les effets de l'enregistrement international conformément à l'article 12.1) jusqu'à ce qu'il soit satisfait à l'exigence notifiée par cette Partie contractante.
- 3) [Taxes supplémentaires dues en cas de division d'un enregistrement] Si, à la suite d'une notification de refus en vertu de l'alinéa 2), un enregistrement international est divisé auprès de l'office concerné pour remédier à un motif de refus indiqué dans la notification, cet office a le droit de percevoir une taxe pour chaque demande internationale supplémentaire qui aurait été nécessaire afin d'éviter ce motif de refus.

Artikel 13

Besondere Erfordernisse hinsichtlich der Einheitlichkeit des Musters oder Modells

- (1) [Mitteilung über besondere Erfordernisse] Wenn das Recht einer Vertragspartei zu dem Zeitpunkt, zu dem sie Vertragspartei dieser Fassung wird, verlangt, dass Muster oder Modelle, die Gegenstand derselben Anmeldung sind, einem Erfordernis einheitlicher Gestaltung, einheitlicher Herstellung oder einheitlicher Nutzung genügen oder zu demselben Set oder derselben Zusammenstellung von Gegenständen gehören oder dass nur ein einziges gesondertes und klar zu unterscheidendes Muster oder Modell in ein und derselben Anmeldung beansprucht werden kann, so kann die Vertragspartei dem Generaldirektor dies in einer Erklärung mitteilen. Eine solche Erklärung berührt jedoch nicht das Recht des Anmelders, in Übereinstimmung mit Artikel 5 Absatz 4 mehrere gewerbliche Muster oder Modelle in eine internationale Anmeldung aufzunehmen, selbst wenn die Vertragspartei, welche die Erklärung abgegeben hat, in der Anmeldung benannt wird.
- (2) [Wirkung der Erklärung] Eine solche Erklärung berechtigt das Amt der Vertragspartei, die sie abgegeben hat, die Wirkungen der internationalen Eintragung nach Artikel 12 Absatz 1 zu verweigern, bis das von dieser Vertragspartei mitgeteilte Erfordernis erfüllt ist.
- (3) [Bei Teilung der Eintragung zahlbare zusätzliche Gebühren] Wird eine internationale Eintragung auf eine Mitteilung über die Schutzverweigerung nach Absatz 2 hin bei dem betreffenden Amt geteilt, um ein in der Mitteilung angegebenes Schutzhindernis zu beseitigen, so ist dieses Amt berechtigt, eine Gebühr für jede zusätzliche internationale Anmeldung zu erheben, die zur Vermeidung dieses Schutzhindernisses notwendig gewesen wäre.

²⁾ When adopting Article 12(4), Article 14(2)(b) and Rule 18(4), the Diplomatic Conference understood that a withdrawal of refusal by an Office that has communicated a notification of refusal may take the form of a statement to the effect that the Office concerned has decided to accept the effects of the international registration in respect of the industrial designs, or some of the industrial designs, to which the notification of refusal related. It was also understood that an Office may, within the period allowed for communicating a notification of refusal, send a statement to the effect that it has decided to accept the effects of the international registration even where it has not communicated such a notification of refusal.

²⁾ Lorsqu'elle a adopté l'article 12.4), l'article 14.2)b) et la règle 18.4), la conférence diplomatique entendait que le retrait d'un refus par un office qui a communiqué une notification de refus peut prendre la forme d'une déclaration selon laquelle l'office concerné a décidé d'accepter les effets de l'enregistrement international pour tout ou partie des dessins ou modèles industriels auxquels s'appliquait la notification de refus. Il était également entendu qu'un office peut, dans le délai prescrit pour communiquer une notification de refus, envoyer une déclaration selon laquelle il a décidé d'accepter les effets de l'enregistrement international, même lorsqu'il n'a pas communiqué une telle notification de refus.

²⁾ Bei der Annahme der Artikel 12 Absatz 4 und 14 Absatz 2 Buchstabe b sowie der Regel 18 Absatz 4 ging die Diplomatische Konferenz davon aus, dass die Rücknahme einer Schutzverweigerung durch ein Amt, das eine Mitteilung über die Schutzverweigerung übermittelt hat, in Form einer Erklärung des Inhalts erfolgen könne, dass das betreffende Amt beschlossen hat, die Wirkungen der internationalen Eintragung für alle oder einen Teil der gewerblichen Muster oder Modelle zu akzeptieren, auf die sich die Mitteilung über die Schutzverweigerung bezog. Es wurde ferner davon ausgegangen, dass ein Amt innerhalb der für die Übermittlung einer Mitteilung über eine Schutzverweigerung eingeräumten Frist, eine Erklärung des Inhalts, dass es beschlossen hat, die Wirkungen der internationalen Eintragung zu akzeptieren, auch dann übermitteln könne, wenn es eine solche Mitteilung über eine Schutzverweigerung nicht übermittelt hat.

Effects of the International Registration

- (1) [Effect as Application Under Applicable Law] The international registration shall, from the date of the international registration, have at least the same effect in each designated Contracting Party as a regularly-filed application for the grant of protection of the industrial design under the law of that Contracting Party.
- (2) [Effect as Grant of Protection Under Applicable Law]
- (a) In each designated Contracting Party the Office of which has not communicated a refusal in accordance with Article 12, the international registration shall have the same effect as a grant of protection for the industrial design under the law of that Contracting Party at the latest from the date of expiration of the period allowed for it to communicate a refusal or, where a Contracting Party has made a corresponding declaration under the Regulations, at the latest at the time specified in that declaration.
- (b)3) Where the Office of a designated Contracting Party has communicated a refusal and has subsequently withdrawn, in part or in whole, that refusal, the international registration shall, to the extent that the refusal is withdrawn, have the same effect in that Contracting Party as a grant of protection for the industrial design under the law of the said Contracting Party at the latest from the date on which the refusal was withdrawn.
- (c) The effect given to the international registration under this paragraph shall apply to the industrial design or designs that are the subject of that registration as received from the International Bureau by the designated Office or, where applicable, as amended in the procedure before that Office.
- (3) [Declaration Concerning Effect of Designation of Applicant's Contracting Partyl
- (a) Any Contracting Party whose Office is an Examining Office may, in a declaration, notify the Director General that,

Article 14

Effets de l'enregistrement international

- 1) [Effets identiques à ceux d'une demande selon la législation applicable] À compter de la date de l'enregistrement international, l'enregistrement international produit dans chaque Partie contractante désignée au moins les mêmes effets qu'une demande régulièrement déposée en vue de l'obtention de la protection du dessin ou modèle industriel en vertu de la législation de cette Partie contractante.
- 2) [Effets identiques à ceux de l'octroi d'une protection selon la législation applicable]
- Dans chaque Partie contractante a) désignée dont l'office n'a pas communiqué de refus conformément à l'article 11*), l'enregistrement international produit les mêmes effets que l'octroi de la protection du dessin ou modèle industriel en vertu de la législation de cette Partie contractante, au plus tard à compter de la date d'expiration du délai pendant lequel elle peut communiquer un refus ou, lorsqu'une Partie contactante a fait une déclaration à cet égard en vertu du règlement d'exécution, au plus tard au moment précisé dans cette déclaration
- b)³) Lorsque l'office d'une Partie contractante désignée a communiqué un refus et a ultérieurement retiré ce refus, partiellement ou totalement, l'enregistrement international produit dans cette Partie contractante, dans la mesure où le refus est retiré, les mêmes effets que l'octroi de la protection du dessin ou modèle industriel en vertu de la législation de ladite Partie contractante, au plus tard à compter de la date à laquelle le refus a été retiré.
- c) Les effets conférés à l'enregistrement international en vertu du présent alinéa s'appliquent aux dessins ou modèles industriels faisant l'objet de cet enregistrement tels qu'ils ont étéreçus du Bureau international par l'office désigné ou, le cas échéant, tels qu'ils ont été modifiés pendant la procédure devant cet office.
- 3) [Déclaration concernant l'effet de la désignation de la Partie contractante du déposant]
- a) Toute Partie contractante dont l'office est un office procédant à un examen peut, dans une déclaration, notifier au

Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a der französischen Fassung verweist irrtümlich auf Artikel 11; zutreffend ist hier der Verweis auf Artikel 12.

Artikel 14

Wirkungen der internationalen Eintragung

- (1) [Wirkung wie bei einer Anmeldung nach dem anzuwendenden Recht] Vom Datum der internationalen Eintragung an hat die internationale Eintragung in jeder benannten Vertragspartei mindestens dieselbe Wirkung wie ein nach dem Recht dieser Vertragspartei ordnungsgemäß eingereichter Antrag auf Schutzerteilung für das gewerbliche Muster oder Modell.
- (2) [Wirkung wie bei Schutzerteilung nach dem anzuwendenden Recht]
- a) In jeder benannten Vertragspartei, deren Amt nicht nach Artikel 12 eine Schutzverweigerung mitgeteilt hat, hat die internationale Eintragung spätestens mit Ablauf der für die Mitteilung einer Schutzverweigerung eingeräumten Frist oder, falls eine Vertragspartei eine entsprechende Erklärung nach der Ausführungsordnung abgegeben hat, spätestens von dem in der Erklärung angegebenen Zeitpunkt an dieselbe Wirkung wie ein nach dem Recht dieser Vertragspartei für das gewerbliche Muster oder Modell erteilter Schutz.
- b)³) Hat das Amt einer benannten Vertragspartei eine Schutzverweigerung mitgeteilt und diese später ganz oder teilweise zurückgenommen, so hat die internationale Eintragung, soweit die Schutzverweigerung zurückgenommen wurde, spätestens vom Tag der Rücknahme der Schutzverweigerung an dieselbe Wirkung in der betreffenden Vertragspartei wie ein nach dem Recht dieser Vertragspartei erteilter Schutz.
- c) Die der internationalen Eintragung nach diesem Absatz verliehene Wirkung gilt für die gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand dieser Eintragung sind, wie sie das Internationale Büro vom benannten Amt erhalten hat oder wie sie gegebenenfalls im Verfahren vor diesem Amt geändert wurden
- (3) [Erklärung über die Wirkung der Benennung der Vertragspartei des Anmelders]
- a) Hat die Vertragspartei des Anmelders ein pr
 üfendes Amt, so kann sie dem Generaldirektor in einer Erkl
 ärung mit-

³⁾ See footnote relating to Article 12(4).

Voir la note de bas de page relative à l'article 12.4).

^{*)} Hinweis der Schriftleitung:

³⁾ Siehe Fußnote zu Artikel 12 Absatz 4.

where it is the applicant's Contracting Party, the designation of that Contracting Party in an international registration shall have no effect.

(b) Where a Contracting Party having made the declaration referred to in subparagraph (a) is indicated in an international application both as the applicant's Contracting Party and as a designated Contracting Party, the International Bureau shall disregard the designation of that Contracting Party.

Directeur général que, dans le cas où cette Partie contractante est celle du déposant, la désignation de cette Partie contractante dans un enregistrement international est sans effet.

- b) Lorsqu'une Partie contractante qui a fait la déclaration visée au sous-alinéa a) est indiquée dans une demande internationale comme étant à la fois la Partie contractante du déposant et une Partie contractante désignée, le Bureau international ne tient pas compte de la désignation de cette Partie contractante.
- teilen, dass die Benennung dieser Vertragspartei in einer internationalen Eintragung keine Wirkung hat.
- b) Wird eine Vertragspartei, welche die unter Buchstabe a genannte Erklärung abgegeben hat, in einer internationalen Anmeldung sowohl als Vertragspartei des Anmelders als auch als benannte Vertragspartei angegeben, so lässt das Internationale Büro die Benennung dieser Vertragspartei außer Acht.

Article 15

Invalidation

- (1) [Requirement of Opportunity of Defense] Invalidation, by the competent authorities of a designated Contracting Party, of the effects, in part or in whole, in the territory of that Contracting Party, of the international registration may not be pronounced without the holder having, in good time, been afforded the opportunity of defending his rights.
- (2) [Notification of Invalidation] The Office of the Contracting Party in whose territory the effects of the international registration have been invalidated shall, where it is aware of the invalidation, notify it to the International Bureau.

Article 15

Invalidation

- 1) [Possibilité pour le titulaire de faire valoir ses droits] L'invalidation partielle ou totale, par les autorités compétentes d'une Partie contractante désignée, des effets de l'enregistrement international sur le territoire de cette Partie contractante ne peut pas être prononcée sans que le titulaire ait été mis en mesure de faire valoir ses droits en temps utile.
- 2) [Notification de l'invalidation] L'office de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les effets de l'enregistrement international ont été invalidés notifie l'invalidation, lorsqu'il en a connaissance, au Bureau international.

Artikel 15

Ungültigerklärung

- (1) [Möglichkeit der Verteidigung] Die zuständigen Behörden einer benannten Vertragspartei dürfen die Wirkungen der internationalen Eintragung im Gebiet der betreffenden Vertragspartei nicht ganz oder teilweise für ungültig erklären, ohne dem Inhaber rechtzeitig Gelegenheit gegeben zu haben, seine Rechte geltend zu machen.
- (2) [Mitteilung über die Ungültigerklärung] Das Amt der Vertragspartei, in deren Gebiet die Wirkungen der internationalen Eintragung für ungültig erklärt worden sind, teilt dem Internationalen Büro die Ungültigerklärung mit, falls es davon Kenntnis erlangt hat.

Article 16

Recording of Changes and Other Matters Concerning International Registrations

- (1) [Recording of Changes and Other Matters] The International Bureau shall, as prescribed, record in the International Register
- (i) any change in ownership of the international registration, in respect of any or all of the designated Contracting Parties and in respect of any or all of the industrial designs that are the subject of the international registration, provided that the new owner is entitled to file an international application under Article 3.
- (ii) any change in the name or address of the holder,
- (iii) the appointment of a representative of the applicant or holder and any other relevant fact concerning such representative,
- (iv) any renunciation, by the holder, of the international registration, in respect of any or all of the designated Contracting Parties,

Article 16

Inscription de modifications et autres inscriptions concernant les enregistrements internationaux

- 1) [Inscription de modifications et autres inscriptions] Le Bureau international inscrit au registre international, de la manière prescrite,
- i) tout changement de titulaire de l'enregistrement international à l'égard d'une, de plusieurs ou de la totalité des Parties contractantes désignées et à l'égard d'un, de plusieurs ou de la totalité des dessins ou modèles industriels qui font l'objet de l'enregistrement international, sous réserve que le nouveau propriétaire ait le droit de déposer une demande internationale en vertu de l'article 3.
- ii) tout changement de nom ou d'adresse du titulaire,
- iii) la constitution d'un mandataire du déposant ou du titulaire et toute autre donnée pertinente concernant ce mandataire,
- iv) toute renonciation du titulaire à l'enregistrement international à l'égard d'une, de plusieurs ou de la totalité des Parties contractantes désignées,

Artikel 16

Eintragung von Änderungen und sonstige Eintragungen in Bezug auf internationale Eintragungen

- (1) [Eintragung von Änderungen und sonstige Eintragungen] Das Internationale Büro trägt in der vorgeschriebenen Weise Folgendes im internationalen Register ein:
- jeden Wechsel des Inhabers der internationalen Eintragung in Bezug auf eine, mehrere oder alle benannten Vertragsparteien und in Bezug auf ein, mehrere oder alle gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, sofern der neue Eigentümer nach Artikel 3 berechtigt ist, eine internationale Anmeldung einzureichen;
- ii) jede Änderung des Namens oder der Anschrift des Inhabers;
- iii) die Bestellung eines Vertreters des Anmelders oder Inhabers und jede sonstige wichtige Tatsache bezüglich dieses Vertreters;
- iv) jeden Verzicht auf die internationale Eintragung durch den Inhaber in Bezug auf eine, mehrere oder alle benannten Vertragsparteien;

- (v) any limitation, by the holder, of the international registration, in respect of any or all of the designated Contracting Parties, to one or some of the industrial designs that are the subject of the international registration,
- (vi) any invalidation, by the competent authorities of a designated Contracting Party, of the effects, in the territory of that Contracting Party, of the international registration in respect of any or all of the industrial designs that are the subject of the international registration.
- (vii) any other relevant fact, identified in the Regulations, concerning the rights in any or all of the industrial designs that are the subject of the international registration.
- (2) [Effect of Recording in International Register] Any recording referred to in items (i), (ii), (iv), (v), (vi) and (vii) of paragraph (1) shall have the same effect as if it had been made in the Register of the Office of each of the Contracting Parties concerned, except that a Contracting Party may, in a declaration, notify the Director General that a recording referred to in item (i) of paragraph (1) shall not have that effect in that Contracting Party until the Office of that Contracting Party has received the statements or documents specified in that declaration.
- (3) [Fees] Any recording made under paragraph (1) may be subject to the payment of a fee.
- (4) [Publication] The International Bureau shall publish a notice concerning any recording made under paragraph (1). It shall send a copy of the publication of the notice to the Office of each of the Contracting Parties concerned.

Initial Term and Renewal of the International Registration and Duration of Protection

- (1) [Initial Term of the International Registration] The international registration shall be effected for an initial term of five years counted from the date of the international registration.
- (2) [Renewal of the International Registration] The international registration may be renewed for additional terms of five years, in accordance with the prescribed procedure and subject to the payment of the prescribed fees.
- (3) [Duration of Protection in Designated Contracting Parties]
- (a) Provided that the international registration is renewed, and subject to subparagraph (b), the duration of protection shall, in each of the desig-

- v) toute limitation de l'enregistrement international à l'un ou à plusieurs des dessins ou modèles industriels qui en font l'objet, faite par le titulaire à l'égard d'une, de plusieurs ou de la totalité des Parties contractantes désignées,
- vi) toute invalidation par les autorités compétentes d'une Partie contractante désignée, sur le territoire de cette Partie contractante, des effets de l'enregistrement international à l'égard d'un, de plusieurs ou de la totalité des dessins ou modèles industriels faisant l'objet de cet enregistrement,
- vii) toute autre donnée pertinente, indiquée dans le règlement d'exécution, concernant les droits sur un, plusieurs ou la totalité des dessins ou modèles industriels faisant l'objet de l'enregistrement international.
- 2) [Effets de l'inscription au registre international] Toute inscription visée aux points i), ii), iv), v), vi) et vii) de l'alinéa 1) produit les mêmes effets que si elle avait été faite au registre de l'office de chacune des Parties contractantes concernées, si ce n'est qu'une Partie contractante peut, dans une déclaration, notifier au Directeur général qu'une inscription visée au point i) de l'alinéa 1) ne produit pas lesdits effets dans cette Partie contractante tant que l'office de cette Partie contractante n'a pas reçu les déclarations ou les documents précisés dans la déclaration susmentionnée.
- 3) [Taxes] Toute inscription faite en vertu de l'alinéa 1) peut donner lieu au paiement d'une taxe.
- 4) [Publication] Le Bureau international publie un avis concernant toute inscription faite en vertu de l'alinéa 1). Il envoie un exemplaire de la publication de l'avis à l'office de chacune des Parties contractantes concernées.

Article 17

Période initiale et renouvellement de l'enregistrement international et durée de la protection

- 1) [Période initiale de l'enregistrement international] L'enregistrement international est effectué pour une période initiale de cinq ans à compter de la date de l'enregistrement international.
- 2) [Renouvellement de l'enregistrement international] L'enregistrement international peut être renouvelé pour des périodes supplémentaires de cinq ans, conformément à la procédure prescrite et sous réserve du paiement des taxes prescrites.
- 3) [Durée de la protection dans les Parties contractantes désignées]
- a) À condition que l'enregistrement international soit renouvelé et sous réserve du sous-alinéa b), la durée de la protection, dans chaque Partie contractante

- v) jede vom Inhaber in Bezug auf eine, mehrere oder alle benannten Vertragsparteien vorgenommene Einschränkung der internationalen Eintragung auf ein oder mehrere gewerbliche Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind;
- vi) jede Ungültigerklärung der Wirkungen einer internationalen Eintragung im Gebiet einer benannten Vertragspartei durch die zuständigen Behörden dieser Vertragspartei in Bezug auf ein, mehrere oder alle gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind;
- vii) jede sonstige, in der Ausführungsordnung bezeichnete wichtige Tatsache bezüglich der Rechte an einem, mehreren oder allen gewerblichen Mustern oder Modellen, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind.
- (2) [Wirkung der Eintragung im internationalen Register] Jede in Absatz 1 Ziffern i, ii, iv, v, vi und vii genannte Eintragung hat dieselbe Wirkung wie eine Eintragung im Register des Amtes jeder der betroffenen Vertragsparteien; eine Vertragspartei kann jedoch dem Generaldirektor in einer Erklärung mitteilen, dass eine in Absatz 1 Ziffer i genannte Eintragung diese Wirkung in dieser Vertragspartei erst dann entfaltet, wenn das Amt der betreffenden Vertragspartei die in dieser Erklärung bezeichneten Erklärungen oder Unterlagen erhalten hat.
- (3) [Gebühren] Für jede nach Absatz 1 vorgenommene Eintragung können Gebühren erhoben werden.
- (4) [Veröffentlichung] Das Internationale Büro veröffentlicht einen Hinweis auf jede nach Absatz 1 vorgenommene Eintragung. Es übermittelt dem Amt jeder der betroffenen Vertragsparteien eine Kopie der Veröffentlichung des Hinweises.

Artikel 17

Erster Zeitraum und Erneuerung der internationalen Eintragung sowie Schutzdauer

- (1) [Erster Zeitraum der internationalen Eintragung] Die internationale Eintragung wird zunächst für einen Zeitraum von 5 Jahren, gerechnet ab dem Datum der internationalen Eintragung, vorgenommen.
- (2) [Erneuerung der internationalen Eintragung] Die internationale Eintragung kann nach dem vorgeschriebenen Verfahren und vorbehaltlich der Zahlung der vorgeschriebenen Gebühren für weitere Zeiträume von 5 Jahren erneuert werden.
- (3) [Schutzdauer in den benannten Vertragsparteien]
- a) Vorausgesetzt, dass die internationale Eintragung erneuert wird, und vorbehaltlich des Buchstabens b beträgt die Schutzdauer in jeder der benannten

- nated Contracting Parties, be 15 years counted from the date of the international registration.
- (b) Where the law of a designated Contracting Party provides for a duration of protection of more than 15 years for an industrial design for which protection has been granted under that law, the duration of protection shall, provided that the international registration is renewed, be the same as that provided for by the law of that Contracting Party.
- (c) Each Contracting Party shall, in a declaration, notify the Director General of the maximum duration of protection provided for by its law.
- (4) [Possibility of Limited Renewal] The renewal of the international registration may be effected for any or all of the designated Contracting Parties and for any or all of the industrial designs that are the subject of the international registration.
- (5) [Recording and Publication of Renewal] The International Bureau shall record renewals in the International Register and publish a notice to that effect. It shall send a copy of the publication of the notice to the Office of each of the Contracting Parties concerned.

désignée, est de 15 ans à compter de la date de l'enregistrement international.

- b) Lorsque la législation d'une Partie contractante désignée prévoit une durée de protection supérieure à 15 ans pour un dessin ou modèle industriel auquel la protection a été accordée en vertu de cette législation, la durée de la protection est, à condition que l'enregistrement international soit renouvelé, la même que celle que prévoit la législation de cette Partie contractante.
- c) Chaque Partie contractante notifie au Directeur général, dans une déclaration, la durée maximale de protection prévue dans sa législation.
- 4) [Possibilité de renouvellement limité] Le renouvellement de l'enregistrement international peut être effectué pour une, plusieurs ou la totalité des Parties contractantes désignées et pour un, plusieurs ou la totalité des dessins ou modèles industriels faisant l'objet de l'enregistrement international.
- 5) [Inscription et publication du renouvellement] Le Bureau international inscrit les renouvellements dans le registre international et publie un avis à ce sujet. Il envoie un exemplaire de la publication de l'avis à l'office de chacune des Parties contractantes concernées.

- Vertragsparteien 15 Jahre, gerechnet ab dem Datum der internationalen Eintragung.
- b) Ist nach dem Recht einer benannten Vertragspartei für ein gewerbliches Muster oder Modell, für das nach diesem Recht Schutz erteilt worden ist, eine Schutzdauer von mehr als 15 Jahren vorgesehen, so ist die Schutzdauer ebenso lang wie die nach dem Recht der Vertragspartei vorgesehene, vorausgesetzt, dass die internationale Eintragung erneuert wird.
- Jede Vertragspartei teilt dem Generaldirektor in einer Erklärung die in ihrem Recht vorgesehene maximale Schutzdauer mit.
- (4) [Möglichkeit der eingeschränkten Erneuerung] Die Erneuerung der internationalen Eintragung kann für eine, mehrere oder alle benannten Vertragsparteien und für ein, mehrere oder alle gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, vorgenommen werden.
- (5) [Eintragung und Veröffentlichung der Erneuerung] Das Internationale Büro trägt die Erneuerungen im internationalen Register ein und veröffentlicht einen entsprechenden Hinweis. Das Internationale Büro übermittelt eine Kopie der Veröffentlichung des Hinweises an das Amt jeder der betroffenen Vertragsparteien.

Article 18

Information Concerning Published International Registrations

- (1) [Access to Information] The International Bureau shall supply to any person applying therefor, upon the payment of the prescribed fee, extracts from the International Register, or information concerning the contents of the International Register, in respect of any published international registration.
- (2) [Exemption from Legalization] Extracts from the International Register supplied by the International Bureau shall be exempt from any requirement of legalization in each Contracting Party.

Chapter II

Administrative Provisions

Article 19

Common Office of Several States

(1) [Notification of Common Office] If several States intending to become party to this Act have effected, or if several States party to this Act agree to effect, the unification of their domestic legislation on

Article 18

Informations relatives aux enregistrements internationaux publiés

- 1) [Accès à l'information] Le Bureau international fournit à toute personne qui en fait la demande, moyennant le paiement de la taxe prescrite, des extraits du registre international, ou des informations sur le contenu du registre international, pour ce qui concerne tout enregistrement international publié.
- 2) [Dispense de légalisation] Les extraits du registre international fournis par le Bureau international sont dispensés de toute exigence de légalisation dans chaque Partie contractante.

Chapitre II

Dispositions administratives

Article 19

Office commun à plusieurs États

 [Notification relative à un office commun] Si plusieurs États ayant l'intention de devenir parties au présent Acte ont réalisé, ou si plusieurs États parties au présent Acte conviennent de réaliser, l'unification

Artikel 18

Informationen über veröffentlichte internationale Eintragungen

- (1) [Zugang zu Informationen] Das Internationale Büro stellt jeder Person auf Antrag und gegen Zahlung der vorgeschriebenen Gebühr zu jeder veröffentlichten internationalen Eintragung Auszüge aus dem internationalen Register oder Informationen über den Inhalt des internationalen Registers zur Verfügung.
- (2) [Befreiung von der Legalisation] Die vom Internationalen Büro zur Verfügung gestellten Auszüge aus dem internationalen Register sind in jeder Vertragspartei vom Erfordernis der Legalisation befreit.

Kapitel II

Verwaltungsbestimmungen

Artikel 19

Gemeinsames Amt mehrerer Staaten

(1) [Notifikation des gemeinsamen Amts] Haben mehrere Staaten, die beabsichtigen, Vertragspartei dieser Fassung zu werden, ihr innerstaatliches Recht der gewerblichen Muster und Modelle vereinindustrial designs, they may notify the Director General

- that a common Office shall be substituted for the national Office of each of them, and
- (ii) that the whole of their respective territories to which the unified legislation applies shall be deemed to be a single Contracting Party for the purposes of the application of Articles 1, 3 to 18 and 31 of this Act.
- (2) [Time at Which Notification Is to Be Made] The notification referred to in paragraph (1) shall be made,
- in the case of States intending to become party to this Act, at the time of the deposit of the instruments referred to in Article 27(2);
- (ii) in the case of States party to this Act, at any time after the unification of their domestic legislation has been effected.
- (3) [Date of Entry into Effect of the Notification] The notification referred to in paragraphs (1) and (2) shall take effect,
- in the case of States intending to become party to this Act, at the time such States become bound by this Act;
- (ii) in the case of States party to this Act, three months after the date of the communication thereof by the Director General to the other Contracting Parties or at any later date indicated in the notification.

Article 20

Membership of the Hague Union

The Contracting Parties shall be members of the same Union as the States party to the 1934 Act or the 1960 Act.

Article 21 Assembly

- (1) [Composition]
- (a) The Contracting Parties shall be members of the same Assembly as the States bound by Article 2 of the Complementary Act of 1967.
- (b) Each member of the Assembly shall be represented in the Assembly by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors and experts, and each delegate may represent only one Contracting Party.
- (c) Members of the Union that are not members of the Assembly shall be admitted to the meetings of the Assembly as observers.

de leurs lois nationales sur les dessins et modèles industriels, ils peuvent notifier au Directeur général

- i) qu'un office commun se substituera à l'office national de chacun d'eux, et
- ii) que l'ensemble de leurs territoires respectifs auxquels s'applique la loi unifiée devra être considéré comme une seule Partie contractante pour l'application des articles premier, 3 à 18 et 31 du présent Acte.
- 2) [Moment auquel la notification doit être faite] La notification visée à l'alinéa 1) est faite.
- s'agissant d'États ayant l'intention de devenir parties au présent Acte, au moment du dépôt des instruments visés à l'article 27.2);
- ii) s'agissant d'États parties au présent Acte, à tout moment après l'unification de leurs lois nationales.
- 3) [Date de prise d'effet de la notification] La notification visée aux alinéas 1) et 2) prend effet,
- s'agissant d'États ayant l'intention de devenir parties au présent Acte, au moment où ces États deviennent liés par le présent Acte;
- ii) s'agissant d'États parties au présent Acte, trois mois après la date de la communication qui en est faite par le Directeur général aux autres Parties contractantes ou à toute date ultérieure indiquée dans la notification.

Article 20

Appartenance à l'Union de La Haye

Les Parties contractantes sont membres de la même Union que les États parties à l'Acte de 1934 ou à l'Acte de 1960.

Article 21 Assemblée

- 1) [Composition]
- Les Parties contractantes sont membres de la même Assemblée que les États liés par l'article 2 de l'Acte complémentaire de 1967.
- b) Chaque membre de l'Assemblée y est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts, et chaque délégué ne peut représenter qu'une seule Partie contractante.
- c) Les membres de l'Union qui ne sont pas membres de l'Assemblée sont admis aux réunions de l'Assemblée en qualité d'observateurs.

heitlicht oder kommen mehrere Vertragsstaaten dieser Fassung überein, ihr innerstaatliches Recht der gewerblichen Muster und Modelle zu vereinheitlichen, so können sie dem Generaldirektor notifizieren,

- i) dass ein gemeinsames Amt an die Stelle ihrer jeweiligen nationalen Ämter tritt und
- ii) dass die Gesamtheit ihrer Hoheitsgebiete, auf die das vereinheitlichte Recht Anwendung findet, für die Anwendung der Artikel 1, 3 bis 18 und 31 als eine Vertragspartei anzusehen ist.
- (2) [Zeitpunkt der Notifikation] Die in Absatz 1 genannte Notifikation erfolgt
- bei Staaten, die beabsichtigen, Vertragspartei dieser Fassung zu werden, zum Zeitpunkt der Hinterlegung der in Artikel 27 Absatz 2 genannten Urkunden:
- ii) bei Vertragsstaaten dieser Fassung jederzeit nach der Vereinheitlichung ihres innerstaatlichen Rechts.
- (3) [Tag des Wirksamwerdens der Notifikation] Die in den Absätzen 1 und 2 genannte Notifikation wird wirksam
- bei Staaten, die beabsichtigen, Vertragspartei dieser Fassung zu werden, zu dem Zeitpunkt, von dem an sie durch diese Fassung gebunden sind;
- bei Vertragsstaaten dieser Fassung drei Monate nach dem Tag, an dem der Generaldirektor die anderen Vertragsparteien von der Notifikation benachrichtigt hat, oder zu jedem späteren, in der Notifikation angegebenen Zeitpunkt.

Artikel 20

Mitgliedschaft im Haager Verband

Die Vertragsparteien sind Mitglieder desselben Verbands wie die Vertragsstaaten der Fassung von 1934 oder der Fassung von 1960.

Artikel 21

Versammlung

- (1) [Zusammensetzung]
- a) Die Vertragsparteien sind Mitglieder derselben Versammlung wie die Staaten, die durch Artikel 2 der Ergänzungsvereinbarung von 1967 gebunden sind.
- b) Jedes Mitglied der Versammlung wird in der Versammlung durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann, wobei jeder Delegierte nur eine Vertragspartei vertreten kann.
- c) Mitglieder des Verbands, die nicht Mitglied der Versammlung sind, werden zu den Sitzungen der Versammlung als Beobachter zugelassen.

(2) [Tasks]

(a) The Assembly shall

- deal with all matters concerning the maintenance and development of the Union and the implementation of this Act;
- exercise such rights and perform such tasks as are specifically conferred upon it or assigned to it under this Act or the Complementary Act of 1967;
- (iii) give directions to the Director General concerning the preparations for conferences of revision and decide the convocation of any such conference;
- (iv) amend the Regulations;
- (v) review and approve the reports and activities of the Director General concerning the Union, and give the Director General all necessary instructions concerning matters within the competence of the Union;
- (vi) determine the program and adopt the biennial budget of the Union, and approve its final accounts;
- (vii) adopt the financial regulations of the Union;
- (viii) establish such committees and working groups as it deems appropriate to achieve the objectives of the Union;
- subject to paragraph (1)(c), determine which States, intergovernmental organizations and nongovernmental organizations shall be admitted to its meetings as observers;
- (x) take any other appropriate action to further the objectives of the Union and perform any other functions as are appropriate under this Act
- (b) With respect to matters which are also of interest to other Unions administered by the Organization, the Assembly shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(3) [Quorum]

- (a) One-half of the members of the Assembly which are States and have the right to vote on a given matter shall constitute a quorum for the purposes of the vote on that matter.
- (b) Notwithstanding the provisions of subparagraph (a), if, in any session, the number of the members of the Assembly which are States, have the right to vote on a given matter and are represented is less than one-half but equal to

2) [Fonctions]

a) L'Assemblée

- traite de toutes les questions concernant le maintien et le développement de l'Union et l'application du présent Acte;
- exerce les droits qui lui sont spécialement conférés et s'acquitte des tâches qui lui sont spécialement assignées aux termes du présent Acte ou de l'Acte complémentaire de 1967;
- donne au Directeur général des directives concernant la préparation des conférences de révision et décide de la convocation de ces conférences;
- iv) modifie le règlement d'exécution:
- examine et approuve les rapports et activités du Directeur général relatifs à l'Union et lui donne toutes instructions utiles concernant les questions relevant de la compétence de l'Union;
- vi) arrête le programme, adopte le budget biennal de l'Union et approuve ses comptes de clôture;
- vii) adopte le règlement financier de l'Union:
- viii) crée les comités et groupes de travail qu'elle juge utiles pour permettre d'atteindre les objectifs de l'Union:
- ix) sous réserve de l'alinéa 1)c), décide quels États, organisations intergouvernementales et organisations non gouvernementales seront admis à ses réunions en qualité d'observateurs;
- x) entreprend toute autre action appropriée en vue d'atteindre les objectifs de l'Union et s'acquitte de toutes autres fonctions utiles dans le cadre du présent Acte.
- b) Sur les questions qui intéressent également d'autres unions administrées par l'Organisation, l'Assemblée statue après avoir pris connaissance de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

3) [Quorum]

- a) La moitié des membres de l'Assemblée qui sont des États et qui ont le droit de vote sur une question donnée constitue le quorum aux fins du vote sur cette question.
- b) Nonobstant les dispositions du sousalinéa a), si, lors d'une session, le nombre des membres de l'Assemblée qui sont des États, qui ont le droit de vote sur une question donnée et qui sont représentés est inférieur à la moitié

(2) [Aufgaben]

a) Die Versammlung

- behandelt alle Fragen betreffend die Erhaltung und die Entwicklung des Verbands sowie die Anwendung dieser Fassung;
- übt die Rechte aus und nimmt die Aufgaben wahr, die ihr nach dieser Fassung oder nach der Ergänzungsvereinbarung von 1967 eigens verliehen beziehungsweise zugewiesen werden;
- erteilt dem Generaldirektor Weisungen für die Vorbereitung der Revisionskonferenzen und beschließt die Einberufung jeder dieser Konferenzen;
- iv) ändert die Ausführungsordnung;
- prüft und billigt die Berichte und die Tätigkeit des Generaldirektors betreffend den Verband und erteilt ihm alle zweckdienlichen Weisungen in Fragen, die in die Zuständigkeit des Verbandes fallen;
- vi) legt das Programm fest, beschließt den Zweijahres-Haushaltsplan des Verbands und billigt seine Rechnungsabschlüsse;
- vii) beschließt die Finanzvorschriften des Verbandes;
- viii) bildet die Ausschüsse und Arbeitsgruppen, die sie zur Verwirklichung der Ziele des Verbandes für zweckdienlich hält;
- ix) bestimmt vorbehaltlich des Absatzes 1 Buchstabe c, welche Staaten, zwischenstaatlichen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen zu ihren Sitzungen als Beobachter zugelassen werden:
- x) nimmt jede andere Handlung vor, die zur Erreichung der Ziele des Verbands geeignet ist, und nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die sich aus dieser Fassung ergeben.
- Über Fragen, die auch für andere von der Organisation verwaltete Verbände von Interesse sind, entscheidet die Versammlung nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation.

(3) [Beschlussfähigkeit]

- a) Die Versammlung ist in einer bestimmten Angelegenheit beschlussfähig, wenn die Hälfte ihrer Mitglieder, die Staaten sind und in dieser Angelegenheit das Stimmrecht haben, vertreten ist.
- b) Ungeachtet des Buchstabens a kann die Versammlung in einer bestimmten Angelegenheit Beschlüsse fassen, wenn während einer Tagung die Anzahl der Mitglieder der Versammlung, die Staaten sind, in dieser Angelegenheit

or more than one-third of the members of the Assembly which are States and have the right to vote on that matter, the Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the conditions set forth hereinafter are fulfilled. The International Bureau shall communicate the said decisions to the members of the Assembly which are States, have the right to vote on the said matter and were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication. If, at the expiration of this period, the number of such members having thus expressed their vote or abstention attains the number of the members which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decisions shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.

- (4) [Taking Decisions in the Assembly]
- (a) The Assembly shall endeavor to take its decisions by consensus.
- (b) Where a decision cannot be arrived at by consensus, the matter at issue shall be decided by voting. In such a case,
 - (i) each Contracting Party that is a State shall have one vote and shall vote only in its own name, and
 - (ii) any Contracting Party that is an intergovernmental organization may vote, in place of its Member States, with a number of votes equal to the number of its Member States which are party to this Act, and no such intergovernmental organization shall participate in the vote if any one of its Member States exercises its right to vote, and vice versa.
- (c) On matters concerning only States that are bound by Article 2 of the Complementary Act of 1967, Contracting Parties that are not bound by the said Article shall not have the right to vote, whereas, on matters concerning only Contracting Parties, only the latter shall have the right to vote.
 - (5) [Majorities]
- (a) Subject to Articles 24(2) and 26(2), the decisions of the Assembly shall require two-thirds of the votes cast.

mais égal ou supérieur au tiers des membres de l'Assemblée qui sont des États et qui ont le droit de vote sur cette question, l'Assemblée peut prendre des décisions; toutefois, les décisions de l'Assemblée, à l'exception de celles qui concernent sa procédure, ne deviennent exécutoires que lorsque les conditions énoncées ci-après sont remplies. Le Bureau international communique lesdites décisions aux membres de l'Assemblée qui sont des États, qui ont le droit de vote sur ladite question et qui n'étaient pas représentés, en les invitant à exprimer par écrit, dans un délai de trois mois à compter de la date de la communication, leur vote ou leur abstention. Si, à l'expiration de ce délai, le nombre desdits membres ayant ainsi exprimé leur vote ou leur abstention est au moins égal au nombre de membres qui faisait défaut pour que le quorum fût atteint lors de la session, lesdites décisions deviennent exécutoires, pourvu qu'en même temps la majorité nécessaire reste acquise.

- 4) [Prise des décisions au sein de l'Assemblée]
- a) L'Assemblée s'efforce de prendre ses décisions par consensus.
- b) Lorsqu'il n'est pas possible d'arriver à une décision par consensus, la décision sur la question à l'examen est mise aux voix. Dans ce cas,
 - i) chaque Partie contractante qui est un État dispose d'une voix et vote uniquement en son propre nom, et
 - ii) toute Partie contractante qui est une organisation intergouvernementale peut participer au vote à la place de ses États membres, avec un nombre de voix égal au nombre de ses États membres qui sont parties au présent Acte; aucune organisation intergouvernementale ne participe au vote si l'un de ses États membres exerce son droit de vote, et inversement.
- c) Sur les questions qui ne concernent que les États liés par l'article 2 de l'Acte complémentaire de 1967, les Parties contractantes qui ne sont pas liées par ledit article n'ont pas le droit de vote, alors que, sur les questions qui ne concernent que les Parties contractantes, seules ces dernières ont le droit de vote.
 - 5) [Majorités]
- a) Sous réserve des articles 24.2) et 26.2), les décisions de l'Assemblée sont prises à la majorité des deux tiers des votes exprimés.

das Stimmrecht haben und vertreten sind, zwar weniger als die Hälfte, aber mindestens ein Drittel der Mitalieder der Versammlung beträgt, die Staaten sind und in dieser Angelegenheit das Stimmrecht haben; jedoch werden diese Beschlüsse mit Ausnahme der Beschlüsse über das Verfahren der Versammlung nur dann wirksam, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: Das Internationale Büro teilt den Mitgliedern der Versammlung, die Staaten sind, das Stimmrecht in der genannten Angelegenheit haben und nicht vertreten waren, diese Beschlüsse mit und fordert sie auf, innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Zeitpunkt der Benachrichtigung an ihre Stimme oder Stimmenthaltung schriftlich bekannt zu geben. Entspricht nach Ablauf der Frist die Anzahl der Mitglieder, die auf diese Weise ihre Stimme oder Stimmenthaltung bekannt gegeben haben, mindestens der Anzahl der Mitglieder, die für die Beschlussfähigkeit während der Tagung gefehlt hatten, so werden die Beschlüsse wirksam, sofern gleichzeitig die erforderliche Mehrheit noch vorhanden ist.

- (4) [Beschlussfassung in der Versammlung]
- a) Die Versammlung ist bestrebt, ihre Beschlüsse durch Konsens zu fassen.
- Gelingt es nicht, über einen Beschluss einen Konsens herbeizuführen, so wird der Beschluss über die anstehende Frage zur Abstimmung gestellt. In einem solchen Fall
 - i) verfügt jede Vertragspartei, die ein Staat ist, über eine Stimme und stimmt nur in ihrem eigenen Namen ab:
 - ii) kann eine Vertragspartei, die eine zwischenstaatliche Organisation ist, anstelle ihrer Mitgliedstaaten abstimmen, wobei die Anzahl ihrer Stimmen der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieser Fassung sind; eine zwischenstaatliche Organisation nimmt an der Abstimmung nicht teil, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten sein Stimmrecht ausübt, und umgekehrt.
- c) In Angelegenheiten, die nur Staaten betreffen, die durch Artikel 2 der Ergänzungsvereinbarung von 1967 gebunden sind, haben Vertragsparteien, die nicht durch den genannten Artikel gebunden sind, kein Stimmrecht, während in Angelegenheiten, die nur die Vertragsparteien betreffen, nur die letzteren das Stimmrecht haben.
 - (5) [Mehrheiten]
- a) Vorbehaltlich der Artikel 24 Absatz 2 und 26 Absatz 2 fasst die Versammlung ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

- (b) Abstentions shall not be considered as votes.
 - (6) [Sessions]
- (a) The Assembly shall meet once in every second calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General and, in the absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.
- (b) The Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, either at the request of one-fourth of the members of the Assembly or on the Director General's own initiative.
- (c) The agenda of each session shall be prepared by the Director General.
- (7) [Rules of Procedure] The Assembly shall adopt its own rules of procedure.

International Bureau

- (1) [Administrative Tasks]
- (a) International registration and related duties, as well as all other administrative tasks concerning the Union, shall be performed by the International Bureau.
- (b) In particular, the International Bureau shall prepare the meetings and provide the secretariat of the Assembly and of such committees of experts and working groups as may be established by the Assembly.
- (2) [Director General] The Director General shall be the chief executive of the Union and shall represent the Union.
- (3) [Meetings Other than Sessions of the Assembly] The Director General shall convene any committee and working group established by the Assembly and all other meetings dealing with matters of concern to the Union.
- (4) [Role of the International Bureau in the Assembly and Other Meetings]
- (a) The Director General and persons designated by the Director General shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the committees and working groups established by the Assembly, and any other meetings convened by the Director General under the aegis of the Union.
- (b) The Director General or a staff member designated by the Director General shall be ex officio secretary of the Assembly, and of the committees, working groups and other meetings referred to in subparagraph (a).

- b) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.
 - 6) [Sessions]
- a) L'Assemblée se réunit une fois tous les deux ans en session ordinaire sur convocation du Directeur général et, sauf cas exceptionnels, pendant la même période et aux mêmes lieux que l'Assemblée générale de l'Organisation.
- b) L'Assemblée se réunit en session extraordinaire sur convocation du Directeur général, le Directeur général agissant soit à la demande d'un quart des membres de l'Assemblée, soit de sa propre initiative.
- c) L'ordre du jour de chaque session est établi par le Directeur général.
- 7) [Règlement intérieur] L'Assemblée adopte son propre règlement intérieur.

Article 22

Bureau international

- 1) [Fonctions administratives]
- a) L'enregistrement international et les tâches connexes ainsi que les autres tâches administratives concernant l'Union sont assurés par le Bureau international.
- b) En particulier, le Bureau international prépare les réunions et assure le secrétariat de l'Assemblée et des comités d'experts et groupes de travail qu'elle peut créer.
- 2) [Directeur général] Le Directeur général est le plus haut fonctionnaire de l'Union et la représente.
- 3) [Réunions autres que les sessions de l'Assemblée] Le Directeur général convoque tout comité ou groupe de travail créé par l'Assemblée et toute autre réunion traitant de questions intéressant l'Union.
- 4) [Rôle du Bureau international à l'Assemblée et à d'autres réunions]
- a) Le Directeur général et les personnes désignées par le Directeur général prennent part, sans droit de vote, à toutes les réunions de l'Assemblée et des comités et groupes de travail créés par l'Assemblée ainsi qu'à toute autre réunion convoquée par le Directeur général sous les auspices de l'Union.
- b) Le Directeur général ou un membre du personnel désigné par le Directeur général est d'office secrétaire de l'Assemblée et des comités, groupes de travail et autres réunions visés au sous-alinéa a).

- b) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.
 - (6) [Tagungen]
- a) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor alle zwei Jahre einmal zu einer ordentlichen Tagung zusammen, und zwar, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu derselben Zeit und an demselben Ort wie die Generalversammlung der Organisation.
- b) Die Versammlung tritt auf Verlangen eines Viertels ihrer Mitglieder oder auf Initiative des Generaldirektors nach Einberufung durch den Generaldirektor zu einer außerordentlichen Tagung zusammen.
- c) Die Tagesordnung jeder Tagung wird vom Generaldirektor aufgestellt.
- (7) [Geschäftsordnung] Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 22

Internationales Büro

- (1) [Verwaltungsaufgaben]
- a) Die internationale Eintragung und die damit zusammenhängenden Aufgaben sowie die anderen Verwaltungsaufgaben des Verbands werden vom Internationalen Büro wahrgenommen.
- b) Das Internationale Büro bereitet insbesondere die Sitzungen der Versammlung sowie der etwa von ihr gebildeten Sachverständigenausschüsse und Arbeitsgruppen vor und besorgt das Sekretariat dieser Organe.
- (2) [Generaldirektor] Der Generaldirektor ist der höchste Beamte des Verbands und vertritt den Verband.
- (3) [Sitzungen, die nicht im Rahmen von Tagungen der Versammlung stattfinden] Alle von der Versammlung gebildeten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen sowie alle anderen Sitzungen, bei denen Angelegenheiten behandelt werden, die den Verband betreffen, werden vom Generaldirektor einberufen.
- (4) [Rolle des Internationalen Büros in der Versammlung und bei sonstigen Sitzungen]
- a) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an allen Sitzungen der Versammlung und der von ihr gebildeten Ausschüsse und Arbeitsgruppen sowie an allen sonstigen vom Generaldirektor unter der Schirmherrschaft des Verbands einberufenen Sitzungen teil.
- b) Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär der Versammlung sowie der Ausschüsse, der Arbeitsgruppen und der unter Buchstabe a genannten sonstigen Sitzungen.

- (5) [Conferences]
- (a) The International Bureau shall, in accordance with the directions of the Assembly, make the preparations for any revision conferences.
- (b) The International Bureau may consult with intergovernmental organizations and international and national nongovernmental organizations concerning the said preparations.
- (c) The Director General and persons designated by the Director General shall take part, without the right to vote, in the discussions at revision conferences
- (6) [Other Tasks] The International Bureau shall carry out any other tasks assigned to it in relation to this Act.

Finances

- (1) [Budget]
- (a) The Union shall have a budget.
- (b) The budget of the Union shall include the income and expenses proper to the Union and its contribution to the budget of expenses common to the Unions administered by the Organization
- (c) Expenses not attributable exclusively to the Union but also to one or more other Unions administered by the Organization shall be considered to be expenses common to the Unions. The share of the Union in such common expenses shall be in proportion to the interest the Union has in them.
- (2) [Coordination with Budgets of Other Unions] The budget of the Union shall be established with due regard to the requirements of coordination with the budgets of the other Unions administered by the Organization.
- (3) [Sources of Financing of the Budget] The budget of the Union shall be financed from the following sources:
- (i) fees relating to international registra-
- (ii) charges due for other services rendered by the International Bureau in relation to the Union;
- (iii) sale of, or royalties on, the publications of the International Bureau concerning the Union;
- (iv) gifts, bequests and subventions;
- (v) rents, interests and other miscellaneous income.
- (4) [Fixing of Fees and Charges; Level of the Budget]

- 5) [Conférences]
- a) Le Bureau international, selon les directives de l'Assemblée, prépare les conférences de révision.
- b) Le Bureau international peut consulter des organisations intergouvernementales ainsi que des organisations non gouvernementales internationales et nationales sur la préparation de ces conférences.
- Le Directeur général et les personnes désignées par le Directeur général prennent part, sans droit de vote, aux délibérations des conférences de révision
- 6) [Autres fonctions] Le Bureau international exécute toutes les autres tâches qui lui sont assignées en relation avec le présent Acte.

Article 23

Finances

- 1) [Budget]
- a) L'Union a un budget.
- b) Le budget de l'Union comprend les recettes et les dépenses propres à l'Union et sa contribution au budget des dépenses communes aux unions administrées par l'Organisation.
- c) Sont considérées comme dépenses communes aux unions les dépenses qui ne sont pas attribuées exclusivement à l'Union mais également à une ou plusieurs autres unions administrées par l'Organisation. La part de l'Union dans ces dépenses communes est proportionnelle à l'intérêt que ces dépenses présentent pour elle.
- 2) [Coordination avec les budgets d'autres unions] Le budget de l'Union est arrêté compte tenu des exigences de coordination avec les budgets des autres unions administrées par l'Organisation.
- 3) [Sources de financement du budget] Le budget de l'Union est financé par les ressources suivantes:
- i) les taxes relatives aux enregistrements internationaux;
- ii) les sommes dues pour les autres services rendus par le Bureau international au titre de l'Union;
- iii) le produit de la vente des publications du Bureau international concernant l'Union et les droits afférents à ces publications;
- iv) les dons, legs et subventions;
- v) les loyers, intérêts et autres revenus divers.
- 4) [Fixation des taxes et des sommes dues; montant du budget]

- (5) [Konferenzen]
- a) Das Internationale Büro bereitet nach den Weisungen der Versammlung die Revisionskonferenzen vor.
- Das Internationale Büro kann bei der Vorbereitung dieser Konferenzen zwischenstaatliche sowie internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen konsultieren.
- Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an den Beratungen der Revisionskonferenzen teil.
- (6) [Andere Aufgaben] Das Internationale Büro nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm im Zusammenhang mit dieser Fassung übertragen werden.

Artikel 23

Finanzen

- (1) [Haushalt]
- a) Der Verband hat einen Haushaltsplan.
- b) Der Haushaltsplan des Verbands umfasst die eigenen Einnahmen und Ausgaben des Verbands und dessen Beitrag zum Haushaltsplan der gemeinsamen Ausgaben der von der Organisation verwalteten Verbände.
- c) Als gemeinsame Ausgaben der Verbände gelten die Ausgaben, die nicht ausschließlich dem Verband, sondern auch einem oder mehreren anderen von der Organisation verwalteten Verbänden zuzurechnen sind. Der Anteil des Verbands an diesen gemeinsamen Ausgaben entspricht dem Interesse, das der Verband an ihnen hat.
- (2) [Abstimmung mit den Haushaltsplänen anderer Verbände] Der Haushaltsplan des Verbands wird unter Berücksichtigung der Notwendigkeit seiner Abstimmung mit den Haushaltsplänen der anderen von der Organisation verwalteten Verbände aufgestellt.
- (3) [Einnahmen im Haushaltsplan] Der Haushaltsplan des Verbands umfasst folgende Einnahmen:
- Gebühren für internationale Eintragungen;
- Beträge, die für andere Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des Verbands zu entrichten sind;
- Verkaufserlöse und andere Einkünfte aus Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die den Verband betreffen:
- iv) Schenkungen, Vermächtnisse und Zuwendungen;
- v) Mieten, Zinsen und andere verschiedene Einkünfte.
- (4) [Festsetzung der Gebühren und Beträge; Höhe des Haushalts]

- (a) The amounts of the fees referred to in paragraph (3)(i) shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General. Charges referred to in paragraph 3(ii) shall be established by the Director General and shall be provisionally applied subject to approval by the Assembly at its next session.
- (b) The amounts of the fees referred to in paragraph (3)(i) shall be so fixed that the revenues of the Union from fees and other sources shall be at least sufficient to cover all the expenses of the International Bureau concerning the Union.
- (c) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, it shall be at the same level as the budget of the previous year, as provided in the financial regulations.
- (5) [Working Capital Fund] The Union shall have a working capital fund which shall be constituted by the excess receipts and, if such excess does not suffice, by a single payment made by each member of the Union. If the fund becomes insufficient, the Assembly shall decide to increase it. The proportion and the terms of payment shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General.
 - (6) [Advances by Host State]
- (a) In the headquarters agreement concluded with the State on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working capital fund is insufficient, such State shall grant advances. The amount of those advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such State and the Organization.
- (b) The State referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it has been notified.
- (7) [Auditing of Accounts] The auditing of the accounts shall be effected by one or more of the States members of the Union or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the Assembly.

Regulations

(1) [Subject Matter] The Regulations shall govern the details of the implementa-

- a) Le montant des taxes visées à l'alinéa 3)i) est fixé par l'Assemblée, sur proposition du Directeur général. Les sommes dues visées à l'alinéa 3)ii) sont fixées par le Directeur général et sont provisoirement applicables jusqu'à ce que l'Assemblée se prononce à sa session suivante.
- b) Le montant des taxes visées à l'alinéa 3)i) est fixé de manière à ce que les recettes de l'Union provenant des taxes et des autres sources de revenus permettent au moins de couvrir toutes les dépenses du Bureau international intéressant l'Union.
- c) Dans le cas où le budget n'est pas adopté avant le début d'un nouvel exercice, le budget de l'année précédente est reconduit selon les modalités prévues par le règlement financier.
- 5) [Fonds de roulement] L'Union possède un fonds de roulement constitué par les excédents de recettes et, si ces excédents ne suffisent pas, par un versement unique effectué par chaque membre de l'Union. Si le fonds devient insuffisant, l'Assemblée décide de son augmentation. La proportion et les modalités de versement sont arrêtées par l'Assemblée, sur proposition du Directeur général.
 - 6) [Avances consenties par l'État hôte]
- a) L'accord de siège conclu avec l'État sur le territoire duquel l'Organisation a son siège prévoit que, si le fonds de roulement est insuffisant, cet État accorde des avances. Le montant de ces avances et les conditions dans lesquelles elles sont accordées font l'objet, dans chaque cas, d'accords séparés entre l'État en cause et l'Organisation.
- b) L'État visé au sous-alinéa a) et l'Organisation ont chacun le droit de dénoncer l'engagement d'accorder des avances moyennant notification par écrit. La dénonciation prend effet trois ans après la fin de l'année au cours de laquelle elle a été notifiée.
- 7) [Vérification des comptes] La vérification des comptes est assurée, selon les modalités prévues par le règlement financier, par un ou plusieurs États membres de l'Union ou par des contrôleurs extérieurs, qui sont, avec leur consentement, désignés par l'Assemblée.

Article 24

Règlement d'exécution

1) [Objet] Le règlement d'exécution régit les modalités d'application du pré-

- a) Die Höhe der in Absatz 3 Ziffer i genannten Gebühren wird von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors festgesetzt. Die in Absatz 3 Ziffer ii genannten Beträge werden vom Generaldirektor festgesetzt und gelten bis zur Genehmigung durch die Versammlung auf ihrer nächsten Tagung vorläufig.
- b) Die Höhe der in Absatz 3 Ziffer i genannten Gebühren wird in der Weise festgesetzt, dass die Einnahmen des Verbands aus den Gebühren und den anderen Einkünften mindestens zur Deckung aller Ausgaben des Internationalen Büros für den Verband ausreichen.
- c) Wird der Haushaltsplan nicht vor Beginn eines neuen Rechnungsjahres beschlossen, so wird der Haushaltsplan des Vorjahres nach Maßgabe der Finanzvorschriften übernommen.
- (5) [Betriebsmittelfonds] Der Verband hat einen Betriebsmittelfonds, der durch die Einnahmenüberschüsse und, wenn diese Einnahmenüberschüsse nicht genügen, durch eine einmalige Zahlung jedes Verbandsmitglieds gebildet wird. Reicht der Fonds nicht mehr aus, so beschließt die Versammlung seine Erhöhung. In welchem Verhältnis und unter welchen Bedingungen die Zahlung zu leisten ist, wird von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors festgelegt.
 - (6) [Vorschüsse des Gastgeberstaats]
- a) Das Abkommen über den Sitz, das mit dem Staat geschlossen wird, in dessen Hoheitsgebiet die Organisation ihren Sitz hat, sieht vor, dass dieser Staat Vorschüsse gewährt, wenn der Betriebsmittelfonds nicht ausreicht. Die Höhe dieser Vorschüsse und die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden, sind in jedem Fall Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen diesem Staat und der Organisation.
- b) Der unter Buchstabe a bezeichnete Staat und die Organisation sind berechtigt, die Verpflichtung zur Gewährung von Vorschüssen durch schriftliche Notifikation zu kündigen. Die Kündigung wird drei Jahre nach Ablauf des Jahres wirksam, in dem sie notifiziert worden ist.
- (7) [Rechnungsprüfung] Die Rechnungsprüfung wird nach Maßgabe der Finanzvorschriften von einem oder mehreren Mitgliedstaaten des Verbands oder von außenstehenden Rechnungsprüfern vorgenommen, die mit ihrer Zustimmung von der Versammlung bestimmt werden.

Artikel 24

Ausführungsordnung

(1) [Gegenstand] Die Ausführungsordnung regelt die Einzelheiten der Ausfühtion of this Act. They shall, in particular, include provisions concerning

- matters which this Act expressly provides are to be prescribed;
- (ii) further details concerning, or any details useful in the implementation of, the provisions of this Act;
- (iii) any administrative requirements, matters or procedures.
- (2) [Amendment of Certain Provisions of the Regulations]
- (a) The Regulations may specify that certain provisions of the Regulations may be amended only by unanimity or only by a four-fifths majority.
- (b) In order for the requirement of unanimity or a four-fifths majority no longer to apply in the future to the amendment of a provision of the Regulations, unanimity shall be required.
- (c) In order for the requirement of unanimity or a four-fifths majority to apply in the future to the amendment of a provision of the Regulations, a four-fifths majority shall be required.
- (3) [Conflict Between This Act and the Regulations] In the case of conflict between the provisions of this Act and those of the Regulations, the former shall prevail.

sent Acte. Il comporte en particulier des dispositions relatives

- aux questions qui, aux termes du présent Acte, doivent faire l'objet de prescriptions;
- ii) à des points de détail destinés à compléter les dispositions du présent Acte ou à tous détails utiles pour leur application;
- iii) à toutes exigences, questions ou procédures d'ordre administratif.
- 2) [Modification de certaines dispositions du règlement d'exécution]
- a) Le règlement d'exécution peut préciser que certaines de ses dispositions peuvent être modifiées seulement à l'unanimité ou seulement à la majorité des quatre cinquièmes.
- b) Pour que l'exigence de l'unanimité ou d'une majorité des quatre cinquièmes ne s'applique plus à l'avenir à la modification d'une disposition du règlement d'exécution, l'unanimité est requise.
- c) Pour que l'exigence de l'unanimité ou d'une majorité des quatre cinquièmes s'applique à l'avenir à la modification d'une disposition du règlement d'exécution, une majorité des quatre cinquièmes est requise.
- 3) [Divergence entre le présent Acte et le règlement d'exécution] En cas de divergence entre les dispositions du présent Acte et celles du règlement d'exécution, les premières priment.

rung dieser Fassung. Sie enthält insbesondere Bestimmungen über

- Angelegenheiten, zu denen in dieser Fassung ausdrücklich vorgesehen ist, dass sie Gegenstand von Vorschriften sind:
- ii) Einzelheiten, welche diese Fassung ergänzen sollen oder für die Ausführung dieser Fassung zweckdienlich sind:
- iii) verwaltungstechnische Erfordernisse, Angelegenheiten oder Verfahren.
- (2) [Änderungen einzelner Bestimmungen der Ausführungsordnung]
- a) Die Ausführungsordnung kann vorschreiben, dass einzelne Bestimmungen der Ausführungsordnung nur einstimmig oder nur mit einer Mehrheit von vier Fünfteln geändert werden können.
- Für den künftigen Wegfall des Erfordernisses der Einstimmigkeit oder einer Mehrheit von vier Fünfteln für die Änderung einer Bestimmung der Ausführungsordnung ist Einstimmigkeit erforderlich.
- c) Für die künftige Geltung eines Erfordernisses der Einstimmigkeit oder einer Mehrheit von vier Fünfteln für die Änderung einer Bestimmung der Ausführungsordnung ist eine Mehrheit von vier Fünfteln erforderlich.
- (3) [Kollision zwischen dieser Fassung und der Ausführungsordnung] Im Fall einer Kollision zwischen den Bestimmungen dieser Fassung und den Bestimmungen der Ausführungsordnung haben erstere Vorrang.

Chapter III

Revision and Amendment

Article 25

Revision of This Act

- (1) [Revision Conferences] This Act may be revised by a conference of the Contracting Parties.
- (2) [Revision or Amendment of Certain Articles] Articles 21, 22, 23 and 26 may be amended either by a revision conference or by the Assembly according to the provisions of Article 26.

Article 26

Amendment of Certain Articles by the Assembly

- (1) [Proposals for Amendment]
- (a) Proposals for the amendment by the Assembly of Articles 21, 22, 23 and this Article may be initiated by any Contracting Party or by the Director General.

Chapitre III

Révision et modification

Article 25

Révision du présent Acte

- 1) [Conférences de révision] Le présent Acte peut être révisé par une conférence des Parties contractantes.
- 2) [Révision ou modification de certains articles] Les articles 21, 22, 23 et 26 peuvent être modifiés soit par une conférence de révision, soit par l'Assemblée conformément aux dispositions de l'article 26.

Article 26

Modification de certains articles par l'Assemblée

- 1) [Propositions de modification]
- a) Des propositions de modification des articles 21, 22, 23 et du présent article par l'Assemblée peuvent être présentées par toute Partie contractante ou par le Directeur général.

Kapitel III Revision und Änderung

Artikel 25

Revision dieser Fassung

- (1) [Revisionskonferenzen] Diese Fassung kann von einer Konferenz der Vertragsparteien revidiert werden.
- (2) [Revision oder Änderung bestimmter Artikel] Die Artikel 21, 22, 23 und 26 können entweder von einer Revisionskonferenz oder nach Artikel 26 von der Versammlung geändert werden.

Artikel 26

Änderung bestimmter Artikel durch die Versammlung

- (1) [Änderungsvorschläge]
- a) Vorschläge zur Änderung der Artikel 21, 22 und 23 sowie dieses Artikels durch die Versammlung können von jeder Vertragspartei oder vom Generaldirektor vorgelegt werden.

- (b) Such proposals shall be communicated by the Director General to the Contracting Parties at least six months in advance of their consideration by the Assembly.
- (2) [Majorities] Adoption of any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall require a three-fourths majority, except that adoption of any amendment to Article 21 or to the present paragraph shall require a four-fifths majority.
 - (3) [Entry into Force]
- (a) Except where subparagraph (b) applies, any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of those Contracting Parties which, at the time the amendment was adopted, were members of the Assembly and had the right to vote on that amendment.
- (b) Any amendment to Article 21(3) or (4) or to this subparagraph shall not enter into force if, within six months of its adoption by the Assembly, any Contracting Party notifies the Director General that it does not accept such amendment.
- (c) Any amendment which enters into force in accordance with the provisions of this paragraph shall bind all the States and intergovernmental organizations which are Contracting Parties at the time the amendment enters into force, or which become Contracting Parties at a subsequent date.

Chapter IV Final Provisions

Article 27 Becoming Party to This Act

- (1) [Eligibility] Subject to paragraphs (2) and (3) and Article 28,
- any State member of the Organization may sign and become party to this Act;
- (ii) any intergovernmental organization which maintains an Office in which protection of industrial designs may be obtained with effect in the territory in which the constituting treaty of the intergovernmental organization applies may sign and become party to this Act, provided that at least one of the member States of the intergovernmental organization is a member of the Organization and provided that such Of-

- b) Ces propositions sont communiquées par le Directeur général aux Parties contractantes six mois au moins avant d'être soumises à l'examen de l'Assemblée
- 2) [Majorités] L'adoption de toute modification des articles visés à l'alinéa 1) requiert une majorité des trois quarts; toutefois, l'adoption de toute modification de l'article 21 ou du présent alinéa requiert une majorité des quatre cinquièmes.
 - 3) [Entrée en vigueur]
- a) Sauf lorsque le sous-alinéa b) s'applique, toute modification des articles visés à l'alinéa 1) entre en vigueur un mois après que le Directeur général a reçu, de la part des trois quarts des Parties contractantes qui étaient membres de l'Assemblée au moment où la modification a été adoptée et qui avaient le droit de voter sur cette modification, des notifications écrites faisant état de l'acceptation de cette modification conformément à leurs règles constitutionnelles respectives.
- b) Une modification de l'article 21.3) ou 4) ou du présent sous-alinéa n'entre pas en vigueur si, dans les six mois suivant son adoption par l'Assemblée, une Partie contractante notifie au Directeur général qu'elle n'accepte pas cette modification.
- c) Toute modification qui entre en vigueur conformément aux dispositions du présent alinéa lie tous les États et toutes les organisations intergouvernementales qui sont des Parties contractantes au moment où la modification entre en vigueur ou qui le deviennent à une date ultérieure.

Chapitre IV Clauses finales

Article 27

Conditions et modalités pour devenir partie au présent Acte

- 1) [Conditions à remplir] Sous réserve des alinéas 2) et 3) et de l'article 8,
- i) tout État membre de l'Organisation peut signer le présent Acte et devenir partie à celui-ci;
- ii) toute organisation intergouvernementale qui gère un office auprès duquel la protection des dessins et modèles industriels peut être obtenue avec effet sur le territoire où s'applique le traité constitutif de l'organisation intergouvernementale peut signer le présent Acte et devenir partie à celui-ci, sous réserve qu'au moins un des États membres de l'organisation intergouvernementale soit membre de l'Organi-

- Diese Vorschläge werden vom Generaldirektor mindestens sechs Monate, bevor sie in der Versammlung beraten werden, den Vertragsparteien mitgeteilt.
- (2) [Mehrheiten] Änderungen der in Absatz 1 genannten Artikel werden mit einer Mehrheit von drei Vierteln beschlossen, ausgenommen Änderungen des Artikels 21 oder dieses Absatzes, die einer Mehrheit von vier Fünfteln bedürfen.
 - (3) [Inkrafttreten]
- a) Jede Änderung der in Absatz 1 genannten Artikel tritt einen Monat nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die schriftlichen Notifikationen der verfassungsmäßig zustande gekommenen Annahme der Änderung von drei Vierteln der Vertragsparteien, die im Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung Mitglieder der Versammlung waren und das Recht zur Abstimmung über die Änderung hatten, beim Generaldirektor eingegangen sind, es sei denn, es findet Buchstabe b Anwendung.
- b) Eine Änderung des Artikels 21 Absatz 3 oder 4 oder dieses Buchstabens tritt nicht in Kraft, wenn dem Generaldirektor innerhalb von sechs Monaten nach der Beschlussfassung der Versammlung über die betreffende Änderung von einer Vertragspartei notifiziert wird, dass sie diese Änderung nicht annimmt.
- c) Jede Änderung, die nach diesem Absatz in Kraft tritt, bindet alle Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung Vertragsparteien sind oder später Vertragspartei werden.

Kapitel IV Schlussbestimmungen

Artikel 27

Möglichkeit, Vertragspartei dieser Fassung zu werden

- (1) [Voraussetzungen] Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 und des Artikels 28 können diese Fassung unterzeichnen und Vertragspartei dieser Fassung werden:
- i) jeder Mitgliedstaat der Organisation;
- ii) jede zwischenstaatliche Organisation, die ein Amt unterhält, bei dem Schutz gewerblicher Muster und Modelle mit Wirkung in dem Gebiet, in dem der Gründungsvertrag der zwischenstaatlichen Organisation gilt, erlangt werden kann, sofern mindestens ein Mitgliedstaat der zwischenstaatlichen Organisation Mitglied der Organisation ist und dieses Amt nicht Gegenstand einer Notifikation nach Artikel 19 ist.

fice is not the subject of a notification under Article 19.

- (2) [Ratification or Accession] Any State or intergovernmental organization referred to in paragraph (1) may deposit
- (i) an instrument of ratification if it has signed this Act, or
- (ii) an instrument of accession if it has not signed this Act.
 - (3) [Effective Date of Deposit]
- (a) Subject to subparagraphs (b) to (d), the effective date of the deposit of an instrument of ratification or accession shall be the date on which that instrument is deposited.
- (b) The effective date of the deposit of the instrument of ratification or accession of any State in respect of which protection of industrial designs may be obtained only through the Office maintained by an intergovernmental organization of which that State is a member shall be the date on which the instrument of that intergovernmental organization is deposited if that date is later than the date on which the instrument of the said State has been deposited.
- (c) The effective date of the deposit of any instrument of ratification or accession containing or accompanied by the notification referred to in Article 19 shall be the date on which the last of the instruments of the States members of the group of States having made the said notification is deposited.
- (d) Any instrument of ratification or accession of a State may contain or be accompanied by a declaration making it a condition to its being considered as deposited that the instrument of one other State or one intergovernmental organization, or the instruments of two other States, or the instruments of one other State and one intergovernmental organization, specified by name and eligible to become party to this Act, is or are also deposited. The instrument containing or accompanied by such a declaration shall be considered to have been deposited on the day on which the condition indicated in the declaration is fulfilled. However, when an instrument specified in the declaration itself contains, or is itself accompanied by, a declaration of the said kind, that instrument shall be considered as deposited on the day on which the condition specified in the latter declaration is fulfilled.

- sation et que cet office n'ait pas fait l'objet d'une notification en vertu de l'article 19.
- 2) [Ratification ou adhésion] Tout État ou organisation intergouvernementale visé à l'alinéa 1) peut déposer
- i) un instrument de ratification s'il a signé le présent Acte, ou
- ii) un instrument d'adhésion s'il n'a pas signé le présent Acte.
 - 3) [Date de prise d'effet du dépôt]
- Sous réserve des sous-alinéas b) à d), la date de prise d'effet du dépôt d'un instrument de ratification ou d'adhésion est la date à laquelle cet instrument est déposé.
- b) La date de prise d'effet du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion de tout État pour lequel la protection des dessins et modèles industriels peut être obtenue uniquement par l'intermédiaire de l'office géré par une organisation intergouvernementale dont cet État est membre est la date à laquelle est déposé l'instrument de cette organisation intergouvernementale si cette date est postérieure à la date à laquelle a été déposé l'instrument dudit État.
- c) La date de prise d'effet du dépôt de tout instrument de ratification ou d'adhésion qui contient la notification visée à l'article 19 ou en est accompagné est la date à laquelle est déposé le dernier des instruments des États membres du groupe d'États ayant fait ladite notification.
- Tout instrument de ratification ou d'adhésion d'un État peut contenir une déclaration, ou être accompagné d'une déclaration, aux termes de laquelle il ne doit être considéré comme déposé que si l'instrument d'un autre État ou d'une organisation intergouvernementale, ou ceux de deux autres États, ou ceux d'un autre État et d'une organisation intergouvernementale, dont les noms sont spécifiés et qui remplissent les conditions nécessaires pour devenir parties au présent Acte, sont aussi déposés. L'instrument contenant une telle déclaration ou accompagné d'une telle déclaration est considéré comme ayant été déposé le jour où la condition indiquée dans la déclaration est remplie. Toutefois, lorsqu'un instrument indiqué dans la déclaration contient luimême une déclaration du même type ou est lui-même accompagné d'une déclaration du même type, cet instrument est considéré comme déposé le jour où la condition indiquée dans cette dernière déclaration est remplie.

- (2) [Ratifikation oder Beitritt] In Absatz 1 genannte Staaten oder zwischenstaatliche Organisationen können
- i) eine Ratifikationsurkunde hinterlegen, wenn sie diese Fassung unterzeichnet haben, oder
- ii) eine Beitrittsurkunde hinterlegen, wenn sie diese Fassung nicht unterzeichnet haben.
- (3) [Tag des Wirksamwerdens der Hinterlegung]
- a) Vorbehaltlich der Buchstaben b bis d ist der Tag des Wirksamwerdens der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde der Tag, an dem diese Urkunde hinterlegt wird.
- b) Der Tag des Wirksamwerdens der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde eines Staates, für den der Schutz gewerblicher Muster und Modelle nur über das von einer zwischenstaatlichen Organisation, der dieser Staat als Mitglied angehört, unterhaltene Amt erlangt werden kann, ist der Tag, an dem die Urkunde dieser zwischenstaatlichen Organisation hinterlegt wird, falls dieser Zeitpunkt nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Urkunde des genannten Staates liegt.
- c) Der Tag des Wirksamwerdens der Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, die eine Notifikation nach Artikel 19 enthält oder der eine Notifikation nach Artikel 19 beigefügt ist, ist der Tag, an dem die letzte der Urkunden der Mitgliedstaaten der Gruppe von Staaten, welche diese Notifikation vorgenommen haben, hinterlegt wird.
- Jede Ratifikations- oder Beitrittsurkunde eines Staates kann eine Erklärung enthalten oder jeder dieser Urkunden kann eine Erklärung beigefügt werden, der zufolge die Urkunde erst dann als hinterlegt angesehen werden darf, wenn die Urkunde eines anderen Staates oder einer zwischenstaatlichen Organisation, die Urkunden zweier anderer Staaten oder die Urkunden eines anderen Staates und einer zwischenstaatlichen Organisation, die namentlich genannt sind und die Voraussetzungen dafür erfüllen, Vertragspartei dieser Fassung zu werden, ebenfalls hinterlegt sind. Die Urkunde, die eine solche Erklärung enthält oder der eine derartige Erklärung beigefügt ist, gilt als an dem Tag hinterlegt, an dem die in der Erklärung genannte Bedingung erfüllt ist. Enthält eine in der Erklärung bezeichnete Urkunde jedoch selbst eine Erklärung dieser Art oder ist dieser Urkunde selbst eine Erklärung dieser Art beigefügt, so gilt diese Urkunde als an dem Tag hinterlegt, an dem die in der letzteren Erklärung genannte Bedingung erfüllt ist.

(e) Any declaration made under paragraph (d) may be withdrawn, in its entirety or in part, at any time. Any such withdrawal shall become effective on the date on which the notification of withdrawal is received by the Director General.

Article 28

Effective Date of Ratifications and Accessions

- (1) [Instruments to Be Taken into Consideration] For the purposes of this Article, only instruments of ratification or accession that are deposited by States or intergovernmental organizations referred to in Article 27(1) and that have an effective date according to Article 27(3) shall be taken into consideration.
- (2) [Entry into Force of This Act] This Act shall enter into force three months after six States have deposited their instruments of ratification or accession, provided that, according to the most recent annual statistics collected by the International Bureau, at least three of those States fulfill at least one of the following conditions:
- at least 3,000 applications for the protection of industrial designs have been filed in or for the State concerned, or
- (ii) at least 1,000 applications for the protection of industrial designs have been filed in or for the State concerned by residents of States other than that State.
- (3) [Entry into Force of Ratifications and Accessions]
- (a) Any State or intergovernmental organization that has deposited its instrument of ratification or accession three months or more before the date of entry into force of this Act shall become bound by this Act on the date of entry into force of this Act.
- (b) Any other State or intergovernmental organization shall become bound by this Act three months after the date on which it has deposited its instrument of ratification or accession or at any later date indicated in that instrument.

Article 29

Prohibition of Reservations

No reservations to this Act are permitted.

Article 30

Declarations Made by Contracting Parties

(1) [Time at Which Declarations May Be Made] Any declaration under Art-

 e) Toute déclaration faite en vertu du sous-alinéa d) peut, à tout moment, être retirée, en totalité ou en partie. Le retrait prend effet à la date à laquelle la notification de retrait est reçue par le Directeur général.

Article 28

Date de prise d'effet des ratifications et des adhésions

- 1) [Instruments à prendre en considération] Aux fins du présent article, seuls sont pris en considération les instruments de ratification ou d'adhésion qui sont déposés par les États ou organisations intergouvernementales visés à l'article 27.1) et pour lesquels les conditions de l'article 27.3), régissant la date de prise d'effet, sont remplies.
- 2) [Entrée en vigueur du présent Acte] Le présent Acte entre en vigueur trois mois après que six États ont déposé leur instrument de ratification ou d'adhésion, à condition que, d'après les statistiques annuelles les plus récentes réunies par le Bureau international, trois au moins de ces États remplissent au moins une des conditions suivantes:
- au moins 3000 demandes de protection de dessins ou modèles industriels ont été déposées dans l'État considéré ou pour cet État, ou
- ii) au moins 1000 demandes de protection de dessins ou modèles industriels ont été déposées dans l'État considéré ou pour celui-ci par des résidents d'États autres que cet État.
- 3) [Entrée en vigueur des ratifications et adhésions]
- a) Tout État ou toute organisation intergouvernementale qui a déposé son instrument de ratification ou d'adhésion au moins trois mois avant l'entrée en vigueur du présent Acte devient lié par celui-ci à la date de son entrée en vigueur.
- b) Tout autre État ou organisation intergouvernementale devient lié par le présent Acte trois mois après la date à laquelle il a déposé son instrument de ratification ou d'adhésion ou à toute date ultérieure indiquée dans cet instrument.

Article 29

Interdiction de faire des réserves

Aucune réserve ne peut être faite à l'égard du présent Acte.

Article 30

Déclarations faites par les Parties contractantes

1) [Moment auquel les déclarations peuvent être faites] Toute déclaration selon

e) Jede nach Buchstabe d abgegebene Erklärung kann jederzeit ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird an dem Tag wirksam, an dem die Notifikation der Rücknahme beim Generaldirektor eingeht.

Artikel 28

Tag des Wirksamwerdens der Ratifikation und des Beitritts

- (1) [Zu berücksichtigende Urkunden] Für die Zwecke dieses Artikels werden nur Ratifikations- oder Beitrittsurkunden berücksichtigt, die von den in Artikel 27 Absatz 1 bezeichneten Staaten oder zwischenstaatlichen Organisationen hinterlegt worden sind und die einen Tag des Wirksamwerdens nach Artikel 27 Absatz 3 haben.
- (2) [Inkrafttreten dieser Fassung] Diese Fassung tritt drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von sechs Staaten in Kraft, sofern nach den jüngsten vom Internationalen Büro aufgestellten Jahresstatistiken wenigstens drei dieser Staaten eine der folgenden Bedingungen erfüllen:
- Es sind mindestens 3 000 Anträge auf Schutz gewerblicher Muster oder Modelle in dem oder für den betreffenden Staat eingereicht worden.
- ii) Es sind mindestens 1 000 Anträge auf Schutz gewerblicher Muster oder Modelle in dem oder für den betreffenden Staat von Personen eingereicht worden, die in einem anderen Staat ansässig sind.
- (3) [Inkrafttreten der Ratifikation und des Beitritts]
- a) Alle Staaten oder zwischenstaatlichen Organisationen, die ihre Ratifikationsoder Beitrittsurkunde drei Monate vor dem Tag des Inkrafttretens dieser Fassung oder früher hinterlegt haben, sind vom Tag des Inkrafttretens dieser Fassung an durch diese Fassung gebunden.
- b) Alle anderen Staaten oder zwischenstaatlichen Organisationen sind durch diese Fassung gebunden, sobald drei Monate nach dem Tag vergangen sind, an dem sie ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, oder zu einem späteren in diesen Urkunden angegebenen Zeitpunkt.

Artikel 29

Verbot von Vorbehalten

Vorbehalte zu dieser Fassung sind nicht zulässig.

Artikel 30

Erklärungen der Vertragsparteien

(1) [Zeitpunkt für die Abgabe von Erklärungen] Eine Erklärung nach Artikel 4

icles 4(1)(b), 5(2)(a), 7(2), 11(1), 13(1), 14(3), 16(2) or 17(3)(c) may be made

- l'article 4.1)b), 5.2)a), 7.2), 11.1), 13.1), 14.3), 16.2) ou 17.3)c) peut être faite
- (i) at the time of the deposit of an instrument referred to in Article 27(2), in which case it shall become effective on the date on which the State or intergovernmental organization having made the declaration becomes bound by this Act, or
- (ii) after the deposit of an instrument referred to in Article 27(2), in which case it shall become effective three months after the date of its receipt by the Director General or at any later date indicated in the declaration but shall apply only in respect of any international registration whose date of international registration is the same as, or is later than, the effective date of the declaration.
- (2) [Declarations by States Having a Common Office] Notwithstanding paragraph (1), any declaration referred to in that paragraph that has been made by a State which has, with another State or other States, notified the Director General under Article 19(1) of the substitution of a common Office for their national Offices shall become effective only if that other State or those other States makes or make a corresponding declaration or corresponding declarations.
- (3) [Withdrawal of Declarations] Any declaration referred to in paragraph (1) may be withdrawn at any time by notification addressed to the Director General. Such withdrawal shall take effect three months after the date on which the Director General has received the notification or at any later date indicated in the notification. In the case of a declaration made under Article 7(2), the withdrawal shall not affect international applications filed prior to the coming into effect of the said withdrawal.

Article 31 Applicability of the 1934 and 1960 Acts

(1) [Relations Between States Party to Both This Act and the 1934 or 1960 Acts] This Act alone shall be applicable as regards the mutual relations of States party to both this Act and the 1934 Act or the 1960 Act. However, such States shall, in their mutual relations, apply the 1934 Act or the 1960 Act, as the case may be, to industrial designs deposited at the International Bureau prior to the date on which this Act becomes applicable as regards their mutual relations.

- i) au moment du dépôt d'un instrument visé à l'article 27.2), auquel cas elle prend effet à la date à laquelle l'État ou l'organisation intergouvernementale ayant fait la déclaration devient lié par le présent Acte, ou
- i) après le dépôt d'un instrument visé à l'article 27.2), auquel cas elle prend effet trois mois après la date de sa réception par le Directeur général ou à toute date ultérieure qui y est indiquée mais ne s'applique qu'aux enregistrements internationaux dont la date est identique ou postérieure à la date à laquelle elle a pris effet.
- 2) [Déclarations d'États ayant un office commun] Nonobstant l'alinéa 1), toute déclaration visée dans ledit alinéa qui a été faite par un État ayant, en même temps qu'un ou plusieurs autres États, notifié au Directeur général, en vertu de l'article 19.1), la substitution d'un office commun à leurs offices nationaux ne prend effet que si cet autre État ou ces autres États font une déclaration correspondante.
- 3) [Retrait de déclarations] Toute déclaration visée à l'alinéa 1) peut être retirée en tout temps par notification adressée au Directeur général. Un tel retrait prend effet trois mois après la date de réception de la notification par le Directeur général ou à toute date ultérieure indiquée dans la notification. Dans le cas d'une déclaration selon l'article 7.2), le retrait n'a pas d'incidence sur les demandes internationales déposées avant la prise d'effet dudit retrait.

Article 31 Applicabilité des Actes de 1934 et de 1960

1) [Relations entre les États parties à la fois au présent Acte et à l'Acte de 1934 ou à celui de 1960] Seul le présent Acte lie, dans leurs relations mutuelles, les États parties à la fois au présent Acte et à l'Acte de 1934 ou à l'Acte de 1960. Toutefois, lesdits États sont tenus d'appliquer, dans leurs relations mutuelles, les dispositions de l'Acte de 1934 ou celles de l'Acte de 1960, selon le cas, aux dessins et modèles déposés auprès du Bureau international antérieurement à la date à laquelle le présent Acte les lie dans leurs relations mutuelles.

Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a, Artikel 7 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 1, Artikel 13 Absatz 1, Artikel 14 Absatz 3, Artikel 16 Absatz 2 oder Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe c kann abgegeben werden

- zum Zeitpunkt der Hinterlegung einer in Artikel 27 Absatz 2 genannten Urkunde; in diesem Fall wird die Erklärung an dem Tag wirksam, von dem an der Staat oder die zwischenstaatliche Organisation, der oder die sie abgegeben hat, durch diese Fassung gebunden ist; oder
- ii) nach der Hinterlegung einer in Artikel 27 Absatz 2 genannten Urkunde; in diesem Fall wird die Erklärung drei Monate nach dem Tag ihres Eingangs beim Generaldirektor oder zu einem späteren, in ihr angegebenen Zeitpunkt wirksam, findet jedoch nur auf internationale Eintragungen Anwendung, deren Datum mit dem Tag des Wirksamwerdens der Erklärung zusammenfällt oder danach liegt.
- (2) [Erklärungen von Staaten mit einem gemeinsamen Amt] Ungeachtet des Absatzes 1 wird eine in Absatz 1 genannte Erklärung, die von einem Staat abgegeben wurde, der zusammen mit einem oder mehreren anderen Staaten dem Generaldirektor nach Artikel 19 Absatz 1 notifiziert hat, dass ein gemeinsames Amt an die Stelle ihrer nationalen Ämter tritt, nur dann wirksam, wenn jener andere Staat oder jene anderen Staaten eine entsprechende Erklärung abgeben.
- (3) [Rücknahme von Erklärungen] Eine in Absatz 1 genannte Erklärung kann jederzeit durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Diese Rücknahme wird drei Monate nach dem Tag, an dem der Generaldirektor die Notifikation erhält, oder zu einem späteren, in der Notifikation angegebenen Zeitpunkt wirksam. Im Fall einer Erklärung nach Artikel 7 Absatz 2 bleiben internationale Anmeldungen, die vor dem Wirksamwerden dieser Rücknahme eingereicht wurden, von der Rücknahme unberührt.

Artikel 31

Anwendbarkeit der Fassungen von 1934 und 1960

(1) [Beziehungen zwischen Staaten, die Vertragspartei sowohl dieser Fassung als auch der Fassung von 1934 oder 1960 sind] Staaten, die Vertragspartei sowohl dieser Fassung als auch der Fassung von 1934 oder der Fassung von 1960 sind, sind in ihren gegenseitigen Beziehungen allein durch diese Fassung gebunden. Diese Staaten wenden jedoch in ihren gegenseitigen Beziehungen die Fassung von 1934 beziehungsweise von 1960 auf solche Muster oder Modelle an, die beim Internationalen Büro vor dem Zeitpunkt hinterlegt worden sind, von dem an sie in ihren gegenseitigen Beziehungen durch diese Fassung gebunden sind.

- (2) [Relations Between States Party to Both This Act and the 1934 or 1960 Acts and States Party to the 1934 or 1960 Acts Without Being Party to This Act]
- (a) Any State that is party to both this Act and the 1934 Act shall continue to apply the 1934 Act in its relations with States that are party to the 1934 Act without being party to the 1960 Act or this Act.
- (b) Any State that is party to both this Act and the 1960 Act shall continue to apply the 1960 Act in its relations with States that are party to the 1960 Act without being party to this Act.

Article 32

Denunciation of This Act

- (1) [Notification] Any Contracting Party may denounce this Act by notification addressed to the Director General.
- (2) [Effective Date] Denunciation shall take effect one year after the date on which the Director General has received the notification or at any later date indicated in the notification. It shall not affect the application of this Act to any international application pending and any international registration in force in respect of the denouncing Contracting Party at the time of the coming into effect of the denunciation.

Article 33

Languages of This Act; Signature

- (1) [Original Texts; Official Texts]
- (a) This Act shall be signed in a single original in the English, Arabic, Chinese, French, Russian and Spanish languages, all texts being equally authentic
- (b) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in such other languages as the Assembly may designate.
- (2) [Time Limit for Signature] This Act shall remain open for signature at the headquarters of the Organization for one year after its adoption.

Article 34 Depositary

The Director General shall be the depositary of this Act.

- 2) [Relations entre les États parties à la fois au présent Acte et à l'Acte de 1934 ou à celui de 1960 et les États parties à l'Acte de 1934 ou à celui de 1960 qui ne sont pas parties au présent Acte]
- a) Tout État partie à la fois au présent Acte et à l'Acte de 1934 est tenu d'appliquer les dispositions de l'Acte de 1934 dans ses relations avec les États qui sont parties à l'Acte de 1934 sans être en même temps parties à l'Acte de 1960 ou au présent Acte.
- b) Tout État partie à la fois au présent Acte et à l'Acte de 1960 est tenu d'appliquer les dispositions de l'Acte de 1960 dans ses relations avec les États qui sont parties à l'Acte de 1960 sans être en même temps parties au présent Acte.

Article 32

Dénonciation du présent Acte

- 1) [Notification] Toute Partie contractante peut dénoncer le présent Acte par notification adressée au Directeur général.
- 2) [Prise d'effet] La dénonciation prend effet un an après la date à laquelle le Directeur général a reçu la notification ou à toute date ultérieure indiquée dans la notification. Elle n'a aucune incidence sur l'application du présent Acte aux demandes internationales qui sont en instance et aux enregistrements internationaux qui sont en vigueur, en ce qui concerne la Partie contractante en cause, au moment de la prise d'effet de la dénonciation.

Article 33

Langues du présent Acte; signature

- 1) [Textes originaux; textes officiels]
- a) Le présent Acte est signé en un seul exemplaire original en langues française, anglaise, arabe, chinoise, espagnole et russe, tous ces textes faisant également foi.
- b) Des textes officiels sont établis par le Directeur général, après consultation des gouvernements intéressés, dans les autres langues que l'Assemblée peut indiquer.
- Délai pour la signature] Le présent Acte reste ouvert à la signature au siège de l'Organisation pendant un an après son adoption.

Article 34 Dépositaire

Le Directeur général est le dépositaire du présent Acte.

- (2) [Beziehungen zwischen Staaten, die Vertragspartei sowohl dieser Fassung als auch der Fassung von 1934 oder 1960 sind, und Staaten, die Vertragspartei der Fassung von 1934 oder 1960, nicht aber dieser Fassung sind]
- a) Jeder Staat, der Vertragspartei sowohl dieser Fassung als auch der Fassung von 1934 ist, wendet in seinen Beziehungen zu Staaten, die Vertragspartei der Fassung von 1934, nicht aber der Fassung von 1960 oder dieser Fassung sind, weiterhin die Fassung von 1934 an.
- b) Jeder Staat, der Vertragspartei sowohl dieser Fassung als auch der Fassung von 1960 ist, wendet in seinen Beziehungen zu Staaten, die Vertragspartei der Fassung von 1960, nicht aber dieser Fassung sind, weiterhin die Fassung von 1960 an.

Artikel 32

Kündigung dieser Fassung

- (1) [Notifikation] Jede Vertragspartei kann diese Fassung durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen.
- (2) [Zeitpunkt des Wirksamwerdens] Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag, an dem die Notifikation beim Generaldirektor eingegangen ist, oder zu einem späteren, in der Notifikation angegebenen Zeitpunkt wirksam. Sie berührt nicht die Anwendung dieser Fassung auf die im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung anhängigen internationalen Anmeldungen oder in Kraft befindlichen internationalen Eintragungen in Bezug auf die kündigende Vertragspartei.

Artikel 33

Sprachen dieser Fassung, Unterzeichnung

- (1) [Urschriften; amtliche Texte]
- Diese Fassung wird in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
- Amtliche Texte werden vom Generaldirektor nach Konsultierung der betroffenen Regierungen in anderen Sprachen hergestellt, welche die Versammlung bestimmen kann.
- (2) [Unterzeichnungsfrist] Diese Fassung liegt nach ihrer Annahme ein Jahr lang am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung auf.

Artikel 34

Verwahrer

Der Generaldirektor ist Verwahrer dieser Fassung.

Gemeinsame Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934

(in der ab 1. Januar 2008 geltenden Fassung)

Common Regulations Under the 1999 Act, the 1960 Act and the 1934 Act of the Hague Agreement

(as in force on January 1, 2008)

Règlement d'exécution commun à l'Acte de 1999, l'Acte de 1960 et l'Acte de 1934 de l'Arrangement de La Haye

(en vigueur le 1^{er} janvier 2008)

(Übersetzung)

Table of Contents		Table des matières		Inhaltsverzeichnis	
Chapter 1:	General Provisions	Chapitre pro	emier: Dispositions générales	Kapitel 1:	Allgemeine Bestimmungen
Rule 1:	Definitions	Règle 1:	Définitions	Regel 1:	Begriffsbestimmungen
Rule 2:	Communication with the International Bureau	Règle 2:	Communications avec le Bureau international	Regel 2:	Nachrichten an das Internatio- nale Büro
Rule 3:	Representation Before the International Bureau	Règle 3:	Représentation devant le Bureau international	Regel 3:	Vertretung vor dem Internatio- nalen Büro
Rule 4:	Calculation of Time Limits	Règle 4:	Calcul des délais	Regel 4:	Berechnung der Fristen
Rule 5:	Irregularities in Postal and Delivery Services	Règle 5:	Perturbations dans le service postal et dans les entreprises d'acheminement du courrier	Regel 5:	Störungen im Post- und Zustelldienst
Rule 6:	Languages	Règle 6:	Langues	Regel 6:	Sprachen
Chapter 2:	International Applications and International Registrations	Chapitre 2:	Demande internationale et enregistrement international	Kapitel 2:	Internationale Anmeldungen und internationale Eintragungen
Rule 7:	Requirements Concerning the International Application	Règle 7:	Conditions relatives à la demande internationale	Regel 7:	Erfordernisse bezüglich der internationalen Anmeldung
Rule 8:	Special Requirements Concerning the Applicant	Règle 8:	Exigences spéciales concer- nant le déposant	Regel 8:	Besondere Erfordernisse bezüglich des Anmelders
Rule 9:	Reproductions of the Industrial Design	Règle 9:	Reproductions du dessin ou modèle industriel	Regel 9:	Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells
Rule 10:	Specimens of the Industrial Design Where Deferment of Publication Is Requested	Règle 10:	Spécimens du dessin industriel en cas de demande d'ajournement de la publication	Regel 10:	Musterabschnitte bei Antrag auf Aufschiebung der Ver- öffentlichung
Rule 11:	Identity of Creator; Description; Claim	Règle 11:	Identité du créateur; description; revendication	Regel 11:	Identität des Schöpfers; Beschreibung; Anspruch
Rule 12:	Fees Concerning the International Application	Règle 12:	Taxes relatives à la demande internationale	Regel 12:	Gebühren für die internationale Anmeldung

Rule 13:	International Application Filed Through an Office	Règle 13:	Demande internationale déposée par l'intermédiaire d'un Office	Regel 13:	Einreichung der internationalen Anmeldung über ein Amt ^a)
Rule 14:	Examination by the International Bureau	Règle 14:	Examen par le Bureau inter- national	Regel 14:	Prüfung durch das Internatio- nale Büro
Rule 15:	Registration of the Industrial Design in the International Register	Règle 15:	Inscription du dessin ou modèle industriel au registre international	Regel 15:	Eintragung des gewerblichen Musters oder Modells im inter- nationalen Register
Rule 16:	Deferment of Publication	Règle 16:	Ajournement de la publication	Regel 16:	Aufschiebung der Veröffent- lichung
Rule 17:	Publication of the International Registration	Règle 17:	Publication de l'enregistrement international	Regel 17:	Veröffentlichung der internatio- nalen Eintragung
Chapter 3:	Refusals and Invalidations	Chapitre 3:	Refus et invalidations	Kapitel 3:	Schutzverweigerungen und Ungültigerklärungen
Rule 18:	Notification of Refusal	Règle 18:	Notification de refus	Regel 18:	Mitteilung über die Schutzverweigerung
Rule 19:	Irregular Refusals	Règle 19:	Refus irréguliers	Regel 19:	Nicht vorschriftsmäßige Schutz- verweigerungen
Rule 20:	Invalidation in Designated Contracting Parties	Règle 20:	Invalidation dans les parties contractantes désignées	Regel 20:	Ungültigerklärung in benannten ^b) Vertragsparteien
Chapter 4:	Changes and Corrections	Chapitre 4:	Modifications et rectifications	Kapitel 4:	Änderungen und Berichtigungen
Rule 21:	Recording of a Change	Règle 21:	Inscription d'une modification	Regel 21:	Eintragung einer Änderung
Rule 22:	Corrections in the International Register	Règle 22:	Rectifications apportées au registre international	Regel 22:	Berichtigungen im internatio- nalen Register
Chapter 5:	Renewals	Chapitre 5:	Renouvellements	Kapitel 5:	Erneuerungen
Rule 23:	Unofficial Notice of Expiry	Règle 23:	Avis officieux d'échéance	Regel 23:	Offiziöser Hinweis auf den Schutzablauf
Rule 24:	Details Concerning Renewal	Règle 24:	Précisions relatives au renouvellement	Regel 24:	Einzelheiten betreffend die Erneuerung
Rule 25:	Recording of the Renewal; Certificate	Règle 25:	Inscription du renouvelle- ment; certificat	Regel 25:	Eintragung der Erneuerung; Bescheinigung
Chapter 6:	Bulletin	Chapitre 6:	Bulletin	Kapitel 6:	Bulletin
Rule 26:	Bulletin	Règle 26:	Bulletin	Regel 26:	Bulletin ^c)

a) Anm. zur deutschen Übersetzung: In der Übersetzung der Fassung von 1960 wurde "office/administration" mit "Behörde" wiedergegeben. Das Wort "Amt" in dieser Ausführungsordnung verweist daher auf das Wort "Behörde", soweit die Fassung von 1960 betroffen ist.

b) Anm. zur deutschen Übersetzung: In der Übersetzung der Fassung von 1960 wurde "designated/désigné" mit "bezeichnet" wiedergegeben. Die Wörter "Benennung" und "benannt" in dieser Ausführungsordnung verweisen daher auf das Wort "bezeichnet", soweit die Fassung von 1960 betroffen ist.

c) Anm. zur deutschen Übersetzung: In der Übersetzung der Fassung von 1960 wurde "bulletin" mit "Mitteilungsblatt" wiedergegeben. Das Wort "Bulletin" in dieser Ausführungsordnung verweist daher auf das Wort "Mitteilungsblatt", soweit die Fassung von 1960 betroffen ist.

"1960 Act" means the Act signed at

The Hague on November 28, 1960,

Hague Agreement;

of the Hague Agreement;

Fassung des Haager Abkommens;

"Fassung von 1960" die am 28. November 1960 in Den Haag

unterzeichnete Fassung des Haager

Abkommens;

Chapter 7:	Food	Chapitre 7:	Taxas	Kapital 7:	Gebühren
·		'		·	
Rule 27:	Amounts and Payment of Fees	Règle 27:	Montants et paiement des taxes	Regel 27:	Gebührenbeträge und Zahlung der Gebühren
Rule 28:	Currency of Payments	Règle 28:	Monnaie de paiement	Regel 28:	Währung, in der die Zahlungen zu entrichten sind
Rule 29:	Crediting of Fees to the Accounts of the Contracting Parties Concerned	Règle 29:	Inscription du montant des taxes au crédit des parties contractantes concernées	Regel 29:	Gutschrift von Gebühren auf den Konten der betroffenen Vertragsparteien
Chapter 8:	International Applications Governed Exclusively or Partly by the 1934 Act and International Registrations Resulting Therefrom	Chapitre 8:	Demandes internationales régies exclusivement ou partiellement par l'Acte de 1934 et enregistrements internationaux qui en sont issus	Kapitel 8:	Internationale Anmeldungen, für die ausschließlich oder teil- weise die Fassung von 1934 maßgebend ist, und sich aus ihnen ergebende internationale Eintragungen
Rule 30:	Applicability of These Regulations to International Applications Governed Exclusively by the 1934 Act and International Registrations Resulting Therefrom	Règle 30:	Applicabilité du présent règlement d'exécution aux demandes internationales régies exclusivement par l'Acte de 1934 et aux enregistrements internationaux qui en sont issus	Regel 30:	Anwendbarkeit dieser Ausführungsordnung auf internationale Anmeldungen, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, und sich aus ihnen ergebende internationale Eintragungen
Rule 31:	Applicability of These Regulations to International Applications Governed Partly by the 1934 Act and International Registrations Resulting Therefrom	Règle 31:	Applicabilité du présent règlement d'exécution aux demandes internationales régies partiellement par l'Acte de 1934 et aux enregistrements internationaux qui en sont issus	Regel 31:	Anwendbarkeit dieser Ausführungsordnung auf internationale Anmeldungen, für die teilweise die Fassung von 1934 maßgebend ist, und sich aus ihnen ergebende internationale Eintragungen
Chapter 9:	Miscellaneous	Chapitre 9:	Dipositions diverses	Kapitel 9:	Verschiedenes
Rule 32:	Extracts, Copies and Information Concerning Published International Registrations	Règle 32:	Extraits, copies et renseigne- ments concernant les enre- gistrements internationaux publiés	Regel 32:	Auszüge, Kopien und Auskünfte zu veröffentlichten internationalen Eintragungen
Rule 33:	Amendment of Certain Rules	Règle 33:	Modification de certaines règles	Regel 33:	Änderung bestimmter Regeln
Rule 34:	Administrative Instructions	Règle 34:	Instructions administratives	Regel 34:	Verwaltungsvorschriften
Rule 35:	Declarations Made by Contracting Parties to the 1999 Act	Règle 35:	Déclarations faites par les parties contractantes à l'Acte de 1999	Regel 35:	Erklärungen der Vertrags- parteien der Fassung von 1999
Rule 36:	Declarations Made by Contracting Parties to the 1960 Act	Règle 36:	Déclarations faites par les parties contractantes à l'Acte de 1960	Regel 36:	Erklärungen der Vertrags- parteien der Fassung von 1960
Chapter 1		Chapitre premier		Kapitel 1	
General Provisions		Dispositions générales		Allgemeine Bestimmungen	
Rule 1		Règle 1		Regel 1	
Definitions		Définitions		Begriffsbestimmungen	
(1) [Abbreviated Expressions] For the purposes of these Regulations,		1) [Expressions abrégées] Aux fins du présent règlement d'exécution, il faut entendre par		(1) [Kurzbezeichnungen] Im Sinne dieser Ausführungsordnung bedeutet	
(i) "1999 Act" means the Act signed at Geneva on July 2, 1999, of the		i) «Acte de 1999», l'Acte signé à Ge- nève le 2 juillet 1999 de l'Arrange- ment de la Have:		i) "Fassung von 1999" die am 2. Juli 1999 in Genf unterzeichnete Fassung des Haager Abkommens:	

«Acte de 1960», l'Acte signé à

La Haye le 28 novembre 1960 de

l'Arrangement de La Haye;

ment de La Haye;

ii)

- (iii) "1934 Act" means the Act signed at London on June 2, 1934, of the Hague Agreement;
- (iv) an expression which is used in these Regulations and is referred to in Article 1 of the 1999 Act has the same meaning as in that Act;
- (v) "Administrative Instructions" means the Administrative Instructions referred to in Rule 34;
- (vi) "communication" means any international application or any request, declaration, invitation, notification or information relating to or accompanying an international application or an international registration that is addressed to the Office of a Contracting Party, the International Bureau, the applicant or the holder by means permitted by these Regulations or the Administrative Instructions;
- (vii) "official form" means a form established by the International Bureau or any form having the same contents and format;
- (viii) "International Classification" means the Classification established under the Locarno Agreement Establishing an International Classification for Industrial Designs;
- (ix) "prescribed fee" means the applicable fee set out in the Schedule of Fees;
- (x) "Bulletin" means the periodical bulletin in which the International Bureau effects the publications provided for in the 1999 Act, the 1960 Act, the 1934 Act or these Regulations, whatever the medium used;
- (xi) "Contracting Party designated under the 1999 Act" means a designated Contracting Party in respect of which the 1999 Act is applicable, either as the only common Act to which that designated Contracting Party and the applicant's Contracting Party are bound, or by virtue of Article 31(1), first sentence, of the 1999 Act:
- (xii) "Contracting Party designated under the 1960 Act" means a designated Contracting Party in respect of which the 1960 Act is applicable, either as the only common Act to which that designated Contracting Party and the State of origin referred to in Article 2 of the 1960 Act are bound, or

- iii) «Acte de 1934», l'Acte signé à Londres le 2 juin 1934 de l'Arrangement de La Haye;
- iv) une expression utilisée dans le présent règlement d'exécution et qui est définie à l'article premier de l'Acte de 1999 a le même sens que dans cet Acte;
- v) «instructions administratives» s'entend des instructions administratives visées à la règle 34;
- vi) «communication» s'entend de toute demande internationale ou de toute requête, déclaration, invitation, notification ou information relative ou jointe à une demande internationale ou à un enregistrement international qui est adressée à l'Office d'une partie contractante, au Bureau international, au déposant ou au titulaire par tout moyen autorisé par le présent règlement d'exécution ou les instructions administratives;
- vii) «formulaire officiel» s'entend d'un formulaire établi par le Bureau international ou de tout formulaire ayant le même contenu et la même présentation;
- viii) «classification internationale» s'entend de la classification établie en vertu de l'Arrangement de Locarno instituant une classification internationale pour les dessins et modèles industriels:
- ix) «taxe prescrite» s'entend de la taxe applicable indiquée dans le barème des taxes
- «bulletin» s'entend du bulletin périodique dans lequel le Bureau international effectue les publications prévues dans l'Acte de 1999, dans l'Acte de 1960, dans l'Acte de 1934 ou dans le présent règlement d'exécution, quel que soit le support utilisé:
- xi) «partie contractante désignée en vertu de l'Acte de 1999» s'entend d'une partie contractante désignée à l'égard de laquelle l'Acte de 1999 est applicable, soit parce qu'il s'agit du seul Acte commun auquel cette partie contractante désignée et la partie contractante du déposant sont liées, soit par application de l'article 31.1), première phrase, de l'Acte de 1999;
- xii) «partie contractante désignée en vertu de l'Acte de 1960» s'entend d'une partie contractante désignée à l'égard de laquelle l'Acte de 1960 est applicable, soit parce qu'il s'agit du seul Acte commun auquel cette partie contractante désignée et l'État d'origine visé à l'article 2 de l'Acte

- ii) "Fassung von 1934" die am 2. Juni 1934 in London unterzeichnete Fassung des Haager Abkommens;
- ein Ausdruck, der in dieser Ausführungsordnung verwendet wird und Gegenstand einer Begriffsbestimmung in Artikel 1 der Fassung von 1999 ist, dasselbe wie in jener Fassung;
- v) "Verwaltungsvorschriften" die in Regel 34 genannten Verwaltungsvorschriften:
- "Nachricht" eine internationale Anmeldung oder einen Antrag, eine Erklärung, eine Aufforderung, eine Mitteilung beziehungsweise Notifikation oder eine Information, der beziehungsweise die sich auf eine internationale Anmeldung oder eine internationale Eintragung bezieht oder einer solchen beigefügt ist und in einer nach dieser Ausführungsordnung oder den Verwaltungsvorschriften zulässigen Weise an das Amt einer Vertragspartei, das Internationale Büro, den Anmelder oder den Inhaber gesendet wird;
- vii) "amtliches Formblatt" ein vom Internationalen Büro erstelltes Formblatt oder jedes Formblatt gleichen Inhalts und Formats;
- viii) "Internationale Klassifikation" die durch das Abkommen von Locarno zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle geschaffene Klassifikation:
- ix) "vorgeschriebene Gebühr" die im Gebührenverzeichnis festgesetzte geltende Gebühr:
- "Bulletin" das regelmäßig erscheinende Bulletin, in dem das Internationale Büro die Veröffentlichungen nach der Fassung von 1999, 1960 oder 1934 oder nach dieser Ausführungsordnung vornimmt, unabhängig von dem benutzten Medium;
- i) "nach der Fassung von 1999 benannte Vertragspartei" eine benannte Vertragspartei, in Bezug auf
 die die Fassung von 1999 Anwendung findet, und zwar entweder, weil
 dies die einzige gemeinsame Fassung ist, durch die diese benannte
 Vertragspartei und die Vertragspartei
 des Anmelders gebunden sind, oder
 aufgrund des Artikels 31 Absatz 1
 Satz 1 der Fassung von 1999;
- xii) "nach der Fassung von 1960 benannte Vertragspartei" eine benannte Vertragspartei, in Bezug auf
 die die Fassung von 1960 Anwendung findet, und zwar entweder, weil
 dies die einzige gemeinsame Fassung ist, durch die diese benannte
 Vertragspartei und der Ursprungs-

by virtue of Article 31(1), first sentence, of the 1960 Act;

- (xiii) "Contracting Party designated under the 1934 Act" means a designated Contracting Party in respect of which the 1934 Act is applicable, as the only common Act to which that designated Contracting Party and the contracting country referred to in Article 1 of the 1934 Act are bound;
- (xiv) "international application governed exclusively by the 1999 Act" means an international application in respect of which all designated Contracting Parties are Contracting Parties designated under the 1999 Act;
- (xv) "international application governed exclusively by the 1960 Act" means an international application in respect of which all designated Contracting Parties are Contracting Parties designated under the 1960 Act;
- (xvi) "international application governed exclusively by the 1934 Act" means an international application in respect of which all designated Contracting Parties are Contracting Parties designated under the 1934 Act;
- (xvii) "international application governed by both the 1999 Act and the 1960 Act" means an international application in respect of which
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1999 Act,
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1960 Act, and
 - no Contracting Party has been designated under the 1934 Act;
- (xviii) "international application governed by both the 1999 Act and the 1934 Act" means an international application in respect of which
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1999 Act.
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1934 Act, and
 - no Contracting Party has been designated under the 1960 Act;

de 1960 sont liés, soit par application de l'article 31.1), première phrase, de l'Acte de 1960;

- viii) «partie contractante désignée en vertu de l'Acte de 1934» s'entend d'une partie contractante désignée à l'égard de laquelle l'Acte de 1934 est applicable, celui-ci étant le seul Acte commun auquel cette partie contractante désignée et le pays contractant visé à l'article premier de l'Acte de 1934 sont liés;
- xiv) «demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1999» s'entend d'une demande internationale à l'égard de laquelle toutes les parties contractantes désignées sont des parties contractantes désignées en vertu de l'Acte de 1999;
- xv) «demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1960» s'entend d'une demande internationale à l'égard de laquelle toutes les parties contractantes désignées sont des parties contractantes désignées en vertu de l'Acte de 1960;
- xvi) «demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934» s'entend d'une demande internationale à l'égard de laquelle toutes les parties contractantes désignées sont des parties contractantes désignées en vertu de l'Acte de 1934;
- xvii) «demande internationale régie à la fois par l'Acte de 1999 et l'Acte de 1960» s'entend d'une demande internationale à l'égard de laquelle
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1999,
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1960, et
 - aucune partie contractante n'a été désignée en vertu de l'Acte de 1934;
- xviii) «demande internationale régie à la fois par l'Acte de 1999 et l'Acte de 1934» s'entend d'une demande internationale à l'égard de laquelle
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1999.
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1934, et
 - aucune partie contractante n'a été désignée en vertu de l'Acte de 1960;

staat nach Artikel 2 der Fassung von 1960 gebunden sind, oder aufgrund des Artikels 31 Absatz 1 Satz 1 der Fassung von 1960;

- xiii) "nach der Fassung von 1934 benannte Vertragspartei" eine benannte Vertragspartei, in Bezug auf
 die die Fassung von 1934 Anwendung findet, weil dies die einzige
 gemeinsame Fassung ist, durch die
 die benannte Vertragspartei und das
 vertragschließende Land nach Artikel 1 der Fassung von 1934 gebunden sind;
- xiv) "internationale Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1999 maßgebend ist," eine internationale Anmeldung, bei der alle benannten Vertragsparteien nach der Fassung von 1999 benannte Vertragsparteien sind:
- xv) "internationale Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1960 maßgebend ist," eine internationale Anmeldung, bei der alle benannten Vertragsparteien nach der Fassung von 1960 benannte Vertragsparteien sind;
- xvi) "internationale Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist," eine internationale Anmeldung, bei der alle benannten Vertragsparteien nach der Fassung von 1934 benannte Vertragsparteien sind:
- xvii) "internationale Anmeldung, für die sowohl die Fassung von 1999 als auch die Fassung von 1960 maßgebend ist," eine internationale Anmeldung, bei der
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1999,
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1960 und
 - keine Vertragspartei nach der Fassung von 1934

benannt worden ist;

- xviii) "internationale Anmeldung, für die sowohl die Fassung von 1999 als auch die Fassung von 1934 maßgebend ist," eine internationale Anmeldung, bei der
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1999,
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1934 und
 - keine Vertragspartei nach der Fassung von 1960

benannt worden ist;

- (xix) "international application governed by both the 1960 Act and the 1934 Act" means an international application in respect of which
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1960 Act.
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1934 Act, and
 - no Contracting Party has been designated under the 1999 Act;
- (xx) "international application governed by the 1999 Act, the 1960 Act and the 1934 Act" means an international application in respect of which
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1999 Act,
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1960 Act, and
 - at least one Contracting Party has been designated under the 1934 Act.
- (2) [Correspondence Between Some Expressions Used in the 1999 Act, the 1960 Act and the 1934 Act] For the purposes of these Regulations,
- reference to "international application" or "international registration" shall be deemed, where appropriate, to include a reference to "international deposit" as referred to in the 1960 Act and the 1934 Act;
- (ii) reference to "applicant" or "holder" shall be deemed, where appropriate, to include a reference to, respectively, "depositor" or "owner" as referred to in the 1960 Act and the 1934 Act;
- (iii) reference to "Contracting Party" shall be deemed, where appropriate, to include a reference to a State party to the 1960 Act or to a country party to the 1934 Act:
- (iv) reference to "Contracting Party whose Office is an examining Office" shall be deemed, where appropriate, to include a reference to "State having a novelty

- xix) «demande internationale régie à la fois par l'Acte de 1960 et l'Acte de 1934» s'entend d'une demande internationale à l'égard de laquelle
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1960.
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1934, et
 - aucune partie contractante n'a été désignée en vertu de l'Acte de 1999:
- xx) «demande internationale régie par l'Acte de 1999, l'Acte de 1960 et l'Acte de 1934» s'entend d'une demande internationale à l'égard de laquelle
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1999,
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1960, et
 - au moins une partie contractante a été désignée en vertu de l'Acte de 1934.
- 2) [Correspondance entre certaines expressions utilisées dans l'Acte de 1999, l'Acte de 1960 et l'Acte de 1934] Aux fins du présent règlement d'exécution,
- i) une référence aux expressions «demande internationale» ou «enregistrement international» est réputée inclure, le cas échéant, une référence à l'expression «dépôt international» visée à l'Acte de 1960 et à l'Acte de 1934;
- ii) une référence aux termes «déposant» et «titulaire» est réputée inclure, le cas échéant, une référence aux termes «déposant» et «titulaire» visés à l'Acte de 1960 et à l'Acte de 1934;1)
- iii) une référence à l'expression «partie contractante» est réputée inclure, le cas échéant, une référence à un Etat partie à l'Acte de 1960 ou à un pays partie à l'Acte de 1934;
- iv) une référence à l'expression «partie contractante dont l'Office est un Office procédant à un examen» est réputée inclure, le cas échéant, une référence à
- 1) Cette disposition se justifie par le fait que, dans la version anglaise des textes, la terminologie utilisée à l'égard des concepts concernés est différente selon l'Acte de 1999 d'une part, et les Actes de 1960 et de 1934 d'autre part (respectivement, «applicant» et «holder», et «depositor» et «owner»).

- xix) "internationale Anmeldung, für die sowohl die Fassung von 1960 als auch die Fassung von 1934 maßgebend ist," eine internationale Anmeldung, bei der
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1960,
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1934 und
 - keine Vertragspartei nach der Fassung von 1999

benannt worden ist;

- xx) "internationale Anmeldung, für die die Fassungen von 1999, 1960 und 1934 maßgebend sind," eine internationale Anmeldung, bei der
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1999,
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1960 und
 - mindestens eine Vertragspartei nach der Fassung von 1934

benannt worden ist.

- (2) [Entsprechung einiger in den Fassungen von 1999, 1960 und 1934 verwendeter Ausdrücke] Im Sinne dieser Ausführungsordnung
- i) gilt eine Bezugnahme auf "internationale Anmeldung" oder "internationale Eintragung" gegebenenfalls zugleich als Bezugnahme auf "internationale Hinterlegung" nach den Fassungen von 1960 und 1934;
- ii) gilt eine Bezugnahme auf "Anmelder" oder auf "Inhaber" gegebenenfalls zugleich als Bezugnahme auf "Hinterleger" beziehungsweise "Inhaber" nach den Fassungen von 1960 und 1934;1)
- iii) gilt eine Bezugnahme auf "Vertragspartei" gegebenenfalls zugleich als Bezugnahme auf einen Vertragsstaat der Fassung von 1960 oder auf ein Land, das Vertragspartei der Fassung von 1934 ist;
- iv) gilt eine Bezugnahme auf "Vertragspartei, deren Amt ein prüfendes Amt ist," gegebenenfalls zugleich als Bezugnahme auf "Staat mit Neuheits-

 [[]Übersetzung der Fußnote im französischen Wortlaut:] Diese Bestimmung ist dadurch begründet, dass im englischen Wortlaut die für die betreffenden Begriffe verwendete Terminologie zwischen der Fassung von 1999 einerseits und den Fassungen von 1960 und 1934 andererseits unterschiedlich ist ("applicant" und "holder" einerseits und "depositor" und "owner" andererseits).

- examination" as defined in Article 2 of the 1960 Act;
- (v) reference to "individual designation fee" shall be deemed, where appropriate, to include a reference to the fee mentioned in Article 15(1)2(b) of the 1960 Act;
- (vi) reference to "renewal" shall be deemed, where appropriate, to include a reference to "prolongation" referred to in the 1934 Act.

Communication with the International Bureau

Communications addressed to the International Bureau shall be effected as specified in the Administrative Instructions.

Rule 3

Representation Before the International Bureau

- (1) [Representative; Number Representatives]
- (a) The applicant or the holder may have a representative before the International Bureau.
- (b) Only one representative may be appointed in respect of a given international application or international registration. Where the appointment indicates several representatives, only the one indicated first shall be considered to be a representative and be recorded as such.
- (c) Where a partnership or firm composed of attorneys or patent or trademark agents has been indicated as representative to the International Bureau, it shall be regarded as one representative.
 - (2) [Appointment of the Representative]
- (a) The appointment of a representative may be made in the international application, provided that the application is signed by the applicant.
- (b) The appointment of a representative may also be made in a separate communication which may relate to one or more specified international applications or international registrations of the same applicant or holder. The said communication shall be signed by the applicant or the holder.
- (c) Where the International Bureau considers that the appointment of a representative is irregular, it shall notify accordingly the applicant or holder and the purported representative.
- (3) [Recording and Notification of Appointment of a Representative; Effective Date of Appointment]

- l'expression «Etat procédant à un examen de nouveauté» telle que définie à l'article 2 de l'Acte de 1960:
- v) une référence à l'expression «taxe de désignation individuelle» est réputée inclure, le cas échéant, une référence à la taxe mentionnée à l'article 15.1)2b) de l'Acte de 1960;
- vi) une référence au terme «renouvellement» est réputée inclure, le cas échéant, une référence au terme «prolongation» visée à l'Acte de 1934.

Règle 2

Communications avec

Les communications adressées au Bureau international doivent être effectuées selon les modalités spécifiées dans les instructions administratives.

Règle 3

Représentation devant le Bureau international

- 1) [Mandataire; nombre de mandataires]
- a) Le déposant ou le titulaire peut constituer un mandataire auprès du Bureau international.
- b) Il ne peut être constitué qu'un seul mandataire pour une demande internationale donnée ou un enregistrement international donné. Lorsque plusieurs mandataires sont indiqués dans l'acte de constitution, seul celui qui est indiqué en premier lieu est considéré comme mandataire et inscrit comme tel
- c) Lorsqu'un cabinet ou un bureau d'avocats, ou de conseils en brevets ou en marques, a été indiqué au Bureau international comme mandataire, il est considéré comme étant un seul mandataire.
 - 2) [Constitution de mandataire]
- La constitution de mandataire peut être faite dans la demande internationale, à condition que la demande soit signée par le déposant.
- b) La constitution de mandataire peut aussi être faite dans une communication distincte qui peut se rapporter à une ou plusieurs demandes internationales spécifiées ou à un ou plusieurs enregistrements internationaux spécifiés du même déposant ou titulaire. Cette communication doit être signée par le déposant ou le titulaire.
- c) Lorsque le Bureau international considère que la constitution de mandataire est irrégulière, il le notifie au déposant ou au titulaire et au mandataire présumé.
- 3) [Inscription et notification de la constitution de mandataire; date de prise d'effet de la constitution de mandataire]

- prüfung" im Sinne der Begriffsbestimmung in Artikel 2 der Fassung von 1960:
- v) gilt eine Bezugnahme auf "individuelle Benennungsgebühr" gegebenenfalls zugleich als Bezugnahme auf die in Artikel 15 Absatz 1 Ziffer 2 Buchstabe b der Fassung von 1960 genannte Gebühr;
- vi) gilt eine Bezugnahme auf "Erneuerung" gegebenenfalls zugleich als Bezugnahme auf "Verlängerung" nach der Fassung von 1934.

Regel 2

Nachrichten an das Internationale Büro

An das Internationale Büro gerichtete Nachrichten sind in der in den Verwaltungsvorschriften angegebenen Weise zu übermitteln.

Regel 3

Vertretung vor dem Internationalen Büro

- (1) [Vertreter; Anzahl der Vertreter]
- a) Der Anmelder oder der Inhaber kann sich durch einen Vertreter vor dem Internationalen Büro vertreten lassen.
- b) Für eine bestimmte internationale Anmeldung oder eine bestimmte internationale Eintragung kann nur ein Vertreter bestellt werden. Werden in der Bestellung mehrere Vertreter angegeben, so gilt nur der zuerst genannte Vertreter als Vertreter und wird als solcher eingetragen.
- c) Ist eine Sozietät oder Kanzlei von Rechtsanwälten, Patentanwälten oder Markenanwälten als Vertreterin beim Internationalen Büro angegeben worden, so gilt diese als ein einziger Vertreter.
 - (2) [Bestellung des Vertreters]
- a) Die Bestellung eines Vertreters kann in der internationalen Anmeldung erfolgen, sofern die Anmeldung vom Anmelder unterzeichnet ist.
- b) Die Bestellung eines Vertreters kann auch in einer gesonderten Nachricht erfolgen, die sich auf eine oder mehrere bestimmte internationale Anmeldungen oder internationale Eintragungen desselben Anmelders oder Inhabers beziehen kann. Diese Nachricht ist vom Anmelder oder Inhaber zu unterzeichnen.
- c) Ist nach Auffassung des Internationalen Büros die Bestellung eines Vertreters nicht vorschriftsmäßig, so teilt es dies dem Anmelder oder Inhaber und dem vermeintlichen Vertreter mit.
- (3) [Eintragung der Bestellung eines Vertreters und Mitteilung darüber; Tag des Wirksamwerdens der Bestellung]

- (a) Where the International Bureau finds that the appointment of a representative complies with the applicable requirements, it shall record the fact that the applicant or holder has a representative, as well as the name and address of the representative, in the International Register. In such a case, the effective date of the appointment shall be the date on which the International Bureau received the international application or separate communication in which the representative is appoint-
- (b) The International Bureau shall notify the recording referred to in subparagraph (a) to both the applicant or holder and the representative.
- (4) [Effect of Appointment of a Representative]
- (a) Except where these Regulations expressly provide otherwise, the signature of a representative recorded under paragraph (3)(a) shall replace the signature of the applicant or holder.
- (b) Except where these Regulations expressly require that a communication be addressed to both the applicant or holder and the representative, the International Bureau shall address to the representative recorded under paragraph (3)(a) any communication which, in the absence of a representative, would have to be sent to the applicant or holder; any communication so addressed to the said representative shall have the same effect as if it had been addressed to the applicant or holder.
- (c) Any communication addressed to the International Bureau by the representative recorded under paragraph (3)(a) shall have the same effect as if it had been addressed to the said Bureau by the applicant or holder.
- (5) [Cancellation of Recording; Effective Date of Cancellation]
- (a) Any recording under paragraph (3)(a) shall be canceled where cancellation is requested in a communication signed by the applicant, holder or representative. The recording shall be canceled ex officio by the International Bureau where a new representative is appointed or where a change in ownership is recorded and no representative is appointed by the new holder of the international registration.
- (b) The cancellation shall be effective from the date on which the International Bureau receives the corresponding communication.
- (c) The International Bureau shall notify the cancellation and its effective date to the representative whose recording has been canceled and to the applicant or holder.

- a) Lorsque le Bureau international constate que la constitution d'un mandataire remplit les conditions applicables, il inscrit au registre international le fait que le déposant ou le titulaire a un mandataire, ainsi que le nom et l'adresse du mandataire. Dans ce cas, la date de prise d'effet de la constitution de mandataire est la date à laquelle le Bureau international a reçu la demande internationale ou la communication distincte dans laquelle le mandataire est constitué.
- b) Le Bureau international notifie l'inscription visée au sous-alinéa a) à la fois au déposant ou au titulaire et au mandataire
- 4) [Effets de la constitution de mandataire]
- a) Sauf disposition expresse contraire du présent règlement d'exécution, la signature d'un mandataire inscrit selon l'alinéa 3)a) remplace la signature du déposant ou du titulaire.
- b) Sauf lorsque le présent règlement d'exécution requiert expressément qu'une communication soit adressée à la fois au déposant ou au titulaire et au mandataire, le Bureau international adresse au mandataire inscrit selon l'alinéa 3)a) toute communication qui, en l'absence de mandataire, devrait être adressée au déposant ou au titulaire; toute communication ainsi adressée audit mandataire a les mêmes effets que si elle avait été adressée au déposant ou au titulaire.
- c) Toute communication adressée au Bureau international par le mandataire inscrit selon l'alinéa 3)a) a les mêmes effets que si elle lui avait été adressée par le déposant ou le titulaire.
- 5) [Radiation de l'inscription; date de prise d'effet de la radiation]
- a) Toute inscription faite en vertu de l'alinéa 3)a) est radiée lorsque la radiation est demandée au moyen d'une communication signée par le déposant, le titulaire ou le mandataire. L'inscription est radiée d'office par le Bureau international soit lorsqu'un nouveau mandataire est constitué, soit lorsqu'un changement de titulaire est inscrit et que le nouveau titulaire de l'enregistrement international n'a pas constitué de mandataire.
- La radiation prend effet à la date à laquelle le Bureau international reçoit la communication correspondante.
- c) Le Bureau international notifie la radiation et la date à laquelle elle prend effet au mandataire dont l'inscription a été radiée et au déposant ou au titulaire.

- Stellt das Internationale Büro fest, dass die Bestellung eines Vertreters den geltenden Erfordernissen entspricht, so trägt es die Tatsache, dass der Anmelder oder Inhaber einen Vertreter hat, sowie den Namen und die Anschrift des Vertreters im internationalen Register ein. In diesem Fall ist der Tag des Wirksamwerdens der Bestellung das Datum, an dem das Internationale Büro die internationale Anmeldung oder die gesonderte Nachricht, in welcher der Vertreter bestellt worden ist, erhalten hat.
- b) Das Internationale Büro teilt sowohl dem Anmelder oder Inhaber als auch dem Vertreter die Eintragung nach Buchstabe a mit.
- (4) [Wirkung der Bestellung eines Vertreters]
- a) Sofern diese Ausführungsordnung nicht ausdrücklich etwas anderes vorsieht, ersetzt die Unterschrift eines nach Absatz 3 Buchstabe a eingetragenen Vertreters die Unterschrift des Anmelders oder Inhabers.
- b) Sofern in dieser Ausführungsordnung nicht ausdrücklich eine Nachricht sowohl an den Anmelder oder Inhaber als auch an den Vertreter verlangt wird, richtet das Internationale Büro alle Nachrichten, die in Ermangelung eines Vertreters an den Anmelder oder Inhaber gesandt werden müssten, an den nach Absatz 3 Buchstabe a eingetragenen Vertreter; jede auf diese Weise an den genannten Vertreter gerichtete Nachricht hat dieselbe Wirkung wie eine an den Anmelder oder Inhaber gerichtete Nachricht.
- c) Jede von dem nach Absatz 3 Buchstabe a eingetragenen Vertreter an das Internationale Büro gerichtete Nachricht hat dieselbe Wirkung wie eine vom Anmelder oder Inhaber an dieses Büro gerichtete Nachricht.
- (5) [Löschung der Eintragung; Tag des Wirksamwerdens der Löschung]
- a) Jede Eintragung nach Absatz 3 Buchstabe a wird gelöscht, wenn die Löschung in einer vom Anmelder, Inhaber oder Vertreter unterzeichneten Nachricht beantragt wird. Die Eintragung wird vom Internationalen Büro von Amts wegen gelöscht, wenn ein neuer Vertreter bestellt wird oder wenn ein Inhaberwechsel eingetragen und vom neuen Inhaber der internationalen Eintragung kein Vertreter bestellt worden ist.
- b) Die Löschung ist ab dem Tag des Eingangs der entsprechenden Nachricht beim Internationalen Büro wirksam.
- c) Das Internationale Büro teilt dem Vertreter, dessen Eintragung gelöscht wurde, und dem Anmelder oder Inhaber die Löschung und den Tag des Wirksamwerdens der Löschung mit.

Calculation of Time Limits

- (1) [Periods Expressed in Years] Any period expressed in years shall expire, in the relevant subsequent year, in the month having the same name and on the day having the same number as the month and the day of the event from which the period starts to run, except that, where the event occurred on February 29 and in the relevant subsequent year February ends on the 28th, the period shall expire on February 28.
- (2) [Periods Expressed in Months] Any period expressed in months shall expire, in the relevant subsequent month, on the day which has the same number as the day of the event from which the period starts to run, except that, where the relevant subsequent month has no day with the same number, the period shall expire on the last day of that month.
- (3) [Periods Expressed in Days] The calculation of any period expressed in days shall start with the day following the day on which the relevant event occurred and shall expire accordingly.
- (4) [Expiry on a Day on Which the International Bureau or an Office Is Not Open to the Public] If a period expires on a day on which the International Bureau or the Office concerned is not open to the public, the period shall, notwithstanding paragraphs (1) to (3), expire on the first subsequent day on which the International Bureau or the Office concerned is open to the public.

Rule 5

Irregularities in Postal and Delivery Services

- (1) [Communications Sent Through a Postal Service] Failure by an interested party to meet a time limit for a communication addressed to the International Bureau and mailed through a postal service shall be excused if the interested party submits evidence showing, to the satisfaction of the International Bureau,
- (i) that the communication was mailed at least five days prior to the expiry of the time limit, or, where the postal service was, on any of the ten days preceding the day of expiry of the time limit, interrupted on account of war, revolution, civil disorder, strike, natural calamity, or other like reason, that the communication was mailed not later than five days after postal service was resumed,
- (ii) that the mailing of the communication was registered, or details of the mailing were recorded, by the postal service at the time of mailing, and

Règle 4

Calcul des délais

- 1) [Délais exprimés en années] Tout délai exprimé en années expire, dans l'année subséquente à prendre en considération, le mois portant le même nom et le jour ayant le même quantième que le mois et le jour de l'événement qui fait courir le délai; toutefois, si l'événement s'est produit un 29 février et que dans l'année subséquente à prendre en considération le mois de février compte 28 jours, le délai expire le 28 février.
- 2) [Délais exprimés en mois] Tout délai exprimé en mois expire, dans le mois sub-séquent à prendre en considération, le jour ayant le même quantième que le jour de l'événement qui fait courir le délai; toute-fois, si le mois subséquent à prendre en considération n'a pas de jour ayant le même quantième, le délai expire le dernier jour de ce mois.
- 3) [Délais exprimés en jours] Tout délai exprimé en jours commence à courir le jour suivant celui où l'événement considéré a lieu et expire en conséquence.
- 4) [Expiration d'un délai un jour où le Bureau international ou un Office n'est pas ouvert au public] Si un délai expire un jour où le Bureau international ou l'Office intéressé n'est pas ouvert au public, le délai expire, nonobstant les alinéas 1) à 3), le premier jour suivant où le Bureau international ou l'Office intéressé est ouvert au public.

Règle 5

Perturbations dans le service postal et dans les entreprises d'acheminement du courrier

- 1) [Communications envoyées par l'intermédiaire d'un service postal] L'inobservation, par une partie intéressée, d'un délai pour une communication adressée au Bureau international et expédiée par l'intermédiaire d'un service postal est excusée si la partie intéressée apporte la preuve, d'une façon satisfaisante pour le Bureau international, que
- i) la communication a été expédiée au moins cinq jours avant l'expiration du délai ou, lorsque le service postal a été interrompu lors de l'un quelconque des dix jours qui ont précédé la date d'expiration du délai pour raison de guerre, de révolution, de désordre civil, de grève, de calamité naturelle ou d'autres raisons semblables, la communication a été expédiée au plus tard cinq jours après la reprise du service postal, que
- ii) l'expédition de la communication a été effectuée par le service postal sous pli recommandé ou que les données relatives à l'expédition ont été enregistrées par le service postal au moment de l'expédition, et que,

Regel 4

Berechnung der Fristen

- (1) [Nach Jahren bemessene Fristen] Jede nach Jahren bemessene Frist endet im maßgeblichen folgenden Jahr in dem Monat, der dieselbe Bezeichnung, und an dem Tag, der dieselbe Zahl trägt wie der Monat und der Tag des Ereignisses, mit dem die Frist zu laufen begann; hat sich das Ereignis jedoch am 29. Februar zugetragen und endet der Monat Februar des maßgeblichen folgenden Jahres am 28., so endet die Frist am 28. Februar.
- (2) [Nach Monaten bemessene Fristen] Jede nach Monaten bemessene Frist endet im maßgeblichen folgenden Monat an dem Tag, der dieselbe Zahl trägt wie der Tag des Ereignisses, mit dem die Frist zu laufen begann; hat der maßgebliche folgende Monat jedoch keinen Tag mit der entsprechenden Zahl, so endet die Frist am letzten Tag des betreffenden Monats.
- (3) [In Tagen bemessene Fristen] Jede in Tagen bemessene Frist beginnt an dem auf den Eintritt des betreffenden Ereignisses folgenden Tag zu laufen und endet entsprechend.
- (4) [Ablauf an einem Tag, an dem das Internationale Büro oder ein Amt für die Öffentlichkeit nicht geöffnet hat] Endet eine Frist an einem Tag, an dem das Internationale Büro oder das betreffende Amt für die Öffentlichkeit nicht geöffnet hat, so endet die Frist ungeachtet der Absätze 1 bis 3 am ersten darauf folgenden Tag, an dem das Internationale Büro oder das betreffende Amt für die Öffentlichkeit geöffnet hat.

Regel 5

Störungen im Post- und Zustelldienst

- (1) [Durch einen Postdienst übersandte Nachrichten] Versäumt ein Beteiligter, die Frist für eine Nachricht, die an das Internationale Büro gerichtet ist und durch einen Postdienst versandt wird, einzuhalten, so wird dies entschuldigt, wenn der Beteiligte dem Internationalen Büro überzeugend nachweist,
- i) dass die Nachricht mindestens fünf Tage vor Ablauf der Frist aufgegeben wurde oder, sofern der Postdienst an einem der letzten zehn Tage vor Ablauf der Frist infolge eines Krieges, einer Revolution, einer Störung der öffentlichen Ordnung, eines Streiks, einer Naturkatastrophe oder ähnlicher Ursachen unterbrochen war, dass die Nachricht nicht später als fünf Tage nach Wiederaufnahme des Postdienstes aufgegeben wurde,
- ii) dass die Nachricht mit Einschreiben aufgegeben wurde oder die Einzelheiten der Versendung zum Zeitpunkt der Aufgabe vom Postdienst eingetragen worden sind und

- (iii) in cases where not all classes of mail normally reach the International Bureau within two days of mailing, that the communication was mailed by a class of mail which normally reaches the International Bureau within two days of mailing or by airmail.
- (2) [Communications Sent Through a Delivery Service] Failure by an interested party to meet a time limit for a communication addressed to the International Bureau and sent through a delivery service shall be excused if the interested party submits evidence showing, to the satisfaction of the International Bureau,
- (i) that the communication was sent at least five days prior to the expiry of the time limit, or, where the delivery service was, on any of the ten days preceding the day of expiry of the time limit, interrupted on account of war, revolution, civil disorder, natural calamity, or other like reason, that the communication was sent not later than five days after the delivery service was resumed, and
- (ii) that details of the sending of the communication were recorded by the delivery service at the time of sending.
- (3) [Limitation on Excuse] Failure to meet a time limit shall be excused under this Rule only if the evidence referred to in paragraph (1) or (2) and the communication or a duplicate thereof are received by the International Bureau not later than six months after the expiry of the time limit.

Languages

- (1) [International Application] The international application shall be in English or French.
- (2) [Recording and Publication] The recording in the International Register and the publication in the Bulletin of the international registration and of any data to be both recorded and published under these Regulations in respect of that international registration shall be in English and French. The recording and publication of the international registration shall indicate the language in which the international application was received by the International Bureau.
- (3) [Communications] Any communication concerning an international application or the international registration resulting therefrom shall be

- iii) lorsque le courrier, dans certaines catégories, n'arrive normalement pas au Bureau international dans les deux jours suivant son expédition, la communication a été expédiée dans une catégorie de courrier qui parvient normalement au Bureau international dans les deux jours suivant l'expédition, ou l'a été par avion.
- 2) [Communications envoyées par l'intermédiaire d'une entreprise d'acheminement du courrier] L'inobservation, par une partie intéressée, d'un délai pour une communication adressée au Bureau international et envoyée par l'intermédiaire d'une entreprise d'acheminement du courrier est excusée si la partie intéressée apporte la preuve, d'une façon satisfaisante pour le Bureau international, que
- la communication a été envoyée au moins cinq jours avant l'expiration du délai ou, lorsque le fonctionnement de l'entreprise d'acheminement du courrier a été interrompu lors de l'un quelconque des dix jours qui ont précédé la date d'expiration du délai pour raison de guerre, de révolution, de désordre civil, de calamité naturelle ou d'autres raisons semblables, la communication a été envoyée au plus tard cinq jours après la reprise du fonctionnement de l'entreprise d'acheminement du courrier, et que
- ii) les données relatives à l'envoi de la communication ont été enregistrées par l'entreprise d'acheminement du courrier au moment de l'envoi.
- 3) [Limites à l'excuse] L'inobservation d'un délai n'est excusée en vertu de la présente règle que si la preuve visée à l'alinéa 1) ou 2) et la communication ou un double de celle-ci sont reçus par le Bureau international au plus tard six mois après l'expiration du délai.

Règle 6

Langues

- 1) [Demande internationale] La demande internationale doit être rédigée en français ou en anglais.
- 2) [Inscription et publication] L'inscription au registre international et la publication dans le bulletin de l'enregistrement international et de toutes données relatives à cet enregistrement international qui doivent faire l'objet à la fois d'une inscription et d'une publication en vertu du présent règlement d'exécution sont faites en français et en anglais. L'inscription et la publication de l'enregistrement international comportent l'indication de la langue dans laquelle le Bureau international a reçu la demande internationale.
- 3) [Communications] Toute communication relative à une demande internationale ou à l'enregistrement international qui en est issu doit être rédigée

- iii) in Fällen, in denen Sendungen nicht bei jeder Versandart üblicherweise innerhalb von zwei Tagen nach Aufgabe beim Internationalen Büro eingehen, dass die Nachricht in einer Versandart, mit der sie üblicherweise innerhalb von zwei Tagen nach Aufgabe beim Internationalen Büro eingeht, oder mit Luftpost befördert wurde.
- (2) [Durch einen Zustelldienst übersandte Nachrichten] Versäumt ein Beteiligter, die Frist für eine Nachricht, die an das Internationale Büro gerichtet ist und durch einen Zustelldienst übersandt wird, einzuhalten, so wird dies entschuldigt, wenn der Beteiligte dem Internationalen Büro überzeugend nachweist,
-) dass die Nachricht mindestens fünf Tage vor Ablauf der Frist abgesandt wurde oder, sofern der Zustelldienst an einem der letzten zehn Tage vor Ablauf der Frist infolge eines Krieges, einer Revolution, einer Störung der öffentlichen Ordnung, einer Naturkatastrophe oder ähnlicher Ursachen unterbrochen war, dass die Nachricht nicht später als fünf Tage nach Wiederaufnahme des Zustelldienstes abgesandt wurde und
- ii) dass die Einzelheiten der Versendung zum Zeitpunkt der Absendung vom Zustelldienst eingetragen worden sind.
- (3) [Einschränkung der Entschuldigung] Ein Fristversäumnis wird aufgrund dieser Regel nur entschuldigt, wenn der in Absatz 1 oder 2 bezeichnete Nachweis und die Nachricht oder eine Abschrift davon spätestens sechs Monate nach Ablauf der Frist beim Internationalen Büro eingehen.

Regel 6

Sprachen

- (1) [Internationale Anmeldung] Die internationale Anmeldung ist in Englisch oder Französisch abzufassen.
- (2) [Eintragung und Veröffentlichung] Die Eintragung im internationalen Register und die Veröffentlichung der internationalen Eintragung im Bulletin sowie die Eintragung und Bulletin-Veröffentlichung aller aufgrund dieser Ausführungsordnung sowohl einzutragenden als auch zu veröffentlichenden Angaben zu dieser internationalen Eintragung sind in Englisch und Französisch abzufassen. In der internationalen Eintragung und in ihrer Veröffentlichung ist die Sprache anzugeben, in der die internationale Anmeldung beim Internationalen Büro eingegangen ist.
- (3) [Nachrichten] Nachrichten bezüglich einer internationalen Anmeldung oder der sich aus der Anmeldung ergebenden internationalen Eintragung sind wie folgt abzufassen:

- in English or French where such communication is addressed to the International Bureau by the applicant or holder or by an Office;
- (ii) in the language of the international application where the communication is addressed by the International Bureau to an Office, unless that Office has notified the International Bureau that all such communications are to be in English or that all such communications are to be in French;
- (iii) in the language of the international application where the communication is addressed by the International Bureau to the applicant or holder unless the applicant or holder expresses the wish to receive all such communications in English although the international application was in French, or vice versa.
- (4) [Translation] The translations needed for the recordings and publications under paragraph (2) shall be made by the International Bureau. The applicant may annex to the international application a proposed translation of any text matter contained in the international application. If the proposed translation is not considered by the International Bureau to be correct, it shall be corrected by the International Bureau after having invited the applicant to make, within one month from the invitation, observations on the proposed corrections.

Chapter 2

International Applications and International Registrations

Rule 7

Requirements Concerning the International Application

- (1) [Form and Signature] The international application shall be presented on the official form. The international application shall be signed by the applicant.
- (2) [Fees] The prescribed fees applicable to the international application shall be paid as provided for in Rules 27 and 28.
- (3) [Mandatory Contents of the International Application] The international application shall contain or indicate
- the name of the applicant, given in accordance with the Administrative Instructions;
- (ii) the address of the applicant, given in accordance with the Administrative Instructions:
- (iii) the Contracting Party or Parties in respect of which the applicant fulfills the

- i) en français ou en anglais lorsque cette communication est adressée au Bureau international par le déposant ou le titulaire ou par un Office;
- ii) dans la langue de la demande internationale lorsque la communication est adressée par le Bureau international à un Office, à moins que cet Office n'ait notifié au Bureau international que toutes les communications de ce type doivent être rédigées en français ou qu'elles doivent l'être en anglais;
- iii) dans la langue de la demande internationale lorsque la communication est adressée par le Bureau international au déposant ou au titulaire, à moins que le déposant ou le titulaire n'indique qu'il désire recevoir toutes ces communications en français bien que la langue de la demande internationale soit l'anglais, ou inversement.
- 4) [Traduction] Les traductions qui sont nécessaires aux fins des inscriptions et publications effectuées en vertu de l'alinéa 2) sont établies par le Bureau international. Le déposant peut joindre à la demande internationale une proposition de traduction de tout texte contenu dans la demande internationale. Si le Bureau international considère que la traduction proposée n'est pas correcte, il la corrige après avoir invité le déposant à faire, dans un délai d'un mois à compter de l'invitation, des observations sur les corrections proposées.

Chapitre 2

Demande internationale et enregistrement international

Règle 7

Conditions relatives à la demande internationale

- 1) [Formulaire et signature] La demande internationale doit être présentée sur le formulaire officiel. La demande internationale doit être signée par le déposant.
- 2) [Taxes] Les taxes prescrites qui sont applicables à la demande internationale doivent être payées conformément aux règles 27 et 28.
- 3) [Contenu obligatoire de la demande internationale] La demande internationale doit contenir ou indiquer
- i) le nom du déposant, indiqué conformément aux instructions administratives;
- ii) l'adresse du déposant, indiquée conformément aux instructions administratives:
- ii) la ou les parties contractantes à l'égard desquelles le déposant remplit les

- in Englisch oder Französisch, wenn die Nachricht vom Anmelder oder Inhaber oder von einem Amt an das Internationale Büro gerichtet ist;
- ii) in der Sprache der internationalen Anmeldung, wenn die Nachricht vom Internationalen Büro an ein Amt gerichtet ist, es sei denn, dieses Amt hat dem Internationalen Büro mitgeteilt, dass alle derartigen Nachrichten in Englisch oder dass alle derartigen Nachrichten in Französisch abzufassen sind;
- iii) in der Sprache der internationalen Anmeldung, wenn die Nachricht vom Internationalen Büro an den Anmelder oder Inhaber gerichtet ist, es sei denn, der Anmelder oder Inhaber gibt an, dass er alle derartigen Nachrichten in Englisch zu erhalten wünscht, obwohl die internationale Anmeldung in Französisch abgefasst war, oder umgekehrt.
- (4) [Übersetzung] Die für die Eintragungen und Veröffentlichungen nach Absatz 2 erforderlichen Übersetzungen werden vom Internationalen Büro gefertigt. Der Anmelder kann der internationalen Anmeldung einen Übersetzungsvorschlag für jeden in der internationalen Anmeldung enthaltenen Text beifügen. Wird der Übersetzungsvorschlag vom Internationalen Büro nicht für richtig befunden, so wird er vom Internationalen Büro berichtigt, nachdem es den Anmelder aufgefordert hat, innerhalb eines Monats nach der Aufforderung zu den vorgeschlagenen Berichtigungen Stellung zu nehmen.

Kapitel 2

Internationale Anmeldungen und internationale Eintragungen

Regel 7

Erfordernisse bezüglich der internationalen Anmeldung

- (1) [Formblatt und Unterschrift] Die internationale Anmeldung ist auf dem amtlichen Formblatt einzureichen. Die internationale Anmeldung ist vom Anmelder zu unterschreiben.
- (2) [Gebühren] Die für die internationale Anmeldung geltenden vorgeschriebenen Gebühren sind nach den Regeln 27 und 28 zu entrichten.
- (3) [Zwingender Inhalt der internationalen Anmeldung] Die internationale Anmeldung muss Folgendes enthalten oder angeben:
- i) den nach den Verwaltungsvorschriften angegebenen Namen des Anmelders;
- ii) die nach den Verwaltungsvorschriften angegebene Anschrift des Anmelders;
- iii) die Vertragspartei oder -parteien, in Bezug auf die der Anmelder die Vor-

- conditions to be the holder of an international registration;
- (iv) the product or products which constitute the industrial design or in relation to which the industrial design is to be used, with an indication whether the product or products constitute the industrial design or are products in relation to which the industrial design is to be used; the product or products shall preferably be identified by using terms appearing in the list of goods of the International Classification;
- (v) the number of industrial designs included in the international application, which may not exceed 100, and the number of reproductions or specimens of the industrial designs accompanying the international application in accordance with Rule 9 or 10;
- (vi) the designated Contracting Parties;
- (vii) the amount of the fees being paid and the method of payment, or instructions to debit the required amount of fees to an account opened with the International Bureau, and the identification of the party effecting the payment or giving the instructions.
- (4) [Additional Mandatory Contents of an International Application]
- (a) With respect to Contracting Parties designated under the 1999 Act in an international application, that application shall contain, in addition to the indications referred to in paragraph (3)(iii), the indication of the applicant's Contracting Party.
- (b) Where a Contracting Party designated under the 1999 Act has notified the Director General, in accordance with Article 5(2)(a) of the 1999 Act, that its law requires one or more of the elements referred to in Article 5(2)(b) of the 1999 Act, the international application shall contain such element or elements, as prescribed in Rule 11.
- (c) Where Rule 8 applies, the international application shall contain the indications referred to in Rule 8(2) and, where applicable, be accompanied by the statement or document referred to in
- (5) [Optional Contents of an International Application]
- (a) An element referred to in item (i) or (ii) of Article 5(2)(b) of the 1999 Act or in Article 8(4)(a) of the 1960 Act may, at the option of the applicant, be included

- conditions pour être le titulaire d'un enregistrement international;
- iv) le ou les produits qui constituent le dessin ou modèle industriel ou en relation avec lesquels le dessin ou modèle industriel doit être utilisé, et préciser si le ou les produits constituent le dessin ou modèle industriel ou sont des produits en relation avec lesquels le dessin ou modèle industriel doit être utilisé; le ou les produits doivent être indiqués de préférence au moyen des termes figurant dans la liste des produits de la classification internationale;
- v) le nombre de dessins et modèles industriels inclus dans la demande internationale, qui ne peut dépasser 100, et le nombre de reproductions ou de spécimens des dessins ou modèles industriels accompagnant la demande internationale conformément à la règle 9 ou 10;
- vi) les parties contractantes désignées;
- vii) le montant des taxes payées et le mode de paiement, ou des instructions à l'effet de prélever le montant requis des taxes sur un compte ouvert auprès du Bureau international, et l'identité de l'auteur du paiement ou des instructions.
- 4) [Contenu supplémentaire obligatoire de la demande internationale]
- a) À l'égard des parties contractantes désignées en vertu de l'Acte de 1999 dans une demande internationale, cette demande doit contenir, en plus des indications visées à l'alinéa 3), l'indication de la partie contractante du déposant.
- b) Lorsqu'une partie contractante désignée en vertu de l'Acte de 1999 a notifié au Directeur général, conformément à l'article 5.2)a) de l'Acte de 1999, que sa législation exige un ou plusieurs des éléments visés à l'article 5.2)b) de l'Acte de 1999, la demande internationale doit contenir cet élément ou ces éléments, présentés de la manière prescrite à la règle 11.
- c) Lorsque la règle 8 s'applique, la demande internationale doit contenir les indications visées à la règle 8.2) et, selon le cas, être accompagnée de la déclaration ou du document visés dans cette règle.
- 5) [Contenu facultatif de la demande internationale]
- a) Tout élément visé au point i) ou ii) de l'article 5.2)b) de l'Acte de 1999 ou à l'article 8.4)a) de l'Acte de 1960 peut, au choix du déposant, être inclus dans

- aussetzungen dafür erfüllt, Inhaber einer internationalen Eintragung zu sein;
- iv) das Erzeugnis oder die Erzeugnisse, die das gewerbliche Muster oder Modell darstellen oder in Verbindung mit denen das gewerbliche Muster oder Modell verwendet werden soll; hierbei ist anzugeben, ob das Erzeugnis oder die Erzeugnisse das gewerbliche Muster oder Modell darstellen oder ob es sich um Erzeugnisse handelt, in Verbindung mit denen das gewerbliche Muster oder Modell verwendet werden soll; zur Bezeichnung des Erzeugnisses oder der Erzeugnisse sind vorzugsweise die Begriffe der Warenliste der Internationalen Klassifikation zu verwenden:
- v) die zu der internationalen Anmeldung gehörende Anzahl der gewerblichen Muster oder Modelle, die nicht mehr als 100 betragen darf, und die Anzahl der Wiedergaben der gewerblichen Muster oder Modelle oder der Musterabschnitte, die der internationalen Anmeldung nach Regel 9 oder 10 beigefügt sind;
- vi) die benannten Vertragsparteien;
- vii) den Betrag der entrichteten Gebühren und die Zahlungsweise oder den Auftrag zur Abbuchung des erforderlichen Gebührenbetrags von einem beim Internationalen Büro eröffneten Konto sowie die Bezeichnung des Einzahlers oder des Auftraggebers.
- (4) [Zusätzlicher zwingender Inhalt einer internationalen Anmeldung]
- a) In Bezug auf die nach der Fassung von 1999 in einer internationalen Anmeldung benannten Vertragsparteien muss diese Anmeldung zusätzlich zu den in Absatz 3 Ziffer iii genannten Angaben die Vertragspartei des Anmelders angeben.
- b) Hat eine nach der Fassung von 1999 benannte Vertragspartei dem Generaldirektor nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der Fassung von 1999 mitgeteilt, dass nach ihrem Recht einer oder mehrere der in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b der Fassung von 1999 genannten Bestandteile erforderlich sind, so muss die internationale Anmeldung diesen Bestandteil oder diese Bestandteile in der in Regel 11 vorgeschriebenen Weise enthalten.
- c) Findet Regel 8 Anwendung, so muss die internationale Anmeldung die Angaben nach Regel 8 Absatz 2 enthalten; gegebenenfalls ist die Erklärung oder das Schriftstück beizufügen, die in jener Regel genannt sind.
- (5) [Wahlweiser Inhalt einer internationalen Anmeldung]
- a) Ein in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer i oder ii der Fassung von 1999 oder in Artikel 8 Absatz 4 Buchstabe a der Fassung von 1960 genannter Be-

in the international application even where that element is not required in consequence of a notification in accordance with Article 5(2)(a) of the 1999 Act or in consequence of a requirement under Article 8(4)(a) of the 1960 Act.

- (b) Where the applicant has a representative, the international application shall state the name and address of the representative, given in accordance with the Administrative Instructions.
- (c) Where the applicant wishes, under Article 4 of the Paris Convention, to take advantage of the priority of an earlier filing, the international application shall contain a declaration claiming the priority of that earlier filing, together with an indication of the name of the Office where such filing was made and of the date and, where available, the number of that filing and, where the priority claim relates to less than all the industrial designs contained in the international application, the indication of those industrial designs to which the priority claim relates or does not relate.
- (d) Where the applicant wishes to take advantage of Article 11 of the Paris Convention, the international application shall contain a declaration that the product or products which constitute the industrial design or in which the industrial design is incorporated have been shown at an official or officially recognized international exhibition, together with the place where the exhibition was held and the date on which the product or products were first exhibited there and, where less than all the industrial designs contained in the international application are concerned, the indication of those industrial designs to which the declaration relates or does not relate.
- (e) Where the applicant wishes that publication of the industrial design be deferred, the international application shall contain a request for deferment of publication.
- (f) The international application may also contain any declaration, statement or other relevant indication as may be specified in the Administrative Instructions.
- (g) The international application may be accompanied by a statement that identifies information known by the applicant to be material to the eligibility

- la demande internationale même s'il n'est pas exigé en conséquence d'une notification faite conformément à l'article 5.2)a) de l'Acte de 1999 ou en conséquence d'une exigence selon l'article 8.4)a) de l'Acte de 1960.
- b) Lorsque le déposant a un mandataire, la demande internationale doit contenir les nom et adresse de celui-ci, indiqués conformément aux instructions administratives.
- Lorsque le déposant souhaite, en vertu de l'article 4 de la Convention de Paris, bénéficier de la priorité d'un dépôt antérieur, la demande internationale doit contenir une déclaration revendiquant la priorité de ce dépôt antérieur, assortie de l'indication du nom de l'Office auprès duquel il a été effectué ainsi que de la date et, s'il est disponible, du numéro de ce dépôt et, lorsque la revendication de priorité ne s'applique pas à l'ensemble des dessins et modèles industriels inclus dans la demande internationale, de l'indication de ceux auxquels elle s'applique ou ne s'applique pas.
- d) Lorsque le déposant souhaite se prévaloir de l'article 11 de la Convention de Paris, la demande internationale doit contenir une déclaration selon laquelle le ou les produits qui constituent ou incorporent le dessin ou modèle industriel ont figuré dans une exposition internationale officielle ou officiellement reconnue, ainsi que le lieu de l'exposition et la date à laquelle ce ou ces produits y ont été présentés pour la première fois; lorsque les dessins ou modèles industriels inclus dans la demande internationale ne sont pas tous concernés, la demande internationale doit indiquer ceux auxquels la déclaration s'applique ou ne s'applique pas.
- e) Lorsque le déposant souhaite que la publication du dessin ou modèle industriel soit ajournée, la demande internationale doit contenir une demande d'ajournement de la publication.
- f) La demande internationale peut aussi contenir toute déclaration, tout document ou toute autre indication pertinente que les instructions administratives peuvent spécifier.
- g) La demande internationale peut être accompagnée d'une déclaration indiquant les informations qui, à la connaissance du déposant, sont perti-

- standteil kann nach Wahl des Anmelders in die internationale Anmeldung aufgenommen werden, auch wenn dieser Bestandteil nicht aufgrund einer Mitteilung nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der Fassung von 1999 oder aufgrund eines Erfordernisses nach Artikel 8 Absatz 4 Buchstabe a der Fassung von 1960 erforderlich ist.
- b) Hat der Anmelder einen Vertreter bestellt, so muss die internationale Anmeldung den Namen und die Anschrift des Vertreters enthalten, angegeben nach den Verwaltungsvorschriften.
- Wünscht der Anmelder, sich aufgrund des Artikels 4 der Pariser Verbandsübereinkunft die Priorität einer früheren Hinterlegung zunutze zu machen, so muss die internationale Anmeldung eine Erklärung enthalten, in der die Priorität dieser früheren Hinterlegung in Anspruch genommen wird, zusammen mit der Angabe des Namens des Amtes, bei dem diese Hinterlegung erfolgte, des Datums und, soweit verfügbar, der Nummer dieser Hinterlegung sowie, wenn sich die Inanspruchnahme der Priorität nicht auf alle in der internationalen Anmeldung enthaltenen gewerblichen Muster oder Modelle bezieht, der gewerblichen Muster oder Modelle, auf die sich die Inanspruchnahme der Priorität bezieht oder nicht hezieht
- Wünscht der Anmelder, Artikel 11 der Pariser Verbandsübereinkunft in Anspruch zu nehmen, so muss die internationale Anmeldung eine Erklärung enthalten, der zufolge das Erzeugnis oder die Erzeugnisse, die das gewerbliche Muster oder Modell darstellen oder in denen das gewerbliche Muster oder Modell enthalten ist, bei einer amtlichen oder amtlich anerkannten internationalen Ausstellung zur Schau gestellt worden sind; zugleich sind der Ort und der Tag der erstmaligen Zurschaustellung des Erzeugnisses oder der Erzeugnisse anzugeben und, sofern es sich nicht um alle in der internationalen Anmeldung enthaltenen gewerblichen Muster oder Modelle handelt, diejenigen gewerblichen Muster oder Modelle, auf die sich die Erklärung bezieht oder nicht bezieht.
- e) Wünscht der Anmelder eine Aufschiebung der Veröffentlichung des gewerblichen Musters oder Modells, so muss die internationale Anmeldung einen Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung enthalten.
- f) Die internationale Anmeldung kann auch Erklärungen, Unterlagen oder andere einschlägige Angaben enthalten, die gegebenenfalls in den Verwaltungsvorschriften bezeichnet sind.
- g) Der internationalen Anmeldung kann eine Erklärung beigefügt sein, in der Informationen genannt werden, die nach Kenntnis des Anmelders für die

for protection of the industrial design concerned.

- (6) [No Additional Matter] If the international application contains any matter other than that required or permitted by the 1999 Act, the 1960 Act, the 1934 Act, these Regulations or the Administrative Instructions, the International Bureau shall delete it ex officio. If the international application is accompanied by any document other than those required or permitted, the International Bureau may dispose of the said document.
- (7) [All Products to Be in Same Class] All the products which constitute the industrial designs to which an international application relates, or in relation to which the industrial designs are to be used, shall belong to the same class of the International Classification.

Rule 8

Special Requirements Concerning the Applicant

- (1) [Notification of Special Requirements]
- (a) Where the law of a Contracting Party bound by the 1999 Act requires that an application for the protection of an industrial design be filed in the name of the creator of the industrial design, that Contracting Party may, in a declaration, notify the Director General of that fact.
- (b) The declaration referred to in subparagraph (a) shall specify the form and mandatory contents of any statement or document required for the purposes of paragraph (2).
- (2) [Identity of the Creator and Assignment of International Application] Where an international application contains the designation of a Contracting Party that has made the declaration referred to in paragraph (1),
- (i) it shall also contain indications concerning the identity of the creator of the industrial design, together with a statement, complying with the requirements specified in accordance with paragraph (1)(b), that the latter believes himself to be the creator of the industrial design; the person so identified as the creator shall be deemed to be the applicant for the purposes of the designation of that Contracting Party, irrespective of the person named as the applicant in accordance with Rule 7(3)(i);
- (ii) where the person identified as the creator is a person other than the person named as the applicant in accordance with Rule 7(3)(i), the international application shall be accompanied by

- nentes pour établir que le dessin ou modèle concerné satisfait aux conditions de protection.
- 6) [Exclusion d'éléments supplémentaires] Si la demande internationale contient des indications autres que celles qui sont requises ou autorisées par l'Acte de 1999, l'Acte de 1960, l'Acte de 1934, le présent règlement d'exécution ou les instructions administratives, le Bureau international les supprime d'office. Si la demande internationale est accompagnée de documents autres que ceux qui sont requis ou autorisés, le Bureau international peut s'en défaire.
- 7) [Tous les produits doivent appartenir à la même classe] Tous les produits qui constituent les dessins ou modèles industriels inclus dans la demande internationale, ou en relation avec lesquels ces dessins ou modèles doivent être utilisés, doivent appartenir à la même classe de la classification internationale.

Règle 8

Exigences spéciales concernant le déposant

- 1) [Notification des exigences spéciales]
- a) Lorsque la législation d'une partie contractante liée par l'Acte de 1999 exige qu'une demande de protection d'un dessin ou modèle industriel soit déposée au nom du créateur du dessin ou modèle, cette partie contractante peut notifier ce fait au Directeur général dans une déclaration.
- La déclaration visée au sous-alinéa a) doit préciser la forme et le contenu obligatoire de toute déclaration ou document exigé aux fins de l'alinéa 2).
- 2) [Identité du créateur et cession de la demande internationale] Lorsqu'une demande internationale contient la désignation d'une partie contractante qui a fait la déclaration visée à l'alinéa 1).
- i) elle doit aussi contenir des indications concernant l'identité du créateur du dessin ou modèle industriel, ainsi qu'une déclaration, conforme aux exigences énoncées en vertu de l'alinéa 1)b), selon laquelle celui-ci croit être le créateur du dessin ou modèle industriel; la personne ainsi indiquée comme étant le créateur est réputée être le déposant aux fins de la désignation de cette partie contractante, quelle que soit la personne indiquée comme étant le déposant en vertu de la règle 7.3)i);
- ii) si la personne indiquée comme étant le créateur n'est pas celle indiquée comme étant le déposant en vertu de la règle 7.3)i), la demande internationale doit être accompagnée d'une dé-

- Schutzfähigkeit des betreffenden gewerblichen Musters oder Modells von wesentlicher Bedeutung sind.
- (6) [Keine zusätzlichen Angaben] Enthält die internationale Anmeldung andere als die nach der Fassung von 1999, 1960 oder 1934, nach dieser Ausführungsordnung oder nach den Verwaltungsvorschriften erforderlichen oder zulässigen Angaben, so werden diese vom Internationalen Büro von Amts wegen gestrichen. Sind der internationalen Anmeldung andere als die erforderlichen oder zulässigen Unterlagen beigefügt, so kann das Internationale Büro diese Unterlagen beseitigen.
- (7) [Zugehörigkeit aller Erzeugnisse zu derselben Klasse] Alle Erzeugnisse, welche die gewerblichen Muster oder Modelle darstellen, auf die sich die internationale Anmeldung bezieht, oder in Verbindung mit denen die gewerblichen Muster oder Modelle verwendet werden sollen, müssen derselben Klasse der Internationalen Klassifikation angehören.

Regel 8

Besondere Erfordernisse bezüglich des Anmelders

- (1) [Mitteilung über besondere Erfordernisse]
- a) Sieht das Recht einer durch die Fassung von 1999 gebundenen Vertragspartei vor, dass Anträge auf Schutz gewerblicher Muster oder Modelle im Namen des Schöpfers des gewerblichen Musters oder Modells einzureichen sind, so kann diese Vertragspartei dem Generaldirektor dies in einer Erklärung mitteilen.
- b) In der Erklärung nach Buchstabe a werden die Form und der zwingende Inhalt von Erklärungen oder Unterlagen angegeben, die für die Zwecke des Absatzes 2 erforderlich sind.
- (2) [Identität des Schöpfers und Übertragung der internationalen Anmeldung] Enthält eine internationale Anmeldung die Benennung einer Vertragspartei, welche die Erklärung nach Absatz 1 abgegeben hat
- so muss sie auch Angaben zur Identität des Schöpfers des gewerblichen Musters oder Modells sowie eine Erklärung enthalten, die den nach Absatz 1 Buchstabe b angegebenen Erfordernissen entspricht und besagt, dass Letzterer der Schöpfer des gewerblichen Musters oder Modells zu sein glaubt; die so als Schöpfer identifizierte Person gilt für die Zwecke der Benennung dieser Vertragspartei als Anmelder, unabhängig davon, wer nach Regel 7 Absatz 3 Ziffer i als Anmelder genannt ist;
- ii) und ist die als Schöpfer identifizierte Person nicht die nach Regel 7 Absatz 3 Ziffer i als Anmelder genannte Person, so ist der internationalen Anmeldung eine Erklärung oder eine Unterlage bei-

a statement or document, complying with the requirements specified in accordance with paragraph (1)(b), to the effect that it has been assigned by the person identified as the creator to the person named as the applicant. The latter person shall be recorded as the holder of the international registration

Rule 9

Reproductions of the Industrial Design

- (1) [Form and Number of Reproductions of the Industrial Design]
- (a) Reproductions of the industrial design shall, at the option of the applicant, be in the form of photographs or other graphic representations of the industrial design itself or of the product or products which constitute the industrial design. The same product may be shown from different angles; views from different angles shall be included in different photographs or other graphic representations.
- (b) Any reproduction shall be submitted in the number of copies specified in the Administrative Instructions.
- (2) [Requirements Concerning Reproductions]
- (a) Reproductions shall be of a quality permitting all the details of the industrial design to be clearly distinguished and permitting publication.
- (b) Matter which is shown in a reproduction but for which protection is not sought may be indicated as provided for in the Administrative Instructions.
 - (3) [Views Required]
- (a) Subject to subparagraph (b), any Contracting Party bound by the 1999 Act which requires certain specified views of the product or products which constitute the industrial design or in relation to which the industrial design is to be used shall, in a declaration, so notify the Director General, specifying the views that are required and the circumstances in which they are required.
- (b) No Contracting Party may require more than one view where the industrial design or product is two-dimensional, or more than six views where the product is three-dimensional.
- (4) [Refusal on Grounds Relating to the Reproductions of the Industrial Design] A Contracting Party may not refuse the

claration ou d'un document, conforme aux exigences énoncées en vertu de l'alinéa 1)b), établissant qu'elle a été cédée par la personne indiquée comme étant le créateur à la personne indiquée comme étant le déposant. Cette dernière est inscrite comme titulaire de l'enregistrement international.

Règle 9

Reproductions du dessin ou modèle industriel

- 1) [Forme et nombre des reproductions du dessin ou modèle industriel]
- a) Les reproductions du dessin ou modèle industriel doivent consister, au choix du déposant, en des photographies ou d'autres représentations graphiques du dessin ou modèle industriel proprement dit ou du ou des produits qui le constituent. Le même produit peut être montré sous différents angles; des vues correspondant à différents angles doivent figurer sur des photographies ou autres représentations graphiques distinctes.
- Toute reproduction doit être remise en un nombre déterminé d'exemplaires spécifié dans les instructions administratives
- 2) [Conditions relatives aux reproductions]
- a) Les reproductions doivent être d'une qualité suffisante pour que tous les détails du dessin ou modèle industriel apparaissent nettement et pour qu'une publication soit possible.
- b) Les éléments qui figurent dans une reproduction mais qui ne font pas l'objet d'une demande de protection peuvent être indiqués de la façon prévue dans les instructions administratives.
 - 3) [Vues exigées]
- a) Sous réserve du sous-alinéa b), toute partie contractante liée par l'Acte de 1999 qui exige certaines vues précises du ou des produits qui constituent le dessin ou modèle industriel ou en relation avec lesquels le dessin ou modèle industriel doit être utilisé doit le notifier au Directeur général dans une déclaration, en spécifiant les vues qui sont exigées et les circonstances dans lesquelles elles le sont.
- b) Aucune partie contractante ne peut exiger plus d'une vue dans le cas d'un dessin industriel ou d'un produit à deux dimensions ou plus de six vues lorsque le produit est tridimensionnel.
- 4) [Refus pour des motifs relatifs aux reproductions du dessin ou modèle industriel] Une partie contractante ne peut pas

zufügen, die den nach Absatz 1 Buchstabe b angegebenen Erfordernissen entspricht und besagt, dass die internationale Anmeldung von der als Schöpfer identifizierten Person auf die als Anmelder genannte Person übertragen worden ist. Letztere Person wird als Inhaber der internationalen Eintragung registriert.

Regel 9

Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells

- (1) [Form und Anzahl der Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells]
- a) Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells sind nach Wahl des Anmelders in Form von Fotografien oder anderen grafischen Darstellungen des gewerblichen Musters oder Modells selbst oder des Erzeugnisses oder der Erzeugnisse einzureichen, die es darstellen. Ein und dasselbe Erzeugnis kann aus unterschiedlichen Blickwinkeln gezeigt werden; für Ansichten aus unterschiedlichen Blickwinkeln sind verschiedene Fotografien oder sonstige grafische Darstellungen zu verwenden.
- Alle Wiedergaben sind in der in den Verwaltungsvorschriften angegebenen Stückzahl einzureichen.
- (2) [Erfordernisse bezüglich der Wiedergaben]
- a) Die Qualität der Wiedergaben muss so gut sein, dass alle Einzelheiten des gewerblichen Musters oder Modells klar erkennbar sind und eine Veröffentlichung möglich ist.
- b) Auf Teile, die in einer Wiedergabe erscheinen, für die jedoch kein Schutz beantragt wird, kann auf die in den Verwaltungsvorschriften angegebene Weise hingewiesen werden.
 - (3) [Erforderliche Ansichten]
- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b teilt jede durch die Fassung von 1999 gebundene Vertragspartei, die genau bestimmte Ansichten des Erzeugnisses oder der Erzeugnisse verlangt, die das gewerbliche Muster oder Modell darstellen oder in Zusammenhang mit denen das gewerbliche Muster oder Modell verwendet werden soll, dem Generaldirektor dies in einer Erklärung mit und gibt dabei an, welche Ansichten unter welchen Umständen erforderlich sind.
- b) Von einem zweidimensionalen gewerblichen Muster oder Erzeugnis darf eine Vertragspartei nicht mehr als eine Ansicht verlangen, von einem dreidimensionalen Erzeugnis nicht mehr als sechs Ansichten.
- (4) [Schutzverweigerung aus Gründen in Bezug auf die Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells] Eine

effects of the international registration on the ground that requirements relating to the form of the reproductions of the industrial design that are additional to, or different from, those notified by that Contracting Party in accordance with paragraph (3)(a) have not been satisfied under its law. A Contracting Party may however refuse the effects of the international registration on the ground that the reproductions contained in the international registration are not sufficient to disclose fully the industrial design.

refuser les effets de l'enregistrement international au motif que des conditions relatives à la forme des reproductions du dessin ou modèle industriel qui s'ajoutent aux conditions notifiées par cette partie contractante conformément à l'alinéa 3)a) ou qui en diffèrent n'ont, selon sa législation, pas été remplies. Une partie contractante peut toutefois refuser les effets de l'enregistrement international au motif que les reproductions figurant dans l'enregistrement international ne suffisent pas à divulguer pleinement le dessin ou modèle industriel.

Vertragspartei darf die Wirkungen der internationalen Eintragung nicht mit der Begründung verweigern, dass nach ihrem Recht Erfordernisse bezüglich der Form der Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells, die über die von dieser Vertragspartei nach Absatz 3 Buchstabe a mitgeteilten Erfordernisse hinausgehen oder von diesen abweichen, nicht erfüllt sind. Jedoch kann eine Vertragspartei die Wirkungen der internationalen Eintragung mit der Begründung verweigern, dass die in der internationalen Eintragung enthaltenen Wiedergaben zur vollständigen Offenbarung des gewerblichen Musters oder Modells nicht ausreichen.

Rule 10

Specimens of the Industrial Design Where Deferment of Publication Is Requested

- (1) [Number of Specimens] Where an international application governed exclusively by the 1999 Act contains a request for deferment of publication in respect of a two-dimensional industrial design and, instead of being accompanied by the reproductions referred to in Rule 9, is accompanied by specimens of the industrial design, the following number of specimens shall accompany the international application:
- (i) one specimen for the International Bureau, and
- (ii) one specimen for each designated Office that has notified the International Bureau under Article 10(5) of the 1999 Act that it wishes to receive copies of international registrations
- (2) [Specimens] All the specimens shall be contained in a single package. The specimens may be folded. The maximum dimensions and weight of the package shall be specified in the Administrative Instructions.

Rule 11

Identity of Creator; Description; Claim

- (1) [Identity of Creator] Where the international application contains indications concerning the identity of the creator of the industrial design, his name and address shall be given in accordance with the Administrative Instructions.
- (2) [Description] Where the international application contains a description, the latter shall concern those features that appear in the reproductions of the industrial design and may not concern technical features of the operation of the industrial design or its possible utilization. If the description exceeds 100 words, an additional fee, as set out in the Schedule of Fees, shall be payable.

Règle 10

Spécimens du dessin industriel en cas de demande d'ajournement de la publication

- 1) [Nombre de spécimens] Lorsqu'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1999 contient une demande d'ajournement de la publication en ce qui concerne un dessin industriel (bidimensionnel) et que, au lieu d'être accompagnée des reproductions visées à la règle 9, elle est accompagnée de spécimens du dessin industriel, elle doit être accompagnée du nombre ci-après de spécimens
- i) un pour le Bureau international, et
- ii) un pour chaque Office désigné qui a notifié au Bureau international, en vertu de l'article 10.5) de l'Acte de 1999, qu'il souhaite recevoir copie des enregistrements internationaux.
- 2) [Spécimens] Tous les spécimens doivent tenir dans un seul paquet. Les spécimens peuvent être pliés. Les dimensions et le poids maximums du paquet sont spécifiés dans les instructions administratives.

Règle 11

Identité du créateur; description; revendication

- 1) [Identité du créateur] Lorsque la demande internationale contient des indications relatives à l'identité du créateur du dessin ou modèle industriel, les nom et adresse de celui-ci doivent être donnés conformément aux instructions administratives.
- 2) [Description] Lorsque la demande internationale contient une description, celle-ci doit concerner les éléments qui apparaissent sur les reproductions du dessin ou modèle industriel et ne peut faire état de détails techniques concernant le fonctionnement du dessin ou modèle industriel ou ses possibilités d'emploi. Si la description excède 100 mots, une taxe supplémentaire, prévue dans le barème des taxes, doit être payée.

Regel 10

Musterabschnitte bei Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung

- (1) [Anzahl der Musterabschnitte] Enthält eine internationale Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1999 maßgebend ist, einen Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung hinsichtlich eines (zweidimensionalen) gewerblichen Musters und sind ihr anstelle der Wiedergaben nach Regel 9 Musterabschnitte beigefügt, so ist der internationalen Anmeldung die folgende Anzahl von Musterabschnitten beizufügen:
- i) ein Musterabschnitt für das Internationale Büro und
- ii) ein Musterabschnitt für jedes benannte Amt, das dem Internationalen Büro nach Artikel 10 Absatz 5 der Fassung von 1999 mitgeteilt hat, dass es Kopien von internationalen Eintragungen zu erhalten wünscht.
- (2) [Musterabschnitte] Alle Musterabschnitte müssen in einem einzigen Paket enthalten sein. Sie können gefaltet werden. Die Höchstmaße und das Höchstgewicht des Pakets werden in den Verwaltungsvorschriften angegeben.

Regel 11

Identität des Schöpfers; Beschreibung; Anspruch

- (1) [Identität des Schöpfers] Enthält die internationale Anmeldung Angaben bezüglich der Identität des Schöpfers des gewerblichen Musters oder Modells, so sind sein Name und seine Anschrift nach den Verwaltungsvorschriften anzugeben.
- (2) [Beschreibung] Enthält die internationale Anmeldung eine Beschreibung, so muss sich diese auf diejenigen Merkmale beziehen, die in den Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells erscheinen, nicht jedoch auf technische Funktionsmerkmale des gewerblichen Musters oder Modells oder seine mögliche Nutzung. Umfasst die Beschreibung mehr als 100 Wörter, so ist eine zusätzliche, im Gebührenverzeichnis festgesetzte Gebühr zu entrichten.

(3) [Claim] A declaration under Article 5(2)(a) of the 1999 Act that the law of a Contracting Party requires a claim in order for an application for the grant of protection to an industrial design to be accorded a filing date under that law shall specify the exact wording of the required claim. Where the international application contains a claim, the wording of that claim shall be as specified in the said declaration.

Rule 12

Fees Concerning the International Application

- (1) [Prescribed Fees]
- (a) The international application shall be subject to the payment of the following fees:
 - (i) a basic fee;
 - (ii) a standard designation fee in respect of each designated Contracting Party that has not made a declaration under Article 7(2) of the 1999 Act or under Rule 36(1), the level of which will depend on a declaration made under subparagraph (c);
 - (iii) an individual designation fee in respect of each designated Contracting Party that has made a declaration under Article 7(2) of the 1999 Act or under Rule 36(1);
 - (iv) a publication fee.
- (b) The level of the standard designation fee referred to in subparagraph (a)(ii) shall be as follows:
 - (i) for Contracting Parties whose office does not carry out any examination on substantive grounds:

 - (iii) for Contracting Parties whose office carries out examination on substantive grounds, including examination as to novelty either ex offico or following opposition by third parties: three
- (c) (i) Any Contracting Party whose legislation entitles it to the application of level two or three under subparagraph (b) may, in a declaration, notify the Director General accordingly. A Contracting Party may also, in its declaration, specify that it opts for the application of level two, even if its legislation entitles it to the application of level three.

3) [Revendication] Une déclaration faite en vertu de l'article 5.2)a) de l'Acte de 1999 selon laquelle la législation d'une partie contractante exige une revendication pour qu'une date de dépôt soit attribuée à une demande de protection d'un dessin ou modèle industriel en vertu de cette législation doit indiquer le libellé exact de la revendication exigée. Lorsque la demande internationale contient une revendication, le libellé de cette revendication doit être conforme aux termes de ladite déclaration.

Règle 12

Taxes relatives à la demande internationale

- 1) [Taxes prescrites]
- a) La demande internationale donne lieu au paiement des taxes suivantes:
 - i) une taxe de base;
 - ii) une taxe de désignation standard pour chaque partie contractante désignée qui n'a pas fait la déclaration prévue à l'article 7.2) de l'Acte de 1999 ou à la règle 36.1), dont le niveau dépend de la déclaration prévue au sous-alinéa c);
 - iii) une taxe de désignation individuelle pour chaque partie contractante désignée qui a fait la déclaration prévue à l'article 7.2) de l'Acte de 1999 ou à la règle 36.1);
 - iv) une taxe de publication.
- b) Le niveau de la taxe de désignation standard visée au sous-alinéa a)ii) est le suivant:
 - pour les parties contractantes dont l'Office n'effectue pas un examen quant au fond:....niveau un
 - ii) pour les parties contractantes dont l'Office effectue un examen quant au fond qui n'est pas un examen de nouveauté: niveau deux
 - iii) pour les parties contractantes dont l'Office effectue un examen quant au fond, y compris un examen d'office quant à la nouveauté ou un examen de nouveauté à la suite d'une opposition formée par des tiers:.....niveau trois
 - i) Toute partie contractante dont la législation l'habilite à appliquer les niveaux deux ou trois visés au sous-alinéa b) peut, dans une déclaration, notifier ce fait au Directeur général. Une partie contractante peut aussi préciser, dans sa déclaration, qu'elle opte pour l'application du niveau deux, même si sa législation l'habilite à appliquer le niveau trois.

(3) [Anspruch] In einer Erklärung nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der Fassung von 1999, der zufolge nach dem Recht einer Vertragspartei ein Anspruch erforderlich ist, damit einem Antrag auf Schutzerteilung für ein gewerbliches Muster oder Modell nach diesem Recht ein Anmeldetag zuerkannt wird, ist der genaue Wortlaut des erforderlichen Anspruchs anzugeben. Enthält die internationale Anmeldung einen Anspruch, so muss er den gleichen Wortlaut wie in der Erklärung haben.

Regel 12

Gebühren für die internationale Anmeldung

- (1) [Vorgeschriebene Gebühren]
- a) Für die internationale Anmeldung sind folgende Gebühren zu entrichten:
 - i) eine Grundgebühr;
 - ii) eine Standard-Benennungsgebühr für jede benannte Vertragspartei, die keine Erklärung nach Artikel 7 Absatz 2 der Fassung von 1999 oder nach Regel 36 Absatz 1 abgegeben hat; die Stufe dieser Gebühr hängt von einer Erklärung nach Buchstabe c ab;
 - iii) eine individuelle Benennungsgebühr für jede benannte Vertragspartei, die eine Erklärung nach Artikel 7 Absatz 2 der Fassung von 1999 oder nach Regel 36 Absatz 1 abgegeben hat;
 - iv) eine Veröffentlichungsgebühr.
- Es gibt folgende Stufen der Standard-Benennungsgebühr nach Buchstabe a Ziffer ii:
 - für Vertragsparteien, deren Amt keine materiellrechtliche Prüfung durchführt Stufe eins,
 - ii) für Vertragsparteien, deren Amt eine materiellrechtliche Prüfung, nicht aber eine Neuheitsprüfung durchführt.......Stufe zwei,
 - iii) für Vertragsparteien, deren Amt eine materiellrechtliche Prüfung, einschließlich einer Neuheitsprüfung, durchführt, unabhängig davon, ob die Prüfung von Amts wegen oder auf den Einspruch Dritter hin erfolgt Stufe drei.
 - i) Eine Vertragspartei, die aufgrund ihrer Rechtsvorschriften zur Anwendung der Stufe zwei oder drei nach Buchstabe b berechtigt ist, kann dies dem Generaldirektor in einer Erklärung mitteilen. Eine Vertragspartei kann in ihrer Erklärung auch angeben, dass sie sich für die Anwendung der Stufe zwei entscheidet, auch wenn sie aufgrund ihrer Rechtsvorschriften zur Anwendung der Stufe drei berechtigt iet

- (ii) Any declaration made under item (i) shall take effect three months after its receipt by the Director General or at any later date indicated in the declaration. It may also be withdrawn at any time by notification addressed to the Director General, in which case such withdrawal shall take effect one month after its receipt by the Director General or at any later date indicated in the notification. In the absence of such a declaration, or where a declaration has been withdrawn, level one will be deemed to be the level applicable to the standard designation fee in respect of that Contracting Party.
- (2) [When Fees to Be Paid] The fees referred to in paragraph (1) are, subject to paragraph (3), payable at the time of filing the international application, except that, where the international application contains a request for deferment of publication, the publication fee may be paid later, in accordance with Rule 16(3)(a).
- (3) [Individual Designation Fee Payable in Two Parts]
- (a) A declaration under Article 7(2) of the 1999 Act or under Rule 36(1) may also specify that the individual designation fee to be paid in respect of the Contracting Party concerned comprises two parts, the first part to be paid at the time of filing the international application and the second part to be paid at a later date which is determined in accordance with the law of the Contracting Party concerned.
- (b) Where subparagraph (a) applies, the reference in paragraph (1)(iii) to an individual designation fee shall be construed as a reference to the first part of the individual designation fee.
- (c) The second part of the individual designation fee may be paid either directly to the Office concerned or through the International Bureau, at the option of the holder. Where it is paid directly to the Office concerned, the Office shall notify the International Bureau accordingly and the International Bureau shall record any such notification in the International Register. Where it is paid through the International Bureau, the International Bureau shall record the payment in the International Register and notify the Office concerned accordingly.
- (d) Where the second part of the individual designation fee is not paid within the applicable period, the Office concerned shall notify the International Bureau and request the International Bureau to cancel the international

- ii) Toute déclaration visée au point i) prend effet trois mois après sa réception par le Directeur général ou à toute date ultérieure indiquée dans la déclaration. Elle peut aussi être retirée en tout temps par notification adressée au Directeur général; dans ce cas, le retrait prend effet un mois après sa réception par le Directeur général ou à toute date ultérieure indiquée dans la notification. En l'absence d'une telle déclaration ou lorsque la déclaration a été retirée, le niveau un est réputé être le niveau applicable à la taxe de désignation standard pour ladite partie contractante.
- 2) [Date à laquelle les taxes doivent être payées] Les taxes visées à l'alinéa 1) doivent, sous réserve de l'alinéa 3), être payées au moment du dépôt de la demande internationale, à l'exception de la taxe de publication qui, lorsque la demande internationale contient une demande d'ajournement de la publication, peut être payée postérieurement conformément à la règle 16.3)a).
- 3) [Taxe de désignation individuelle payable en deux parties]
- a) La déclaration visée à l'article 7.2) de l'Acte de 1999 ou à la règle 36.1) peut également préciser que la taxe de désignation individuelle due pour la partie contractante concernée comprend deux parties, la première devant être payée au moment du dépôt de la demande internationale et la seconde à une date ultérieure qui est fixée conformément à la législation de la partie contractante concernée.
- b) Lorsque le sous-alinéa a) s'applique, la référence à l'alinéa 1)iii) à une taxe de désignation individuelle s'entend comme une référence à la première partie de la taxe de désignation individuelle.
- c) La seconde partie de la taxe de désignation individuelle peut être payée soit directement à l'Office concerné, soit par l'intermédiaire du Bureau international, au choix du titulaire. Lorsqu'elle est payée directement à l'Office concerné, celui-ci notifie ce fait au Bureau international, et le Bureau international inscrit cette notification au registre international. Lorsqu'elle est payée par l'intermédiaire du Bureau international, celui-ci inscrit le paiement au registre international et notifie ce fait à l'Office concerné.
- d) Lorsque la seconde partie de la taxe de désignation individuelle n'est pas payée dans le délai applicable, l'Office concerné le notifie au Bureau international et demande au Bureau international de radier l'inscription de l'en-

- ii) Eine Erklärung nach Ziffer i wird drei Monate nach Eingang beim Generaldirektor oder zu einem in der Erklärung genannten späteren Zeitpunkt wirksam. Sie kann auch jederzeit durch eine Notifikation an den Generaldirektor zurückgenommen werden: in diesem Fall wird die Rücknahme einen Monat nach Eingang beim Generaldirektor oder zu einem in der Notifikation genannten späteren Zeitpunkt wirksam. Wurde eine Erklärung nicht abgegeben oder wurde die Erklärung zurückgenommen, so gilt Stufe eins als die auf die Standard-Benennungsgebühr für die betreffende Vertragspartei anwendbare Stufe.
- (2) [Fälligkeit der Gebühren] Die in Absatz 1 genannten Gebühren sind vorbehaltlich des Absatzes 3 zum Zeitpunkt der Einreichung der internationalen Anmeldung zu entrichten; enthält die internationale Anmeldung jedoch einen Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung, so kann die Veröffentlichungsgebühr nach Regel 16 Absatz 3 Buchstabe a zu einem späteren Zeitpunkt entrichtet werden.
- (3) [In zwei Teilbeträgen zahlbare individuelle Benennungsgebühr]
- a) In einer Erklärung nach Artikel 7 Absatz 2 der Fassung von 1999 oder nach Regel 36 Absatz 1 kann auch festgelegt werden, dass die individuelle Benennungsgebühr, die für die betreffende Vertragspartei zu entrichten ist, aus zwei Teilbeträgen besteht, wobei der erste Teilbetrag zum Zeitpunkt der Einreichung der internationalen Anmeldung zu entrichten ist und der zweite Teilbetrag zu einem späteren Zeitpunkt, der sich nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei bestimmt.
- Findet Buchstabe a Anwendung, so wird der erste Teilbetrag der individuellen Benennungsgebühr als individuelle Benennungsgebühr im Sinne des Absatzes 1 Ziffer iii betrachtet.
- c) Der zweite Teilbetrag der individuellen Benennungsgebühr kann nach Wahl des Inhabers entweder unmittelbar an das betreffende Amt oder über das Internationale Büro entrichtet werden. Wird er unmittelbar an das betreffende Amt entrichtet, so teilt das Amt dies dem Internationalen Büro mit und das Internationale Büro trägt diese Mitteilung im internationalen Register ein. Erfolgt die Zahlung über das Internationale Büro die Zahlung im internationalen Büro die Zahlung im internationalen Register ein und teilt dies dem betrefenden Amt mit.
- d) Wird der zweite Teilbetrag der individuellen Benennungsgebühr nicht innerhalb der geltenden Frist entrichtet, so teilt das betreffende Amt dies dem Internationalen Büro mit und fordert das Internationale Büro auf, die inter-

registration in the International Register with respect to the Contracting Party concerned. The International Bureau shall proceed accordingly and so notify the holder.

Rule 13

International Application Filed Through an Office

- (1) [Date of Receipt by Office and Transmittal to the International Bureau] Where an international application governed exclusively by the 1999 Act is filed through the Office of the applicant's Contracting Party, that Office shall notify the applicant of the date on which it received the application. At the same time as it transmits the international application to the International Bureau, the Office shall notify the International Bureau of the date on which it received the applicant of the fact that it has transmitted the international application to the International Bureau.
- (2) [Transmittal Fee] An Office that requires a transmittal fee, as provided for in Article 4(2) of the 1999 Act, shall notify the International Bureau of the amount of such fee, which should not exceed the administrative costs of receiving and transmitting the international application, and its due date.
- (3) [Filing Date of International Application Filed Indirectly] Subject to Rule 14(2), the filing date of an international application filed through an Office shall be
- (i) where the international application is governed exclusively by the 1999 Act, the date on which the international application was received by that Office, provided that it is received by the International Bureau within one month of that date:
- (ii) in any other case, the date on which the International Bureau receives the international application.
- (4) [Filing Date Where Applicant's Contracting Party Requires a Security Clearance] Notwithstanding paragraph (3), a Contracting Party whose law, at the time that it becomes party to the 1999 Act, requires security clearance may, in a declaration, notify the Director General that the period of one month referred to in that paragraph shall be replaced by a period of six months.

Rule 14

Examination by the International Bureau

(1) [Time Limit for Correcting Irregularities] If the International Bureau finds that the international application does not, at the time of its receipt by the International Bureau, fulfill the applicable requirements, registrement international dans le registre international à l'égard de la partie contractante concernée. Le Bureau international agit en conséquence et notifie ce fait au titulaire.

Règle 13

Demande internationale déposée par l'intermédiaire d'un Office

- 1) [Date de réception par l'Office et transmission au Bureau international] Lorsqu'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1999 est déposée par l'intermédiaire de l'Office de la partie contractante du déposant, cet Office notifie au déposant la date à laquelle il a reçu la demande. En même temps qu'il transmet la demande internationale au Bureau international, l'Office notifie au Bureau international la date à laquelle il a reçu la demande. L'Office notifie au déposant le fait qu'il a transmis la demande internationale au Bureau internationale au Bureau internationale.
- 2) [Taxe de transmission] Un Office qui exige une taxe de transmission, comme le prévoit l'article 4.2) de l'Acte de 1999, notifie au Bureau international le montant de cette taxe, qui ne devrait pas dépasser les coûts administratifs correspondant à la réception et à la transmission de la demande internationale, ainsi que sa date d'exigibilité.
- 3) [Date de dépôt d'une demande internationale déposée indirectement] Sous réserve de la règle 14.2), la date de dépôt d'une demande internationale déposée par l'intermédiaire d'un Office est
- i) lorsque la demande internationale est régie exclusivement par l'Acte de 1999, la date à laquelle cet Office a reçu la demande internationale, à condition que celle-ci soit reçue par le Bureau international dans un délai d'un mois à compter de cette date;
- ii) dans tous les autres cas, la date à laquelle le Bureau international reçoit la demande internationale.
- 4) [Date de dépôt lorsque la partie contractante du déposant exige un contrôle de sécurité] Nonobstant l'alinéa 3), une partie contractante dont la législation, à la date à laquelle elle devient partie à l'Acte de 1999, exige un contrôle de sécurité peut, dans une déclaration, notifier au Directeur général que le délai d'un mois indiqué dans ledit alinéa est remplacé par un délai de six mois.

Règle 14

Examen par le Bureau international

1) [Délai pour corriger les irrégularités] Si le Bureau international constate que la demande internationale ne remplit pas, au moment de sa réception par le Bureau international, les conditions requises, il invite nationale Eintragung im internationalen Register für die betreffende Vertragspartei zu löschen. Das Internationale Büro handelt entsprechend und teilt dies dem Inhaber mit.

Regel 13

Einreichung der internationalen Anmeldung über ein Amt

- (1) [Tag des Eingangs beim Amt und Weiterleitung an das Internationale Büro] Wird eine internationale Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1999 maßgebend ist, über das Amt der Vertragspartei des Anmelders eingereicht, so teilt dieses Amt dem Anmelder das Datum mit, an dem die Anmeldung bei ihm eingegangen ist. Bei der Weiterleitung der internationalen Anmeldung an das Internationale Büro teilt das Amt dem Internationalen Büro mit, an welchem Tag die Anmeldung bei ihm eingegangen ist. Das Amt teilt dem Anmelder mit, dass es die internationale Anmeldung an das Internationale Büro weitergeleitet hat.
- (2) [Weiterleitungsgebühr] Erhebt ein Amt eine Weiterleitungsgebühr nach Artikel 4 Absatz 2 der Fassung von 1999, so teilt es dem Internationalen Büro den Betrag dieser Gebühr, der die Verwaltungskosten für die Entgegennahme und Weiterleitung der internationalen Anmeldung nicht überschreiten sollte, sowie ihr Fälligkeitsdatum mit.
- (3) [Anmeldetag der internationalen Anmeldung bei indirekter Einreichung] Vorbehaltlich der Regel 14 Absatz 2 ist der Anmeldetag einer internationalen Anmeldung, die über ein Amt eingereicht wird,
- i) falls für sie ausschließlich die Fassung von 1999 maßgebend ist, der Tag, an dem sie bei diesem Amt eingegangen ist, vorausgesetzt, dass sie innerhalb eines Monats, von diesem Tag an gerechnet, beim Internationalen Büro eingeht*
- ii) in allen anderen Fällen der Tag, an dem sie beim Internationalen Büro eingeht.
- (4) [Anmeldetag, wenn die Vertragspartei des Anmelders eine Sicherheitsüberprüfung verlangt] Ungeachtet des Absatzes 3 kann eine Vertragspartei, deren Recht zu dem Zeitpunkt, zu dem sie Vertragspartei der Fassung von 1999 wird, eine Sicherheitsüberprüfung verlangt, dem Generaldirektor in einer Erklärung mitteilen, dass die in Absatz 3 genannte Frist von einem Monat durch eine Frist von sechs Monaten zu ersetzen ist.

Regel 14

Prüfung durch das Internationale Büro

(1) [Frist für die Beseitigung von Mängeln] Stellt das Internationale Büro fest, dass die internationale Anmeldung zum Zeitpunkt ihres Eingangs beim Internationalen Büro die geltenden Erfordernisse

it shall invite the applicant to make the required corrections within three months from the date of the invitation sent by the International Bureau.

- (2) [Irregularities Entailing a Postponement of the Filing Date of the International Application] Where the international application has, on the date on which it is received by the International Bureau, an irregularity which is prescribed as an irregularity entailing a postponement of the filing date of the international application, the filing date shall be the date on which the correction of such irregularity is received by the International Bureau. The irregularities which are prescribed as entailing a postponement of the filing date of the international application are the following:
- (a) the international application is not in the prescribed language or one of the prescribed languages;
- (b) any of the following elements is missing from the international application:
 - an express or implicit indication that international registration under the 1999 Act, the 1960 Act or the 1934 Act is sought;
 - (ii) indications allowing the identity of the applicant to be established;
 - (iii) indications sufficient to enable the applicant or its representative, if any, to be contacted;
 - (iv) a reproduction, or, in accordance with Article 5(1)(iii) of the 1999 Act, a specimen, of each industrial design that is the subject of the international application;
 - (v) the designation of at least one Contracting Party.
- (3) [International Application Considered Abandoned; Reimbursement of Fees] Where an irregularity, other than an irregularity referred to in Article 8(2)(b) of the 1999 Act, is not remedied within the time limit referred to in paragraph (1), the international application shall be considered abandoned and the International Bureau shall refund any fees paid in respect of that application, after deduction of an amount corresponding to the basic fee.

Rule 15

Registration of the Industrial Design in the International Register

(1) [Registration of the Industrial Design in the International Register] Where the International Bureau finds that the international application conforms to the ap-

le déposant à la régulariser dans un délai de trois mois à compter de la date de l'invitation adressée par le Bureau international.

- 2) [Irrégularités entraînant le report de la date de dépôt de la demande internationale] Lorsque, à la date à laquelle elle est reçue par le Bureau international, la demande internationale comporte une irrégularité qui est prescrite comme une irrégularité entraînant le report de la date de dépôt de la demande internationale, la date de dépôt est la date à laquelle la correction de cette irrégularité est reçue par le Bureau international. Les irrégularités qui sont prescrites comme des irrégularités entraînant le report de la date de dépôt de la demande internationale sont les suivantes:
- a) la demande internationale n'est pas rédigée dans la langue prescrite ou dans l'une des langues prescrites;
- b) l'un des éléments suivants ne figure pas dans la demande internationale:
 - i) l'indication expresse ou implicite selon laquelle il est demandé un enregistrement international en vertu de l'Acte de 1999, de l'Acte de 1960 ou de l'Acte de 1934;
 - ii) des indications permettant d'établir l'identité du déposant;
 - iii) des indications suffisantes pour permettre d'entrer en relations avec le déposant ou son mandataire éventuel;
 - iv) une reproduction ou, conformément à l'article 5.1)iii) de l'Acte de 1999, un spécimen de chaque dessin ou modèle industriel faisant l'objet de la demande internationale:
 - v) la désignation d'au moins une partie contractante.
- 3) [Demande internationale réputée abandonnée; remboursement des taxes] Lorsqu'une irrégularité, autre qu'une irrégularité visée à l'article 8.2)b) de l'Acte de 1999, n'est pas corrigée dans le délai visé à l'alinéa 1), la demande internationale est réputée abandonnée et le Bureau international rembourse les taxes payées pour cette demande, après déduction d'un montant correspondant à la taxe de base.

Règle 15

Inscription du dessin ou modèle industriel au registre international

 Inscription du dessin ou modèle industriel au registre international] Lorsque le Bureau international considère que la demande internationale remplit les condinicht erfüllt, so fordert es den Anmelder auf, die erforderlichen Mängelbeseitigungen innerhalb von drei Monaten nach der Aufforderung durch das Internationale Büro vorzunehmen.

- (2) [Mängel, die zu einer Verschiebung des Anmeldetags der internationalen Anmeldung führen] Weist die internationale Anmeldung zum Zeitpunkt ihres Eingangs beim Internationalen Büro einen Mangel auf, der nach den Vorschriften zu einer Verschiebung des Anmeldetags der internationalen Anmeldung führt, so ist der Anmeldetag der Tag, an dem die entsprechende Mängelbeseitigung beim Internationalen Büro eingeht. Die folgenden Mängel führen nach den Vorschriften zu einer Verschiebung des Anmeldetags der internationalen Anmeldung:
- a) die internationale Anmeldung ist nicht in der vorgeschriebenen Sprache oder einer der vorgeschriebenen Sprachen abgefasst;
- b) in der internationalen Anmeldung fehlt einer der folgenden Bestandteile:
 - die ausdrückliche Angabe oder ein Hinweis, der erkennen lässt, dass eine internationale Eintragung nach der Fassung von 1999, der Fassung von 1960 oder der Fassung von 1934 beantragt wird;
 - ii) Angaben, welche die Feststellung der Identität des Anmelders erlauhen:
 - iii) ausreichende Angaben, die erlauben, den Anmelder oder gegebenenfalls seinen Vertreter zu erreichen:
 - iv) eine Wiedergabe des gewerblichen Musters oder Modells oder nach Artikel 5 Absatz 1 Ziffer iii der Fassung von 1999 ein Musterabschnitt jedes gewerblichen Musters oder Modells, das Gegenstand der internationalen Anmeldung ist;
 - v) die Benennung mindestens einer Vertragspartei.
- (3) [Als zurückgenommen geltende internationale Anmeldung; Gebührenerstattung] Wird ein Mangel mit Ausnahme der in Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b der Fassung von 1999 genannten Mängel nicht innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist beseitigt, so gilt die internationale Anmeldung als zurückgenommen und das Internationale Büro erstattet die für diese Anmeldung entrichteten Gebühren nach Abzug eines Betrags in Höhe der Grundgebühr.

Regel 15

Eintragung des gewerblichen Musters oder Modells im internationalen Register

(1) [Eintragung des gewerblichen Musters oder Modells im internationalen Register] Stellt das Internationale Büro fest, dass die internationale Anmeldung

plicable requirements, it shall register the industrial design in the International Register and send a certificate to the holder.

- (2) [Contents of the Registration] The international registration shall contain
- all the data contained in the international application, except any priority claim under Rule 7(5)(c) where the date of the earlier filing is more than six months before the filing date of the international application;
- (ii) any reproduction of the industrial design;
- (iii) the date of the international registration:
- (iv) the number of the international registration:
- (v) the relevant class of the International Classification, as determined by the International Bureau.

Rule 16

Deferment of Publication

- (1) [Maximum Period of Deferment]
- (a) The prescribed period for deferment of publication in respect of an international application governed exclusively by the 1999 Act shall be 30 months from the filing date or, where priority is claimed, from the priority date of the application concerned.
- (b) The maximum period for deferment of publication in respect of an international application governed exclusively by the 1960 Act or by both the 1999 Act and the 1960 Act shall be 12 months from the filing date or, where priority is claimed, from the priority date of the application concerned.
- (2) [Period for Withdrawal of Designation Where Deferment Is Not Possible Under Applicable Law] The period referred to in Article 11(3)(i) of the 1999 Act for the applicant to withdraw the designation of a Contracting Party whose law does not allow the deferment of publication shall be one month from the date of the notification sent by the International Bureau.
- (3) [Period for Paying Publication Fee and Submitting Reproductions]
- (a) The publication fee referred to in Rule 12(1)(a)(iv) shall be paid, and, where specimens have been submitted instead of reproductions in accordance

tions requises, il inscrit le dessin ou modèle industriel au registre international et adresse un certificat au titulaire.

- 2) [Contenu de l'enregistrement] L'enregistrement international contient
- i) toutes les données figurant dans la demande internationale, à l'exception de toute revendication de priorité selon la règle 7.5)c) lorsque la date du dépôt antérieur précède de plus de six mois la date de dépôt de la demande internationale;
- ii) toute reproduction du dessin ou modèle industriel;
- iii) la date de l'enregistrement international;
- iv) le numéro de l'enregistrement international;
- v) la classe pertinente, déterminée par le Bureau international, de la classification internationale.

Règle 16

Ajournement de la publication

- 1) [Période maximum d'ajournement]
- a) La période prescrite pour l'ajournement de la publication à l'égard d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1999 est de 30 mois à compter de la date de dépôt ou, lorsqu'une priorité est revendiquée, à compter de la date de priorité de la demande concernée.
- b) La période maximum d'ajournement de la publication à l'égard d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1960 ou à la fois par l'Acte de 1999 et l'Acte de 1960 est de 12 mois à compter de la date de dépôt ou, lorsqu'une priorité est revendiquée, à compter de la date de priorité de la demande concernée.
- 2) [Délai pour retirer une désignation lorsque l'ajournement n'est pas possible selon la législation applicable] Le délai visé à l'article 11.3)i) de l'Acte de 1999 pour que le déposant retire la désignation d'une partie contractante dont la législation ne permet pas l'ajournement de la publication est d'un mois à compter de la date de la notification adressée par le Bureau international.
- 3) [Délai pour payer la taxe de publication et remettre les reproductions]
- a) La taxe de publication visée à la règle 12.1)a)iv) doit être payée, et, lorsque des spécimens ont été remis au lieu des reproductions conformé-

den geltenden Erfordernissen entspricht, so trägt es das gewerbliche Muster oder Modell im internationalen Register ein und übersendet dem Inhaber eine Bescheinigung.

- (2) [Inhalt der Eintragung] Die internationale Eintragung enthält
- alle Angaben der internationalen Anmeldung mit Ausnahme der Inanspruchnahme einer Priorität nach Regel 7 Absatz 5 Buchstabe c, wenn die frühere Hinterlegung mehr als sechs Monate vor dem Anmeldetag der internationalen Anmeldung erfolgte;
- ii) die Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells;
- iii) das Datum der internationalen Eintragung;
- iv) die Nummer der internationalen Eintragung;
- v) die maßgebliche Klasse der Internationalen Klassifikation, entsprechend der Festlegung durch das Internationale Büro.

Regel 16

Aufschiebung der Veröffentlichung

- (1) [Maximaler Aufschiebungszeitraum]
- a) Der vorgeschriebene Zeitraum für die Aufschiebung der Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1999 maßgebend ist, beträgt 30 Monate ab dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen wird, 30 Monate ab dem Prioritätsdatum der betreffenden Anmeldung.
- b) Der Zeitraum für die Aufschiebung der Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1960 oder sowohl die Fassung von 1999 als auch die Fassung von 1960 maßgebend ist, beträgt maximal 12 Monate ab dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen wird, ab dem Prioritätsdatum der betreffenden Anmeldung.
- (2) [Frist für die Rücknahme einer Benennung, wenn die Aufschiebung nach dem anzuwendenden Recht nicht möglich ist] Die Frist nach Artikel 11 Absatz 3 Ziffer i der Fassung von 1999, innerhalb deren der Anmelder die Benennung einer Vertragspartei zurücknehmen kann, deren Recht eine Aufschiebung der Veröffentlichung nicht zulässt, beträgt einen Monat ab dem Datum der vom Internationalen Büro übersandten Mitteilung.
- (3) [Frist für die Entrichtung der Veröffentlichungsgebühr und die Einreichung von Wiedergaben]
- a) Die Entrichtung der Veröffentlichungsgebühr nach Regel 12 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iv und, sofern nach Regel 10 Musterabschnitte anstelle

with Rule 10, those reproductions shall be submitted, not later than three months before the period of deferment applicable under Article 11(2) of the 1999 Act or under Article 6(4)(a) of the 1960 Act expires or not later than three months before the period of deferment is considered to have expired in accordance with Article 11(4)(a) of the 1999 Act or with Article 6(4)(b) of the 1960 Act.

- (b) Six months before the expiry of the period of deferment of publication referred to in subparagraph (a), the International Bureau shall, by sending an unofficial notice, remind the holder of the international registration, where applicable, of the date by which the publication fee referred to in paragraph (3) shall be paid and the reproductions referred to in paragraph (3) shall be submitted.
- (4) [Registration of Reproductions] The International Bureau shall record in the International Register any reproduction submitted under paragraph (3).
- (5) [Requirements Not Complied With] If the requirements of paragraph (3) are not complied with, the international registration shall be canceled and shall not be published.

ment à la règle 10, ces reproductions doivent être remises, au plus tard trois mois avant l'expiration de la période d'ajournement applicable en vertu de l'article 11.2) de l'Acte de 1999 ou en vertu de l'article 6.4)a) de l'Acte de 1960, ou au plus tard trois mois avant que la période d'ajournement soit considérée comme ayant expiré conformément à l'article 11.4)a) de l'Acte de 1999 ou à l'article 6.4)b) de l'Acte de 1960.

- b) Six mois avant l'expiration de la période d'ajournement visée au sous-alinéa a), le Bureau international adresse au titulaire de l'enregistrement international un avis officieux lui rappelant, le cas échéant, la date avant laquelle la taxe de publication visée à l'alinéa 3) doit être payée et les reproductions visées à l'alinéa 3) doivent être remises.
- 4) [Enregistrement des reproductions] Le Bureau international enregistre toute reproduction remise en vertu de l'alinéa 3) dans le registre international.
- 5) [Exigences non satisfaites] Si les exigences de l'alinéa 3) ne sont pas satisfaites, l'enregistrement international est radié et n'est pas publié.

von Wiedergaben eingereicht worden sind, die Einreichung dieser Wiedergaben müssen spätestens drei Monate vor Ablauf des Aufschiebungszeitraums nach Artikel 11 Absatz 2 der Fassung von 1999 oder Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe a der Fassung von 1960 oder spätestens drei Monate, bevor der Aufschiebungszeitraum nach Artikel 11 Absatz 4 Buchstabe a der Fassung von 1999 oder Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe b der Fassung von 1960 als abgelaufen betrachtet wird, erfolgen.

- b) Sechs Monate vor Ablauf des Aufschiebungszeitraums nach Buchstabe a erinnert das Internationale Büro den Inhaber der internationalen Eintragung gegebenenfalls durch eine offiziöse Mitteilung an das Datum, bis zu dem die genannte Veröffentlichungsgebühr zu entrichten ist und die genannten Wiedergaben einzureichen sind.
- (4) [Eintragung von Wiedergaben] Das Internationale Büro trägt die nach Absatz 3 eingereichten Wiedergaben im internationalen Register ein.
- (5) [Nicht erfüllte Erfordernisse] Werden die Erfordernisse des Absatzes 3 nicht erfüllt, so wird die internationale Eintragung gelöscht und nicht veröffentlicht.

Rule 17

Publication of the International Registration

- (1) [Timing of Publication] The international registration shall be published
- where the applicant so requests, immediately after the registration,
- (ii) where deferment of publication has been requested and the request has not been disregarded, immediately after the date on which the period of deferment expired or is considered to have expired,
- (iii) in any other case, six months after the date of the international registration or as soon as possible thereafter.
- (2) [Contents of Publication] The publication of the international registration in the Bulletin shall contain
- (i) the data recorded in the International Register;
- (ii) the reproduction or reproductions of the industrial design;
- (iii) where publication has been deferred, an indication of the date on which the period of deferment expired or is considered to have expired.

Règle 17

Publication de l'enregistrement international

- 1) [Date de la publication] L'enregistrement international est publié
- i) lorsque le déposant le demande, immédiatement après l'enregistrement,
- ii) lorsque l'ajournement de la publication a été demandé et que cette demande a été prise en compte, immédiatement après la date à laquelle la période d'ajournement a expiré ou est considérée comme ayant expiré,
- iii) dans tous les autres cas, six mois après la date de l'enregistrement international ou dès que possible après cette date.
- 2) [Contenu de la publication] La publication de l'enregistrement international dans le bulletin doit contenir
- i) les données inscrites au registre international;
- ii) la ou les reproductions du dessin ou modèle industriel:
- iii) lorsque la publication a été ajournée, l'indication de la date à laquelle la période d'ajournement a expiré ou est considérée comme ayant expiré.

Regel 17

Veröffentlichung der internationalen Eintragung

- (1) [Zeitpunkt der Veröffentlichung] Die Veröffentlichung der internationalen Eintragung erfolgt
- auf Wunsch des Anmelders unmittelbar nach der Eintragung,
- ii) sofern eine Aufschiebung der Veröffentlichung beantragt und der Antrag nicht außer Acht gelassen worden ist, unmittelbar nach dem Datum, an dem der Aufschiebungszeitraum abgelaufen ist oder als abgelaufen betrachtet wird.
- iii) anderenfalls sechs Monate nach dem Datum der internationalen Eintragung oder so bald wie möglich danach.
- (2) [Inhalt der Veröffentlichung] Die Veröffentlichung der internationalen Eintragung im Bulletin enthält
- die im internationalen Register eingetragenen Angaben;
- ii) die Wiedergabe(n) des gewerblichen Musters oder Modells;
- iii) bei Aufschiebung der Veröffentlichung die Angabe des Datums, an dem der Aufschiebungszeitraum abgelaufen ist oder als abgelaufen betrachtet wird.

Chapter 3

Refusals and Invalidations

Rule 18 Notification of Refusal

- (1) [Period for Notification of Refusal]
- (a) The prescribed period for the notification of refusal of the effects of an international registration in accordance with Article 12(2) of the 1999 Act or Article 8(1) of the 1960 Act shall be six months from the publication of the international registration as provided for by Rule 26(3).
- (b) Notwithstanding subparagraph (a), any Contracting Party whose Office is an Examining Office, or whose law provides for the possibility of opposition to the grant of protection, may, in a declaration, notify the Director General that, where it is designated under the 1999 Act, the period of six months referred to in that subparagraph shall be replaced by a period of 12 months.
- (c) The declaration referred to in subparagraph (b) may also state that the international registration shall produce the effect referred to in Article 14(2)(a) of the 1999 Act at the latest
 - at a time specified in the declaration which may be later than the date referred to in that Article but which shall not be more than six months after the said date or
 - (ii) at a time at which protection is granted according to the law of the Contracting Party where a decision regarding the grant of protection was unintentionally not communicated within the period applicable under subparagraph (a) or (b); in such a case, the Office of the Contracting Party concerned shall notify the International Bureau accordingly and endeavor to communicate such decision to the holder of the international registration concerned promptly thereafter.
 - (2) [Notification of Refusal]
- (a) The notification of any refusal shall relate to one international registration, shall be dated and shall be signed by the Office making the notification.
- (b) The notification shall contain or indicate
 - (i) the Office making the notification,
 - (ii) the number of the international registration,

Chapitre 3

Refus et invalidations

Règle 18

Notification de refus

- 1) [Délai pour notifier un refus]
- a) Le délai prescrit pour la notification d'un refus des effets d'un enregistrement international conformément à l'article 12.2) de l'Acte de 1999 ou à l'article 8.1) de l'Acte de 1960 est de six mois à compter de la publication de l'enregistrement international telle que prévue à la règle 26.3).
- b) Nonobstant le sous-alinéa a), toute partie contractante dont l'Office est un Office procédant à un examen, ou dont la législation prévoit la possibilité de former opposition à l'octroi de la protection, peut, dans une déclaration, notifier au Directeur général que, lorsqu'elle est désignée en vertu de l'Acte de 1999, le délai de six mois mentionné dans ledit sous-alinéa est remplacé par un délai de 12 mois.
- c) Dans la déclaration visée au sous-alinéa b), il peut aussi être indiqué que l'enregistrement international produira les effets mentionnés à l'article 14.2)a) de l'Acte de 1999 au plus tard
 - à un moment, précisé dans la déclaration, qui pourra être postérieur à la date visée audit article mais pas de plus de six mois ou
 - ii) au moment où la protection est octroyée conformément à la législation de la partie contractante, lorsque la communication, dans le délai applicable en vertu du sousalinéa a) ou b), d'une décision relative à l'octroi de la protection a été involontairement omise; dans ce cas, l'Office de la partie contractante concernée notifie ce fait au Bureau international et s'efforce de communiquer sans délai la décision au titulaire de l'enregistrement international concerné.
 - 2) [Notification de refus]
- La notification de tout refus doit se rapporter à un seul enregistrement international, être datée et être signée par l'Office qui la fait.
- b) La notification doit contenir ou indiquer
 - i) l'Office qui fait la notification,
 - ii) le numéro de l'enregistrement international,

Kapitel 3

Schutzverweigerungen und Ungültigerklärungen

Regel 18

Mitteilung über die Schutzverweigerung

- (1) [Frist für die Mitteilung der Schutzverweigerung]
- a) Die Frist für die Mitteilung der Verweigerung der Wirkungen einer internationalen Eintragung nach Artikel 12
 Absatz 2 der Fassung von 1999 oder Artikel 8 Absatz 1 der Fassung von 1960 beträgt sechs Monate ab Veröffentlichung der internationalen Eintragung nach Regel 26 Absatz 3.
- b) Ungeachtet des Buchstabens a kann jede Vertragspartei, deren Amt ein prüfendes Amt ist oder deren Recht einen Widerspruch gegen die Schutzerteilung zulässt, dem Generaldirektor in einer Erklärung mitteilen, dass bei Benennung nach der Fassung von 1999 anstelle der unter Buchstabe a genannten Frist von sechs Monaten eine Frist von 12 Monaten gilt.
- c) In der Erklärung nach Buchstabe b kann auch angegeben werden, dass die in Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a der Fassung von 1999 genannte Wirkung der internationalen Eintragung spätestens wie folgt eintritt:
 - i) zu einem in der Erklärung angegebenen Zeitpunkt, der bis zu sechs Monate nach dem in jenem Artikel genannten Zeitpunkt liegen kann, oder
 - ii) zu dem Zeitpunkt, zu dem der Schutz nach dem Recht der Vertragspartei erteilt wird, wenn die Übermittlung einer Entscheidung bezüglich der Schutzerteilung versehentlich nicht innerhalb der nach Buchstabe a oder b geltenden Frist erfolgt ist; in diesem Fall teilt das Amt der betreffenden Vertragspartei dies dem Internationalen Büro mit und bemüht sich, die Entscheidung dem Inhaber der betreffenden internationalen Eintragung umgehend zu übermitteln.
- (2) [Mitteilung über die Schutzverweigerung]
- Die Mitteilung über eine Schutzverweigerung bezieht sich auf eine einzige internationale Eintragung; sie ist von dem mitteilenden Amt zu datieren und zu unterzeichnen.
- b) Die Mitteilung muss Folgendes enthalten oder angeben:
 - i) das mitteilende Amt,
 - ii) die Nummer der internationalen Eintragung,

- (iii) all the grounds on which the refusal is based together with a reference to the corresponding essential provisions of the law,
- (iv) where the grounds on which the refusal is based refer to similarity with an industrial design which has been the subject of an earlier national, regional or international application or registration, the filing date and number, the priority date (if any), the registration date and number (if available), a copy of a reproduction of the earlier industrial design (if that reproduction is accessible to the public) and the name and address of the owner of the said industrial design, as provided for in the Administrative Instructions.
- (v) where the refusal does not relate to all the industrial designs that are the subject of the international registration, those to which it relates or does not relate,
- (vi) whether the refusal may be subject to review or appeal and, if so, the time limit, reasonable under the circumstances, for any request for review of, or appeal against, the refusal and the authority to which such request for review or appeal shall lie, with the indication, where applicable, that the request for review or the appeal has to be filed through the intermediary of a representative whose address is within the territory of the Contracting Party whose Office has pronounced the refusal, and
- (vii) the date on which the refusal was pronounced.
- (3) [Notification of Division of International Registration] Where, following a notification of refusal in accordance with Article 13(2) of the 1999 Act, an international registration is divided before the Office of a designated Contracting Party in order to overcome a ground of refusal stated in that notification, that Office shall notify the International Bureau of such data concerning the division as shall be specified in the Administrative Instructions.
- (4) [Notification of Withdrawal of Refusal]
- (a) The notification of any withdrawal of refusal shall relate to one international registration, shall be dated and shall be signed by the Office making the notification.

- iii) tous les motifs sur lesquels le refus est fondé, accompagnés d'un renvoi aux dispositions essentielles correspondantes de la loi,
- iv) lorsque les motifs sur lesquels le refus est fondé font état de la similitude avec un dessin ou modèle industriel qui a fait l'objet d'une demande ou d'un enregistrement antérieur national, régional ou international, la date et le numéro de dépôt, la date de priorité (le cas échéant), la date et le numéro de l'enregistrement (s'ils sont disponibles), une copie d'une reproduction du dessin ou modèle industriel antérieur (si cette reproduction est accessible au public) et le nom et l'adresse du propriétaire dudit dessin ou modèle industriel, de la manière prévue aux instructions administratives,
- v) lorsque le refus ne concerne pas tous les dessins ou modèles industriels qui font l'objet de l'enregistrement international, ceux qu'il concerne ou ne concerne pas,
- vi) le fait que le refus est ou n'est pas susceptible de réexamen ou de recours et, dans l'affirmative, le délai, raisonnable eu égard aux circonstances, pour présenter une requête en réexamen du refus ou un recours contre celui-ci ainsi que l'autorité compétente pour connaître de cette requête en réexamen ou de ce recours, avec indication, le cas échéant, de l'obligation de présenter la requête en réexamen ou le recours par l'intermédiaire d'un mandataire qui a son adresse sur le territoire de la partie contractante dont l'Office a prononcé le refus, et
- vii) la date à laquelle le refus a été prononcé.
- 3) [Notification de la division d'un enregistrement international] Si, à la suite d'une notification de refus visée à l'article 13.2) de l'Acte de 1999, un enregistrement international est divisé auprès de l'Office d'une partie contractante désignée pour remédier à un motif de refus indiqué dans ladite notification, cet Office notifie au Bureau international les données relatives à la division, telles que spécifiées dans les instructions administratives.
 - 4) [Notification de retrait d'un refus]
- a) Toute notification de retrait d'un refus doit se rapporter à un seul enregistrement international, être datée et être signée par l'Office qui la fait.

- alle Gründe, auf die sich die Schutzverweigerung stützt, mit einem Hinweis auf die wesentlichen einschlägigen Gesetzesbestimmungen,
- iv) falls sich die Gründe, auf die sich die Schutzverweigerung stützt, auf die Ähnlichkeit mit einem gewerblichen Muster oder Modell beziehen, das Gegenstand einer früheren nationalen, regionalen oder internationalen Anmeldung oder Eintragung gewesen ist, den Anmeldetaa und die Anmeldenummer, gegebenenfalls das Prioritätsdatum, das Datum und die Nummer der Eintragung (wenn verfügbar), eine Kopie einer Wiedergabe des früheren gewerblichen Musters oder Modells (wenn diese Wiedergabe öffentlich zugänglich ist) und den Namen und die Anschrift des Eigentümers des genannten gewerblichen Musters oder Modells in der in den Verwaltungsvorschriften vorgesehenen Weise.
- v) falls sich die Schutzverweigerung nicht auf alle gewerblichen Muster oder Modelle bezieht, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, diejenigen, auf die sie sich bezieht oder nicht bezieht,
- vi) ob die Schutzverweigerung Gegenstand einer Überprüfung oder Beschwerde sein kann und, wenn dies der Fall ist, die unter den Umständen angemessene Frist zur Einreichung des Antrags auf Überprüfung der Schutzverweigerung oder der Beschwerde gegen die Schutzverweigerung sowie die für den Antrag auf Überprüfung oder die Beschwerde zuständige Behörde, gegebenenfalls mit dem Hinweis, dass der Antrag auf Überprüfung oder die Beschwerde über einen Vertreter einzureichen ist, der seine Anschrift im Gebiet der Vertragspartei hat, deren Amt die Schutzverweigerung ausgesprochen hat, und
- vii) das Datum, an dem die Schutzverweigerung ausgesprochen wurde.
- (3) [Mitteilung über die Teilung der internationalen Eintragung] Wird eine internationale Eintragung auf eine Mitteilung über die Schutzverweigerung nach Artikel 13 Absatz 2 der Fassung von 1999 hin bei dem Amt einer benannten Vertragspartei geteilt, um ein in der Mitteilung angegebenes Schutzhindernis zu beseitigen, so macht dieses Amt dem Internationalen Büro die in den Verwaltungsvorschriften festgelegten Angaben über die Teilung.
- (4) [Mitteilung über die Rücknahme der Schutzverweigerung]
- a) Die Mitteilung über eine Rücknahme der Schutzverweigerung bezieht sich auf eine einzige internationale Eintragung; sie ist von dem mitteilenden Amt zu datieren und zu unterzeichnen.

- (b) The notification shall contain or indicate
 - (i) the Office making the notification,
 - (ii) the number of the international registration,
 - (iii) where the withdrawal does not relate to all the industrial designs to which the refusal applied, those to which it relates or does not relate, and
 - (iv) the date on which the refusal was withdrawn.
- (5) [Recording] The International Bureau shall record any notification received under paragraph (1)(c)(ii), (2) or (4) in the International Register together with, in the case of a notification of refusal, an indication of the date on which the notification of refusal was sent to the International Bureau.
- (6) [Transmittal of Copies of Notifications] The International Bureau shall transmit copies of notifications received under paragraph (1)(c)(ii), (2) or (4) to the holder.

Rule 19 Irregular Refusals

- (1) [Notification Not Regarded as Such]
- (a) A notification of refusal shall not be regarded as such by the International Bureau and shall not be recorded in the International Register
 - if it does not indicate the number of the international registration concerned, unless other indications contained in the notification permit the said registration to be identified,
 - (ii) if it does not indicate any grounds for refusal, or
 - (iii) if it is sent to the International Bureau after the expiry of the period applicable under Rule 18(1).
- (b) Where subparagraph (a) applies, the International Bureau shall, unless it cannot identify the international registration concerned, transmit a copy of the notification to the holder, shall inform, at the same time, the holder and the Office that sent the notification that the notification of refusal is not regarded as such by the International Bureau and has not been recorded in the International Register, and shall indicate the reasons therefor.
- (2) [Irregular Notification] If the notification of refusal
- (i) is not signed on behalf of the Office which communicated the refusal, or

- b) La notification doit contenir ou indiquer
 - i) l'Office qui fait la notification,
 - ii) le numéro de l'enregistrement international.
 - iii) si le retrait ne concerne pas tous les dessins ou modèles auxquels le refus s'appliquait, ceux qu'il concerne ou ne concerne pas, et
 - iv) la date à laquelle le refus a été re-
- 5) [Inscription] Le Bureau international inscrit au registre international toute notification reçue en vertu de l'alinéa 1)c)ii), 2) ou 4) avec une indication, dans le cas d'une notification de refus, de la date à laquelle cette notification de refus a été envoyée au Bureau international.
- 6) [Transmission de copies des notifications] Le Bureau international transmet au titulaire une copie des notifications reçues en vertu de l'alinéa 1)c)ii), 2) ou 4).

Règle 19 Refus irréguliers

- 1) [Notification non considérée comme telle]
- a) Une notification de refus n'est pas considérée comme telle par le Bureau international et n'est pas inscrite au registre international
 - si elle n'indique pas le numéro de l'enregistrement international correspondant, à moins que d'autres indications figurant dans la notification permettent d'identifier cet enregistrement,
 - ii) si elle n'indique aucun motif de refus ou
 - iii) si elle est adressée au Bureau international après l'expiration du délai applicable en vertu de la règle 18.1).
- b) Lorsque le sous-alinéa a) s'applique, le Bureau international, sauf s'il ne peut pas identifier l'enregistrement international concerné, transmet une copie de la notification au titulaire, informe en même temps le titulaire et l'Office qui a envoyé la notification de refus que celle-ci n'est pas considérée comme telle par le Bureau international et n'a pas été inscrite au registre international, et en indique les raisons.
- 2) [Notification irrégulière] Si la notification de refus
- n'est pas signée au nom de l'Office qui a communiqué le refus, ou ne remplit

- b) Die Mitteilung muss Folgendes enthalten oder angeben:
 - i) das mitteilende Amt,
 - ii) die Nummer der internationalen Eintragung,
 - iii) falls sich die Rücknahme nicht auf alle gewerblichen Muster oder Modelle bezieht, für die die Schutzverweigerung galt, diejenigen, auf die sie sich bezieht oder nicht bezieht, und
 - iv) das Datum der Rücknahme der Schutzverweigerung.
- (5) [Eintragung] Das Internationale Büro trägt die nach Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii, Absatz 2 oder Absatz 4 bei ihm eingegangenen Mitteilungen im internationalen Register ein, im Fall einer Mitteilung über die Schutzverweigerung unter Angabe des Datums, an dem sie dem Internationalen Büro übersandt wurde.
- (6) [Übermittlung von Kopien von Mitteilungen] Das Internationale Büro übermittelt dem Inhaber eine Kopie der Mitteilungen, die bei ihm nach Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii, Absatz 2 oder Absatz 4 eingegangen sind.

Regel 19

Nicht vorschriftsmäßige Schutzverweigerungen

- (1) [Mitteilung, die nicht als solche betrachtet wird]
- a) Eine Mitteilung über die Schutzverweigerung wird vom Internationalen Büro nicht als solche betrachtet und nicht im internationalen Register eingetragen,
 - i) wenn sie die Nummer der betreffenden internationalen Eintragung nicht angibt, es sei denn, andere in der Mitteilung enthaltene Angaben erlauben die Identifizierung der Eintragung,
 - ii) wenn sie keine Gründe für die Schutzverweigerung nennt oder
 - iii) wenn sie dem Internationalen Büro nach Ablauf der nach Regel 18 Absatz 1 geltenden Frist zugesandt wird.
- b) Findet Buchstabe a Anwendung, so übermittelt das Internationale Büro, sofern es die betreffende internationale Eintragung identifizieren kann, dem Inhaber eine Kopie der Mitteilung, informiert gleichzeitig den Inhaber und das mitteilende Amt davon, dass die Mitteilung über die Schutzverweigerung vom Internationalen Büro nicht als solche betrachtet wird und nicht im internationalen Register eingetragen worden ist, und gibt die Gründe hierfür an.
- (2) [Nicht vorschriftsmäßige Mitteilung] Falls die Mitteilung über die Schutzverweigerung
- i) nicht im Namen des Amtes unterschrieben ist, das die Nachricht von

- does not comply with the requirements established under Rule 2,
- (ii) does not comply, where applicable, with the requirements of Rule 18(2)(b)(iv),
- (iii) does not indicate, where applicable, the authority to which a request for review or an appeal lies and the applicable time limit, reasonable under the circumstances, for lodging such a request or appeal (Rule 18(2)(b)(vi)),
- (iv) does not indicate the date on which the refusal was pronounced (Rule 18(2)(b)(vii)),

the International Bureau shall nevertheless record the refusal in the International Register and transmit a copy of the notification to the holder. If so requested by the holder, the International Bureau shall invite the Office which communicated the refusal to rectify its notification without delay.

pas les conditions fixées en vertu de la règle 2,

- i) ne satisfait pas, le cas échéant, aux exigences de la règle 18.2)b)iv),
- iii) n'indique pas, le cas échéant, l'autorité compétente pour connaître de la requête en réexamen ou du recours et le délai, raisonnable eu égard aux circonstances, dans lequel cette requête ou ce recours doit être présenté (règle 18.2)b)vi)),
- iv) ne contient pas la date à laquelle le refus a été prononcé (règle 18.2)b)vii)),

le Bureau international inscrit toutefois le refus au registre international et transmet au titulaire copie de la notification. Si le titulaire le lui demande, le Bureau international invite l'Office qui a communiqué le refus à régulariser sa notification sans délai.

der Schutzverweigerung übermittelt hat, oder nicht den nach Regel 2 aufgestellten Erfordernissen entspricht,

- ii) gegebenenfalls nicht den Erfordernissen der Regel 18 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer iv entspricht,
- iii) gegebenenfalls nicht angibt, welche Behörde für einen Antrag auf Überprüfung oder eine Beschwerde zuständig ist und welches die unter den Umständen angemessene Frist zur Einreichung eines solchen Antrags oder einer solchen Beschwerde ist (Regel 18 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer vi),
- iv) nicht das Datum angibt, an dem die Schutzverweigerung ausgesprochen wurde (Regel 18 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer vii),

so trägt das Internationale Büro dennoch die Schutzverweigerung im internationalen Register ein und übermittelt dem Inhaber eine Kopie der Mitteilung. Auf Verlangen des Inhabers fordert das Internationale Büro das Amt, welches die Nachricht von der Schutzverweigerung übermittelt hat, auf, seine Mitteilung unverzüglich zu berichtigen.

Rule 20

Invalidation in Designated Contracting Parties

- (1) [Contents of the Notification of Invalidation] Where the effects of an international registration are invalidated in a designated Contracting Party and the invalidation is no longer subject to any review or appeal, the Office of the Contracting Party whose competent authority has pronounced the invalidation shall, where it is aware of the invalidation, notify the International Bureau accordingly. The notification shall indicate
- the authority which pronounced the invalidation,
- (ii) the fact that the invalidation is no longer subject to appeal,
- (iii) the number of the international registration,
- (iv) where the invalidation does not relate to all the industrial designs that are the subject of the international registration, those to which it relates or does not relate.
- (v) the date on which the invalidation was pronounced and its effective date.
- (2) [Recording of the Invalidation] The International Bureau shall record the invalidation in the International Register, together with the data contained in the notification of invalidation.

Règle 20

Invalidation dans des parties contractantes désignées

- 1) [Contenu de la notification d'invalidation] Lorsque les effets d'un enregistrement international sont invalidés dans une partie contractante désignée et que l'invalidation ne peut plus faire l'objet d'un réexamen ou d'un recours, l'Office de la partie contractante dont l'autorité compétente a prononcé l'invalidation notifie, lorsqu'il en a connaissance, ce fait au Bureau international. La notification doit indiquer
- i) l'autorité qui a prononcé l'invalidation,
- ii) le fait que l'invalidation ne peut plus faire l'objet d'un recours,
- iii) le numéro de l'enregistrement international,
- iv) lorsque l'invalidation ne concerne pas tous les dessins ou modèles industriels qui font l'objet de l'enregistrement international, ceux qu'elle concerne ou ne concerne pas,
- v) la date à laquelle l'invalidation a été prononcée ainsi que la date à laquelle elle prend effet.
- 2) [Inscription de l'invalidation] Le Bureau international inscrit l'invalidation au registre international avec les données figurant dans la notification d'invalidation.

Regel 20

Ungültigerklärung in benannten Vertragsparteien

- (1) [Inhalt der Mitteilung über die Ungültigerklärung] Werden die Wirkungen einer internationalen Eintragung in einer benannten Vertragspartei für ungültig erklärt und kann die Ungültigerklärung nicht mehr Gegenstand einer Überprüfung oder einer Beschwerde sein, so teilt das Amt der Vertragspartei, deren zuständige Behörde die Ungültigerklärung ausgesprochen hat, wenn es von der Ungültigerklärung Kenntnis hat, dies dem Internationalen Büro mit. Die Mitteilung muss Folgendes angeben:
- i) die Behörde, welche die Ungültigerklärung ausgesprochen hat,
- ii) die Tatsache, dass gegen die Ungültigerklärung kein Rechtsbehelf mehr eingelegt werden kann,
- iii) die Nummer der internationalen Eintragung.
- iv) falls die Ungültigerklärung sich nicht auf alle gewerblichen Muster oder Modelle bezieht, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, diejenigen, auf die sie sich bezieht oder nicht bezieht,
- v) den Tag, an dem die Ungültigerklärung ausgesprochen wurde, und den Tag des Wirksamwerdens der Erklärung.
- (2) [Eintragung der Ungültigerklärung] Das Internationale Büro trägt die Ungültigerklärung zusammen mit den in der Mitteilung über die Ungültigerklärung enthaltenen Angaben im internationalen Register ein.

Chapter 4

Changes and Corrections

Rule 21

Recording of a Change

- (1) [Presentation of the Request]
- (a) A request for the recording shall be presented to the International Bureau on the relevant official form where the request relates to any of the following:
 - a change in the ownership of the international registration in respect of all or some of the industrial designs that are the subject of the international registration;
 - (ii) a change in the name or address of the holder:
 - (iii) a renunciation of the international registration in respect of any or all of the designated Contracting Parties:
 - (iv) a limitation, in respect of any or all of the designated Contracting Parties, to one or some of the industrial designs that are the subject of the international registration.
- (b) The request shall be presented by the holder and signed by the holder; however, a request for the recording of a change in ownership may be presented by the new owner, provided that it is
 - (i) signed by the holder, or
 - (ii) signed by the new owner and accompanied by an attestation from the competent authority of the holder's Contracting Party that the new owner appears to be the successor in title of the holder.
- (2) [Contents of the Request] The request for the recording of a change shall, in addition to the requested change, contain or indicate
- the number of the international registration concerned.
- (ii) the name of the holder, unless the change relates to the name or address of the representative,
- (iii) in case of a change in the ownership of the international registration, the name and address, given in accordance with the Administrative Instructions, of the new owner of the international registration.
- (iv) in case of a change in the ownership of the international registration, the Contracting Party or Parties in respect of which the new owner fulfills the conditions to be the holder of an international registration,

Chapitre 4

Modifications et rectifications

Règle 21

Inscription d'une modification

- 1) [Présentation de la demande]
- a) Une demande d'inscription doit être présentée au Bureau international sur le formulaire officiel approprié lorsque cette demande se rapporte à
 - i) un changement de titulaire de l'enregistrement international pour tout ou partie des dessins ou modèles industriels qui font l'objet de l'enregistrement international;
 - ii) un changement de nom ou d'adresse du titulaire;
 - iii) une renonciation à l'enregistrement international à l'égard d'une, de plusieurs ou de la totalité des parties contractantes désignées;
 - iv) une limitation, à l'égard d'une, de plusieurs ou de la totalité des parties contractantes désignées, portant sur une partie des dessins ou modèles industriels qui font l'objet de l'enregistrement international.
- b) La demande doit être présentée par le titulaire et signée par celui-ci; toutefois, une demande d'inscription de changement de titulaire peut être présentée par le nouveau propriétaire, à condition qu'elle soit
 - i) signée par le titulaire, ou
 - ii) signée par le nouveau propriétaire et accompagnée d'une attestation établie par l'autorité compétente de la partie contractante du titulaire selon laquelle le nouveau propriétaire semble être l'ayant cause du titulaire.
- 2) [Contenu de la demande] La demande d'inscription d'une modification doit contenir ou indiquer, en sus de la modification demandée,
- i) le numéro de l'enregistrement international concerné.
- ii) le nom du titulaire, sauf lorsque la modification porte sur le nom ou l'adresse du mandataire,
- iii) en cas de changement de titulaire de l'enregistrement international, le nom et l'adresse, indiqués conformément aux instructions administratives, du nouveau propriétaire de l'enregistrement international,
- iv) en cas de changement de titulaire de l'enregistrement international, la ou les parties contractantes à l'égard desquelles le nouveau propriétaire remplit les conditions pour être le titulaire d'un enregistrement international,

Kapitel 4

Änderungen und Berichtigungen

Regel 21

Eintragung einer Änderung

- (1) [Einreichung des Antrags]
- a) Ein Antrag auf Eintragung ist beim Internationalen Büro auf dem entsprechenden amtlichen Formblatt einzureichen, wenn sich der Antrag auf Folgendes bezieht:
 - i) einen Wechsel des Inhabers der internationalen Eintragung in Bezug auf alle oder einige gewerbliche Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind;
 - ii) eine Änderung des Namens oder der Anschrift des Inhabers;
 - iii) einen Verzicht auf die internationale Eintragung in Bezug auf eine, mehrere oder alle benannten Vertragsparteien;
 - iv) eine Einschränkung auf ein oder mehrere gewerbliche Muster oder Modelle, die Gegenstand der internationalen Eintragung sind, in Bezug auf eine, mehrere oder alle benannten Vertragsparteien.
- b) Der Antrag ist vom Inhaber einzureichen und zu unterzeichnen; ein Antrag auf Eintragung eines Inhaberwechsels kann jedoch auch vom neuen Eigentümer eingereicht werden, sofern er
 - i) vom Inhaber unterzeichnet ist oder
 - ii) vom neuen Eigentümer unterzeichnet ist und eine Bestätigung der zuständigen Behörde der Vertragspartei des Inhabers beigefügt ist, der zufolge der neue Eigentümer der Rechtsnachfolger des Inhabers zu sein scheint.
- (2) [Inhalt des Antrags] Der Antrag auf Eintragung einer Änderung muss neben der beantragten Änderung Folgendes enthalten oder angeben:
- i) die Nummer der betreffenden internationalen Eintragung.
- ii) den Namen des Inhabers, es sei denn, die Änderung bezieht sich auf den Namen oder die Anschrift des Vertreters
- iii) im Fall eines Wechsels des Inhabers der internationalen Eintragung den Namen und die Anschrift des neuen Eigentümers der internationalen Eintragung, angegeben nach den Verwaltungsvorschriften,
- iv) im Fall eines Wechsels des Inhabers der internationalen Eintragung die Vertragspartei oder die Vertragsparteien, in Bezug auf die der neue Eigentümer die Voraussetzungen dafür erfüllt, Inhaber einer internationalen Eintragung zu sein

- (v) in case of a change in the ownership of the international registration that does not relate to all the industrial designs and to all the Contracting Parties, the numbers of the industrial designs and the designated Contracting Parties to which the change in ownership relates,
- (vi) the amount of the fees being paid and the method of payment, or instruction to debit the required amount of fees to an account opened with the International Bureau, and the identification of the party effecting the payment or giving the instructions.
- (3) [Request Not Admissible] A change in the ownership of an international registration may not be recorded in respect of a designated Contracting Party if that Contracting Party is not bound by an Act to which the Contracting Party, or one of the Contracting Parties, indicated under paragraph (2)(iv) is bound.
- (4) [Irregular Request] If the request does not comply with the applicable requirements, the International Bureau shall notify that fact to the holder and, if the request was made by a person claiming to be the new owner, to that person.
- (5) [Time Allowed to Remedy Irregularity] The irregularity may be remedied within three months from the date of the notification of the irregularity by the International Bureau. If the irregularity is not remedied within the said three months, the request shall be considered abandoned and the International Bureau shall notify accordingly and at the same time the holder and, if the request was presented by a person claiming to be the new owner, that person, and shall refund any fees paid, after deduction of an amount corresponding to one-half of the relevant fees.
- (6) [Recording and Notification of a Changel
- (a) The International Bureau shall, provided that the request is in order, promptly record the change in the International Register and shall inform the holder. In the case of a recording of a change in ownership, the International Bureau will inform both the new holder and the previous holder.
- (b) The change shall be recorded as of the date of receipt by the International Bureau of the request complying with the applicable requirements. Where however the request indicates that the change should be recorded after another change, or after renewal of the international registration, the International Bureau shall proceed accordingly.
- (7) [Recording of Partial Change in Ownership] Assignment or other transfer of the international registration in respect of

- v) en cas de changement de titulaire de l'enregistrement international qui ne concerne pas tous les dessins ou modèles industriels et toutes les parties contractantes, les numéros des dessins ou modèles industriels et les parties contractantes désignées concernés par le changement de titulaire, et
- vi) le montant des taxes payées et le mode de paiement, ou l'instruction de prélever le montant requis des taxes sur un compte ouvert auprès du Bureau international, ainsi que l'identité de l'auteur du paiement ou des instructions
- 3) [Demande irrecevable] Un changement de titulaire d'un enregistrement international ne peut être inscrit à l'égard d'une partie contractante désignée lorsque cette partie contractante n'est pas liée par un Acte auquel la partie contractante, ou l'une des parties contractantes, indiquée selon l'alinéa 2)iv) est liée.
- 4) [Demande irrégulière] Lorsque la demande d'inscription ne remplit pas les conditions requises, le Bureau international notifie ce fait au titulaire et, si la demande a été présentée par une personne qui prétend être le nouveau propriétaire, à cette personne.
- 5) [Délai pour corriger l'irrégularité] L'irrégularité peut être corrigée dans un délai de trois mois à compter de la date de sa notification par le Bureau international. Si l'irrégularité n'est pas corrigée dans ce délai, la demande d'inscription est réputée abandonnée et le Bureau international notifie ce fait en même temps au titulaire ainsi que, si la demande a été présentée par une personne qui prétend être le nouveau propriétaire, à cette personne, et il rembourse toutes les taxes payées après déduction d'un montant correspondant à la moitié des taxes pertinentes.
- 6) [Inscription et notification d'une modification]
- a) Pour autant que la demande soit régulière, le Bureau international inscrit à bref délai la modification au registre international et en informe le titulaire.
 S'agissant de l'inscription d'un changement de titulaire, le Bureau international informe à la fois le nouveau titulaire et le titulaire antérieur.
- b) La modification doit être inscrite à la date de la réception par le Bureau international de la demande remplissant les conditions requises. Toutefois, lorsque la demande indique que la modification doit être inscrite après une autre modification, ou après le renouvellement de l'enregistrement international, le Bureau international donne suite à cette demande.
- 7) [Inscription d'un changement partiel de titulaire] La cession ou toute autre transmission de l'enregistrement inter-

- v) im Fall eines Wechsels des Inhabers der internationalen Eintragung, die sich nicht auf alle gewerblichen Muster oder Modelle und alle Vertragsparteien bezieht, die Nummern der gewerblichen Muster oder Modelle und die benannten Vertragsparteien, auf die sich der Wechsel des Inhabers der internationalen Eintragung bezieht, und
- vi) den Betrag der entrichteten Gebühren und die Zahlungsweise oder den Auftrag zur Abbuchung des erforderlichen Gebührenbetrags von einem beim Internationalen Büro eröffneten Konto sowie die Bezeichnung des Einzahlers oder des Auftraggebers.
- (3) [Nicht zulässiger Antrag] Ein Wechsel des Inhabers einer internationalen Eintragung darf für eine benannte Vertragspartei nicht eingetragen werden, wenn diese Vertragspartei nicht durch eine Fassung gebunden ist, durch die eine nach Absatz 2 Ziffer iv angegebene Vertragspartei gebunden ist.
- (4) [Nicht vorschriftsmäßiger Antrag] Erfüllt der Antrag nicht die geltenden Erfordernisse, so teilt das Internationale Büro dies dem Inhaber und, wenn der Antrag von einer Person eingereicht wurde, die angibt, der neue Eigentümer zu sein, dieser Person mit.
- (5) [Frist für die Beseitigung des Mangels] Der Mangel kann innerhalb von drei Monaten nach dem Tag beseitigt werden, an dem das Internationale Büro den Mangel mitgeteilt hat. Wird der Mangel nicht innerhalb dieser drei Monate beseitigt, so gilt der Antrag als zurückgenommen; das Internationale Büro teilt dies gleichzeitig dem Inhaber und, falls der Antrag von einer Person eingereicht wurde, die angibt, der neue Eigentümer zu sein, dieser Person mit und erstattet die entrichteten Gebühren nach Abzug eines Betrags in Höhe der Hälfte der entsprechenden Gebühren.
- (6) [Eintragung und Mitteilung einer Änderung]
- a) Ist der Antrag vorschriftsgemäß, so trägt das Internationale Büro die Änderung umgehend im internationalen Register ein und informiert den Inhaber.
 Im Fall der Eintragung eines Inhaberwechsels informiert das Internationale Büro sowohl den neuen als auch den früheren Inhaber.
- b) Die Änderung wird mit dem Datum eingetragen, an dem der die geltenden Erfordernisse erfüllende Antrag beim Internationalen Büro eingeht. Ist in dem Antrag jedoch angegeben, dass die Änderung nach einer weiteren Änderung oder nach einer Erneuerung der internationalen Eintragung eingetragen werden soll, so handelt das Internationale Büro entsprechend.
- (7) [Eintragung eines teilweisen Inhaberwechsels] Eine Abtretung oder sonstige Übertragung der internationalen Eintra-

national pour une partie seulement des

dessins ou modèles industriels ou pour

certaines seulement des parties contrac-

tantes désignées est inscrite au registre

international sous le numéro de l'enre-

gistrement international dont une partie a

été cédée ou transmise; la partie cédée ou

transmise est radiée sous le numéro dudit

enregistrement international et fait l'objet

d'un enregistrement international distinct.

Cet enregistrement international distinct

porte le numéro, accompagné d'une lettre

majuscule, de l'enregistrement internatio-

nal dont une partie a été cédée ou trans-

8) [Inscription de la fusion d'enregistre-

ments internationaux] Lorsque la même

personne devient titulaire de plusieurs

enregistrements internationaux issus d'un

changement partiel de titulaire, ces enre-

gistrements sont fusionnés à la demande

de ladite personne et les alinéas 1) à 6)

s'appliquent mutatis mutandis. L'enregis-

mise.

some only of the industrial designs, or some only of the designated Contracting Parties shall be recorded in the International Register under the number of the international registration of which a part has been assigned or otherwise transferred; any assigned or otherwise transferred part shall be canceled under the number of the said international registration and recorded as a separate international registration. The separate international registration shall bear the number of the international registration of which a part has been assigned or otherwise transferred, together with a capital letter.

(8) [Recording of Merger of International Registrations] Where the same person becomes the holder of two or more international registrations resulting from a partial change in ownership, the registrations shall be merged at the request of the said person and paragraphs (1) to (6) shall apply *mutatis mutandis*. The international registration resulting from the merger shall bear the number of the international registration of which a part had been assigned or otherwise transferred, together, where applicable, with a capital letter.

Rule 22

Corrections

in the International Register

(1) [Correction] Where the International

Bureau, acting ex officio or at the request

of the holder, considers that there is an

error concerning an international registra-

tion in the International Register, it shall

modify the Register and inform the holder

(2) [Refusal of Effects of Correction] The

Office of any designated Contracting Party

shall have the right to declare in a notifica-

tion to the International Bureau that it

refuses to recognize the effects of the cor-

rection. Rules 18 and 19 shall apply

accordingly.

mutatis mutandis.

trement international issu de la fusion porte le numéro, accompagné, le cas échéant, d'une lettre majuscule, de l'enregistrement international dont une partie a été cédée ou transmise.

Règle 22

Rectifications apportées au registre international

- 1) [Rectification] Si le Bureau international, agissant d'office ou sur demande du titulaire, considère que le registre international contient une erreur relative à un enregistrement international, il modifie le registre et informe le titulaire en conséquence.
- 2) [Refus des effets de la rectification] L'Office de toute partie contractante désignée a le droit de déclarer, dans une notification adressée au Bureau international, qu'il refuse de reconnaître les effets de la rectification. Les règles 18 et 19 s'appliquent mutatis mutandis.

Chapter 5

Renewals

Rule 23

Unofficial Notice of Expiry

Six months before the expiry of a fiveyear term, the International Bureau shall send to the holder and the representative, if any, a notice indicating the date of expiry of the international registration. The fact that the said notice is not received shall not constitute an excuse for failure to comply with any time limit under Rule 24. Chapitre 5

Renouvellements

Règle 23

Avis officieux d'échéance

Six mois avant l'expiration d'une période de cinq ans, le Bureau international adresse au titulaire et au mandataire éventuel un avis indiquant la date d'expiration de l'enregistrement international. Le fait que cet avis d'échéance n'est pas reçu ne constitue pas une excuse de l'inobservation de l'un quelconque des délais prévus à la règle 24.

gung in Bezug auf nur einige der gewerblichen Muster oder Modelle oder nur einige der benannten Vertragsparteien wird im internationalen Register unter der Nummer der internationalen Eintragung eingetragen, die teilweise abgetreten oder auf andere Weise übertragen worden ist; jeder abgetretene oder auf andere Weise übertragene Teil wird unter der Nummer der genannten internationalen Eintragung gelöscht und als eigenständige internationale Eintragung eingetragen. Die eigenständige internationale Eintragung erhält die Nummer der teilweise abgetretenen oder auf andere Weise übertragenen internationalen Eintragung, erweitert um einen Großbuchstaben.

(8) [Eintragung der Zusammenführung internationaler Eintragungen] Wird eine Person infolge eines teilweisen Inhaberwechsels Inhaber mehrerer internationaler Eintragungen, so werden diese Eintragungen auf Antrag der genannten Person zusammengeführt und die Absätze 1 bis 6 finden sinngemäß Anwendung. Die aus einer Zusammenführung hervorgegangene internationale Eintragung trägt die Nummer der teilweise abgetretenen oder auf andere Weise übertragenen internationalen Eintragung, gegebenenfalls erweitert um einen Großbuchstaben.

Regel 22

Berichtigungen im internationalen Register

- (1) [Berichtigung] Ist das Internationale Büro, das von Amts wegen oder auf Antrag des Inhabers tätig wird, der Auffassung, dass in Bezug auf eine internationale Eintragung ein Fehler im internationalen Register vorliegt, so ändert es das Register und informiert den Inhaber entsprechend.
- (2) [Verweigerung der Wirkungen der Berichtigung] Das Amt jeder benannten Vertragspartei hat das Recht, in einer an das Internationale Büro gerichteten Mitteilung zu erklären, dass es die Anerkennung der Wirkungen der Berichtigung verweigert. Die Regeln 18 und 19 finden sinngemäß Anwendung.

Kapitel 5

Erneuerungen

Regel 23

Offiziöser Hinweis auf den Schutzablauf

Sechs Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums von fünf Jahren sendet das Internationale Büro dem Inhaber und gegebenenfalls dem Vertreter einen Hinweis auf den Tag des Ablaufs der internationalen Eintragung. Die Tatsache, dass dieser Hinweis nicht eingegangen ist, stellt keine Entschuldigung für die Nichteinhaltung einer Frist nach Regel 24 dar.

Details Concerning Renewal

- (1) [Fees]
- (a) The international registration shall be renewed upon payment of the following fees:
 - (i) a basic fee;
 - (ii) a standard designation fee in respect of each Contracting Party designated under the 1999 Act that has not made a declaration under Article 7(2) of the 1999 Act, and each Contracting Party designated under the 1960 Act, for which the international registration is to be renewed;
 - (iii) an individual designation fee for each Contracting Party designated under the 1999 Act that has made a declaration under Article 7(2) of the 1999 Act and for which the international registration is to be renewed.
- (b) The amounts of the fees referred to in items (i) and (ii) of subparagraph (a) are set out in the Schedule of Fees.
- (c) The payment of the fees referred to in subparagraph (a) shall be made at the latest on the date on which the renewal of the international registration is due. However, it may still be made within six months from the date on which the renewal of the international registration is due, provided that the surcharge specified in the Schedule of Fees is paid at the same time.
- (d) If any payment made for the purposes of renewal is received by the International Bureau earlier than three months before the date on which the renewal of the international registration is due, it shall be considered as having been received three months before that date.
 - (2) [Further Details]
- (a) Where the holder does not wish to renew the international registration
 - (i) in respect of a designated Contracting Party, or
 - (ii) in respect of any of the industrial designs that are the subject of the international registration,

payment of the required fees shall be accompanied by a statement indicating the Contracting Party or the numbers of the industrial designs for which the international registration is not to be renewed.

Règle 24

Précisions relatives au renouvellement

- Taxes
- a) L'enregistrement international est renouvelé moyennant le paiement des taxes suivantes:
 - i) une taxe de base,
 - ii) une taxe de désignation standard pour chaque partie contractante désignée en vertu de l'Acte de 1999 qui n'a pas fait la déclaration prévue à l'article 7.2) de l'Acte de 1999, et pour chaque partie contractante désignée en vertu de l'Acte de 1960, pour lesquelles l'enregistrement international doit être renouvelé
 - iii) une taxe de désignation individuelle pour chaque partie contractante désignée en vertu de l'Acte de 1999 qui a fait la déclaration prévue à l'article 7.2) de l'Acte de 1999 et pour laquelle l'enregistrement international doit être renouvelé.
- b) Le montant des taxes visées aux points i) et ii) du sous-alinéa a) est fixé dans le barème des taxes.
- c) Le paiement des taxes visées au sousalinéa a) doit être fait au plus tard à la date à laquelle le renouvellement de l'enregistrement international doit être effectué. Toutefois, il peut encore être fait dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle le renouvellement de l'enregistrement international doit être effectué, à condition que la surtaxe indiquée dans le barème des taxes soit payée en même temps.
- d) Tout paiement aux fins du renouvellement qui est reçu par le Bureau international plus de trois mois avant la date à laquelle le renouvellement de l'enregistrement international doit être effectué est considéré comme ayant été reçu trois mois avant cette date.
 - 2) [Précisions supplémentaires]
- a) Lorsque le titulaire ne souhaite pas renouveler l'enregistrement international
 - à l'égard d'une partie contractante désignée, ou
 - ii) à l'égard de l'un quelconque des dessins ou modèles industriels qui font l'objet de l'enregistrement international.

le paiement des taxes requises doit être accompagné d'une déclaration indiquant la partie contractante ou les numéros des dessins ou modèles industriels pour lesquels l'enregistrement international ne doit pas être renouvelé.

Regel 24

Einzelheiten betreffend die Erneuerung

- (1) [Gebühren]
- a) Die internationale Eintragung wird gegen Entrichtung folgender Gebühren erneuert:
 - i) einer Grundgebühr;
 - ii) einer Standard-Benennungsgebühr für jede nach der Fassung von 1999 benannte Vertragspartei, die keine Erklärung nach Artikel 7 Absatz 2 der Fassung von 1999 abgegeben hat und für welche die internationale Eintragung erneuert werden soll, sowie für jede nach der Fassung von 1960 benante Vertragspartei, für welche die internationale Eintragung erneuert werden soll:
 - iii) einer individuellen Benennungsgebühr für jede nach der Fassung von 1999 benannte Vertragspartei, die eine Erklärung nach Artikel 7 Absatz 2 der Fassung von 1999 abgegeben hat und für welche die internationale Eintragung erneuert werden soll.
- b) Der Betrag der unter Buchstabe a Ziffern i und ii bezeichneten Gebühren ergibt sich aus dem Gebührenverzeichnis.
- c) Die Zahlung der unter Buchstabe a bezeichneten Gebühren muss spätestens an dem Tag erfolgen, an dem die Erneuerung der internationalen Eintragung vorzunehmen ist. Sie kann jedoch noch innerhalb von sechs Monaten nach diesem Tag erfolgen, sofern gleichzeitig die im Gebührenverzeichnis angegebene Zuschlagsgebühr entrichtet wird.
- d) Geht eine Zahlung zum Zweck der Erneuerung beim Internationalen Büro mehr als drei Monate vor dem Tag ein, an dem die Erneuerung der internationalen Eintragung vorzunehmen ist, so gilt sie als drei Monate vor diesem Tag eingegangen.
 - (2) [Weitere Einzelheiten]
- a) Möchte der Inhaber die internationale Eintragung
 - i) in Bezug auf eine benannte Vertragspartei oder
 - ii) in Bezug auf ein gewerbliches Muster oder Modell, das Gegenstand der internationalen Eintragung ist,

nicht erneuern, so ist bei der Zahlung der erforderlichen Gebühren eine Erklärung abzugeben, in der die Vertragspartei oder die Nummern der gewerblichen Muster oder Modelle angegeben werden, für welche die internationale Eintragung nicht erneuert werden soll.

- (b) Where the holder wishes to renew the international registration in respect of a designated Contracting Party notwithstanding the fact that the maximum period of protection for industrial designs in that Contracting Party has expired, payment of the required fees, including the standard designation fee or the individual designation fee, as the case may be, for that Contracting Party, shall be accompanied by a statement that the renewal of the international registration is to be recorded in the International Register in respect of that Contracting Party.
- (c) Where the holder wishes to renew the international registration in respect of a designated Contracting Party notwithstanding the fact that a refusal is recorded in the International Register for that Contracting Party in respect of all the industrial designs concerned, payment of the required fees, including the standard designation fee or the individual designation fee, as the case may be, for that Contracting Party, shall be accompanied by a statement specifying that the renewal of the international registration is to be recorded in the International Register in respect of that Contracting Party.
- (d) The international registration may not be renewed in respect of any designated Contracting Party in respect of which an invalidation has been recorded for all the industrial designs under Rule 20 or in respect of which a renunciation has been recorded under Rule 21. The international registration may not be renewed in respect of any designated Contracting Party for those industrial designs in respect of which an invalidation in that Contracting Party has been recorded under Rule 20 or in respect of which a limitation has been recorded under Rule 21.
 - (3) [Insufficient Fees]
- (a) If the amount of the fees received is less than the amount required for renewal, the International Bureau shall promptly notify at the same time both the holder and the representative, if any, accordingly. The notification shall specify the missing amount.
- (b) If the amount of the fees received is, on the expiry of the period of six months referred to in paragraph (1)(c), less than the amount required for renewal, the International Bureau shall not record the renewal, shall refund the amount received and shall notify accordingly the holder and the representative, if any.

- b) Lorsque le titulaire souhaite renouveler l'enregistrement international à l'égard d'une partie contractante désignée nonobstant le fait que la durée maximale de protection des dessins ou modèles industriels dans cette partie contractante a expiré, le paiement des taxes requises, y compris la taxe de désignation standard ou la taxe de désignation individuelle, selon le cas, pour cette partie contractante, doit être accompagné d'une déclaration selon laquelle le renouvellement de l'enregistrement international doit être inscrit au registre international à l'égard de cette partie contractante.
- c) Lorsque le titulaire souhaite renouveler l'enregistrement international à l'égard d'une partie contractante désignée nonobstant le fait qu'un refus est inscrit au registre international pour cette partie contractante en ce qui concerne l'ensemble des dessins ou modèles industriels concernés, le paiement des taxes requises, y compris la taxe de désignation standard ou la taxe de désignation individuelle, selon le cas, pour cette partie contractante, doit être accompagné d'une déclaration spécifiant que le renouvellement de l'enregistrement international doit être inscrit au registre international à l'égard de cette partie contractante.
- d) L'enregistrement international ne peut pas être renouvelé à l'égard d'une partie contractante désignée à l'égard de laquelle une invalidation a été inscrite pour tous les dessins ou modèles industriels en vertu de la règle 20 ou à l'égard de laquelle une renonciation a été inscrite en vertu de la règle 21. L'enregistrement international ne peut pas être renouvelé à l'égard d'une partie contractante désignée pour les dessins ou modèles industriels pour lesquels une invalidation dans cette partie contractante a été inscrite en vertu de la règle 20 ou pour lesquels une limitation a été inscrite en vertu de la règle 21.
 - 3) [Paiement insuffisant]
- a) Si le montant des taxes reçu est inférieur à celui qui est requis pour le renouvellement, le Bureau international notifie ce fait à bref délai et en même temps au titulaire et au mandataire éventuel. La notification précise le montant restant dû.
- b) Si, à l'expiration du délai de six mois visé à l'alinéa 1)c), le montant des taxes reçu est inférieur à celui qui est requis pour le renouvellement, le Bureau international n'inscrit pas le renouvellement, rembourse le montant reçu et notifie cet état de fait au titulaire et au mandataire éventuel.

- b) Möchte der Inhaber die internationale Eintragung für eine benannte Vertragspartei ungeachtet der Tatsache erneuern, dass die maximale Schutzdauer für gewerbliche Muster oder Modelle in dieser Vertragspartei abgelaufen ist, so ist bei der Zahlung der erforderlichen Gebühren einschließlich der Standard-Benennungsgebühr beziehungsweise der individuellen Benennungsgebühr für diese Vertragspartei eine Erklärung abzugeben, die besagt, dass die Erneuerung der internationalen Eintragung für diese Vertragspartei im internationalen Register einzutragen ist.
- c) Möchte der Inhaber die internationale Eintragung für eine benannte Vertragspartei ungeachtet der Tatsache erneuern, dass für diese Vertragspartei im internationalen Register eine Schutzverweigerung in Bezug auf alle betroffenen gewerblichen Muster oder Modelle eingetragen ist, so ist bei der Zahlung der erforderlichen Gebühren einschließlich der Standard-Benennungsgebühr beziehungsweise der individuellen Benennungsgebühr für diese Vertragspartei eine Erklärung abzugeben, die besagt, dass die Erneuerung der internationalen Eintragung für diese Vertragspartei im internationalen Register einzutragen ist.
- d) Die internationale Eintragung kann nicht in Bezug auf eine benannte Vertragspartei erneuert werden, für die eine Ungültigerklärung nach Regel 20 in Bezug auf alle gewerblichen Muster oder Modelle oder ein Verzicht nach Regel 21 eingetragen worden ist. Die internationale Eintragung kann in Bezug auf eine benannte Vertragspartei nicht für die gewerblichen Muster oder Modelle erneuert werden, für die eine Ungültigerklärung in dieser Vertragspartei nach Regel 20 oder eine Einschränkung nach Regel 21 eingetragen worden ist.
- (3) [Nicht ausreichende Gebührenzahlung]
- a) Liegt der eingegangene Gebührenbetrag unter dem für die Erneuerung erforderlichen Betrag, so teilt das Internationale Büro dies umgehend dem Inhaber und gleichzeitig dem etwaigen Vertreter mit. In der Mitteilung wird der Fehlbetrag angegeben.
- b) Liegt der eingegangene Gebührenbetrag bei Ablauf der in Absatz 1 Buchstabe c genannten Frist von sechs Monaten unter dem zur Erneuerung erforderlichen Betrag, so trägt das Internationale Büro die Erneuerung nicht ein, erstattet den eingegangenen Betrag zurück und teilt dies dem Inhaber und dem etwaigen Vertreter mit.

Recording of the Renewal; Certificate

- (1) [Recording and Effective Date of the Renewal] Renewal shall be recorded in the International Register with the date on which renewal was due, even if the fees required for renewal are paid within the period of grace referred to in Rule 24(1)(c).
- (2) [Certificate] The International Bureau shall send a certificate of renewal to the holder.

Chapter 6

Bulletin

Rule 26

Bulletin

- (1) [Information Concerning International Registrations] The International Bureau shall publish in the Bulletin relevant data concerning
- international registrations, in accordance with Rule 17;
- (ii) refusals recorded under Rule 18(5), with an indication as to whether there is a possibility of review or appeal, but without the grounds for refusal;
- (iii) invalidations recorded under Rule 20(2);
- (iv) changes in ownership, changes of name or address of the holder, renunciations and limitations recorded under Rule 21;
- (v) corrections effected under Rule 22;
- (vi) renewals recorded under Rule 25(1);
- (vii) international registrations which have not been renewed.
- (2) [Information Concerning Declarations; Other Information] The International Bureau shall publish in the Bulletin any declaration made by a Contracting Party under the 1999 Act, the 1960 Act or these Regulations, as well as a list of the days on which the International Bureau is not scheduled to open to the public during the current and the following calendar year.
- (3) [Mode of Publishing the Bulletin] The Bulletin referred to in Rule 1(1)(x) shall be published on the website of the Organization. The date on which each issue of the Bulletin is published on that website shall be electronically communicated by the International Bureau to the Office of each Contracting Party. Such communication shall be deemed to replace the sending of the Bulletin referred to in Article 10(3)(b) of

Règle 25

Inscription du renouvellement; certificat

- 1) [Inscription et date d'effet du renouvellement] Le renouvellement est inscrit au registre international et porte la date à laquelle il devait être effectué, même si les taxes requises sont payées pendant le délai de grâce visé à la règle 24.1)c).
- 2) [Certificat] Le Bureau international envoie un certificat de renouvellement au titulaire.

Chapitre 6

Bulletin

Règle 26

Bulletin

- 1) [Informations concernant les enregistrements internationaux] Le Bureau international publie dans le bulletin les données pertinentes relatives
- i) aux enregistrements internationaux, conformément à la règle 17;
- aux refus inscrits en vertu de la règle 18.5), en indiquant s'il y a une possibilité de réexamen ou de recours, mais sans publier les motifs de refus;
- iii) aux invalidations inscrites en vertu de la règle 20.2);
- iv) aux changements de titulaire, modifications du nom ou de l'adresse du titulaire, renonciations et limitations inscrits en vertu de la règle 21;
- v) aux rectifications effectuées en vertu de la règle 22;
- vi) aux renouvellements inscrits en vertu de la règle 25.1);
- vii) aux enregistrements internationaux qui n'ont pas été renouvelés.
- 2) [Informations concernant les déclarations; autres informations] Le Bureau international publie dans le bulletin toute déclaration faite par une partie contractante en vertu de l'Acte de 1999, de l'Acte de 1960 ou du présent règlement d'exécution ainsi que la liste des jours où il est prévu que le Bureau international ne sera pas ouvert au public pendant l'année civile en cours et l'année suivante.
- 3) [Mode de publication du bulletin] Le bulletin visé à la règle 1.1)x) est publié sur le site Internet de l'Organisation. La date à laquelle chaque numéro du bulletin est publié sur ce site est communiquée électroniquement par le Bureau international à l'Office de chaque partie contractante. Cette communication est réputée remplacer l'envoi du bulletin visé à l'article 10.3)b) de l'Acte de 1999 et à l'article 6.3)b) de

Regel 25

Eintragung der Erneuerung; Bescheinigung

- (1) [Eintragung und Tag des Wirksamwerdens der Erneuerung] Die Erneuerung wird im internationalen Register mit dem Datum eingetragen, an dem sie vorzunehmen ist, und zwar auch dann, wenn die für die Erneuerung erforderlichen Gebühren innerhalb der in Regel 24 Absatz 1 Buchstabe c genannten Nachfrist entrichtet worden sind.
- (2) [Bescheinigung] Das Internationale Büro übersendet dem Inhaber eine Erneuerungsbescheinigung.

Kapitel 6

Bulletin

Regel 26 Bulletin

- (1) [Informationen über internationale Eintragungen] Das Internationale Büro veröffentlicht im Bulletin die maßgeblichen Daten über
- i) internationale Eintragungen nach Regel 17;
- ii) nach Regel 18 Absatz 5 eingetragene Schutzverweigerungen mit einem Hinweis, ob die Möglichkeit einer Überprüfung oder Beschwerde besteht, aber ohne Angabe der Gründe für die Schutzverweigerung;
- iii) nach Regel 20 Absatz 2 eingetragene Ungültigerklärungen;
- iv) nach Regel 21 eingetragene Inhaberwechsel, Änderungen des Namens oder der Anschrift des Inhabers, Verzichtserklärungen und Einschränkungen;
- v) nach Regel 22 vorgenommene Berichtigungen:
- vi) nach Regel 25 Absatz 1 eingetragene Erneuerungen;
- vii) nicht erneuerte internationale Eintragungen.
- (2) [Informationen über Erklärungen; weitere Informationen] Das Internationale Büro veröffentlicht im Bulletin alle nach der Fassung von 1999, der Fassung von 1960 oder dieser Ausführungsordnung von einer Vertragspartei abgegebenen Erklärungen sowie eine Aufstellung der Tage, an denen das Internationale Büro im laufenden und im folgenden Kalenderjahr für die Öffentlichkeit nicht geöffnet hat.
- (3) [Art der Veröffentlichung des Bulletins] Das in Regel 1 Absatz 1 Ziffer x genannte Bulletin wird auf der Website der Organisation veröffentlicht. Das Internationale Büro benachrichtigt das Amt jeder Vertragspartei auf elektronischem Weg über den Tag der Veröffentlichung jeder Ausgabe des Bulletins auf dieser Website. Diese Nachricht gilt als Ersatz für die Übersendung des Bulletins nach Artikel 10

the 1999 Act and Article 6(3)(b) of the 1960 Act, and, for the purposes of Article 8(2) of the 1960 Act, the Bulletin shall be deemed to have been received by each Office concerned also on the date of the said communication.

l'Acte de 1960, et, aux fins de l'article 8.2) de l'Acte de 1960, le bulletin est réputé être reçu par chaque Office concerné à la date de ladite communication.

Absatz 3 Buchstabe b der Fassung von 1999 und Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe b der Fassung von 1960, und im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 der Fassung von 1960 gilt das Datum dieser Nachricht auch als der Zeitpunkt, an dem jedes betroffene Amt das Bulletin erhalten hat.

Chapter 7

Fees

Rule 27

Amounts and Payment of Fees

(1) [Amounts of Fees] The amounts of fees due under the 1999 Act, the 1960 Act, the 1934 Act and these Regulations, other than individual designation fees referred to in Rule 12(1)(a)(iii), shall be specified in the Schedule of Fees which is annexed to these Regulations and forms an integral part thereof.

- (2) [Payment]
- (a) Subject to subparagraph (b) and Rule 12(3)(c), the fees shall be paid directly to the International Bureau.
- (b) Where the international application is filed through the Office of the applicant's Contracting Party, the fees payable in connection with that application may be paid through that Office if it accepts to collect and forward such fees and the applicant or the holder so wishes. Any Office which accepts to collect and forward such fees shall notify that fact to the Director General.
- (3) [Modes of Payment] Fees shall be paid to the International Bureau in accordance with the Administrative Instructions.
- (4) [Indications Accompanying the Payment] At the time of the payment of any fee to the International Bureau, an indication must be given,
- before international registration, of the name of the applicant, the industrial design concerned and the purpose of the payment;
- (ii) after international registration, of the name of the holder, the number of the international registration concerned and the purpose of the payment.
 - (5) [Date of Payment]
- (a) Subject to Rule 24(1)(d) and subparagraph (b), any fee shall be considered to have been paid to the International Bureau on the day on which the International Bureau receives the required amount.

Chapitre 7

Taxes

Règle 27

Montants et paiement des taxes

1) [Montants des taxes] Les montants des taxes dues en vertu de l'Acte de 1999, de l'Acte de 1960, de l'Acte de 1934 et du présent règlement d'exécution, autres que la taxe de désignation individuelle visée à la règle 12.1)a)iii), sont indiqués dans le barème des taxes qui est annexé au présent règlement d'exécution et en fait partie intégrante.

- 2) [Paiement]
- a) Sous réserve du sous-alinéa b) et de la règle 12.3)c), les taxes sont payées directement au Bureau international.
- b) Lorsque la demande internationale est déposée par l'intermédiaire de l'Office de la partie contractante du déposant, les taxes qui doivent être payées en relation avec cette demande peuvent l'être par l'intermédiaire de cet Office si celui-ci accepte de les percevoir et de les transférer et que le déposant ou le titulaire le souhaite. Tout Office qui accepte de percevoir et de transférer lesdites taxes notifie ce fait au Directeur général.
- 3) [Modes de paiement] Les taxes sont payées au Bureau international conformément aux instructions administratives.
- 4) [Indications accompagnant le paiement] Lors du paiement d'une taxe au Bureau international, il y a lieu d'indiquer,
- avant l'enregistrement international, le nom du déposant, le dessin ou modèle industriel concerné et l'objet du paiement:
- ii) après l'enregistrement international, le nom du titulaire, le numéro de l'enregistrement international concerné et l'objet du paiement.
 - 5) [Date du paiement]
- a) Sous réserve de la règle 24.1)d) et du sous-alinéa b), une taxe est réputée payée au Bureau international le jour où le Bureau international reçoit le montant requis.

Kapitel 7 Gebühren

Regel 27

Gebührenbeträge und Zahlung der Gebühren

- (1) [Gebührenbeträge] Die Beträge der nach den Fassungen von 1999, 1960 und 1934 sowie nach dieser Ausführungsordnung zu entrichtenden Gebühren mit Ausnahme der individuellen Benennungsgebühr nach Regel 12 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iii ergeben sich aus dem Gebührenverzeichnis, das im Anhang dieser Ausführungsordnung erscheint und Bestandteil derselben ist.
 - (2) [Zahlung]
- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b und der Regel 12 Absatz 3 Buchstabe c sind die Gebühren unmittelbar an das Internationale Büro zu entrichten.
- b) Wird die internationale Anmeldung über das Amt der Vertragspartei des Anmelders eingereicht, so können die im Zusammenhang mit dieser Anmeldung zu entrichtenden Gebühren über dieses Amt gezahlt werden, wenn es die Einziehung und die Weiterleitung dieser Gebühren übernimmt und der Anmelder oder Inhaber dies wünscht. Ämter, welche die Einziehung und die Weiterleitung dieser Gebühren übernehmen, teilen dies dem Generaldirekter mit
- (3) [Zahlungsweise] Die Gebühren sind nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften an das Internationale Büro zu entrichten.
- (4) [Angaben bei der Zahlung] Bei jeder Gebührenzahlung an das Internationale Büro ist Folgendes anzugeben:
- vor der internationalen Eintragung der Name des Anmelders, das betreffende gewerbliche Muster oder Modell und der Zweck der Zahlung;
- ii) nach der internationalen Eintragung der Name des Inhabers, die Nummer der betreffenden internationalen Eintragung und der Zweck der Zahlung.
 - (5) [Tag der Zahlung]
- a) Vorbehaltlich der Regel 24 Absatz 1 Buchstabe d und des Buchstabens b des vorliegenden Absatzes gilt jede Gebühr als an dem Tag an das Internationale Büro gezahlt, an dem der erforderliche Betrag beim Internationalen Büro eingeht.

- (b) Where the required amount is available in an account opened with the International Bureau and that Bureau has received instructions from the holder of the account to debit it, the fee shall be considered to have been paid to the International Bureau on the day on which the International Bureau receives an international application, a request for the recording of a change, or an instruction to renew an international registration.
 - (6) [Change in the Amount of the Fees]
- (a) Where an international application is filed through the Office of the applicant's Contracting Party and the amount of the fees payable in respect of the filing of the international application is changed between, on the one hand, the date on which the international application was received by that Office and, on the other hand, the date of the receipt of the international application by the International Bureau, the fee that was valid on the first date shall be applicable.
- (b) Where the amount of the fees payable in respect of the renewal of an international registration is changed between the date of payment and the due date of the renewal, the fee that was valid on the date of payment, or on the date considered to be the date of payment under Rule 24(1)(d), shall be applicable. Where the payment is made after the due date, the fee that was valid on the due date shall be applicable.
- (c) Where the amount of any fee other than the fees referred to in subparagraphs (a) and (b) is changed, the amount valid on the date on which the fee was received by the International Bureau shall be applicable.

Rule 28

Currency of Payments

- (1) [Obligation to Use Swiss Currency] All payments made under these Regulations to the International Bureau shall be in Swiss currency irrespective of the fact that, where the fees are paid through an Office, such Office may have collected those fees in another currency.
- (2) [Establishment of the Amount of Individual Designation Fees in Swiss Currencyl
- (a) Where a Contracting Party makes a declaration under Article 7(2) of the 1999 Act or under Rule 36(1) that it wants to receive an individual designation fee, the amount of the fee indicated to the International Bureau shall

- b) Lorsque le montant requis est disponible sur un compte ouvert auprès du Bureau international et que le Bureau a reçu du titulaire du compte l'instruction d'opérer un prélèvement, la taxe est réputée payée au Bureau international le jour où le Bureau international reçoit une demande internationale, une demande d'inscription de modification ou l'instruction de renouveler un enregistrement international.
 - 6) [Modification du montant des taxes]
- a) Lorsqu'une demande internationale est déposée par l'intermédiaire de l'Office de la partie contractante du déposant et que le montant des taxes dues pour le dépôt de la demande internationale est modifié entre, d'une part, la date de réception par cet Office de la demande internationale et, d'autre part, la date de réception de la demande internationale par le Bureau international, la taxe applicable est celle qui était en vigueur à la première de ces deux dates.
- b) Lorsque le montant des taxes dues pour le renouvellement d'un enregistrement international est modifié entre la date du paiement et la date à laquelle le renouvellement doit être effectué, le montant qui est applicable est celui qui était en vigueur à la date du paiement, ou à la date considérée comme étant celle du paiement conformément à la règle 24.1)d). Lorsque le paiement a lieu après la date à laquelle le renouvellement devait être effectué, le montant qui est applicable est celui qui était en vigueur à cette date.
- c) Lorsque le montant d'une taxe autre que les taxes visées aux sous-alinéas a) et b) est modifié, le montant applicable est celui qui était en vigueur à la date à laquelle la taxe a été reçue par le Bureau international.

Règle 28

Monnaie de paiement

- 1) [Obligation d'utiliser la monnaie suisse] Tous les paiements adressés au Bureau international en application du présent règlement d'exécution doivent être effectués en monnaie suisse nonobstant le fait que, si les taxes sont payées par l'intermédiaire d'un Office, cet Office a pu les percevoir dans une autre monnaie.
- Établissement du montant des taxes de désignation individuelles en monnaie suisse]
- a) Lorsqu'une partie contractante fait, en vertu de l'article 7.2) de l'Acte de 1999 ou en vertu de la règle 36.1), une déclaration selon laquelle elle désire recevoir une taxe de désignation individuelle, elle indique au Bureau international le

- b) Ist der erforderliche Betrag auf einem beim Internationalen Büro bestehenden Konto verfügbar und hat dieses Büro vom Kontoinhaber den Auftrag zur Abbuchung des Betrags von diesem Konto erhalten, so gilt die Gebühr als an dem Tag an das Internationale Büro gezahlt, an dem eine internationale Anmeldung, ein Antrag auf Eintragung einer Änderung oder ein Auftrag zur Erneuerung einer internationalen Eintragung beim Internationalen Büro eingeht.
 - (6) [Änderung des Gebührenbetrags]
- a) Wird eine internationale Anmeldung über das Amt der Vertragspartei des Anmelders eingereicht und ändert sich der für die Einreichung der internationalen Anmeldung zu entrichtende Gebührenbetrag in dem Zeitraum zwischen dem Tag, an dem die internationale Anmeldung bei diesem Amt eingeht und dem Tag, an dem die internationale Anmeldung beim Internationalen Büro eingeht, so findet die an dem zuerst genannten Tag gültige Gebühr Anwendung.
- b) Ändert sich der für die Erneuerung einer internationalen Eintragung zu entrichtende Gebührenbetrag in dem Zeitraum zwischen dem Tag der Zahlung und dem Tag, an dem die Erneuerung vorzunehmen ist, so findet die Gebühr Anwendung, die am Tag der Zahlung oder an dem Tag gültig war, der nach Regel 24 Absatz 1 Buchstabe d als Tag der Zahlung gilt. Erfolgt die Zahlung nach dem Tag, an dem die Erneuerung vorzunehmen ist, so findet die an diesem Tag gültige Gebühr Anwendung.
- c) Ändert sich der Betrag anderer als der unter den Buchstaben a und b genannten Gebühren, so findet der am Tag des Eingangs der Gebühr beim Internationalen Büro gültige Betrag Anwendung.

Regel 28

Währung, in der die Zahlungen zu entrichten sind

- (1) [Verpflichtung zur Zahlung in Schweizer Währung] Alle Zahlungen an das Internationale Büro aufgrund dieser Ausführungsordnung sind in Schweizer Währung zu leisten, unabhängig davon, ob im Fall der Gebührenzahlung über ein Amt die Gebühren von dem betreffenden Amt in einer anderen Währung eingezogen worden sind.
- (2) [Festsetzung des Betrags der individuellen Benennungsgebühren in Schweizer Währung]
- a) Erklärt eine Vertragspartei nach Artikel 7 Absatz 2 der Fassung von 1999 oder Regel 36 Absatz 1, dass sie eine individuelle Benennungsgebühr zu erhalten wünscht, so gibt sie dem Internationalen Büro den Gebührenbe-

be expressed in the currency used by its Office.

- (b) Where the fee is indicated in the declaration referred to in subparagraph (a) in a currency other than Swiss currency, the Director General shall, after consultation with the Office of the Contracting Party concerned, establish the amount of the fee in Swiss currency on the basis of the official exchange rate of the United Nations.
- (c) Where, for more than three consecutive months, the official exchange rate of the United Nations between the Swiss currency and the currency in which the amount of an individual designation fee has been indicated by a Contracting Party is higher or lower by at least 5 % than the last exchange rate applied to establish the amount of the fee in Swiss currency, the Office of that Contracting Party may ask the Director General to establish a new amount of the fee in Swiss currency according to the official exchange rate of the United Nations prevailing on the day preceding the day on which the request is made. The Director General shall proceed accordingly. The new amount shall be applicable as from a date which shall be fixed by the Director General, provided that such date is between one and two months after the date of the publication of the said amount in the Bulletin.
- (d) Where, for more than three consecutive months, the official exchange rate of the United Nations between the Swiss currency and the currency in which the amount of an individual designation fee has been indicated by a Contracting Party is lower by at least 10% than the last exchange rate applied to establish the amount of the fee in Swiss currency, the Director General shall establish a new amount of the fee in Swiss currency according to the current official exchange rate of the United Nations. The new amount shall be applicable as from a date which shall be fixed by the Director General, provided that such date is between one and two months after the date of the publication of the said amount in the Bulletin.

Rule 29

Crediting of Fees to the Accounts of the Contracting Parties Concerned

Any standard designation fee or individual designation fee paid to the International Bureau in respect of a Contracting Party shall be credited to the account of that Contracting Party with the International Bureau within the month following the month in the course of which the recording of the international registration or renewal for which that fee has been paid was effected or, as regards the second part of

- montant de cette taxe exprimé dans la monnaie utilisée par son Office.
- b) Lorsque, dans la déclaration visée au sous-alinéa a), la taxe est indiquée dans une monnaie autre que la monnaie suisse, le Directeur général établit le montant de la taxe en monnaie suisse, après consultation de l'Office de la partie contractante intéressée, sur la base du taux de change officiel des Nations Unies.
- c) Lorsque, pendant plus de trois mois consécutifs, le taux de change officiel des Nations Unies entre la monnaie suisse et la monnaie dans laquelle le montant d'une taxe de désignation individuelle a été indiqué par une partie contractante est supérieur ou inférieur d'au moins 5% au dernier taux de change appliqué pour la détermination du montant de la taxe en monnaie suisse, l'Office de cette partie contractante peut demander au Directeur général d'établir un nouveau montant de la taxe en monnaie suisse sur la base du taux de change officiel des Nations Unies applicable le jour précédant celui où cette demande est faite. Le Directeur général prend les dispositions nécessaires à cet effet. Le nouveau montant est applicable à partir de la date fixée par le Directeur général, étant entendu que cette date est située au plus tôt un mois et au plus tard deux mois après la date de la publication dudit montant dans le bulletin.
- d) Lorsque, pendant plus de trois mois consécutifs, le taux de change officiel des Nations Unies entre la monnaie suisse et la monnaie dans laquelle le montant d'une taxe de désignation individuelle a été indiqué par une partie contractante est inférieur d'au moins 10% au dernier taux de change appliqué pour la détermination du montant de la taxe en monnaie suisse, le Directeur général établit un nouveau montant de la taxe en monnaie suisse, sur la base du taux de change officiel des Nations Unies applicable. Le nouveau montant est applicable à partir de la date fixée par le Directeur général, étant entendu que cette date est située au plus tôt un mois et au plus tard deux mois après la date de la publication dudit montant dans le bulletin.

Règle 29

Inscription du montant des taxes au crédit des parties contractantes concernées

Toute taxe de désignation standard ou toute taxe de désignation individuelle payée au Bureau international à l'égard d'une partie contractante est créditée sur le compte de cette partie contractante auprès du Bureau international au cours du mois qui suit celui de l'inscription de l'enregistrement international ou du renouvellement pour lequel cette taxe a été payée ou, en ce qui concerne la seconde partie de la

- trag in der von ihrem Amt verwendeten Währung an.
- b) Wird die Gebühr in der unter Buchstabe a genannten Erklärung nicht in Schweizer Währung angegeben, so setzt der Generaldirektor nach Konsultierung des Amtes der betreffenden Vertragspartei den Gebührenbetrag in Schweizer Währung auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses der Vereinten Nationen fest.
- Liegt der amtliche Wechselkurs der Vereinten Nationen zwischen der Schweizer Währung und der Währung, in der eine Vertragspartei den Betrag einer individuellen Benennungsgebühr angegeben hat, länger als drei Monate in Folge mindestens 5% über oder unter dem letzten Wechselkurs, der bei der Festsetzung des Gebührenbetrags in Schweizer Währung zugrunde gelegt wurde, so kann das Amt dieser Vertragspartei den Generaldirektor ersuchen, auf der Grundlage des am Vortag des Ersuchens geltenden amtlichen Wechselkurses der Vereinten Nationen einen neuen Betrag dieser Gebühr in Schweizer Währung festzusetzen. Der Generaldirektor handelt entsprechend. Der neue Betrag gilt von einem vom Generaldirektor festgelegten Datum an, das zwischen einem und zwei Monaten nach dem Tag der Veröffentlichung dieses Betrags im Bulletin liegen muss.
- d) Liegt der amtliche Wechselkurs der Vereinten Nationen zwischen der Schweizer Währung und der Währung, in der eine Vertragspartei den Betrag einer individuellen Benennungsgebühr angegeben hat, länger als drei Monate in Folge mindestens 10% unter dem letzten Wechselkurs, der bei der Festsetzung des Gebührenbetrags in Schweizer Währung zugrunde gelegt wurde, so setzt der Generaldirektor auf der Grundlage des aktuellen amtlichen Wechselkurses der Vereinten Nationen einen neuen Betrag der Gebühr in Schweizer Währung fest. Der neue Betrag gilt von einem vom Generaldirektor festgelegten Datum an, das zwischen einem und zwei Monaten nach dem Tag der Veröffentlichung dieses Betrags im Bulletin liegen muss.

Regel 29

Gutschrift von Gebühren auf den Konten der betroffenen Vertragsparteien

Jede in Bezug auf eine Vertragspartei an das Internationale Büro entrichtete Standard-Benennungsgebühr oder individuelle Benennungsgebühr wird dem Konto dieser Vertragspartei beim Internationalen Büro im Laufe des Monats gutgeschrieben, der auf den Monat folgt, in dem die Registrierung der internationalen Eintragung oder die Erneuerung vorgenommen wurde, für die diese Gebühr entrichtet

the individual designation fee, immediately upon its receipt by the International Bureau.

taxe de désignation individuelle, dès sa réception par le Bureau international.

wurde; im Fall des zweiten Teilbetrags der individuellen Benennungsgebühr erfolgt die Gutschrift unmittelbar nach Eingang beim Internationalen Büro.

Chapter 8

International Applications Governed Exclusively or Partly by the 1934 Act and International Registrations Resulting Therefrom

Rule 30

Applicability of These Regulations to International Applications Governed Exclusively by the 1934 Act and International Registrations Resulting Therefrom

(1) [General Principle] Unless otherwise specified and subject to paragraph (2), these Regulations shall be applicable to international applications governed exclusively by the 1934 Act and to international registrations resulting therefrom.

(2) [Exceptions]

- (a) Notwithstanding Rule 6, any international application governed exclusively by the 1934 Act shall be in French. Any communication concerning that international application or the international registration resulting therefrom shall be in French.
- (b) Notwithstanding Rule 7(5)(a), a description of the reproduction or of the characteristic features of the industrial designs and the identity of the creator of the industrial designs may not be included in an application governed exclusively by the 1934 Act.
- (c) Notwithstanding Rule 7(5)(e), deferment of publication may not be requested with respect to an international application governed exclusively by the 1934 Act.
- (d) Notwithstanding Rule 7(7), the industrial designs contained in an international application governed exclusively by the 1934 Act may belong to different classes of the International Classification.
- (e) Notwithstanding Rule 9(1), an international application governed exclusively by the 1934 Act may, instead of containing reproductions, be accompanied by specimens.

Chapitre 8

Demandes internationales régies exclusivement ou partiellement par l'Acte de 1934 et enregistrements internationaux qui en sont issus

Règle 30

Applicabilité du présent règlement d'exécution aux demandes internationales régies exclusivement par l'Acte de 1934 et aux enregistrements internationaux qui en sont issus

1) [Principe général] Sauf indication contraire et sous réserve du paragraphe 2), le présent règlement d'exécution est applicable aux demandes internationales régies exclusivement par l'Acte de 1934 et aux enregistrements internationaux qui en sont issus.

2) [Exceptions]

- a) Nonobstant la règle 6, toute demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 doit être rédigée en français. Toute communication concernant cette demande internationale ou l'enregistrement international qui en est issu doit être rédigée en français.
- b) Nonobstant la règle 7.5)a), une description de la reproduction ou des éléments caractéristiques des dessins ou modèles industriels et l'identité du créateur des dessins ou modèles industriels ne peuvent pas être incluses dans une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934.
- Nonobstant la règle 7.5)e), l'ajournement de la publication ne peut pas être demandé à l'égard d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934.
- d) Nonobstant la règle 7.7), les dessins ou modèles industriels contenus dans une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 peuvent appartenir à différentes classes de la classification internationale.
- e) Nonobstant la règle 9.1), une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 peut, au lieu de contenir des reproductions, être accompagnée de spécimens.

Kapitel 8

Internationale Anmeldungen, für die ausschließlich oder teilweise die Fassung von 1934 maßgebend ist, und sich aus ihnen ergebende internationale Eintragungen

Regel 30

Anwendbarkeit dieser Ausführungsordnung auf internationale Anmeldungen, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, und sich aus ihnen ergebende internationale Eintragungen

(1) [Grundprinzip] Soweit nicht etwas anderes angegeben ist und vorbehaltlich des Absatzes 2 findet diese Ausführungsordnung auf internationale Anmeldungen, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, und die sich aus ihnen ergebenden internationalen Eintragungen Anwendung.

(2) [Ausnahmen]

- a) Ungeachtet der Regel 6 ist jede internationale Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, in Französisch abzufassen.
 Jede Nachricht bezüglich einer solchen internationalen Anmeldung oder der sich aus ihr ergebenden internationalen Eintragung ist in Französisch abzufassen.
- b) Ungeachtet der Regel 7 Absatz 5 Buchstabe a dürfen eine Beschreibung der Wiedergabe oder der charakteristischen Merkmale des gewerblichen Musters oder Modells und die Identität des Schöpfers des gewerblichen Musters oder Modells nicht in eine Anmeldung aufgenommen werden, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist.
- c) Ungeachtet der Regel 7 Absatz 5 Buchstabe e kann die Aufschiebung der Veröffentlichung nicht für eine internationale Anmeldung beantragt werden, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist.
- d) Ungeachtet der Regel 7 Absatz 7 können die gewerblichen Muster oder Modelle, die in einer internationalen Anmeldung enthalten sind, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, unterschiedlichen Klassen der Internationalen Klassifikation angehören.
- e) Ungeachtet der Regel 9 Absatz 1 können einer internationalen Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, Musterabschnitte beigefügt werden, wenn sie dafür keine Wiedergaben enthält.

- (f) Notwithstanding Rule 12(1)(a), an international application governed exclusively by the 1934 Act shall be subject only to the payment of the basic fee referred to in Rule 12(1)(a)(i).
- (g) Notwithstanding Rule 15(1), the reproductions of the industrial designs contained in an international application governed exclusively by the 1934 Act shall not be registered in the International Register.
- (h) Notwithstanding Rule 17(1), an international registration resulting from an international application governed exclusively by the 1934 Act shall be published immediately after registration.
- (i) Notwithstanding Rule 17(2)(ii), the reproductions of industrial designs contained in an international registration resulting from an international application governed exclusively by the 1934 Act shall not be published in the Bulletin
- (j) Notwithstanding Rule 18, the effects of an international registration resulting from an international application governed exclusively by the 1934 Act may not be the subject of a notification of refusal of protection.
- (k) Notwithstanding Rule 21(3), a change in ownership may not be recorded in respect of a Contracting Party designated under the 1934 Act if, on the basis of the indications referred to in Rule 21(2)(iv), the 1934 Act would cease to be applicable in respect of that Contracting Party.
- (I) Notwithstanding Rule 24(1)(a), an international registration resulting from an international application governed exclusively by the 1934 Act shall be renewed upon payment only of the basic fee referred to in Rule 24(1)(a)(i).
- (m) Notwithstanding Rule 24(2)(b), an international registration resulting from an international application governed exclusively by the 1934 Act shall not be renewed where the duration of international protection of fifteen years referred to in Article 7 of the 1934 Act has expired.
- (n) The renewal of an international registration resulting from an international application governed exclusively by the 1934 Act, for the second period of protection of ten years referred to in Article 7 of the 1934 Act, may be

- f) Nonobstant la règle 12.1)a), une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 donne seulement lieu au paiement de la taxe de base visée à la règle 12.1)a)i).
- g) Nonobstant la règle 15.1), les reproductions des dessins ou modèles industriels contenues dans une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 ne sont pas inscrites au registre international.
- h) Nonobstant la règle 17.1), un enregistrement international issu d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 est publié immédiatement après l'enregistrement.
- i) Nonobstant la règle 17.2)ii), les reproductions des dessins et modèles industriels contenues dans un enregistrement international issu d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 ne sont pas publiées dans le bulletin.
- i) Nonobstant la règle 18, les effets d'un enregistrement international issu d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 ne peuvent pas faire l'objet d'une notification de refus de protection.
- k) Nonobstant la règle 21.3), un changement de titulaire n'est pas inscrit à l'égard d'une partie contractante désignée en vertu de l'Acte de 1934 si, sur la base des indications visées à la règle 21.2)iv), l'Acte de 1934 cessait d'être applicable à l'égard de cette partie contractante.
- Nonobstant la règle 24.1)a), un enregistrement international issu d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 est renouvelé moyennant seulement le paiement de la taxe de base visée à la règle 24.1)a)i).
- m) Nonobstant la règle 24.2)b), un enregistrement international issu d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 ne peut pas être renouvelé lorsque la durée de protection internationale de 15 ans visée à l'article 7 de l'Acte de 1934 a expiré.
- n) Le renouvellement d'un enregistrement international issu d'une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934, pour la seconde période de protection de 10 ans visée à l'article 7 de l'Acte de 1934, peut être demandé

- f) Ungeachtet der Regel 12 Absatz 1 Buchstabe a ist für eine internationale Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, nur die in Regel 12 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i genannte Grundgebühr zu entrichten.
- g) Ungeachtet der Regel 15 Absatz 1 werden Wiedergaben der gewerblichen Muster oder Modelle, die in einer internationalen Anmeldung enthalten sind, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, nicht im internationalen Register eingetragen.
- h) Ungeachtet der Regel 17 Absatz 1 wird eine internationale Eintragung, die sich aus einer internationalen Anmeldung ergibt, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, unverzüglich nach der Eintragung veröffentlicht.
- i) Ungeachtet der Regel 17 Absatz 2 Ziffer ii werden Wiedergaben von gewerblichen Mustern oder Modellen, die in einer internationalen Eintragung enthalten sind, die sich aus einer internationalen Anmeldung ergibt, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, nicht im Bulletin veröffentlicht
- j) Ungeachtet der Regel 18 können die Wirkungen einer internationalen Eintragung, die sich aus einer internationalen Anmeldung ergibt, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, nicht Gegenstand einer Mitteilung über die Schutzverweigerung sein.
- k) Ungeachtet der Regel 21 Absatz 3 kann ein Inhaberwechsel nicht in Bezug auf eine nach der Fassung von 1934 benannte Vertragspartei eingetragen werden, wenn aufgrund der Angaben, die in Regel 21 Absatz 2 Ziffer iv genannt sind, die Fassung von 1934 für diese Vertragspartei nicht mehr anwendbar wäre.
- Ungeachet der Regel 24 Absatz 1 Buchstabe a wird eine internationale Eintragung, die sich aus einer internationalen Anmeldung ergibt, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, gegen alleinige Entrichtung der in Regel 24 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i genannten Grundgebühr erneuert.
- m) Ungeachet der Regel 24 Absatz 2
 Buchstabe b wird eine internationale
 Eintragung, die sich aus einer internationalen Anmeldung ergibt, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, nicht erneuert, wenn die in
 Artikel 7 der Fassung von 1934 genannte internationale Schutzdauer von
 15 Jahren abgelaufen ist.
- n) Die Erneuerung einer internationalen Eintragung, die sich aus einer internationalen Anmeldung ergibt, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, für den zweiten, zehnjährigen Zeitabschnitt der Schutzdauer

requested at the time of filing the international application concerned. In such case, the fee referred to in Rule 24(1)(a)(i) shall be payable at the time of filing of the said international application, failing which the request for renewal shall be disregarded by the International Bureau.

- au moment du dépôt de la demande internationale concernée. Dans ce cas, la taxe visée à la règle 24.1a)i) doit être payée au moment du dépôt de ladite demande. À défaut, le Bureau international ne tient pas compte de la demande de renouvellement.
- (3) [International Applications Under Sealed Cover]
- (a) An international application governed exclusively by the 1934 Act shall contain, in addition to the indications referred to in Rule 7(3), an indication as to whether such application is made under open or sealed cover.
- (b) Upon expiry of the first period of five years of international protection referred to in Article 7 of the 1934 Act, any international registration which is under sealed cover shall be opened by the International Bureau upon renewal of the said registration.

Rule 31

Applicability of These Regulations to International Applications Governed Partly by the 1934 Act and International Registrations Resulting Therefrom

- (1) [General Principle] These Regulations shall be applicable to international applications referred to in Rule 1(1)(xviii) to (xx), and to international registrations resulting therefrom, subject to paragraph (2).
 - (2) [Exceptions]
- (a) Notwithstanding Rule 7(5)(e), deferment of publication may not be requested with respect to an international application referred to in paragraph (1). Where deferment of publication has been requested and one of the designated Contracting Parties in the international application has been designated under the 1934 Act, the International Bureau shall notify the applicant accordingly; if, within the period of one month from the date of the notification sent by the International Bureau, the applicant does not, by notice in writing to the International Bureau, withdraw the designation of the said Contracting Party, the International Bureau shall disregard the request for deferment of publication.
- (b) Notwithstanding Rule 21(3), a change in ownership may not be recorded in respect of a designated Contracting Party if, on the basis of the indications referred to in Rule 21(2)(iv), the 1934 Act would cease to be applicable, or

- 3) [Demandes internationales sous pli cacheté]
- a) Une demande internationale régie exclusivement par l'Acte de 1934 doit contenir, en plus des indications visées à la règle 7.3), une indication selon laquelle cette demande est faite sous pli ouvert ou sous pli cacheté.
- b) À l'expiration de la première période de cinq ans de la protection internationale visée à l'article 7 de l'Acte de 1934, tout enregistrement international qui a été fait sous pli cacheté est ouvert par le Bureau international au moment du renouvellement dudit enregistrement.

Règle 31

Applicabilité du présent règlement d'exécution aux demandes internationales régies partiellement par l'Acte de 1934 et aux enregistrements internationaux qui en sont issus

- 1) [Principe général] Le présent règlement d'exécution est applicable aux demandes internationales visées à la règle 1.1)xviii) à xx), et aux enregistrements internationaux qui en sont issus, sous réserve de l'alinéa 2).
 - 2) [Exceptions]
- a) Nonobstant la règle 7.5)e), l'ajournement de la publication ne peut pas être demandé à l'égard d'une demande internationale visée à l'alinéa 1). Lorsque l'ajournement de la publication a été demandé et qu'une des parties contractantes désignées dans la demande internationale a été désignée en vertu de l'Acte de 1934, le Bureau international notifie ce fait au déposant; si, dans un délai d'un mois à compter de la date de la notification adressée par le Bureau international, le déposant n'avise pas, par écrit, le Bureau international du retrait de la désignation de ladite partie contractante, le Bureau international ne tient pas compte de la demande d'ajournement de la publica-
- b) Nonobstant la règle 21.3), un changement de titulaire n'est pas inscrit à l'égard d'une partie contractante désignée dans le cas où, sur la base des indications visées à la règle 21.2)iv), l'Acte de 1934 cesserait d'être ap-

nach Artikel 7 der Fassung von 1934 kann zum Zeitpunkt der Einreichung der betreffenden internationalen Anmeldung beantragt werden. In diesem Fall ist die in Regel 24 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i genannte Gebühr zum Zeitpunkt der Einreichung dieser internationalen Anmeldung zu zahlen; wird dies versäumt, so berücksichtigt das Internationale Büro den Antrag auf Erneuerung nicht.

- (3) [Versiegelte internationale Anmeldungen]
- a) Eine internationale Anmeldung, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, muss zusätzlich zu den in Regel 7 Absatz 3 genannten Angaben eine Angabe darüber enthalten, ob sie offen oder versiegelt bewerkstelligt wird.
- b) Bei Ablauf des ersten, fünfjährigen Zeitabschnitts der internationalen Schutzdauer nach Artikel 7 der Fassung von 1934 wird jede versiegelte internationale Eintragung bei Erneuerung dieser Eintragung vom Internationalen Büro geöffnet.

Regel 31

Anwendbarkeit dieser Ausführungsordnung auf internationale Anmeldungen, für die teilweise die Fassung von 1934 maßgebend ist, und sich aus ihnen ergebende internationale Eintragungen

- (1) [Grundprinzip] Vorbehaltlich des Absatzes 2 findet diese Ausführungsordnung auf die in Regel 1 Absatz 1 Ziffern xviii bis xx genannten internationalen Anmeldungen und die sich aus ihnen ergebenden internationalen Eintragungen Anwendung.
 - (2) [Ausnahmen]
- a) Ungeachtet der Regel 7 Absatz 5 Buchstabe e kann eine Aufschiebung der Veröffentlichung für die in Absatz 1 genannten internationalen Anmeldungen nicht beantragt werden. Ist eine Aufschiebung der Veröffentlichung beantragt und eine der in der internationalen Anmeldung benannten Vertragsparteien nach der Fassung von 1934 benannt worden, so teilt das Internationale Büro dies dem Anmelder mit; nimmt der Anmelder die Benennung der betreffenden Vertragspartei nicht innerhalb eines Monats ab dem Datum der Mitteilung des Internationalen Büros durch schriftliche Anzeige an das Internationale Büro zurück, so berücksichtigt das Internationale Büro den Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung nicht.
- b) Ungeachtet der Regel 21 Absatz 3 kann ein Inhaberwechsel in Bezug auf eine benannte Vertragspartei nicht eingetragen werden, wenn aufgrund der in Regel 21 Absatz 2 Ziffer iv genannten Angaben die Fassung von 1934 in

would become applicable, in respect of that Contracting Party.

- (c) With respect to Contracting Parties designated under the 1934 Act in an international application referred to in paragraph (1), or in an international registration resulting therefrom,
 - (i) the fees referred to in Rule 12(1)(a)(ii) to (iv) shall not be payable;
 - (ii) the effects of the international registration concerned may not be the subject of a notification of refusal of protection referred to in Rule 18;
 - (iii) the renewal fees referred to in Rule 24(1)(a)(ii) and (iii) shall not be payable;
 - (iv) the international registration concerned shall not be renewed where the duration of international protection of fifteen years referred to in Article 7 of the 1934 Act has expired, notwithstanding Rule 24(2)(b).

Chapter 9 Miscellaneous

Rule 32

Extracts, Copies and Information Concerning Published International Registrations

- (1) [Modalities] Against payment of a fee whose amount shall be fixed in the Schedule of Fees, any person may obtain from the International Bureau, in respect of any published international registration:
- (i) extracts from the International Register:
- (ii) certified copies of recordings made in the International Register or of items in the file of the international registration;
- (iii) uncertified copies of recordings made in the International Register or of items in the file of the international registration;
- (iv) written information on the contents of the International Register or of the file of the international registration;
- (v) a photograph of a specimen.
- (2) [Exemption from Authentication, Legalization or any Other Certification] In respect of a document referred to in paragraph (1)(i) and (ii), bearing the seal of the International Bureau and the signature of the Director General or a person acting on his behalf, no authority of any Contracting Party shall require authentication, legaliza-

plicable, ou deviendrait applicable, à l'égard de cette partie contractante.

- c) À l'égard des parties contractantes désignées en vertu de l'Acte de 1934 dans une demande internationale visée à l'alinéa 1), ou dans un enregistrement international qui en est issu,
 - i) les taxes visées à la règle 12.1)a)ii)
 à iv) ne sont pas exigibles;
 - les effets de l'enregistrement international concerné ne peuvent pas faire l'objet d'une notification de refus de protection visée à la règle 18;
 - iii) les taxes de renouvellement visées à la règle 24.1)a)ii) et iii) ne sont pas exigibles;
 - iv) l'enregistrement international concerné ne peut pas être renouvelé lorsque la durée de la protection internationale de 15 ans visée à l'article 7 de l'Acte de 1934 a expiré, nonobstant la règle 24.2)b).

Chapitre 9

Dispositions diverses

Règle 32

Extraits, copies et renseignements concernant les enregistrements internationaux publiés

- 1) [Modalités] Contre paiement d'une taxe dont le montant est fixé dans le barème des taxes, toute personne peut obtenir du Bureau international, à l'égard de tout enregistrement international publié:
- i) des extraits du registre international;
- ii) des copies certifiées conformes des inscriptions faites au registre international ou des pièces du dossier de l'enregistrement international;
- iii) des copies non certifiées conformes des inscriptions faites au registre international ou des pièces du dossier de l'enregistrement international;
- iv) des renseignements écrits sur le contenu du registre international ou sur les pièces du dossier de l'enregistrement international;
- v) une photographie d'un spécimen.
- 2) [Dispense d'authentification, de légalisation ou de toute autre certification] Lorsqu'un document visé à l'alinéa 1)i) et ii) porte le sceau du Bureau international et qu'il est signé du Directeur général ou d'une personne agissant en son nom, aucune autorité d'une partie contractante ne peut demander une authentification,

- Bezug auf die betreffende Vertragspartei nicht mehr anwendbar wäre oder in Bezug auf die betreffende Vertragspartei anwendbar würde.
- Für Vertragsparteien, die nach der Fassung von 1934 in einer in Absatz 1 genannten internationalen Anmeldung oder einer sich aus ihr ergebenden internationalen Eintragung benannt sind,
 - sind die in Regel 12 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern ii bis iv genannten Gebühren nicht zu entrichten;
 - können die Wirkungen der betreffenden internationalen Eintragung nicht Gegenstand einer Mitteilung über die Schutzverweigerung nach Regel 18 sein;
 - iii) sind die in Regel 24 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern ii und iii genannten Erneuerungsgebühren nicht zu entrichten:
 - iv) wird ungeachtet der Regel 24 Absatz 2 Buchstabe b die betreffende internationale Eintragung nicht erneuert, wenn die internationale Schutzdauer von 15 Jahren nach Artikel 7 der Fassung von 1934 abgelaufen ist.

Kapitel 9

Verschiedenes

Regel 32

Auszüge, Kopien und Auskünfte zu veröffentlichten internationalen Eintragungen

- (1) [Bedingungen] Gegen Zahlung einer Gebühr, deren Betrag im Gebührenverzeichnis festgesetzt ist, kann jedermann vom Internationalen Büro zu internationalen Eintragungen Folgendes erhalten:
- Auszüge aus dem internationalen Register;
- beglaubigte Kopien von Eintragungen, die im internationalen Register vorgenommen wurden, oder von Stücken der Akte zu der internationalen Eintragung;
- iii) unbeglaubigte Kopien von Eintragungen, die im internationalen Register vorgenommen wurden, oder von Stücken der Akte zu der internationalen Eintragung;
- iv) schriftliche Auskünfte über den Inhalt des internationalen Registers oder der Akte zu der internationalen Eintragung;
- v) eine Fotografie eines Musterabschnitts.
- (2) [Befreiung vom Erfordernis der Beurkundung, der Legalisation oder sonstiger Beglaubigungen] Trägt ein in Absatz 1 Ziffern i und ii genanntes Schriftstück das Siegel des Internationalen Büros und die Unterschrift des Generaldirektors oder einer in seinem Namen handelnden Person, so kann eine Behörde einer Vertrags-

tion or any other certification of such document, seal or signature, by any other person or authority. The present paragraph applies mutatis mutandis to the international registration certificate referred to in Rule 15(1).

Rule 33

Amendment of Certain Rules

ment of the following provisions of these

Regulations shall require unanimity of the

Contracting Parties bound by the 1999

(2) [Requirement of Four-Fifths Majority]

Amendment of the following provisions of

the Regulations and of paragraph (3) of the

present Rule shall require a four-fifths

majority of the Contracting Parties bound

(i) Rule 13(4);

(ii) Rule 18(1).

by the 1999 Act:

(i) Rule 7(7);

(ii) Rule 9(3)(b);

(iii) Rule 16(1)(a);

(iv) Rule 17(1)(iii).

the proposal.

(1) [Requirement of Unanimity] Amend-

légalisation ou toute autre certification de ce document, sceau ou signature, par une autre personne ou une autre autorité. Le présent alinéa s'applique mutatis mutandis au certificat d'enregistrement international visé à la règle 15.1).

Règle 33

Modification de certaines règles

- 1) [Exigence de l'unanimité] La modification des dispositions ci-après du présent règlement d'exécution requiert l'unanimité des parties contractantes liées par
- i) la règle 13.4);
- 2) [Exigence d'une majorité des quatre cinquièmes] La modification des dispositions ci-après du présent règlement d'exécution et de l'alinéa 3) de la présente règle requiert une majorité des quatre cinquièmes des parties contractantes liées
- i) la règle 7.7):
- ii) la règle 9.3)b);
- fet de modifier une disposition visée à l'alinéa 1) ou 2) est envoyée à l'ensemble des parties contractantes au moins deux mois avant l'ouverture de la session de l'Assemblée qui est convoquée pour se prononcer sur cette proposition.

Rule 34

(3) [Procedure] Any proposal for

amending a provision referred to in para-

graph (1) or (2) shall be sent to all Contract-

ing Parties at least two months prior to the

opening of the session of the Assembly

which is called upon to make a decision on

Administrative Instructions

- (1) [Establishment of Administrative Instructions; Matters Governed by Them]
- (a) The Director General shall establish Administrative Instructions. The Director General may modify them. The Director General shall consult the Offices of the Contracting Parties with respect to the proposed Administrative Instructions or their proposed modification.
- (b) The Administrative Instructions shall deal with matters in respect of which these Regulations expressly refer to such Instructions and with details in respect of the application of these Regulations.
- (2) [Control by the Assembly] The Assembly may invite the Director General to modify any provision of the Administrative Instructions, and the Director General shall proceed accordingly.
 - (3) [Publication and Effective Date]
- (a) The Administrative Instructions and any modification thereof shall be published in the Bulletin.

- l'Acte de 1999:
- ii) la règle 18.1).
- par l'Acte de 1999:

- iii) la règle 16.1)a);
- iv) la règle 17.1)iii).
- 3) [Procédure] Toute proposition à l'ef-

Règle 34

Instructions administratives

- 1) [Établissement des instructions administratives et matières traitées]
- a) Le Directeur général établit des instructions administratives. Le Directeur général peut les modifier. Le Directeur général consulte les Offices des parties contractantes sur les instructions administratives proposées ou sur leurs modifications proposées.
- b) Les instructions administratives traitent des questions pour lesquelles le présent règlement d'exécution renvoie expressément auxdites instructions et des détails relatifs à l'application du présent règlement d'exécution.
- 2) [Contrôle par l'Assemblée] L'Assemblée peut inviter le Directeur général à modifier toute disposition des instructions administratives, et le Directeur général agit en conséquence.
 - 3) [Publication et entrée en vigueur]
- a) Les instructions administratives et toute modification qui leur est apportée sont publiées dans le bulletin.

partei keine Beurkundung, Legalisation oder sonstige Beglaubigung dieses Schriftstücks, dieses Siegels oder dieser Unterschrift durch eine andere Person oder Behörde verlangen. Dieser Absatz findet auf die in Regel 15 Absatz 1 genannte Bescheinigung über die internationale Eintragung sinngemäß Anwendung.

Regel 33

Änderung bestimmter Regeln

- (1) [Erfordernis der Einstimmigkeit] Die Änderung der folgenden Bestimmungen dieser Ausführungsordnung setzt Einstimmigkeit der durch die Fassung von 1999 gebundenen Vertragsparteien vor-
- i) Regel 13 Absatz 4;
- ii) Regel 18 Absatz 1.
- (2) [Erfordernis einer Mehrheit von vier Fünfteln] Die Änderung der folgenden Bestimmungen dieser Ausführungsordnung und des Absatzes 3 der vorliegenden Regel setzt eine Mehrheit von vier Fünfteln der durch die Fassung von 1999 gebundenen Vertragsparteien voraus:
- Regel 7 Absatz 7:
- ii) Regel 9 Absatz 3 Buchstabe b;
- iii) Regel 16 Absatz 1 Buchstabe a;
- iv) Regel 17 Absatz 1 Ziffer iii.
- (3) [Verfahren] Jeder Vorschlag zur Änderung einer der in Absatz 1 oder 2 genannten Bestimmungen ist allen Vertragsparteien mindestens zwei Monate vor Beginn der Tagung der Versammlung zu übersenden, auf der über den Vorschlag entschieden werden soll.

Regel 34

Verwaltungsvorschriften

- (1) [Erlass von Verwaltungsvorschriften; in den Verwaltungsvorschriften geregelte Angelegenheiten]
- a) Der Generaldirektor erlässt Verwaltungsvorschriften. Der Generaldirektor kann sie ändern. Der Generaldirektor konsultiert die Ämter der Vertragsparteien bezüglich der vorgeschlagenen Verwaltungsvorschriften oder ihrer vorgeschlagenen Änderungen.
- Die Verwaltungsvorschriften regeln Angelegenheiten, hinsichtlich derer diese Ausführungsordnung ausdrücklich auf jene Vorschriften verweist, sowie Einzelheiten der Anwendung dieser Ausführungsordnung.
- (2) [Kontrolle durch die Versammlung] Die Versammlung kann den Generaldirektor auffordern, Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften zu ändern; der Generaldirektor handelt entsprechend.
 - (3) [Veröffentlichung und Inkrafttreten]
- a) Die Verwaltungsvorschriften sowie alle Änderungen jener Vorschriften werden im Bulletin veröffentlicht.

- (b) Each publication shall specify the date on which the published provisions become effective. The dates may be different for different provisions, provided that no provision may be declared effective prior to its publication in the Bulletin
- (4) [Conflict with the 1999 Act, the 1960 Act, the 1934 Act or These Regulations] In the case of conflict between, on the one hand, any provision of the Administrative Instructions and, on the other hand, any provision of the 1999 Act, the 1960 Act, the 1934 Act or of these Regulations, the latter shall prevail.

Rule 35

Declarations Made by Contracting Parties to the 1999 Act

- (1) [Making and Coming into Effect of Declarations] Article 30(1) and (2) of the 1999 Act shall apply *mutatis mutandis* to the making of any declaration under Rules 8(1), 9(3)(a), 13(4) or 18(1)(b) and to its coming into effect.
- (2) [Withdrawal of Declarations] Any declaration referred to in paragraph (1) may be withdrawn at any time by notification addressed to the Director General. Such withdrawal shall take effect upon receipt by the Director General of the notification of withdrawal or at any later date indicated in the notification. In the case of a declaration made under Rule 18(1)(b), the withdrawal shall not affect an international registration whose date is earlier than the coming into effect of the said withdrawal.

Rule 36

Declarations Made by Contracting Parties to the 1960 Act

(1) [Individual Designation Fee] For the purpose of Article 15(1)2(b) of the 1960 Act, any Contracting Party to the 1960 Act whose Office is an Examining Office may, in a declaration, notify the Director General that, in connection with any international application in which it is designated under the 1960 Act, the standard designation fee referred to in Rule 12(1)(a)(ii) shall be replaced by an individual designation fee, whose amount shall be indicated in the declaration and can be changed in further declarations. The said amount may not be higher than the equivalent of the amount which the Office of that Contracting Party would be entitled to receive from an applicant for a grant of protection for an equivalent period to the same number of industrial designs, that amount being diminished by the savings resulting from the international procedure.

- b) Chaque publication précise la date à laquelle les dispositions publiées entrent en vigueur. Les dates peuvent être différentes pour des dispositions différentes, étant entendu qu'aucune disposition ne peut entrer en vigueur avant sa publication dans le bulletin.
- 4) [Divergence entre les instructions administratives et l'Acte de 1999, l'Acte de 1960, l'Acte de 1934 ou le présent règlement d'exécution] En cas de divergence entre une disposition des instructions administratives, d'une part, et une disposition de l'Acte de 1999, de l'Acte de 1960, de l'Acte de 1934 ou du présent règlement d'exécution, d'autre part, c'est cette dernière qui prime.

Règle 35

Déclarations faites par les parties contractantes à l'Acte de 1999

- 1) [Établissement et prise d'effet des déclarations] L'article 30.1) et 2) de l'Acte de 1999 s'applique *mutatis mutandis* à toute déclaration faite en vertu des règles 8.1), 9.3)a), 13.4) ou 18.1)b) et à sa prise d'effet.
- 2) [Retrait des déclarations] Toute déclaration visée à l'alinéa 1) peut être retirée en tout temps au moyen d'une notification adressée au Directeur général. Le retrait prend effet à la date de réception de cette notification par le Directeur général ou à toute date ultérieure indiquée dans cette notification. Dans le cas d'une déclaration faite en vertu de la règle 18.1)b), le retrait n'a pas d'incidence sur un enregistrement international dont la date est antérieure à celle de la prise d'effet du retrait.

Règle 36

Déclarations faites par les parties contractantes à l'Acte de 1960

1) [Taxe de désignation individuelle] Aux fins de l'article 15.1)2b) de l'Acte de 1960, toute partie contractante à l'Acte de 1960 dont l'Office est un Office procédant à un examen peut, dans une déclaration, notifier au Directeur général que, pour toute demande internationale dans laquelle elle est désignée en vertu de l'Acte de 1960, la taxe de désignation prescrite visée à la règle 12.1)a)ii) est remplacée par une taxe de désignation individuelle dont le montant est indiqué dans la déclaration et peut être modifié dans des déclarations ultérieures. Ce montant ne peut pas dépasser le montant équivalant à celui que l'Office de ladite partie contractante aurait le droit de recevoir du déposant pour une protection accordée, pour une durée équivalente, au même nombre de dessins et modèles industriels, le montant en question étant diminué du montant des économies résultant de la procédure internationale.

- b) Bei jeder Veröffentlichung wird der Zeitpunkt angegeben, an dem die veröffentlichten Bestimmungen in Kraft treten. Der Zeitpunkt muss nicht für alle Bestimmungen derselbe sein, jedoch kann keine Bestimmung vor ihrer Veröffentlichung im Bulletin in Kraft treten.
- (4) [Kollision mit der Fassung von 1999, der Fassung von 1960, der Fassung von 1934 oder dieser Ausführungsordnung] Im Fall einer Kollision zwischen einer Bestimmung der Verwaltungsvorschriften einerseits und einer Bestimmung der Fassung von 1999, der Fassung von 1960, der Fassung von 1934 oder dieser Ausführungsordnung andererseits hat letztere Vorrang.

Regel 35

Erklärungen der Vertragsparteien der Fassung von 1999

- (1) [Abgabe und Wirksamwerden von Erklärungen] Artikel 30 Absätze 1 und 2 der Fassung von 1999 findet sinngemäß auf die Abgabe von Erklärungen nach Regel 8 Absatz 1, Regel 9 Absatz 3 Buchstabe a, Regel 13 Absatz 4 oder Regel 18 Absatz 1 Buchstabe b und ihr Wirksamwerden Anwendung.
- (2) [Rücknahme von Erklärungen] Eine Erklärung nach Absatz 1 kann jederzeit durch Notifikation an den Generaldirektor zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am Tag des Eingangs dieser Notifikation beim Generaldirektor oder zu einem späteren, in der Notifikation angegebenen Datum wirksam. Im Fall einer Erklärung nach Regel 18 Absatz 1 Buchstabe b hat die Rücknahme keine Auswirkung auf internationale Eintragungen, deren Datum vor dem Wirksamwerden der Rücknahme liegt.

Regel 36

Erklärungen der Vertragsparteien der Fassung von 1960

(1) [Individuelle Benennungsgebühr] Für die Zwecke des Artikels 15 Absatz 1 Ziffer 2 Buchstabe b der Fassung von 1960 kann jede Vertragspartei der Fassung von 1960, deren Amt ein prüfendes Amt ist, dem Generaldirektor in einer Erklärung mitteilen, dass bei jeder internationalen Anmeldung, in der sie nach der Fassung von 1960 benannt wird, anstelle der in Regel 12 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii genannten Standard-Benennungsgebühr eine individuelle Benennungsgebühr zu entrichten ist; der Betrag dieser Gebühr wird in der Erklärung angegeben und kann in weiteren Erklärungen geändert werden. Dieser Betrag darf nicht höher sein als der Gegenwert des Betrags, den das Amt der betreffenden Vertragspartei bei der Schutzerteilung für einen entsprechend langen Zeitraum und dieselbe Anzahl von gewerblichen Mustern oder Modellen vom Anmelder zu erhalten berechtigt wäre, wobei letzterer Betrag um die Einsparungen verringert wird, die sich aus dem internationalen Verfahren ergeben.

- (2) [Maximum Duration of Protection] Each Contracting Party to the 1960 Act shall, in a declaration, notify the Director General of the maximum duration of protection provided for by its law.
- (3) [Time at Which Declarations May Be Made] Any declaration under paragraphs (1) and (2) may be made
- (i) at the time of the deposit of an instrument referred to in Article 26(2) of the 1960 Act, in which case it shall become effective on the date on which the State having made the declaration becomes bound by this Act, or
- (ii) after the deposit of an instrument referred to in Article 26(2) of the 1960 Act, in which case it shall become effective one month after the date of its receipt by the Director General or at any later date indicated in the declaration but shall apply only in respect of any international registration whose date of international registration is the same as, or is later than, the effective date of the declaration.

- 2) [Durée maximum de protection] Chaque partie contractante à l'Acte de 1960 notifie au Directeur général, dans une déclaration, la durée maximale de protection prévue dans sa législation.
- 3) [Moment auquel les déclarations peuvent être faites] Toute déclaration selon les alinéas 1) et 2) peut être faite
- i) au moment du dépôt d'un instrument visé à l'article 26.2) de l'Acte de 1960, auquel cas elle prend effet à la date à laquelle l'État ayant fait la déclaration devient lié par le présent Acte, ou
- ii) après le dépôt d'un instrument visé à l'article 26.2) de l'Acte de 1960, auquel cas elle prend effet un mois après la date de sa réception par le Directeur général ou à toute date ultérieure qui y est indiquée mais ne s'applique qu'aux enregistrements internationaux dont la date est identique ou postérieure à la date à laquelle elle a pris effet.

- (2) [Maximale Schutzdauer] Jede Vertragspartei der Fassung von 1960 teilt dem Generaldirektor in einer Erklärung die in ihrem Recht vorgesehene maximale Schutzdauer mit.
- (3) [Zeitpunkt, zu dem die Erklärungen abgegeben werden können] Eine Erklärung nach den Absätzen 1 und 2 kann abgegeben werden
- zum Zeitpunkt der Hinterlegung einer in Artikel 26 Absatz 2 der Fassung von 1960 genannten Urkunde; in diesem Fall wird die Erklärung an dem Tag wirksam, von dem an der Staat, der sie abgegeben hat, durch die vorliegende Fassung gebunden ist; oder
- ii) nach der Hinterlegung einer in Artikel 26 Absatz 2 der Fassung von 1960 genannten Urkunde; in diesem Fall wird die Erklärung einen Monat nach dem Tag ihres Eingangs beim Generaldirektor oder zu einem späteren, in ihr angegebenen Zeitpunkt wirksam, findet jedoch nur auf internationale Eintragungen Anwendung, deren Datum mit dem Tag des Wirksamwerdens der Erklärung zusammenfällt oder danach liegt.

Schedule of Fees

(as in force on January 1, 2008)

 International Applications Governed Exclusively or Partly by the 1960 Act or by the 1999 Act

		Sw	iss francs
1.	Basic	c fee*)	
	1.1	For one design	397
	1.2	For each additional design included in the same international application	19
2.	Publi	ication fee*)	
	2.1	For each reproduction to be published	17
	2.2	For each page, in addition to the first, on which one or more reproductions are shown (where the reproductions are submitted on paper)	150
3.		tional fee where the description exceeds 100 words per word eding 100 words*)	2
4.	Standard designation fee**)		
	4.1	Where level one applies:	
		4.1.1 For one design	42
		4.1.2 For each additional design included in the same international application	2
	4.2	Where level two applies:	
		4.2.1 For one design	60
		4.2.2 For each additional design included in the same international application	20
	4.3	Where level three applies:	
		4.3.1 For one design	90
		4.3.2 For each additional design included in the same international application	50
5.		idual designation fee (the amount of the individual designation is fixed by each Contracting Party concerned) lacktriangle)	

for international applications filed by applicants whose sole entitlement is a connection with a Least Developed Country, in accordance with the list established by the United Nations, the fees intended for the International Bureau are reduced to 10 % of the prescribed amounts (rounded to the nearest full figure). If there are several applicants, each must fulfill the said criterion.

Where such fee reduction applies, the basic fee is fixed at 40 Swiss francs (for one design) and 2 Swiss francs (for each additional design included in the same international application), the publication fee is fixed at 2 Swiss francs for each reproduction and 15 Swiss francs for each page, in addition to the first, on which one or more reproductions are shown, and the additional fee where the description exceeds 100 words is fixed at 1 Swiss franc per group of five words exceeding 100 words.

^{**)} For international applications filed by applicants whose sole entitlement is a connection with a Least Developed Country, in accordance with the list established by the United Nations, the standard fees are reduced to 10% of the prescribed amounts (rounded to the nearest full figure). If there are several applicants, each must fulfill the said criterion.

Where such reduction applies, the standard designation fee is fixed at 4 Swiss francs (for one design) and 1 Swiss franc (for each additional design included in the same international application) under level one, 6 Swiss francs (for one design) and 2 Swiss francs (for each additional design included in the same international application) under level two, and 9 Swiss francs (for one design) and 5 Swiss francs (for each additional design included in the same international application) under level three.

^{•) [}WIPO Note]: Recommendation adopted by the Assembly of the Hague Union:

[&]quot;Contracting Parties that make, or that have made, a declaration under Article 7(2) of the 1999 Act or under Rule 36(1) of the Common Regulations are encouraged to indicate, in that declaration or in a new declaration, that for international applications filed by applicants whose sole entitlement is a connection with a Least Developed Country, in accordance with the list established by the United Nations, the individual fee payable with respect to their designation is reduced to 10% of the fixed amount (rounded, where appropriate, to the nearest full figure)."

II.	International	Applications	Governed	Exclusively	/b	y the 1934 Act

				Swiss francs
	6.	Basic	c fee***)	
		6.1	For one design	216
		6.2	For two to 50 designs included in the same international application	432
		6.3	For 51 to 100 designs included in the same international application	638
III.	Inter	nationa	an International Registration Resulting From an Application Governed Exclusively or Partly by ct or by the 1999 Act	
				Swiss francs
	7.	Basic	c fee	
		7.1	For one design	200
		7.2	For each additional design included in the same internation registration	nal 17
	8.	Stand	dard designation fee	
		8.1	For one design	21
		8.2	For each additional design included in the same internation registration	nal 1
	9.		idual designation fee (the amount of the individual designations is fixed by each Contracting Party concerned)	on
	10.	Surcl	harge (period of grace)	****)
IV.			an International Registration Resulting From an Application Governed Exclusively by the 1934 Act	
			:	Swiss francs
	11.	Basic	c fee	
		11.1	For one design	422
		11.2	For two to 50 designs included in the same international registration	844
		11.3	For 51 to 100 designs included in the same international registration	1 236
	12.	Surcl	harge (period of grace)	****)
V.	Misc	ellaned	ous Recordings	
			,	Swiss francs
	13.	Chan	nge in ownership	144
	14.	Chan	nge of name and/or address of the holder	
		14.1	For one international registration	144
		14.2	For each additional international registration of the same he included in the same request	older 72
	15.	Renu	unciation	144
	16.	Limit	ation	144

^{***)} For international applications filed by applicants whose sole entitlement is a connection with a Least Developed Country, in accordance with the list established by the United Nations, the fees intended for the International Bureau are reduced to 10% of the prescribed amounts (rounded to the nearest full figure). If there are several applicants, each must fulfill the said criterion.

Where such fee reduction applies, the basic fee is fixed at 22 Swiss francs (for one design), 43 Swiss francs (for two to 50 designs included in the same international application) and 64 Swiss francs (for 51 to 100 designs included in the same international application).

^{****) 50 %} of the renewal basic fee.

VI. Information Concerning Published International Registrations

		Sv	wiss francs
17.		ly of an extract from the International ster relating to a published international registration	144
18.		ly of non-certified copies of the International Register or of in the file of a published international registration	
	18.1	For the first five pages	26
	18.2	For each additional page after the fifth if the copies are requested at the same time and relate to the same international registration	2
19.		ly of certified copies from the International Register or of items file of a published international registration	S
	19.1	For the first five pages	46
	19.2	For each additional page after the fifth if the copies are requested at the same time and relate to the same internatio registration	nal 2
20.	Supp	ly of a photograph of a specimen	57
21. Supply of written information on the contents of the Inter Register or of the file of a published international registra		ly of written information on the contents of the International ster or of the file of a published international registration	
	21.1	Concerning one international registration	82
	21.2	Concerning any additional international registration of the same holder if the same information is requested at the same time	10
22.	Searc	ch in the list of owners of international registrations	
	22.1	Per search by the name of a given person or entity	82
	22.2	For each international registration found beyond the first one	10
23.		narge for the communication of extracts, copies, information arch reports by telefacsimile (per page)	4

Barème des taxes

(en vigueur le 1er janvier 2008)

 Demandes internationales régies exclusivement ou partiellement par l'Acte de 1960 ou par l'Acte de 1999

		Francs suis	ses
1.	Taxe	de base*)	
	1.1	Pour un dessin ou modèle	397
	1.2	Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans la même demande internationale	19
2.	Taxe	de publication*)	
	2.1	Pour chaque reproduction à publier	17
	2.2	Pour chaque page, en sus de la première, sur laquelle sont présentées une ou plusieurs reproductions (lorsque les reproductions sont présentées sur papier)	150
3.		supplémentaire lorsque la description excède 100 mots mot au-delà du 100ème)*)	2
4.	Taxe	de désignation standard**)	
	4.1	Lorsque le niveau un s'applique:	
		4.1.1 Pour un dessin ou modèle	42
		4.1.2 Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans la même demande internationale	2
	4.2	Lorsque le niveau deux s'applique:	
		4.2.1 Pour un dessin ou modèle	60
		4.2.2 Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans la même demande internationale	20
	4.3	Lorsque le niveau trois s'applique:	
		4.3.1 Pour un dessin ou modèle	90
		4.3.2 Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans la même demande internationale	50
5.		de désignation individuelle (le montant de la taxe de désignation iduelle est fixé par chaque partie contractante concernée) •)	

*) Pour les demandes internationales déposées par des déposants dont le droit à cet égard découle exclusivement d'un rattachement à un pays de la catégorie des pays les moins avancés, conformément à la liste établie par l'Organisation des Nations Unies, les taxes à l'intention du Bureau international sont ramenées à 10 % du montant prescrit (arrondi au nombre entier le plus proche). En cas de pluralité de déposants, chacun d'entre eux doit satisfaire à ce critère.

Lorsque cette réduction de taxe s'applique, la taxe de base s'établit à 40 francs suisses (pour un dessin ou modèle) et à 2 francs suisses (pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans la même demande internationale), la taxe de publication s'établit à 2 francs suisses pour chaque reproduction et à 15 francs suisses pour chaque page, en sus de la première, sur laquelle sont présentées une ou plusieurs reproductions, et la taxe supplémentaire lorsque la description excède 100 mots s'établit à 1 franc suisse par groupe de cinq mots au-delà du 100ème.

**) Pour les demandes internationales déposées par des déposants dont le droit à cet égard découle exclusivement d'un rattachement à un pays de la catégorie des pays les moins avancés, conformément à la liste établie par l'Organisation des Nations Unies, les taxes standard sont ramenées à 10 % du montant prescrit (arrondi au nombre entier le plus proche). En cas de pluralité de déposants, chacun d'entre eux doit satisfaire à ce critère.

Lorsque cette réduction de taxe s'applique, la taxe de désignation standard s'établit à 4 francs suisses (pour un dessin ou modèle) et à 1 franc suisse (pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans la même demande internationale) pour le niveau un, à 6 francs suisses (pour un dessin ou modèle) et à 2 francs suisses (pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans la même demande internationale) pour le niveau deux et à 9 francs suisses (pour un dessin ou modèle) et à 5 francs suisses (pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans la même demande internationale) pour le niveau trois.

•) [Note de l'OMPI]: Recommandation adoptée par l'Assemblée de l'Union de La Haye:

«Les parties contractantes qui font, ou qui ont fait, la déclaration prévue à l'article 7.2) de l'Acte de 1999 ou à la règle 36.1) du règlement d'exécution commun sont encouragées à indiquer, dans cette déclaration ou dans une nouvelle déclaration, que, pour les demandes internationales déposées par des déposants dont le droit à cet égard découle exclusivement d'un rattachement à un pays de la catégorie des pays les moins avancés, conformément à la liste établie par l'Organisation des Nations Unies, la taxe individuelle à payer pour leur désignation est ramenée à 10 % du montant normalement perçu (arrondi, le cas échéant, au nombre entier le plus proche).»

II. Demandes internationales régies exclusivement par l'Acte de 1934

			F	rancs suisses
	6.	Taxe	de base***)	
		6.1	Pour un dessin ou modèle	216
		6.2	Pour deux à 50 dessins ou modèles inclus dans la même demande internationale	432
		6.3	Pour 51 à 100 dessins ou modèles inclus dans la même demande internationale	638
III.	interr	nationa	ment d'un enregistrement international issu d'une demande ale régie exclusivement ou partiellement par l'Acte de 1960 e de 1999	
			F	rancs suisses
	7.	Taxe	de base	
		7.1	Pour un dessin ou modèle	200
		7.2	Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris de même enregistrement international	dans 17
	8.	Taxe	de désignation standard	
		8.1	Pour un dessin ou modèle	21
		8.2	Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris de même enregistrement international	dans 1
	9.		de désignation individuelle (le montant de la taxe de désignation individuelle est fixé par chaque partie contractante concernée)	nation
	10.	Surta	xe (délai de grâce)	****)
IV.			ment d'un enregistrement international issu d'une demande ale régie exclusivement par l'Acte de 1934	
	11	Tovo		rancs suisses
	11.		de base Pour un dessin ou modèle	422
			Pour deux à 50 dessins ou modèles compris dans le mên enregistrement international	
		11.3	Pour 51 à 100 dessins ou modèles compris dans le même enregistrement international	
	12.	Surta	ixe (délai de grâce)	****)
	12.	Surta	ixe (delai de grace)	,
V.	Inscr	iptions	diverses	
			F	rancs suisses
	13.	Chan	gement de titulaire	144
	14.	Chan	gement de nom ou d'adresse du titulaire	
		14.1	Pour un enregistrement international	144
		14.2	Pour chaque enregistrement international supplémentaire même titulaire inclus dans la même demande d'inscriptio	
	15.	Reno	nciation	144
	16.	Limita	ation	144
***)	Pour le	s dema	andes internationales déposées par des déposants dont le droit à c	et égard décou-

^{****)} Pour les demandes internationales déposées par des déposants dont le droit à cet égard découle exclusivement d'un rattachement à un pays de la catégorie des pays les moins avancés, conformément à la liste établie par l'Organisation des Nations Unies, les taxes à l'intention du Bureau international sont ramenées à 10 % du montant prescrit (arrondi au nombre entier le plus proche). En cas de pluralité de déposants, chacun d'entre eux doit satisfaire à ce critère.

Lorsque cette réduction de taxe s'applique, la taxe de base s'établit à 22 francs suisses (pour un dessin ou modèle), à 43 francs suisses (pour deux à 50 dessins ou modèles inclus dans la même demande internationale) et à 64 francs suisses (pour 51 à 100 dessins ou modèles inclus dans la même demande internationale).

^{****) 50 %} de la taxe de base de renouvellement.

VI. Informations concernant les enregistrements internationaux publiés

	· iatioii	From Services of Front Services of Service	ncs suisses
			ics suisses
17.		iture d'un extrait du registre international relatif à un istrement international publié	144
18.	intern	niture de copies, non certifiées conformes, du registre national ou de pièces du dossier d'un enregistrement national publié	
	18.1	Jusqu'à cinq pages	26
	18.2	Par page en sus de la cinquième, si les copies sont demandées en même temps et se rapportent au même enregistrement international publié	2
19.		niture de copies, certifiées conformes, du registre internationa e pièces du dossier d'un enregistrement international publié	ıl
	19.1	Jusqu'à cinq pages	46
	19.2	Par page en sus de la cinquième, si les copies sont demandées en même temps et se rapportent au même enregistrement international	2
20.	Fourr	niture d'une photographie d'un spécimen	57
21.		niture par écrit d'un renseignement sur le contenu du registre national ou du dossier d'un enregistrement international public	é
	21.1	Pour un enregistrement international	82
	21.2	Pour tout enregistrement international supplémentaire concernant le titulaire, si le même renseignement est demandé en même temps	10
22.		erche dans la liste des titulaires d'enregistrements lationaux publiés	
	22.1	Par recherche portant sur le nom d'une personne physique ou morale déterminée	82
	22.2	Pour chaque enregistrement international trouvé en sus du premier	10
23.	rense	xe pour la communication d'extraits, de copies, de ignements ou de rapports de recherche par opie (par page)	4

Gebührenverzeichnis

(in der ab 1. Januar 2008 geltenden Fassung)

 Internationale Anmeldungen, für die ausschließlich oder teilweise die Fassung von 1960 oder die Fassung von 1999 maßgebend ist

Schweizer Franken Grundgebühr*) Für ein Muster oder Modell 397 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Anmeldung enthalten ist 19 Veröffentlichungsgebühr*) Für jede zu veröffentlichende Wiedergabe 17 Für jede Seite ab der zweiten Seite, auf der sich eine oder mehrere Wiedergaben befinden (bei Einreichung der Wiedergaben in Papierform) 150 Zusatzgebühr für das 101. und jedes weitere Wort, 3. wenn die Beschreibung mehr als 100 Wörter umfasst*) 2 Standard-Benennungsgebühr**) Wenn Stufe eins Anwendung findet: 4.1.1 Für ein Muster oder Modell 42 4.1.2 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Anmeldung enthalten ist 2 4.2 Wenn Stufe zwei Anwendung findet: 4.2.1 Für ein Muster oder Modell 60 4.2.2 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Anmeldung enthalten ist 20 4.3 Wenn Stufe drei Anwendung findet: 4.3.1 Für ein Muster oder Modell 90 4.3.2 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Anmeldung enthalten ist 50 Individuelle Benennungsgebühr (der Betrag der individuellen Benennungsgebühr wird von jeder betroffenen Vertragspartei festgesetzt)♦)

Findet eine solche Gebührenermäßigung Anwendung, so beträgt die Grundgebühr 40 Schweizer Franken (für ein Muster oder Modell) und 2 Schweizer Franken (für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Anmeldung enthalten ist), die Veröffentlichungsgebühr 2 Schweizer Franken für jede Wiedergabe und 15 Schweizer Franken für jede Seite ab der zweiten Seite, auf der sich eine oder mehrere Wiedergaben befinden, und die Zusatzgebühr 1 Schweizer Franken für jede Gruppe von 5 weiteren Wörtern, wenn die Beschreibung mehr als 100 Wörter umfasst.

**) Bei internationalen Anmeldungen, die von Anmeldern eingereicht werden, deren Berechtigung ausschließlich auf einer Verbindung zu einem der am wenigsten entwickelten Länder nach der von den Vereinten Nationen aufgestellten Liste beruht, ermäßigen sich die Standardgebühren auf 10 % der vorgeschriebenen Beträge (gerundet auf die nächste ganze Zahl). Handelt es sich um mehrere Anmelder, so muss jeder dieses Kriterium erfüllen.

Findet eine solche Ermäßigung Anwendung, so beträgt die Standard-Benennungsgebühr 4 Schweizer Franken (für ein Muster oder Modell) und 1 Schweizer Franken (für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Anmeldung enthalten ist) bei Stufe eins, 6 Schweizer Franken (für ein Muster oder Modell) und 2 Schweizer Franken (für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Anmeldung enthalten ist) bei Stufe zwei und 9 Schweizer Franken (für ein Muster oder Modell) und 5 Schweizer Franken (für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Anmeldung enthalten ist) bei Stufe drei.

•) [Anmerkung der WIPO]: Von der Versammlung des Haager Verbands beschlossene Empfehlung: "Vertragsparteien, die eine Erklärung nach Artikel 7 Absatz 2 der Fassung von 1999 oder nach Regel 36 Absatz 1 der Gemeinsamen Ausführungsordnung abgeben oder abgegeben haben, sind aufgefordert, in dieser Erklärung oder einer neuen Erklärung darauf hinzuweisen, dass sich bei internationalen Anmeldungen, die von Anmeldern eingereicht werden, deren Berechtigung ausschließlich auf einer Verbindung zu einem der am wenigsten entwickelten Länder nach der von den Vereinten Nationen aufgestellten Liste beruht, die für ihre Benennung zu zahlende individuelle Benennungsgebühr auf 10 % des normalerweise eingezogenen Betrags ermäßigt (gegebenenfalls gerundet auf die nächste ganze Zahl)."

^{*)} Bei internationalen Anmeldungen, die von Anmeldern eingereicht werden, deren Berechtigung ausschließlich auf einer Verbindung zu einem der am wenigsten entwickelten Länder nach der von den Vereinten Nationen aufgestellten Liste beruht, ermäßigen sich die für das Internationale Büro bestimmten Gebühren auf 10 % der vorgeschriebenen Beträge (gerundet auf die nächste ganze Zahl). Handelt es sich um mehrere Anmelder, so muss jeder dieses Kriterium erfüllen.

II. Internationale Anmeldungen, f
ür die auschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist

	VOIT	1934 11	langeneria ist	
			Sch	weizer Franken
	6.	Grun	ndgebühr***)	
		6.1	Für ein Muster oder Modell	216
		6.2	Für zwei bis 50 Muster oder Modelle, die in derselben internationalen Anmeldung enthalten sind	432
		6.3	Für 51 bis 100 Muster oder Modelle, die in derselben internationalen Anmeldung enthalten sind	638
III.	inter	nationa	g einer internationalen Eintragung, die sich aus einer alen Anmeldung ergibt, für die ausschließlich oder teilweis g von 1960 oder die Fassung von 1999 maßgebend ist	e
				weizer Franken
	7.	Grun	ndgebühr	
		7.1	Für ein Muster oder Modell	200
		7.2	Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Eintragung enthalten ist	17
	8.	Stan	dard-Benennungsgebühr	
		8.1	Für ein Muster oder Modell	21
		8.2	Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben internationalen Eintragung enthalten ist	1
	9.	Bene	riduelle Benennungsgebühr (der Betrag der individuellen ennungsgebühr wird von jeder betroffenen Vertragspartei gesetzt)	
	10.	Zusc	chlagsgebühr (Nachfrist)	****)
IV.	inter	nationa	g einer internationalen Eintragung, die sich aus einer alen Anmeldung ergibt, für die ausschließlich die Fassung naßgebend ist	
			Sch	weizer Franken
	11.	Grun	ndgebühr	
		11.1	Für ein Muster oder Modell	422
		11.2	Für zwei bis 50 Muster oder Modelle, die in derselben internationalen Eintragung enthalten sind	844
		11.3	Für 51 bis 100 Muster oder Modelle, die in derselben internationalen Eintragung enthalten sind	1 236
	12.	Zusc	chlagsgebühr (Nachfrist)	****)
V.	Vers	chiede	ne Eintragungen	
			Sch	weizer Franken
	13.	Inhal	berwechsel	144
	14.	Ände	erung des Namens und/oder der Anschrift des Inhabers	
		14.1	Für eine internationale Eintragung	144
		14.2	Für jede weitere internationale Eintragung desselben Inhabers, die in demselben Antrag enthalten	ist 72
	15.	Verzi		144
	16.	Einso	chränkung	144
			•	

^{***)} Bei internationalen Anmeldungen, die von Anmeldern eingereicht werden, deren Berechtigung ausschließlich auf einer Verbindung zu einem der am wenigsten entwickelten Länder nach der von den Vereinten Nationen aufgestellten Liste beruht, ermäßigen sich die für das Internationale Büro bestimmten Gebühren auf 10 % der vorgeschriebenen Beträge (gerundet auf die nächste ganze Zahl). Handelt es sich um mehrere Anmelder, so muss jeder dieses Kriterium erfüllen.

Findet eine solche Gebührenermäßigung Anwendung, so beträgt die Grundgebühr 22 Schweizer Franken (für ein Muster oder Modell), 43 Schweizer Franken (für zwei bis 50 Muster oder Modelle, die in derselben internationalen Anmeldung enthalten sind) und 64 Schweizer Franken (für 51 bis 100 Muster oder Modelle, die in derselben Anmeldung enthalten sind).

^{****) 50 %} der Grundgebühr für die Verlängerung

VI. Informationen über veröffentlichte internationale Eintragungen

Schweizer Franken Lieferung eines Auszugs aus dem internationalen Register zu einer veröffentlichten internationalen Eintragung 144 Lieferung unbeglaubigter Kopien des internationalen Registers oder von Stücken der Akte zu einer veröffentlichten internationalen Eintragung 18.1 Für die ersten fünf Seiten 26 18.2 Für die sechste und jede weitere Seite, wenn die Kopien gleichzeitig angefordert werden und sich auf dieselbe internationale Eintragung beziehen 2 Lieferung beglaubigter Kopien des internationalen Registers oder von 19. Stücken der Akte zu einer veröffentlichten internationalen Eintragung Für die ersten fünf Seiten 46 19.2 Für die sechste und jede weitere Seite, wenn die Kopien gleichzeitig angefordert werden und sich auf dieselbe internationale Eintragung beziehen 2 20. Lieferung einer Fotografie eines Musterabschnitts 57 Lieferung einer schriftlichen Auskunft über den Inhalt des 21. internationalen Registers oder der Akte zu einer veröffentlichten internationalen Eintragung 21.1 Zu einer internationalen Eintragung 82 Zu jeder weiteren internationalen Eintragung desselben Inhabers, wenn jeweils dieselbe Auskunft gleichzeitig angefordert wird 10 22. Recherche im Verzeichnis der Inhaber internationaler Eintragungen 22.1 Pro Namensrecherche nach einer bestimmten 82 natürlichen oder juristischen Person 22.2 Für die zweite und jede weitere festgestellte 10 internationale Eintragung Zuschlagsgebühr für die Fax-Übermittlung von Auszügen, Kopien, Auskünften oder Rechercheberichten (pro Seite) 4

Denkschrift

I. Allgemeines

1. Haager Verband

Grundsätzlich richtet sich auf dem Gebiet des geistigen Eigentums der Schutz von Individualrechten nach dem sogenannten Territorialitätsprinzip. Das bedeutet, dass für den Schutz von Rechten in einem bestimmten Staat, mithin für den Inhalt, Umfang und die Schranken des Schutzes, die nationale Rechtsordnung dieses Staates maßgebend ist.

Auch im Bereich des Rechts von gewerblichen Mustern oder Modellen richtet sich der Schutz nach den nationalen Vorschriften, mithin in Deutschland nach dem Geschmacksmustergesetz. Das Geschmackmuster ist beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) anzumelden und wird eingetragen.

Vor dem Inkrafttreten des Haager Abkommens vom 6. November 1925 (Haager Abkommen; RGBI. 1928 II S.175, 203) musste ein Anmelder, wollte er in anderen Staaten ein oder mehrere gewerbliche Muster oder Modelle schützen lassen, die jeweiligen nationalen Eintragungsverfahren durchlaufen, wobei diese sowohl hinsichtlich der formellen als auch materiellen Anforderungen zum Teil erheblich differierten. Auch mussten die jeweiligen Gebühren der einzelnen nationalen Ämter in verschiedenen Währungen entrichtet werden, zum Teil die Unterlagen in der jeweiligen Landessprache eingereicht und anschließend die jeweiligen Fristen für die Erneuerungen überwacht werden.

Um dieses Eintragungsverfahren zu vereinfachen, wurde innerhalb der Pariser Verbandsübereinkunft (im Folgenden PVÜ) als Nebenabkommen das Haager Abkommen geschlossen, welches am 1. Juni 1928 in Kraft trat und seitdem mehrfach revidiert wurde. Die Mitglieder des Haager Abkommens zählen zum sogenannten Haager Verband. Ihm gehören zahlreiche kontinentaleuropäische Staaten West-, Mittel- und Osteuropas sowie einige afrikanische, asiatische und südamerikanische Staaten an.

Das Haager Abkommen erleichtert lediglich das Verfahren der Eintragung, lässt aber die materielle Ausgestaltung des Schutzes durch die einzelnen Staaten unberührt. Der Hauptzweck des Haager Abkommens ist, durch eine einzige internationale Anmeldung eines oder mehrerer gewerblicher Muster oder Modelle beim Internationalen Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) Schutz zu erlangen. Allerdings werden lediglich alle formellen Voraussetzungen einer nationalen Anmeldung in den anderen Vertragsstaaten ersetzt. Der materielle Schutz dagegen unterliegt jeweils der nationalen Gesetzgebung derjenigen Staaten, auf die sich die internationale Anmeldung bezieht. Es handelt sich um ein "Bündel" nationaler Rechte, die durch eine Anmeldung beim Internationalen Büro beantragt werden können. Die internationale Eintragung erzeugt daher in Deutschland dieselben Wirkungen wie ein durch nationale Vorschriften, insbesondere das Geschmacksmustergesetz, geschütztes Geschmacksmuster.

Das Haager Abkommen wurde nach seinem Inkrafttreten verschiedentlich ergänzt und zweimal vollständig revidiert: Drei Fassungen des Haager Abkommens, die

sogenannten Akten, sind zum jetzigen Zeitpunkt in Kraft. Sie stellen jeweils voneinander unabhängige Abkommen dar

Es besteht die revidierte Fassung in Form der Londoner Akte vom 2. Juni 1934, welche am gleichen Tag von Deutschland unterzeichnet wurde. Am 27. September 1937 wurde sie ratifiziert (RGBI. 1937 II S. 583, 617) und trat am 13. Juni 1939 für Deutschland in Kraft. Diese Fassung sieht vor, dass sich die Anmeldung auf alle Vertragsparteien erstreckt - mit Ausnahme der des Anmelders -, es sei denn, der Anmelder verzichtet hinsichtlich eines oder mehrerer Vertragsstaaten ausdrücklich auf den Schutz. Die Anmeldung hat in französischer Sprache zu erfolgen. Die Möglichkeit der Schutzverweigerung durch einzelne Vertragsparteien ist nicht vorgesehen. Der Schutzzeitraum beträgt 15 Jahre (aufgeteilt in zwei Zeitabschnitte, einen von fünf Jahren und einen von zehn Jahren) unabhängig davon, ob in den Vorschriften der einzelnen Vertragsstaaten eine längere Frist vorgesehen ist. Auch wird nach dieser Fassung lediglich ein Hinweis auf die Tatsache der Hinterlegung veröffentlicht, eine Abbildung des gewerblichen Musters oder Modells dagegen nicht. Der Schutz des gewerblichen Musters oder Modells entsteht daher ohne die Veröffentlichung des geschützten Gegenstandes selbst. Dies wurde als mit der Rechtsnatur eines gewerblichen Schutzrechtes von einer Reihe von Staaten als unvereinbar angesehen. Nur noch Indonesien und Tunesien gehören ausschließlich dem Abkommen in der Fassung von 1934 an; insgesamt gehören der Fassung von 1934 noch 14 Vertragsstaaten an.

Ferner gibt es die revidierte Fassung in Form der Haager Akte vom 28. November 1960, welche am gleichen Tag von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde. Mit Gesetz vom 8. Juni 1962 wurde sie ratifiziert (BGBI. 1962 II S. 774) und trat am 1. August 1984 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft (BGBI. 1984 II S. 798). Die Haager Akte eröffnet die Möglichkeit, in der entweder in Englisch oder Französisch abzufassenden Anmeldung einzelne Staaten zu benennen, in denen das gewerbliche Muster oder Modell geschützt sein soll. Den benannten Staaten wird dabei eine Frist von sechs Monaten eingeräumt, innerhalb derer, sollte die Anmeldung bestimmten nationalen Erfordernissen nicht entsprechen, eine Schutzverweigerung mitgeteilt werden kann. Auch ermöglicht die Fassung dem Anmelder, die Verschiebung der Veröffentlichung bis zu zwölf Monate, gerechnet ab dem Zeitpunkt der internationalen Eintragung, zu verlangen. Für jeden Vertragsstaat hat der Anmelder eine Gebühr zu entrichten, welche die einzelnen Vertragsstaaten selbst nicht festgelegen können. Darüber hinaus fordert die Fassung von 1960, um dem Grundsatz der Veröffentlichung gerecht zu werden, die Bekanntmachung einer Abbildung des gewerblichen Musters oder Modells. Aus diesem Grund wurde die Einreichung des gewerblichen Musters oder Modells im Original ausgeschlossen und nur noch die fotografische oder grafische Wiedergabe des gewerblichen Musters oder Modells erlaubt. Der Fassung von 1960 kommt weitaus größere Bedeutung zu als der Fassung von 1934. Ihr gehören aktuell 33 Vertragsstaaten an, wobei sechs weitere Staaten ihre Unterschrift geleistet haben.

Trotz dieser Veränderungen konnte in wichtigen Staaten kein Schutz für gewerbliche Muster oder Modelle durch internationale Eintragung erlangt werden, da viele für den Welthandel wichtige Staaten (zum Beispiel die USA, Japan, China, Vereinigtes Königreich und die skandinavischen Staaten) dem Abkommen nicht beitraten. Bis 1990 waren lediglich 29 Staaten Mitglieder des Haager Verbandes. Ein Hauptgrund hierfür wurde darin gesehen, dass die beiden älteren Fassungen darauf ausgerichtet sind, die Anmeldeerfordernisse lediglich von Staaten ohne neuheitsprüfende Ämter zu vereinheitlichen. Neuheitsprüfung in diesem Sinne bedeutet, dass von Amts wegen überprüft wird, ob den inländischen Fachkreisen hinsichtlich der besonderen Merkmale des gewerblichen Musters oder Modells kein identisches gewerbliches Muster oder Modell bekannt ist. Das DPMA gehört zu den Ämtern, die von Amts wegen keine Neuheitsprüfung vornehmen.

2. Genfer Akte

a) Ziel

Die WIPO initiierte daher die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses, der seit 1991 an der Redaktion einer neuen Fassung des Haager Abkommens arbeitete. Zwischen April 1991 und November 1997 tagte dieser Ausschuss siebenmal. Im Rahmen der Genfer Diplomatischen Konferenz vom 16. Juni 1999 bis 6. Juli 1999 wurde am 2. Juli 1999 die Genfer Fassung des Haager Abkommens vom 6. November 1925 unterzeichnet. An der Konferenz nahmen 78 Staaten sowie Personen, die die Europäische Union vertraten, teil. Sie ist gemäß Artikel 28 Absatz 2 der Genfer Akte seit dem 23. Dezember 2003 in Kraft. Ihr sind bisher einschließlich der Europäischen Gemeinschaft 33 Parteien beigetreten.

Ziel der Genfer Akte ist, das Haager Abkommen attraktiver zu gestalten und damit den sogenannten Haager Verband gegenüber den beiden älteren Fassungen des Haager Abkommens geografisch bedeutend auszudehnen. Dies soll im Wesentlichen durch zwei Veränderungen erreicht werden. Zum einen wurde das Schutzsystem, welches bisher auf nichtprüfende Staaten ausgerichtet war, für neuheitsprüfende Staaten weiter geöffnet. Diese Staaten haben ein Amt, welches eingereichte Anmeldungen von Amts wegen zumindest daraufhin prüft, ob das gewerbliche Muster oder Modell das Kriterium der Neuheit erfüllt. Zum anderen können nunmehr auch zwischenstaatliche Organisationen unter bestimmten Voraussetzungen dem Haager Abkommen beitreten. Von diesem Recht haben bisher die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Afrikanische Organisation für geistiges Eigentum (OAPI) Gebrauch gemacht. Die EG hat am 24. September 2007 bei der WIPO die Beitrittsurkunde zur Genfer Akte des Haager Abkommens hinterlegt. Der Beitritt wurde am 1. Januar 2008 wirksam.

Die von der Genfer Akte eingeführten Neuerungen betreffen im Übrigen hauptsächlich die folgenden Punkte:

 Erweiterung des zur Einreichung internationaler Anmeldungen berechtigten Personenkreises auf Personen, die im Gebiet einer Vertragspartei eine tatsächliche gewerbliche oder Handelsniederlassung haben,

- Möglichkeit für Anmelder zu beantragen, dass die Veröffentlichung um bis zu 30 Monate verschoben wird. Allerdings können benannte Vertragsparteien erklären, dass für sie eine kürzere Frist gilt oder auch gar keine Verschiebung möglich ist; in diesem Fall wird die internationale Registrierung sechs Monate nach ihrer Eintragung veröffentlicht.
- Möglichkeit für Anmelder, Musterabschnitte anstelle von Wiedergaben einzureichen, wenn die Verschiebung der Veröffentlichung beantragt und das gewerbliche Muster oder Modell zweidimensional ist.
- Möglichkeit für alle Vertragsparteien, für internationale Anmeldungen, welche eine Sammelanmeldung beinhalten, zwingende Anforderungen an die Geschmacksmustereinheit zu stellen,
- Möglichkeit für Vertragsparteien mit Neuheitsprüfung, die Frist für die Prüfung der Schutzverweigerung auf zwölf Monate auszudehnen.

b) Sprachen

Die Urschriften der Genfer Akte werden gemäß Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a in englischer, französischer, russischer, spanischer, arabischer und chinesischer Sprache unterzeichnet. Nach Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b des Abkommens können vom Generaldirektor nach Beratungen mit den beteiligten Regierungen amtliche Fassungen in anderen Sprachen erstellt werden. Von dieser Möglichkeit wurde noch nicht Gebrauch gemacht.

c) Inkrafttreten

Die Genfer Akte ist gemäß Artikel 28 Absatz 2 drei Monate, nachdem sie von sechs Staaten ratifiziert worden ist, am 23. Dezember 2003 in Kraft getreten. In drei dieser sechs Staaten sind dabei entweder jährlich insgesamt 3 000 Gesuche in oder für die betreffende Vertragspartei oder aber 1 000 Gesuche in oder für die betreffende Vertragspartei nur durch ausländische Staatsangehörige eingereicht worden. Mit dem Beitritt Spaniens am 23. September 2003 hat der Zeitraum von drei Monaten nach Artikel 28 Absatz 2 der Genfer Akte begonnen, an dessen Ende, mithin am 23. Dezember 2003, das Abkommen in Kraft getreten ist.

d) Ratifikation

Die Bundesrepublik Deutschland hat am 29. Juni 2000 die Genfer Akte in Genf unterzeichnet. Ihre Umsetzung in innerstaatliches Recht ist dringend geboten und soll durch das vorliegende Gesetz ermöglicht werden. Sie wird gemäß Artikel 28 Absatz 3 Genfer Akte drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bei dem Internationalen Büro für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten.

e) Fehler der französischen Fassung

Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a der französischen Fassung der Genfer Akte nennt offensichtlich versehentlich Artikel 11. Zutreffend wäre die Verweisung auf Artikel 12. Bezug genommen werden soll auf einen Artikel, der die Schutzverweigerung regelt; dies ist Artikel 12. Es ist gegebenenfalls damit zu rechnen, dass eine Korrektur der französischen Fassung erfolgen wird.

3. Gemeinsame Ausführungsordnung

Die Gemeinsame Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 (GAO) ist im September 2003 mit Wirkung zum 1. April 2004 verabschiedet und im September 2007 mit Wirkung zum 1. Januar 2008 geändert worden. Sie hat die ursprünglich gemeinsam mit der Genfer Akte angenommene Ausführungsordnung ersetzt. Die GAO ist in Bezug auf Deutschland für die Londoner und Haager Fassung bereits in Kraft getreten (BGBI. 2008 II S. 1341, 1342, 1389).

Im Hinblick auf die Genfer Akte tritt die GAO für Deutschland jedoch erst gemeinsam mit dieser in Kraft. Sie stellt durch die ausschließliche Anwendung einer Ausführungsordnung auf alle drei Fassungen eine weitere Vereinfachung für die Beteiligten dar. Da die GAO sich ebenfalls auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht, bedarf auch sie als (neue) Ausführungsordnung für die Genfer Akte nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 GG der Zustimmung durch Bundesgesetz.

II. Zu den Bestimmungen der Genfer Akte im Einzelnen

Zu Artikel 1 (Kurzbezeichnungen)

Der Artikel enthält die Erklärungen zu den im Abkommen verwendeten Kurzbezeichnungen. Weitere Kurzbezeichnungen finden sich in Regel 1 der GAO.

Zu Artikel 2 (Gewährung eines sonstigen Schutzes aufgrund des Rechts der Vertragsparteien und bestimmter internationaler Verträge)

In Absatz 1 und Absatz 2 wird klargestellt, dass weiter gehende Schutzvorschriften oder solche mit einem anderen Schutzzweck unberührt bleiben und jede Vertragspartei verpflichtet ist, die Bestimmungen der PVÜ einzuhalten. Eine weitgehend parallele Regelung findet sich bereits in Artikel 18 des Haager Abkommens in der Fassung von 1960.

Zu Artikel 3 (Berechtigung zur Einreichung einer internationalen Anmeldung)

Artikel 3 erweitert die Berechtigung eines Anmelders, bei einer Vertragspartei eine Anmeldung einzureichen. Schon in den älteren Fassungen von 1934 und 1960 gab es die Anknüpfungspunkte der Staatsangehörigkeit, der gewerblichen oder Handelsniederlassung und des Wohnsitzes. Durch die Genfer Akte kommt der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts hinzu. Im Hinblick auf die einzelnen Anknüpfungspunkte liegt keine Rangordnung vor.

Zu Artikel 4 (Verfahren zur Einreichung der internationalen Anmeldung)

Absatz 1 regelt die direkte und indirekte Einreichung der internationalen Anmeldung. Die Anmeldung kann direkt bei dem internationalen Büro oder indirekt über das Amt der Vertragspartei des Anmelders eingereicht werden. Bereits die Haager Akte ermöglichte eine indirekte Einreichung der internationalen Anmeldung, allerdings hatte Deutschland bisher von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht. Deutschland wird keine Erklärung im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b der Genfer Akte abgeben, so dass eine indirekte Anmeldung sowohl nach der Genfer Akte als auch – aufgrund einer Änderung des Geschmacksmustergesetzes – nach

der Haager Akte in Deutschland zukünftig möglich sein wird

Absatz 2 enthält die Neuerung, dass im Fall der indirekten internationalen Anmeldung über das Amt der Vertragspartei des Anmelders, dieses Amt eine Weiterleitungsgebühr verlangen kann, die dem betreffenden Amt verbleibt.

Zu Artikel 5 (Inhalt der internationalen Anmeldung)

Artikel 5 setzt den Inhalt der internationalen Anmeldung fest; hierbei wird teilweise auf die GAO Bezug genommen

Absatz 1 bezieht sich auf den zwingenden Inhalt jeder internationalen Anmeldung. Der Umfang der Angaben entspricht insbesondere durch den Verweis auf die GAO im Wesentlichen den Anforderungen der älteren Fassungen, vor allem derjenigen von 1960.

Neu ist, dass der Anmelder in bestimmten Fällen anstelle der Wiedergabe des gewerblichen Musters oder Modells nunmehr bei zweidimensionalen Mustern auch Musterabschnitte einreichen kann, wenn ein Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung gestellt wurde.

Neu ist weiterhin, dass Staaten mit neuheitsprüfenden Ämtern nach Absatz 2 weitere Angaben als zusätzlichen zwingenden Inhalt der internationalen Anmeldung fordern können. Auch die Fassung von 1960 erwähnt "Staaten mit Neuheitsprüfung". Diese konnten jedoch nach der Fassung von 1960 keine weiteren Angaben als zusätzlichen zwingenden Inhalt fordern. Buchstabe a eröffnet neuheitsprüfenden Vertragsparteien nun die Möglichkeit, in einer Erklärung weitere zwingende Bestandteile einer internationalen Anmeldung in Bezug auf ihr Territorium festzulegen, wenn ohne diese Angabe nach ihrem Recht kein Anmeldetag vergeben werden kann. Nach Buchstabe b kommen dabei nur drei weitere Bestandteile in Betracht, nämlich Angaben zur Identität des Schöpfers, eine Beschreibung des gewerblichen Musters oder Modells und ein Anspruch. Neu ist hierbei nur das Erfordernis eines (Schutz-)Anspruchs. Die beiden anderen Erfordernisse waren dem Anmelder bereits in der Fassung von 1960 als mögliche Bestandteile der internationalen Anmeldung freigestellt.

Absatz 3 verweist hinsichtlich des im freien Ermessen des Anmelders stehenden weiteren Inhalts einer internationalen Anmeldung auf die GAO.

Absatz 4 stellt klar, dass grundsätzlich eine internationale Anmeldung mehrere gewerbliche Muster oder Modelle enthalten kann (sogenannte Sammelanmeldung). Sie war bereits nach der Fassung von 1960 möglich (Artikel 5 Absatz 4). Bei einer Sammelanmeldung werden mehrere eigenständige gewerbliche Muster oder Modelle in einer gemeinsamen Anmeldung zusammengefasst. Dadurch werden ein einheitliches Eintragungsverfahren ermöglicht und die Kosten gesenkt (vgl. die Nummern I.1 und I.2 Gebührenverzeichnis). Die Höchstgrenze von 100 eigenständigen gewerblichen Mustern oder Modellen ist in Regel 7 Absatz 3 Ziffer v GAO angegeben. Regel 7 Absatz 7 GAO bestimmt, dass alle Erzeugnisse, die die gewerblichen Muster oder Modelle darstellen, derselben Warenklasse angehören müssen.

Absatz 5 eröffnet dem Anmelder die Möglichkeit, einen Antrag auf Aufschiebung des Anmeldetages zu stellen. Diese Möglichkeit ist in Artikel 11 weiter präzisiert.

Zu Artikel 6 (Priorität)

Artikel 6 sichert die Möglichkeit, Prioritäten nach Artikel 4 PVÜ in Anspruch zu nehmen. Die Frist für die Inanspruchnahme der Priorität beträgt gemäß Artikel 4 Absatz C.–(1) PVÜ für gewerbliche Muster oder Modelle sechs Monate. Absatz 2 verankert den Grundsatz, dass auch eine internationale Anmeldung ihrerseits Grundlage für die Inanspruchnahme einer Priorität sein kann, und verpflichtet die Vertragsparteien, eine internationale Anmeldung als prioritätsbegründende Anmeldung im Sinne von Artikel 4 PVÜ anzuerkennen.

Zu Artikel 7 (Benennungsgebühren)

Nach Absatz 1 ist bei einer internationalen Eintragung eine Benennungsgebühr für jede benannte Vertragspartei zu zahlen. Durch die Änderung von Regel 12 GAO, die für die Fassungen von 1934 und 1960 bereits am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, wird ein dreistufiges System eingeführt. Hintergrund der Änderung ist, dass innerhalb der Vertragsparteien, die keine Neuheitsprüfung von Amts wegen vornehmen, beachtliche Unterschiede in der Prüfung bestehen, nämlich von einer minimalen Prüfung der Formalitäten über eine Prüfung gewisser materiellrechtlicher Gründe bis hin zur Prüfung materiellrechtlicher Gründe inklusive eingeschränkter oder antragsbedingter Neuheitsprüfung. Deutschland gehört zu den Staaten, deren Amt gewisse materiellrechtliche Gründe überprüft.

Nach der Genfer Akte können anstelle der Standardgebühren auch individuelle Gebühren erhoben werden. Artikel 7 Absatz 2 sieht diese Möglichkeit nur für Vertragsparteien mit neuheitsprüfendem Amt (Artikel 1 Ziffer xvii) und für zwischenstaatliche Organisationen (Artikel 1 Ziffer xii) vor. Die individuelle Gebühr darf nicht höher sein als die einer nationalen Anmeldung, abzüglich etwaiger Einsparungen durch das internationale Verfahren. Werden nach dem nationalen Recht eine Anmeldegebühr und eine Eintragungsgebühr veranschlagt, so kann nach Regel 12 GAO die individuelle Gebühr in zwei Teilbeträgen zu zahlen sein.

Die höheren Individualgebühren rechtfertigen sich durch den Mehraufwand, den die internationale Anmeldung in einem Prüfungsstaat aufgrund der Prüfung des gewerblichen Musters oder Modells auslöst.

Zu Artikel 8 (Mängelbeseitigung)

Nach Absatz 1 räumt das Internationale Büro dem Anmelder bei Mängeln in der Anmeldung eine Frist zur Mängelbeseitigung ein. Die Frist beträgt in Verbindung mit Regel 14 Absatz 1 GAO drei Monate. Bei bestimmten Mängeln verschiebt sich nach Artikel 9 Absatz 3 in Verbindung mit Regel 14 Absatz 2 GAO der Anmeldetag.

Absatz 2 enthält zwei Fiktionen. Buchstabe a fingiert die Rücknahme der Anmeldung, wenn der Anmelder die Mängel nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist beseitigt hat. Hat der Anmelder eine Vertragspartei benannt, nach deren Recht gemäß Artikel 5 Absatz 2 zusätzliche Angaben zwingend erforderlich sind, und wurden nur diese Anforderungen nicht erfüllt, fingiert Buchstabe b die Nichtbenennung dieser Vertragspartei.

Zu Artikel 9 (Anmeldetag der internationalen Anmeldung)

Artikel 9 regelt, wie der Anmeldetag einer internationalen Anmeldung zu bestimmen ist.

Bei direkter Anmeldung ist der Anmeldetag nach Absatz 1 der Tag des Eingangs der internationalen Anmeldung beim Internationalen Büro.

Nach Absatz 2 ist bei einer indirekten Anmeldung in Verbindung mit Regel 13 Absatz 3 GAO der Tag des Eingangs der internationalen Anmeldung beim nationalen Amt der Anmeldetag, vorausgesetzt, dass die Anmeldung innerhalb eines Monats von diesem Tag an beim Internationalen Büro eingeht. Ist dies nicht der Fall, verschiebt sich der Anmeldetag auf den Tag, an dem die Anmeldung beim Internationalen Büro eingeht. Sieht die Vertragspartei des Anmelders eine Sicherheitsüberprüfung vor, kann die einmonatige Frist nach Regel 13 Absatz 4 GAO durch eine sechsmonatige ersetzt werden.

Enthält die Anmeldung einen Mangel, der zu einer Verschiebung des Anmeldetages führt, so ist nach Absatz 3 sowohl für die direkte als auch indirekte Anmeldung Anmeldetag der Tag, an dem die Mängelbeseitigung beim Internationalen Büro eingeht. Dies gilt hinsichtlich derjenigen Mängel, welche in Regel 14 Absatz 2 GAO aufgeführt sind.

Zu Artikel 10 (Internationale Eintragung, Datum der internationalen Eintragung, Veröffentlichung und vertrauliche Kopien der internationalen Eintragung)

Artikel 10 regelt die internationale Eintragung, das Datum der internationalen Eintragung sowie die Veröffentlichung und vertrauliche Kopien der internationalen Eintragung. Weitere Einzelheiten finden sich in Regeln 15 und 17 GAO

Absatz 1 sieht vor, dass die Eintragung unmittelbar nach Eingang der internationalen Anmeldung erfolgt, sofern keine Mängel beseitigt werden müssen. Die Eintragung erfolgt auch bei einer Aufschiebung der Veröffentlichung nach Artikel 11. Nähere Einzelheiten regelt Regel 15 GAO.

Nach Absatz 2 sind Anmeldedatum und Eintragungsdatum in der Regel identisch. Hat die Anmeldung jedoch einen Mangel, da sie den Anforderungen nicht gerecht wird, die von neuheitsprüfenden Vertragsparteien zu zusätzlichem zwingenden Inhalt erklärt wurden, verschiebt sich der Eintragungstag. Diese Bestimmung geht auf die Bedürfnisse der neuheitsprüfenden Vertragsparteien zurück. Durch die Verschiebung des Eintragungstages, der in der Regel für die Frage des Schutzbeginns relevant ist, wird die Schutzfrist insgesamt nicht verkürzt.

Absatz 3 bestimmt, dass die Veröffentlichung einer Eintragung in allen Vertragsparteien als ordnungsgemäße Veröffentlichung anerkannt wird und keine weitere Veröffentlichung verlangt werden kann. Die Veröffentlichung wird nach Regel 17 GAO vorgenommen. Sofern keine Aufschiebung der Veröffentlichung (Artikel 11) erfolgt, wird die Veröffentlichung auf Antrag des Anmelders unmittelbar nach der Eintragung oder andernfalls sechs Monate nach dem Datum der Eintragung bzw. so bald wie möglich danach vorgenommen.

Nach Absatz 4 behandelt das Internationale Büro jede internationale Anmeldung vor Veröffentlichung vertraulich

Nach Absatz 5 übersendet das Internationale Büro unmittelbar nach der Eintragung eine Kopie an jedes Amt, das in der internationalen Anmeldung benannt ist und mitgeteilt hat, dass es eine solche Kopie wünscht. Durch diese Vorschrift können insbesondere benannte neuheitsprüfende Vertragsparteien im Rahmen der Prüfung der Schutzvoraussetzungen auf bereits international angemeldete gewerbliche Muster oder Modelle als Prüfstoff zurückgreifen. Andernfalls wären sie, wenn die Eintragung erst nach sechs Monaten veröffentlicht würde, regelmäßig nicht auf dem neuesten Stand. Diese Möglichkeit kann auch von nichtprüfenden Vertragsparteien in Anspruch genommen werden. Die Ämter sind verpflichtet, die Kopien bis zur Veröffentlichung durch das Internationale Büro vertraulich zu behandeln.

Zu Artikel 11 (Aufschiebung der Veröffentlichung)

Nach Artikel 11 kann der Anmelder einen Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung stellen. Nach Artikel 11 in Verbindung mit Regel 16 GAO ist hierfür nunmehr ein Zeitraum von 30 Monaten vorgeschrieben, wenn es sich um internationale Anmeldungen handelt, für die ausschließlich die Genfer Akte gilt. Allerdings kann nach Absatz 1 eine Vertragspartei, deren Recht einen kürzeren (Buchstabe a) oder keinen (Buchstabe b) Aufschiebungszeitraum vorsieht, dies dem Generaldirektor in einer Erklärung mitteilen.

Absatz 2 enthält Regelungen, wann eine aufgeschobene Veröffentlichung erfolgt. Maßgeblich ist, ob eine oder mehrere der benannten Vertragsparteien eine Erklärung nach Absatz 1 abgegeben haben.

Absatz 3 regelt Fälle von Anträgen, in denen die Aufschiebung der Veröffentlichung nach dem Recht zumindest einer benannten Vertragspartei nicht möglich ist. Hat der Anmelder Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells eingereicht, teilt ihm das Internationale Büro mit, dass eine Aufschiebung für die benannte Vertragspartei nicht möglich ist, und lässt, wenn der Anmelder nicht innerhalb der Frist die Benennung dieser Vertragspartei zurücknimmt, den Antrag auf Aufschiebung nach Absatz 3 Ziffer i außer Acht und veröffentlicht unmittelbar. Hat der Anmelder Musterabschnitte eingereicht, deren Einreichung nur bei Aufschiebung der Veröffentlichung erlaubt ist (vgl. Artikel 5 Absatz 1 Ziffer iii), so lässt das Internationale Büro nach Absatz 3 Ziffer ii die Benennung dieser Vertragspartei außer Acht und teilt dies dem Anmelder mit. Diese beiden Regelungsvarianten entsprechen in der jeweiligen Situation dem mutmaßlichen Willen des Anmelders.

Nach Absatz 4 kann der Inhaber jederzeit während des Aufschiebungszeitraums die Veröffentlichung verlangen oder Dritten gegenüber auf die Vertraulichkeit der Anmeldung verzichten.

Nach Absatz 5 werden die gewerblichen Muster oder Modelle nicht veröffentlicht, wenn der Inhaber innerhalb des Aufschiebungszeitraumes hinsichtlich aller benannten Vertragsparteien auf die internationale Eintragung verzichtet. Beschränkt er während dieser Zeit die internationale Eintragung in Bezug auf alle Vertragsparteien auf ein oder mehrere gewerbliche Muster oder Modelle, so erfolgt keine Veröffentlichung derjenigen gewerblichen Muster oder Modelle, die er ausgesondert hat und die mithin nicht mehr Gegenstand der Anmeldung sind.

Bei Nichtzahlung der vorgeschriebenen Gebühren sieht Absatz 6 vor, dass die internationale Eintragung gelöscht und nicht veröffentlicht wird. Entsprechendes gilt, wenn der Anmelder Musterabschnitte eingereicht hat, die er nicht durch entsprechende Wiedergaben

ersetzt hat. Nach Regel 16 Absatz 3 GAO muss die Zahlung der Gebühren sowie die Einreichung von Wiedergaben spätestens drei Monate vor Ablauf der Aufschiebungsfrist erfolgen.

Zu Artikel 12 (Schutzverweigerung)

Artikel 12 sowie die Regeln 18 und 19 GAO betreffen die Schutzverweigerung.

Absatz 1 gibt jeder Vertragspartei das Recht, den Schutz für das gewerbliche Muster oder Modell zu verweigern, wenn die Voraussetzungen für die Schutzerteilung nach dem nationalen Recht nicht erfüllt sind. Die Schutzverweigerung kann auf Grundlage von Artikel 12 in Verbindung mit den nationalen Gesetzen erklärt werden. Die Möglichkeit besteht für alle Vertragsparteien.

Jedoch stellt die Genfer Akte klar, dass kein Amt eine internationale Eintragung aus Gründen verweigern darf, die im internationalen Verfahren geregelt sind. Nach der Einschränkung im zweiten Halbsatz darf kein Amt den Schutz deshalb verweigern, weil die internationale Eintragung nach dem eigenen nationalen Recht formelle oder inhaltliche Erfordernisse, die in der Genfer Akte oder der GAO vorgesehen sind, oder zusätzliche oder abweichende Erfordernisse nicht erfüllt. Durch die Wörter "formell und inhaltlich" wird auf Artikel 5 verwiesen. Er enthält sowohl Anforderungen in Bezug auf notwendige Angaben ("inhaltlich") als auch Anforderungen in Bezug auf die Art und Weise der Angaben ("formell").

Der Begriff "zusätzliche" Erfordernisse bezieht sich auf Artikel 5 Absatz 2, in dem weitere Angaben als zusätzlicher zwingender Inhalt der internationalen Anmeldung behandelt werden. Die nach Artikel 5 Absatz 2 möglichen (Buchstabe b) zusätzlichen zwingenden Erfordernisse können von Vertragsparteien mit prüfenden Ämtern gegenüber dem Internationalen Büro erklärt werden. Unter abweichenden Erfordernissen sind solche zu verstehen, die weder nach der Genfer Akte noch nach der GAO als "zwingender Inhalt" im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 oder "zusätzlicher zwingender Inhalt" im Sinne von Artikel 5 Absatz 2 vorgeschrieben bzw. vorschreibbar sind, etwa weil nur das nationale Recht sie fordert. Artikel 12 Absatz 1 zweiter Halbsatz stellt somit das Anliegen sicher, verbindliche Anforderungen für die Anmeldung gewerblicher Muster oder Modelle zu formulieren.

Absatz 2 regelt zusammen mit Regel 18 GAO die Mitteilung der Schutzverweigerung. Nach Regel 18 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer iii GAO sind in der Mitteilung alle Gründe für die Schutzverweigerung aufzuführen. Nach Regel 18 Absatz 1 Buchstabe a GAO beträgt die Frist für die Mitteilung grundsätzlich sechs Monate. Nach Regel 18 Absatz 1 Buchstabe b GAO besteht die Möglichkeit, die Frist auf zwölf Monate zu verlängern, wenn das Amt der Vertragspartei ein prüfendes Amt ist. Damit soll berücksichtigt werden, dass neuheitsprüfende Ämter für die erforderliche Sachprüfung eine verlängerte Frist benötigen können.

Nach Absatz 3 wird eine Kopie der Mitteilung an den Schutzrechtsinhaber weitergeleitet. Diesem stehen die in Buchstabe b bezeichneten Rechtsbehelfe zu.

Nach Absatz 4 kann eine solche Schutzverweigerung jederzeit vom benannten Amt zurückgenommen werden.

Zu Artikel 13 (Besondere Erfordernisse hinsichtlich der Einheitlichkeit des gewerblichen Musters oder Modells)

Artikel 13 findet einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Anmelder, mehrere gewerbliche Muster oder Modelle in einer Anmeldung anzumelden (sogenannte Sammelanmeldung, vgl. Artikel 5 Absatz 4), und dem Interesse gewisser Vertragsparteien, die besondere Erfordernisse hinsichtlich der Einheitlichkeit haben, diese mittels einer Erklärung gegenüber dem Generaldirektor der WIPO beizubehalten.

Dem Interesse der Anmelder wird durch Absatz 1 Satz 2 entsprochen. Er stellt klar, dass der Anmelder trotz solcher Erklärungen grundsätzlich das Recht hat, eine Sammelanmeldung vorzunehmen.

Die Erklärung der besonderen Erfordernisse nach den rechtlichen Anforderungen der jeweiligen Vertragspartei kann sich nach Absatz 1 Satz 1 zum einen darauf beziehen, dass die gewerblichen Muster oder Modelle, die Gegenstand einer Sammelanmeldung sind, gewisse Einheitlichkeitserfordernisse in Bezug auf einheitliche Gestaltung, Herstellung oder Nutzung sowie deren Zugehörigkeit zu demselben Set oder zu derselben Zusammenstellung von Gegenständen erfüllen müssen. Zum anderen kann nach dem Recht einer Vertragspartei die Sammelanmeldung ausgeschlossen sein, weil eine Anmeldung nur ein einziges gesondertes und klar zu unterscheidendes gewerbliches Muster oder Modell enthalten darf.

Absatz 2 bezieht sich auf die Wirkung einer Erklärung nach Absatz 1. Ziel der Erklärung ist, dass die erklärenden Vertragsparteien gegebenenfalls den Schutz bezüglich solcher Anmeldungen so lange verweigern können, bis ihre besonderen Erfordernisse erfüllt sind. Unabhängig davon gilt der Tag der internationalen Anmeldung als Anmeldetag.

Absatz 3 eröffnet dem Anmelder die Möglichkeit, vor dem zurückweisenden Amt unmittelbar seine Anmeldung zu teilen. Das Amt ist berechtigt, eine zusätzliche Gebühr zu verlangen.

Zu Artikel 14 (Wirkungen der internationalen Eintragung)

Absatz 1 enthält den Grundsatz, dass einer internationalen Anmeldung vom Tag ihrer Eintragung an mindestens die Wirkung einer ordnungsgemäßen Geschmacksmusteranmeldung in allen benannten Vertragsparteien zukommt.

Absatz 2 regelt, dass spätestens mit Ablauf der Frist zur Prüfung der Schutzverweigerung das Schutzrecht in jeder benannten Vertragspartei wirksam wird, wenn keine Mitteilung über die Schutzverweigerung ausgesprochen wird. Die Frist für die Überprüfung beträgt nach Regel 18 GAO grundsätzlich sechs Monate (vgl. im Einzelnen zu Artikel 12 Absatz 2). Des Weiteren können die Vertragsparteien zusätzlich den Zeitpunkt, zu dem die Wirkung der internationalen Eintragung eintritt, festlegen. Deutschland wird eine Erklärung abgeben, wonach die Wirkungen der internationalen Eintragung eintreten. Dies garantiert eine einheitliche Behandlung der internationalen Anmeldungen unter den verschiedenen Fassungen des Haager Abkommens.

Absatz 3 eröffnet neuheitsprüfenden Vertragsparteien die Möglichkeit, durch eine Erklärung die Wirkung der eigenen Benennung in einer internationalen Anmeldung auszuschließen, sofern die Vertragspartei gleichzeitig Vertragspartei des Anmelders ist. Dadurch wird zum einen das Risiko vermieden, dass es zu divergierenden Entscheidungen einmal vom Amt der Vertragspartei und einmal vom Internationalen Büro kommt. Zum anderen kann vermieden werden, dass diese Vertragspartei von ihren eigenen Anmeldern mit internationalen Anmeldungen in englischer oder französischer Sprache überschwemmt wird.

Zu Artikel 15 (Ungültigkeitserklärung)

Absatz 1 sichert dem Anmelder die Möglichkeit, gegen eine negative Entscheidung des Amtes einer benannten Vertragspartei vorzugehen, bevor die Ungültigkeit endgültig erklärt wird. Dadurch wird ein Mindestschutz vorgeschrieben.

Nach Absatz 2 besteht für die Ämter der betroffenen Vertragsparteien die Verpflichtung, dem Internationalen Büro mitzuteilen, wenn eine internationale Anmeldung für ungültig erklärt wurde. Diese Informationspflicht ist auf Fälle beschränkt, in denen das betreffende Amt Kenntnis von der Ungültigkeitserklärung hat, denn oftmals wird die Ungültigkeit in einem gerichtlichen Verfahren erklärt, von denen die Ämter nicht immer Kenntnis erlangen. Den Inhalt und die Eintragung der Ungültigkeitsregelung regelt Regel 20 GAO.

Zu Artikel 16 (Eintragung von Änderungen und sonstige Eintragungen in Bezug auf internationale Eintragungen)

Absatz 1 beschreibt die Angaben, die im internationalen Register eingetragen und bei Veränderung korrigiert werden. Dazu gehören Inhaberwechsel, Namens- sowie Adressänderung des Inhabers, Vertreterbestellung, Verzicht auf die internationale Eintragung oder deren Beschränkung, Ungültigkeitserklärung sowie sonstige durch die GAO bestimmte Tatsachen. Die Vorschrift wird durch die Regeln 21 und 22 GAO konkretisiert. In der Regel sind die Anträge nach Regel 21 auf den amtlichen Formblättern einzureichen. Regel 22 bezieht sich auf Berichtigungen. Sie können von Amts wegen oder auf Antrag des Inhabers erfolgen.

Absatz 2 regelt die Wirkung der Eintragungen nach Absatz 1 im internationalen Register. Bis auf die Vertreterbestellung und sonstige wichtige Tatsachen bezüglich des Vertreters (Artikel 16 Absatz 1 Ziffer iii) hat die Eintragung im internationalen Register dieselbe Wirkung wie eine Eintragung bei den nationalen Ämtern. Bei einem Inhaberwechsel (Absatz 1 Ziffer i) kann eine Erklärung abgegeben werden, dass diese Änderung erst dann Wirkung entfaltet, wenn gewisse Unterlagen bei dem betreffenden Amt eingegangen sind. Deutschland wird keine derartige Erklärung abgeben.

Nach Absatz 3 können für die Änderungen nach Absatz 1 Gebühren erhoben werden. Die Vorschriften zu den Gebühren befinden sich in den Regeln 27 bis 29 der GAO. Die Höhe der Gebühren ist dem Gebührenverzeichnis – insbesondere unter Nummer V –, das sich am Ende der GAO befindet, zu entnehmen.

Nach Absatz 4 veröffentlicht das Internationale Büro für jede nach Absatz 1 vorgenommene Eintragung einen Hinweis.

Zu Artikel 17 (Erster Zeitraum und Erneuerung der internationalen Eintragung sowie Schutzdauer)

Nach Artikel 17 Absatz 1 beginnt mit dem Datum der internationalen Eintragung der erste Zeitraum der internationalen Eintragung. Sofern kein Mangel vorliegt, ist dies nach Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe a der Tag der Anmeldung. Diese erste Schutzdauer beträgt nach Absatz 1 fünf Jahre. Der Schutz kann nach Absatz 2 in Fünfjahresabschnitten erneuert werden. Absatz 3 sieht grundsätzlich eine Mindestschutzdauer von 15 Jahren (einmal angemeldet und zweimal erneuert) vor. Sieht das jeweilige nationale Recht eine längere Schutzdauer vor, so gilt diese, wenn die internationale Eintragung entsprechend erneuert wird. Die maximale Schutzdauer muss dem Internationalen Büro gegenüber mitgeteilt werden. Da die maximale Schutzdauer in Deutschland 25 Jahre beträgt, wird Deutschland eine entsprechende Mitteilung machen.

Artikel 17 wird durch die Regeln 23 und 24 GAO ergänzt. Regel 23 befasst sich mit dem offiziösen Hinweis auf den Schutzablauf. An den Nicht-Eingang des Hinweises sind keine Folgen geknüpft. Regel 24 bezieht sich auf Einzelheiten betreffend die Erneuerung.

Zu Artikel 18 (Informationen über veröffentlichte internationale Eintragungen)

Artikel 18 schreibt fest, wie der Zugang zu Informationen gestaltet wird und dass Auszüge aus dem internationalen Register, die vom Internationalen Büro zur Verfügung gestellt werden, nicht legalisiert werden müssen

Nach Absatz 1 stellt das Internationale Büro gegen Zahlung einer Gebühr jeder Person Auszüge aus dem internationalen Register oder Informationen über dessen Inhalt zur Verfügung. Diese müssen nach Absatz 2 nicht mehr legalisiert werden.

Zu Artikel 19 (Gemeinsames Amt mehrerer Staaten)

Nach Artikel 19 steht es Vertragsstaaten frei, ihr Geschmacksmusterrecht zu vereinheitlichen, ein gemeinsames Amt mit der Ausführung des Geschmacksmusterrechts zu betrauen und dies dem Generaldirektor gegenüber zu erklären. In der Praxis haben davon Belgien, Luxemburg und die Niederlande Gebrauch gemacht.

Zu Artikel 20 (Mitgliedschaft im Haager Verband)

Nach Artikel 20 in Verbindung mit Artikel 1 Ziffer xxiv gehören die Vertragsparteien der Genfer Akte dem Verband an, der durch das Haager Abkommen vom 6. November 1925 errichtet worden ist. Zu dem Haager Verband gehören auch alle Vertragsparteien, die die Fassung von 1934 und bzw. oder von 1960 ratifiziert haben. Die Rechtsbeziehungen der Vertragsparteien untereinander sind in Artikel 31 sowie in der Stockholmer Ergänzungsvereinbarung vom 14. Juli 1967 (BGBI. 1970 II S. 293, 448) geregelt, die die Vertragsparteien in verwaltungsmäßiger Hinsicht zu einer Versammlung zusammenfasst.

Zu Artikel 21 (Versammlung)

Artikel 21 behandelt die Zusammensetzung, Aufgaben, Beschlussfähigkeit sowie Beschlussfassung der Versammlung. Sie steht in Zusammenhang mit den Artikeln 22 und 23 und entspricht im Wesentlichen den Vorschriften der Stockholmer Ergänzungsvereinbarung vom 14. Juli 1967.

Absatz 2 enthält die Befugnisse der Versammlung. Hervorzuheben ist die Befugnis zur Änderung der Ausführungsordnung unter Buchstabe a Ziffer iv sowie zur Beschlussfassung über die Finanzvorschriften des Verbandes unter Buchstabe a Ziffer vii.

Absatz 3 enthält eine Bestimmung zur Beschlussfähigkeit. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn die Hälfte der stimmberechtigten Vertragsstaaten vertreten ist. Wird dieses Quorum nicht erreicht, so ist ein schriftliches Verfahren vorgesehen, in dem die Staaten, deren Vertreter bei Beschlussfassung nicht anwesend waren, innerhalb von drei Monaten ihre Stimme abgeben können. Auf diese Weise kann sowohl die erforderliche Beschlussfähigkeit erreicht werden als auch die Beschlussfassung erfolgen.

Absatz 4 enthält Bestimmungen zur Beschlussfassung in der Versammlung. Die Versammlung soll versuchen, ihre Beschlüsse einstimmig zu fassen. Nur in Fällen, in denen dies nicht gelingt, ist ein Abstimmungsverfahren vorgesehen, in welchem jeder Vertragspartei eine Stimme zukommt. Da auch zwischenstaatliche Einrichtungen Vertragspartei der Genfer Akte sein können, enthält Artikel 21 Absatz 4 Buchstabe b Ziffer ii eine Bestimmung zur Stimmrechtsgewichtung im Hinblick darauf, dass Staaten sowohl Mitglieder zwischenstaatlicher Organisationen als auch selbst ihrerseits Vertragspartei der Genfer Akte sein können. Für diesen Fall ist vorgesehen, dass eine zwischenstaatliche Organisation über die Anzahl von Stimmen verfügt, die der Anzahl der Mitgliedstaaten entspricht, die sowohl Vertragspartei der Genfer Akte als auch Mitglied der zwischenstaatlichen Organisation sind. Gibt die zwischenstaatliche Organisation ihre Stimme mit Wirkung für ihre Mitgliedstaaten ab, so sind ihre Mitgliedstaaten von der Abstimmung ausgeschlossen. Gibt nur ein Mitgliedstaat seine Stimme selbst ab, ist die zwischenstaatliche Organisation von der Abstimmung ausgeschlossen.

Absatz 5 enthält eine grundsätzliche Bestimmung zu den für die Beschlussfassung der Versammlung erforderlichen Mehrheiten. In der Regel ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, wobei Enthaltungen nicht als Stimmen gewertet werden. Eine Ausnahme hierzu ist in Artikel 26 Absatz 2 für die Änderung der Artikel 22 (Internationales Büro) und 23 (Finanzen) vorgesehen, für deren Änderung eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist. Für die Änderung des Artikels 21 (Versammlung) und des Artikels 26 Absatz 2 (Mehrheiten) ist eine Vierfünftelmehrheit erforderlich. Darüber hinaus kann auch die Ausführungsordnung nach Artikel 24 Absatz 2 Ausnahmen von diesem Grundsatz für die Änderung ihrer Bestimmungen vorseben

Absatz 6 sieht vor, dass die Versammlung regelmäßig alle zwei Jahre zusammentritt. Eine außerordentliche Sitzung kann auf Antrag eines Viertels der Mitglieder der Versammlung oder auf Initiative des Generaldirektors einberufen werden. Die Einberufung selbst erfolgt durch den Generaldirektor.

Absatz 7 enthält eine Rechtsgrundlage für den Beschluss einer eigenen Geschäftsordnung durch die Versammlung.

Zu Artikel 22 (Internationales Büro)

Artikel 22 behandelt die Aufgaben des Internationalen Büros und des Generaldirektors; Sitzungen, die nicht im

Rahmen von Tagungen der Versammlung stattfinden; die Rolle des Internationalen Büros in der Versammlung und bei sonstigen Sitzungen; Konferenzen sowie weitere Aufgaben des Internationalen Büros.

Absatz 1 weist dem Internationalen Büro die mit der internationalen Eintragung verbundenen Verwaltungsaufgaben zu. Die Vorbereitung und Betreuung der Sitzungen der Versammlung sowie von ihr gebildeter Sachverständigenausschüsse und Arbeitsgruppen wird ebenfalls vom Internationalen Büro wahrgenommen.

Absatz 2 bestimmt, dass der Generaldirektor der höchste Beamte des Verbandes ist und diesen auch nach außen vertritt.

Nach Absatz 3 werden Sitzungen der von der Versammlung gebildeten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen sowie alle anderen Sitzungen, in denen Angelegenheiten behandelt werden, die den Verband betreffen, durch den Generaldirektor einberufen. Lediglich die Einberufung der Revisionskonferenzen erfolgt nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer iii durch die Versammlung.

Nach Absatz 4 nimmt der Generaldirektor ohne Stimmrecht an allen Sitzungen der Versammlung und der von ihr gebildeten Ausschüsse und Arbeitsgruppen teil. Er versieht dabei die Aufgabe des Sekretärs des jeweiligen Organs.

Absatz 5 enthält eine Aufgabenverteilung für zukünftige Revisionskonferenzen. Das Internationale Büro ist für die Vorbereitung von Revisionskonferenzen nach Weisung der Versammlung zuständig. Dabei kann es internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen beteiligen. An der Revisionskonferenz nehmen der Generaldirektor sowie die von ihm bestimmten Personen ohne Stimmrecht teil. Nach Absatz 6 nimmt das Internationale Büro im Übrigen all diejenigen Aufgaben wahr, die ihm nach der Genfer Akte übertragen werden.

Zu Artikel 23 (Finanzen)

Artikel 23 enthält die Finanzvorschriften und übernimmt im Wesentlichen Artikel 4 der Stockholmer Ergänzungsvereinbarung vom 14. Juli 1967. Absatz 1 enthält Bestimmungen über den Haushalt. Absatz 2 betrifft die Abstimmung des Haushalts mit den Haushaltsplänen anderer Verbände. Absatz 3 konkretisiert die Einnahmequellen des Verbands, der sich im Wesentlichen durch die Gebühren finanzieren soll, die für internationale Anmeldungen und Eintragungen zu erheben sind.

Wie auch bereits in der Stockholmer Ergänzungsvereinbarung vom 14. Juli 1967 vorgesehen, gilt für die Gebühren der internationalen Eintragung nach Absatz 4 das Prinzip der Kostendeckung. Sie müssen in einer Weise festgesetzt werden, dass die Einnahmen des Verbandes aus den Gebühren und den übrigen Einkünften zur Deckung aller Ausgaben des Internationalen Büros für den Verband ausreichen.

Die Bestimmungen über den Betriebsmittelfonds (Absatz 5), Vorschüsse des Gastgeberstaats (Absatz 6) sowie zur Rechnungsprüfung (Absatz 7) entsprechen den in Artikel 4 der Stockholmer Ergänzungsvereinbarung vom 14. Juli 1967 enthaltenen Regelungen.

Zu Artikel 24 (Ausführungsordnung)

Artikel 24 bestimmt in Absatz 1 den Gegenstand der Ausführungsordnung, nämlich Einzelheiten der Ausführung der Genfer Akte, und enthält einen Katalog der Bereiche, die insbesondere in der Ausführungsordnung zu regeln sind. Absatz 2 regelt die Erfordernisse für Änderungen der Ausführungsordnung. Danach kann bestimmt werden, dass einzelne Bestimmungen der Ausführungsordnung nur durch eine qualifizierte Vierfünftelmehrheit oder einstimmig geändert werden können. Falls die Bestimmungen der Genfer Akte und die der Ausführungsordnung miteinander kollidieren, haben nach Absatz 3 die Bestimmungen der Genfer Akte Vorrang.

Zu Artikel 25 (Revision dieser Fassung)

Nach Absatz 1 kann diese Fassung der Genfer Akte von einer Diplomatischen Konferenz revidiert werden. Die Artikel 21 (Versammlung), Artikel 22 (Internationales Büro), Artikel 23 (Finanzen) und Artikel 26 (Änderung bestimmter Artikel durch die Versammlung) können darüber hinaus nach Absatz 2 auch von der Versammlung geändert werden.

Zu Artikel 26 (Änderung bestimmter Artikel durch die Versammlung)

Artikel 26 regelt das Verfahren bei Änderungen durch die Versammlung und übernimmt im Wesentlichen die Bestimmungen von Artikel 5 der Stockholmer Ergänzungsvereinbarung vom 14. Juli 1967.

Nach Absatz 1 können Vorschläge für Änderungen der Artikel 21, 22, 23 und 26 durch eine Vertragspartei oder den Generaldirektor erfolgen und müssen den Vertragsparteien durch den Generaldirektor spätestens sechs Monate vor der Sitzung der Versammlung übermittelt werden. Nach Absatz 2 erfordern Änderungen eine Dreiviertelmehrheit; Änderungen von Artikel 21 sowie des vorliegenden Absatzes erfordern eine Vierfünftelmehrheit.

Die Genfer Akte enthält gegenüber der Stockholmer Ergänzungsvereinbarung vom 14. Juli 1967 insofern eine abweichende Regelung, als nach Artikel 26 Absatz 3 Buchstabe b eine Änderung von Artikel 21 Absatz 3 oder 4 oder von Artikel 26 Absatz 3 Buchstabe b dann nicht in Kraft tritt, wenn innerhalb von sechs Monaten nach Annahme der Änderungen durch die Versammlung eine Vertragspartei dem Generaldirektor anzeigt, dass sie die Änderungen nicht akzeptiert. Betroffen von dieser Bestimmung sind die Regelungen zum Abstimmungsverfahren in der Versammlung. Bei derartigen Änderungen ist den Vertragsparteien damit letztlich ein Vetorecht eingeräumt worden.

Zu Artikel 27 (Möglichkeit, Vertragspartei dieser Fassung zu werden)

Nach Artikel 27 können nicht nur Mitgliedstaaten der Organisation, sondern auch zwischenstaatliche Organisationen Mitglied der Genfer Akte werden, wenn diese ein Amt unterhalten, bei dem Schutz für gewerbliche Muster und Modelle mit Wirkung in dem Gebiet erlangt werden kann, in dem der Gründungsvertrag der zwischenstaatlichen Organisation gilt. Weitere Voraussetzung ist, dass jenes Amt nicht Gegenstand einer Notifikation nach Artikel 19 (gemeinsames Amt mehrerer Staaten) ist und dass mindestens ein Mitgliedstaat der zwischenstaatlichen Organisation Mitglied bei der WIPO ist. Mit dieser Regelung wurde insbesondere der Europäischen Gemeinschaft, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 40/94 das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt unterhält, die Möglichkeit einer Mitgliedschaft eröffnet. Neben der Option, durch eine internationale Eintragung in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten Schutz für gewerbliche Muster und Modelle zu erlangen, kann nunmehr auf diesem Weg auch unmittelbar auf Gemeinschaftsebene ein Schutzrecht, das für alle Territorien der EU gilt, angemeldet werden.

Absatz 2 sieht vor, dass eine Vertragspartei durch Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bei vorheriger Zeichnung der Genfer Akte oder, falls keine Zeichnung erfolgt ist, durch Hinterlegung der Beitrittsurkunde Vertragspartei werden kann.

Absatz 3 der Vorschrift enthält Bestimmungen über den Tag der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde. Grundsätzlich gilt derjenige Tag als Tag der Hinterlegung, an dem die Urkunde tatsächlich hinterlegt wird. Absatz 3 Buchstabe b bis e enthält Ausnahmeregelungen für die Hinterlegung der Urkunde in Fällen, in denen in einem Vertragsstaat ausschließlich Schutz durch das Amt einer zwischenstaatlichen Organisation oder durch ein gemeinsames Amt mehrerer Staaten im Sinne von Artikel 19 erlangt werden kann. Schließlich besteht die Möglichkeit, dass ein Staat bei der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde die Wirksamkeit dieser Hinterlegung von der Hinterlegung eines anderen Staates oder einer anderen zwischenstaatlichen Organisation abhängig macht.

Zu Artikel 28 (Tag des Wirksamwerdens der Ratifikation und des Beitritts)

Nach Erfüllung der in Artikel 28 aufgestellten Anforderungen trat die Genfer Akte am 23. Dezember 2003 in Kraft. Parteien, die ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde vor dem Tag des Inkrafttretens hinterlegt haben, sind ab dem Tag des Inkrafttretens an die Genfer Akte gebunden. Bei Parteien, die nach dem Inkrafttreten ihre Urkunden hinterlegen, tritt die Bindung an die Genfer Fassung drei Monate nach der Hinterlegung ein.

Zu Artikel 29 (Verbot von Vorbehalten)

Vorbehalte zu der Genfer Akte sind nicht möglich.

Zu Artikel 30 (Erklärungen der Vertragsparteien)

Artikel 30 bezieht sich auf die Erklärungen, die Vertragsparteien hinsichtlich der Genfer Akte abgeben können. Hierbei kann unterschieden werden zwischen Erklärungen, die von jeder Vertragspartei abgegeben werden können, und solchen, die nur Vertragsparteien mit prüfendem Amt vorbehalten sind. Artikel 30 regelt den Zeitpunkt für die Abgabe von Erklärungen (Absatz 1), Erklärungen von Staaten mit einem gemeinsamen Amt (Absatz 2) und die Rücknahme von Erklärungen (Absatz 3). Die Bundesrepublik Deutschland wird in Bezug auf die Genfer Akte Erklärungen dahin gehend abgeben, dass

- sie in Verbindung mit jeder internationalen Eintragung, in der sie benannt ist, und mit jeder Verlängerung einer internationalen Eintragung, die sich aus einer solchen Anmeldung ergibt, berechtigt ist, nach Artikel 7 Absatz 1 Genfer Akte in Verbindung mit Regel 12 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i und Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii GAO eine Standardbenennungsgebühr nach der Stufe 2 zu erheben,
- die nach ihrem Recht vorgesehene maximale Schutzdauer 25 Jahre gemäß § 27 Absatz 2 des Geschmacksmustergesetzes beträgt (Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe c Genfer Akte).

Nach Absatz 1 können die Erklärungen zusammen mit der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde abgegeben werden. In diesem Fall wird die Erklärung zum selben Zeitpunkt wirksam, zu dem auch die Genfer Akte für die Vertragspartei in Kraft tritt. Für Erklärungen, die erst nach der Hinterlegung der Ratifikationsoder Beitrittsurkunde abgegeben werden, gilt, dass diese erst drei Monate nach dem Zugang der Erklärungen beim Generaldirektor oder zu einem späteren Zeitpunkt, sofern dieser zulässigerweise in der Erklärung als solcher bezeichnet wird, wirksam werden.

Absatz 2 enthält eine Sonderbestimmung für diejenigen Staaten, die ein gemeinsames Amt im Sinne von Artikel 19 mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines nationalen Amtes betraut haben. Im Verhältnis zur WIPO kann ein solches gemeinsames Amt die Aufgaben nationaler Ämter erst dann wirksam ersetzen und wahrnehmen, wenn alle beteiligten Staaten eine entsprechende Erklärung gegenüber der WIPO abgegeben haben.

Nach Absatz 3 können abgegebene Erklärungen durch Erklärung gegenüber dem Generaldirektor der WIPO jederzeit zurückgenommen werden. Eine derartige Rücknahme wird drei Monate nach ihrem Zugang wirksam.

Zu Artikel 31 (Anwendbarkeit der Fassungen von 1934 und 1960)

Artikel 31 beantwortet die Frage, welche Fassung Anwendung findet, wenn eine Vertragspartei mehreren Fassungen des Haager Abkommens beigetreten ist. Absatz 1 regelt Beziehungen zwischen Staaten, die Vertragspartei sowohl dieser Fassung als auch der Fassung von 1934 oder 1960 sind. Dann gilt die Genfer Akte für die gewerblichen Muster oder Modelle, die nach der Bindung der betreffenden Vertragsparteien an die Genfer Akte mit Wirkung für diese Vertragsparteien angemeldet wurden. Für davorliegende Hinterlegungen gelten die jeweiligen älteren Fassungen.

Absatz 2 behandelt die Beziehungen zwischen Staaten, die sowohl Vertragspartei dieser Fassung als auch der Fassung von 1934 oder 1960 sind, und Staaten, die Vertragspartei der Fassung von 1934 oder 1960, nicht aber dieser Fassung sind. Es gilt dann die jeweils neueste Fassung, der beide Vertragsparteien beigetreten sind.

Zu Artikel 32 (Kündigung dieser Fassung)

Durch Notifikation kann jede Vertragspartei diese Fassung kündigen. Wirksam wird die Kündigung frühestens ein Jahr nach Eingang der Kündigung beim Generaldirektor. Ist in der Kündigung ein späterer Zeitpunkt angegeben, so wird die Kündigung zu diesem Zeitpunkt wirksam. Die Kündigung berührt allerdings nicht die Anwendung der Genfer Fassung auf die internationalen Anmeldungen, die zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung bereits anhängig waren, oder internationalen Eintragungen, die zu diesem Zeitpunkt in Kraft waren.

Zu Artikel 33 (Sprachen dieser Fassung, Unterzeichnung)

Die Urschriften der Genfer Akte werden in englischer, französischer, russischer, spanischer, arabischer und chinesischer Sprache unterzeichnet.

Es können in anderen Sprachen amtliche Texte erstellt werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher nicht Gebrauch gemacht.

Zu Artikel 34 (Verwahrer)

Der Generaldirektor verwahrt die Genfer Akte.

III. Zur Gemeinsamen Ausführungsordnung im Einzelnen

Zu dem Abkommen gehört die Gemeinsame Ausführungsordnung zu den Fassungen des Haager Abkommens von 1999, 1960 und 1934 mit 36 Regeln und einem Gebührenverzeichnis; diese Ausführungsordnung ist auf alle drei bestehenden Fassungen des Haager Abkommens anzuwenden.

Wegen der Unterschiede zwischen den drei Fassungen des Abkommens enthalten die Regeln 30 und 31 Modifikationen. Die Regel 30 behandelt internationale Anmeldungen, für die ausschließlich das Abkommen in der Fassung von 1934 maßgebend ist, und daraus hervorgegangene internationale Eintragungen. Regel 31 bezieht sich auf internationale Anmeldungen, die teilweise durch das Abkommen in der Fassung von 1934 geregelt sind, und auf daraus hervorgegangene internationale Eintragungen.

Durch die Regeln werden einzelne Bestimmungen des Abkommens präzisiert. Sie enthalten auch eine Ermächtigungsgrundlage für den Erlass von Verwaltungsvorschriften. Diese können auf der Webseite der WIPO eingesehen werden.

Zu Regel 1

Regel 1 enthält Begriffsbestimmungen. In Absatz 1 werden weitere (vgl. Artikel 1 Genfer Akte) Kurzbezeichnungen festgelegt. Absatz 2 stellt Entsprechungen zwischen unterschiedlichen Begrifflichkeiten der verschiedenen Fassungen des Haager Abkommens her, da diese Ausführungsordnung für alle Fassungen gilt.

Zu Regel 2

Regel 2 nimmt Bezug auf Teil 2 der Verwaltungsvorschriften, in denen Regelungen über Nachrichten an das Internationale Büro festgelegt werden.

Zu Regel 3

Regel 3 befasst sich mit der Vertretung von Anmeldern vor dem Internationalen Büro.

Zu Regel 4

Regel 4 befasst sich mit der Berechnung der Fristen.

Zu Regel 5

Regel 5 befasst sich mit Störungen im Post- und Zustelldienst.

Zu Regel 6

Regel 6 befasst sich mit den Sprachen. Internationale Anmeldungen können in Englisch oder Französisch abgefasst werden. Dies galt schon in der Fassung von 1960. Lediglich internationale Anmeldungen, auf die ausschließlich die Fassung von 1934 anzuwenden ist, müssen in Französisch abgefasst werden (Regel 30 Absatz 2 Buchstabe a).

Zu Regel 7

Regel 7 befasst sich mit den Erfordernissen für die internationale Anmeldung.

Zu Regel 8

Regel 8 befasst sich mit besonderen Erfordernissen, welche Anforderungen an den Anmelder gestellt werden. Nach einigen Rechtsordnungen muss der Schöpfer des gewerblichen Musters oder Modells angegeben werden bzw. teilweise kann nur er Anmelder eines gewerblichen Musters oder Modells sein. Derartige Erfordernisse einer Vertragpartei müssen gegenüber dem Generaldirektor erklärt werden.

Zu Regel 9

Regel 9 befasst sich mit den Wiedergaben des gewerblichen Musters oder Modells. Weitere Regelungen finden sich in Teil 4 der Verwaltungsvorschriften.

Zu Regel 10

Regel 10 befasst sich mit den Musterabschnitten bei Antrag auf Aufschiebung der Veröffentlichung. Weitere Regelungen finden sich in Teil 4 der Verwaltungsvorschriften.

Zu Regel 11

Regel 11 befasst sich mit zusätzlichem zwingenden bzw. sonstigem möglichen Inhalt von internationalen Anmeldungen im Sinne von Artikel 5.

Zu Regel 12

Regel 12 befasst sich mit den Gebühren. Durch die Änderung von Regel 12, die für die Fassungen von 1934 und 1960 ab dem 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, werden drei Neuerungen eingeführt. Zum einen wird die Gebührenstruktur vereinfacht, indem die Veröffentlichungsgebühr für Veröffentlichungen in Schwarz-Weiß und im Farbdruck vereinheitlicht wird. Zum anderen wird ein dreistufiges System zur Bestimmung der Standardgebühren eingeführt. Die Regelung will dem Umstand Rechnung tragen, dass innerhalb der Vertragsparteien, die keine Neuheitsprüfung von Amts wegen vornehmen, Unterschiede im Umfang der Prüfung bestehen. Sie reichen von der Prüfung minimaler Formalitäten über die Prüfung gewisser materiellrechtlicher Gründe bis hin zur Prüfung materiellrechtlicher Gründe inklusive eingeschränkter oder antragsbedingter Neuheitsprüfung. Hierzu können die Vertragsparteien eine Erklärung abgeben. Die dritte Neuerung bezieht sich auf eine Kostensenkung bei den sogenannten "am wenigsten entwickelten Ländern". Die letztgenannte Neuerung ergibt sich aus dem Gebührenverzeichnis, welches nach Regel 27 Absatz 1 Bestandteil der Ausführungsordnung ist. Es schließt sich an die Ausführungsordnung an. Weitere Regelungen finden sich in Teil 8 der Verwaltungsvorschriften.

Zu Regel 13

Regel 13 befasst sich mit der Einreichung der internationalen Anmeldung über ein Amt einer Vertragspartei.

Zu Regel 14

Regel 14 befasst sich mit der Prüfung der internationalen Anmeldung durch das Internationale Büro

Zu Regel 15

Regel 15 befasst sich mit der Eintragung des gewerblichen Musters oder Modells im internationalen Register.

Zu Regel 16

Regel 16 befasst sich mit der Aufschiebung der Veröffentlichung und setzt den Zeitraum auf 30 Monate fest. Die Höchstdauer nach der Fassung von 1960 beträgt zwölf Monate (Artikel 6 Absatz 4 Buchstabe a).

Zu Regel 17

Regel 17 befasst sich mit der Veröffentlichung der internationalen Eintragung.

Zu Regel 18

Regel 18 befasst sich mit der Mitteilung über die Schutzverweigerung.

Zu Regel 19

Regel 19 befasst sich mit nicht vorschriftsmäßigen Schutzverweigerungen.

Zu Regel 20

Regel 20 befasst sich mit der Ungültigerklärung in benannten Vertragsparteien.

Zu Regel 21

Regel 21 befasst sich mit der Eintragung einer Änderung im internationalen Register.

Zu Regel 22

Regel 22 befasst sich mit Berichtigungen im internationalen Register.

Zu Regel 23

Regel 23 befasst sich mit dem offiziösen Hinweis auf den Schutzablauf. Geht kein Hinweis ein, ist dies nicht mit Folgen verbunden. Weitere Regelungen finden sich in Teil 7 der Verwaltungsvorschriften.

Zu Regel 24

Regel 24 befasst sich mit Einzelheiten betreffend die Erneuerung von internationalen Eintragungen.

Zu Regel 25

Regel 25 befasst sich mit der Eintragung der Erneuerung und der Ausstellung einer entsprechenden Bescheinigung.

Zu Regel 26

Regel 26 befasst sich mit dem Bulletin, in dem insbesondere Informationen bezüglich internationaler Eintragungen veröffentlicht werden.

Zu Regel 27

Regel 27 befasst sich mit den Gebührenbeträgen und der Zahlung der Gebühren. Die Regel verweist auf das Gebührenverzeichnis im Anhang der Gemeinsamen Ausführungsordnung. Weitere Regelungen finden sich in Teil 8 der Verwaltungsvorschriften.

Zu Regel 28

Nach Regel 28 sind alle Zahlungen in Schweizer Franken zu entrichten. In Absatz 2 wird geregelt, wie individuelle Gebühren festgesetzt, umgerechnet oder angepasst werden.

Zu Regel 29

Regel 29 befasst sich mit der Gutschrift von Gebühren auf den Konten der betroffenen Vertragsparteien.

Zu Regel 30

Regel 30 befasst sich mit der Anwendbarkeit der Gemeinsamen Ausführungsordnung auf internationale Anmeldungen, für die ausschließlich die Fassung von 1934 maßgebend ist, und sich aus ihr ergebende internationale Eintragungen.

Zu Regel 31

Regel 31 befasst sich mit der Anwendbarkeit der Gemeinsamen Ausführungsordnung auf internationale Anmeldungen, für die teilweise die Fassung von 1934 maßgebend ist, und sich aus ihr ergebende internationale Eintragungen.

Zu Regel 32

Regel 32 befasst sich mit Auszügen, Kopien und Auskünften zu veröffentlichten internationalen Eintragungen.

Zu Regel 33

Regel 33 befasst sich mit den erforderlichen Mehrheitsverhältnissen und dem Verfahren zur Änderung bestimmter Regeln.

Zu Regel 34

Regel 34 befasst sich mit den Verwaltungsvorschriften, die der Generaldirektor erlässt.

Zu Regel 35

Regel 35 befasst sich mit Erklärungen der Vertragsparteien der Genfer Akte.

Zu Regel 36

Regel 36 befasst sich mit Erklärungen der Vertragsparteien der Fassung von 1960 (Haager Akte).

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des Gesetzes auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Mit dem Gesetzentwurf wird eine Informationspflicht für die Verwaltung eingeführt. Die Informationspflicht dürfte allenfalls zu einer marginalen Erhöhung der Bürokratiekosten der Verwaltung führen. Informationspflichten der Wirtschaft und für Bürgerinnen und Bürger werden durch den Entwurf nicht berührt.

Der Nationale Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrages keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

